

Theodor Ebert

Von Gandhi lernen?

Tagebuch der Besetzung des Otto-Suhr-Instituts
im Wintersemester 1988/89

5. Dezember 1988 bis 4. März 1989

Zehn Jahre danach: Ein Streik im Rückblick¹

Alle meine persönlichen Notizen und die mit dem revoluzzenden Gummibärchen signierten Flugblätter und Streikzeitungen hatte ich ablagern lassen. Seit dem Wintersemester 88/89. Staubdicht, lichtgeschützt. Abgelegt in zwei Leitzordnern. Auf dem einen mit Fragezeichen "Von Gandhi lernen", auf dem anderen mit Ausrufezeichen "Von Donald Duck lernen, heißt siegen lernen". In Sichthüllen gesteckt: das Typoskript des Tagebuchs, die Flugblätter, die Briefe des Dekans und des Prodekanes, einige Resolutionsentwürfe für Professorenmeetings, Abschriften von Tonbandaufzeichnungen. Viele Zeitungsausschnitte. Annotiert und - wie gesagt - vor dem Vergilben geschützt.

Die Papiere hatte ich weggestellt, aber die Erinnerungen versanken nicht. Sie arbeiteten in mir weiter. Immer wieder mal neue Anstöße, hinterrücks oder auch von vorne. In Dahlem. Ich parke unter den Platanen vor der Ihnestraße 22 meinen VW-Golf, gehe auf die schwere Eichentür meines Instituts zu. Wie war das noch? Auf dem bronzenen Kopf der Pallas Athene über der Tür - kauerte dort die Puppe eines Hotzenplotz mit Strumpfmütze? Oder hing sie daran wie eine Marionette? Autonomes Kaspertheater. Lachhaft. "Volxuni" stand noch im Sommersemester 1989 darunter. "Bildung für alle und umsonst". Auf der schweren, dunkel gebeizten Haustür, die immer von selbst zufällt, die bunten Fetzen abgekratzter Plakate, Aufrufe, Solidaritätsbekundungen. Rechts daneben eine große Bronzetafel. Großbuchstaben im Relief. Man muss schon stehen bleiben, um den im Fachbereich lange beratenen, lang geratenen Text lesen und erfassen

¹ Dieser Text entstand in einer vorläufigen Form im Jahre 1998. Nach weiteren fünf Jahren und nachdem ich am 1. Oktober 2002 in den Ruhestand getreten war, konnte ich die hier vorliegende Revision vornehmen. Zu dieser Verzögerung war es unter anderem auch dadurch gekommen, dass ich befürchtet hatte, die Auseinandersetzung um diesen Text könne meiner Lehrtätigkeit am Otto-Suhr-Institut abträglich sein. Die Fama eines Hochschullehrers richtet sich nur zu einem ganz geringen Teil nach seinen wissenschaftlichen Publikationen. Diese werden nur von wenigen Studenten zur Kenntnis genommen. Da die Ereignisse, welche mein Tagebuch bisweilen mehr reflektiert als darstellt, nun schon 15 Jahre zurückliegen, habe ich einige Zeitungsberichte und Dokumente des Streikgeschehens eingefügt, um dem heutigen Leser die Einordnung der Ereignisse am Otto-Suhr-Institut in den Großen Streik an den Berliner Universitäten zu ermöglichen. Auf romanhafte Elemente habe ich dann doch – im Unterschied zu dem im folgenden Vorspann noch Erwogenen und abgeschreckt von so nichtsnutzigen wie populären Campus-Romanen - konsequent verzichtet. Alle Namen sind Klarnamen und es ist mir besonders wichtig, mit diesem Tagebuch an den Einsatz von Dekan Gerhard Kiersch zu erinnern, der mit großer Geduld seine letzte Kraft auf die Verteidigung des Otto-Suhr-Instituts gewandt hatte und den seine Kollegen noch heute schmerzlich vermissen.

Wer heute vor dem Otto-Suhr-Institut steht und seine Flure und Seminarräume betritt, wird nur noch durch Weniges an die turbulenten Zeiten erinnert, von denen im Folgenden die Rede ist. Nur im Treppenhaus des Hauptgebäudes in der Ihnestraße 21 findet er noch – hinter Glas und gerahmt – zwei Farbfotos der Wandbeschriftungen des Wintersemesters 1988/89. Doch ich denke, dass die meisten der jetzt am OSI Studierenden nicht wissen, an welche Ereignisse diese Fotos – vielleicht allzu dezent - erinnern sollen.

zu können.² Er soll daran erinnern, wer vor uns Politologen dieses Gebäude genutzt, wer hier geforscht und begutachtet hat. Die Rassenbiologen des Dritten Reiches. Unter ihnen der Frankenstein des Konzentrationslagers Auschwitz Dr. Josef Mengele. Die Tafel hatte mein Friedensforscherkollege Ulrich Albrecht in seiner Zeit als Dekan andübeln lassen. Solide Handwerkerarbeit. Das letzte Tabu an dieser Alma Mater. Bis zum heutigen Tage der einzige Fleck der Fassade, der von Spray und aufgepappten Flugblättern und Demonstrations- und Vollversammlungs-Hinweisen verschont geblieben ist. Links neben der Tür die vordem blauen Hinweistafeln auf die verschiedenen politologischen Institute in diesem Gebäude. Unleserlich. Millimeter dick mit schwarzer und brauner Farbe zuge schmirt. Reinigung sinnlos. Die autonomen Heinzelmännchen kommen immer wieder, nächstens, nicht nur vordem.

Gegenüber, das Institutsgebäude in der Ihnestraße 21, der Nachkriegsneubau, wurde inzwischen grundsaniert. Architekten und Maler können dies: Grundsaniieren. Angeblich. Weißeralsweiß. Ich lese die alten Parolen aber immer noch an den Wänden. Das alte Tagebuch ruhte nicht und ruht nicht in seinen Prospekthüllen. Es schrieb sich selbst in meinen Träumen noch fort.

So ist es nun mal. Ich kann mir sagen: Du darfst nicht dramatisieren. Dann muss ich mir antworten: Du darfst es auch nicht verdrängen. Du müsstest darüber reden, deine Notizen gerade auch den Studenten, die neu ans Institut kommen, vorlegen. Aber wie würden sie damit umgehen?

Ich konnte mir nicht vorstellen, dass Studenten des OSI - des Otto-Suhr-Instituts, wie wir den Fachbereich Politische Wissenschaft gemeinhin nannten und wahrscheinlich auch in Zukunft noch nennen werden - die Aufzeichnungen eines Hochschullehrers über den Großen Streik der Altvorderen von 88/89 auch nur durchlesen würden. Nicht ohne sofortige, empörte, abschlägige Parteinahme für die Kritisierten! Das galt zumindest bis ins Jahr 1996.

² Der Text Tafel lautet: IN DIESEM GEBÄUDE BEFAND SICH VON 1927 BIS 1945 DAS KAISER-WILHELM-INSTITUT FÜR ANTHROPOLOGIE MENSCHLICHE ERBLEHRE UND EUGENIK. DIE DIREKTOREN EUGEN FISCHER (1927-1942) UND OTMAR VON VERSCHUER (1942-1945) LIEFERTEN MIT IHREN MITARBEITERN WISSENSCHAFTLICHE BEGRÜNDUNGEN FÜR DIE MENSCHENVER-ACHTENDE RASSEN- UND GEBURTENPOLITIK DES NS-STAATES ALS AUSBILDER VON SS-ÄRZTEN UND ERBGESUNDHEITSRICHTERN. DURCH GUTACHTEN FÜR ABSTAMMUNGSNACHWEISE UND ZWANGSSTERILISATIONEN LEISTETEN SIE EINEN AKTIVEN BEITRAG ZU SELEKTION UND MORD. DIE VOM REICHSFORSCHUNGSRAT BEWILLIGTEN UND VON DER DEUTSCHEN FOR-SCHUNGSGEMEINSCHAFT FINANZIERTEN ZWILLINGSFORSCHUNGEN DES SCHÜLERS UND PERSÖNLICHEN MITARBEITERS VON VERSCHUER JOESF MENGELE IM KZ AUSCHWITZ WURDEN IN DIESEM GEBÄUDE GEPLANT UND DURCH UNTERSUCHUNGEN AN ORGANEN SELEKTIERTER UND ERMORDETER HÄFTLINGE UNTERSTÜTZT. DIESE VERBRECHEN BLIEBEN UNGE-SÜHNT. VON VERSCHUER WAR PROFESSOR FÜR GENETIK BIS 1965 IN MÜNSTER. WISSEN-SCHAFTLER HABEN INHALT UND FOLGEN IHRER WISSENSCHAFTLICHEN ARBEIT ZU VERANT-WORTEN.

Bis zum Januar 96 war der „Unimut“-Streik des Wintersemesters 88/89 und die Umbenennung des OSI durch seine Usurpatoren in Ingrid-Strobel-Institut (ISI) ein unantastbarer Mythos - tradiert durch die Betreiber des Cafe Geschwulst, Überbleibsel der monatelangen Okkupation des Untergeschosses der Ihnestraße 22. Doch zu Beginn des Jahres 1996 war es bei einer erneuten Besetzung des OSI-Hauptgebäudes in der Ihnestraße 21 zu einem Exzess gekommen. Diejenigen Studenten, die es mit den historischen Grundlagen ihres Studiums ernst nahmen, waren entsetzt, dachten nach, revidierten, rekonstruierten und sahen sich ihrerseits zum Übertünchen genötigt. Im Foyer des Instituts waren neben vielem anderen auch die großformatigen Portraitfotos der jüdischen Remigranten, die nach dem Krieg das Institut als Stätte der Lehre von der Demokratie wieder aufgebaut hatten, mit einer Farbschmierage verunstaltet worden: Fraenkel, Löwenthal, Flechtheim.

Während der Semesterferien haben dann mir unbekannte, doch gewiss an den Schmierereien unbeteiligte Studenten die Schandfleckchen beseitigt, die Photos erneuert und - wie ich mir sagen ließ - auf eigene Kosten.

Als dann für das Sommersemester 1996 ein neuer Streik und damit vielleicht auch eine neuerliche Besetzung der Institutsgebäude, rechts und links der Ihnestraße ins Haus stand, entschloss ich mich, im Proseminar, in dem die potentiell Streikenden saßen und das sich mit Methoden des Protests befasste, einen ersten Teil meines Streiktagebuchs aus dem Wintersemester 1988/89 aus den Prospekthüllen im Leitzordner zu holen und vorzulesen. Ich tat dies im Anschluss an eine Studentin, die im Wintersemester 1995/96 gleichfalls Tagebuch geschrieben und darin ihren Ärger über die fragwürdige Legitimation von Streiks durch sogenannte „Vollversammlungen“ (VVs) Luft gemacht hatte.

Mit gemischten Gefühlen, doch aufmerksam hörten uns die Studenten zu. Es war schließlich allen bekannt, dass die Vollversammlungen gewöhnlich von weniger als 5 Prozent der am Fachbereich Studierenden besucht werden und dass dort abweichende Meinungen kaum eine Chance haben, gehört oder gar berücksichtigt zu werden. Nun redeten wir also darüber, öffentlich, im Seminar, weil im vergangenen Semester noch einmal nichts unternommen worden war gegen diesen Tricksen mit der Idee der Basisdemokratie. Es galt denjenigen, die vom Mythos des Großen Streiks zehrten und den Minimalbesuch „ihrer“ Vollversammlungen bereits einkalkuliert hatten, entgegenzutreten und neue Verfahren des Protestes durchzusetzen.

Im Sommer 1996 hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, dass man jetzt auch als Hochschullehrer den neu ans Institut kommenden Studenten eigene Streikerfahrungen mitteilen und über Erfolg versprechende Methoden laut nachdenken konnte, ohne darob diffamiert zu werden. Und es zeigte sich, dass ich den Zeitpunkt richtig eingeschätzt hatte. Es blieb bei dieser Hörbereitschaft.

Das Klima am Institut hat sich seit dem Sommer 1996 geändert. Die Beteiligung am studentischen Willensbildungsprozess hat - blickt man zurück auf das unseriöse Minimum vergangener Jahre - sprunghaft zugenommen. Der vier- bis sechswöchige Streik im Wintersemesters 1997/98, der sich im wesentlichen gegen den rigorosen Stellenabbau in der Lehre und gegen die Tendenz wandte, die akademische Ausbildung wieder auf die Kinder „besserverdienender“ Eltern zu beschränken, bediente sich im großen und ganzen zivilisierter Mittel. Studenten und Hochschullehrer konnten sich verständigen. In den großen Vollversammlungen wurden auch skeptische Stimmen gehört. Zum Erstaunen mancher Studenten, die mit ihrem Streikkonzept im Wintersemester 1997/98 unzufrieden waren und manchen unüberlegten Aktivismus, also z.B. die wenig durchdachte Besetzung des Präsidialamts, kritisierten, meinte ich im studentische Vorgehen bedeutsame, positiv zu bewertende Entwicklungen wahrzunehmen zu können.

Da der bundesweite Streik im Wintersemester 1997/98 fürs erste nur die Unzufriedenheit der Studenten signalisiert hat, aber die solidarischen Lösungen noch nicht sichtbar sind, ist es wichtig, dass über die Methoden des Protestes und die Methoden des Erarbeitens konstruktiver Alternativen historisch-kritisch nachgedacht wird. Als einen Beitrag zum Aufarbeiten vergangener Streikerfahrungen verstehe ich jetzt auch mein angejhrtes Streiktagebuch, von dem ich annehmen möchte, dass es von den derzeit am OSI Studierenden zwar nicht gerade zustimmend, aber doch aufmerksam gelesen und auch von seinen Kritikern fair traktiert wird, ohne die altbekannte, immer wohlfeile Häme.

Während des „Großen Streiks“ im Wintersemester 1988/89 hatte ich denkbar schlechte Erfahrungen mit dem Presseorgan der Streikenden, ihrer sogenannten „Lieblingszeitung“, gemacht. Diese Gummibärchen waren keine Sweeties. Mit ihren Methoden des entstellenden Zitierens und der Verleumdung war der Nachwuchs bei den Journalisten in die Schule gegangen, die Heinrich Böll in „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ bereits zum Kotzen - literarisch sogar zum Totschießen - gefunden hatte.

Während des Streiksemesters 1988/89 und auch noch in den folgenden Semestern hatte ich so miserable Erfahrungen mit dem Zusammenbruch der Kommunikation und der Diffamierung von Andersdenkenden und Andersempfindenden gemacht, dass ich für einige Zeit das Vertrauen in die Studentenschaft insgesamt verloren hatte, obgleich ich eigentlich im Blick auf mir bekannte Studenten genau wusste, dass die mich so empörenden und mich verletzenden Verhaltensweisen sich auf ganz wenige Studenten beschränkten - vorläufig zumindest. Ich wusste eigentlich, dass die erschreckenden Eindrücke im Widerspruch standen zu früheren oder parallelen Erfahrungen ganz anderer Natur. Schließlich hatte ich doch eine Fülle freundlicher Erinnerungen aus jahrzehntelanger Lehrtätigkeit am Otto-Suhr-Institut, an das mich im Herbst 1966 Ossip Flechtheim als

seinen Assistenten geholt hatte und an dem ich mich - nach parallelen Erfahrungen an der „Kritischen Universität“ der Außerparlamentarischen Opposition - 1970 mit Arbeiten zur gewaltfreien Bearbeitung von innen- und außenpolitischen Konflikten habilitiert hatte.

Die eigentliche Erschütterung hatte im Winter 88/89 ihren tieferen Grund weniger im rücksichtslosen Verhalten einiger Studenten, das ich aus der Distanz heute bereits wieder zu belächeln geneigt bin, zumal Ossip Flechtheim, als ich ihm im Krankenhaus von der Schmierage auf seinem Portrait im Foyer des Instituts berichtete, die Angelegenheit nicht so historisch nahm, sondern mal davon ausging, dass die Dussel gar nicht gewusst hatten, wer die Herren im lichten, grauen Haare waren, deren Portraits sie versprühten.

Was mich im Wintersemester 1988/89 nachhaltig - wie man heute sagt - erschütterte, war die offensichtliche Unfähigkeit der meisten Hochschullehrer und Studenten, sich konstruktiv und effektiv mit einer intoleranten und gewaltbereiten Minderheit auseinanderzusetzen. In ihrer Hilflosigkeit musste die Leitung des Instituts Vorgänge, die eigentlich nicht hätten hingenommen werden dürfen, unter den dicken Teppich der Pädagogik kehren. Und das geschah ausgerechnet in demjenigen Institut, das bundesweit zuvorderst die Wissenschaft von der Demokratie betreiben sollte und das 1968 in seiner Praxis die Avantgarde der Universitätsreform gebildet hatte.

Im Wintersemester 1988/89 habe ich mein posttotalitäres Oberschüler-Urvertrauen in die Lehrbarkeit von Demokratie und die Widerstandsfähigkeit der Demokraten verloren. Und das wog schwer, weil meine ganze Theorie gewaltfreier Sicherheitspolitik, das von mir erfundene Konzept der Sozialen Verteidigung und das Vorhaben, im März 1989 den „Bund für Soziale Verteidigung“ als pazifistischen Dachverband zu gründen, darauf basierte, dass gelernte Demokraten auch widerstandsfähig und widerstandsbereit sind. Wenn nun aber schon das Otto-Suhr-Institut versagte, was konnte man dann noch von der Gesellschaft als ganzer in Sachen „Soziale Verteidigung“ erwarten?

Außenstehende haben wahrscheinlich an den nunmehr bereits ein Jahrzehnt zurückliegenden Ereignissen am Otto-Suhr-Institut, insbesondere während der Zeit der lang anhaltenden Okkupation des Untergeschosses der Ihnestraße 22, nichts Bedeutsames wahrgenommen, haben vermutlich die meisten Notizen in der Tagespresse, sofern es diese überhaupt gab, überlesen und vergessen. Das ist auch nicht verwunderlich. Dass einige Studenten das Tiefparterre eines Instituts besetzen, sich dort verbunkern und nachts einige Büros aufbrechen, sind nun wirklich keine welterschütternden Ereignisse. Doch es ist nun mal so: Die tatsächlichen Erschütterungen im Weltbild einzelner Menschen ereignen sich dann, wenn ihnen bestimmte oder zunächst noch gar nicht bestimmbarere Ereignisse, ob diese nun objektiv welterschütternd sind oder nicht, ganz persönlich nahe gehen.

Diese persönlichen Erschütterungen sind etwas ganz anderes als die medieninszenierte, sekundäre Betroffenheit, gegen die man sich immunisieren kann, zu der man zumindest Abstand halten sollte. Warum sollte unsereinen der high speed high society Tod von Lady Diana und Compagnie erschüttern? Meine Kolleginnen am Otto-Suhr-Institut haben dieses Ereignis auf der hohen Woge der Gefühle zum Thema einer Ringvorlesung gekürt. „Mythos und Politik: Diana - von der Princess of Wales zur Queen of Hearts“.³ Wenn man so formuliert, also offenbar auf der Welle des Herzensköniginnen Medien- und Schnulzenkitsches mitschwimmt, dann tut man zumindest so, als ob man gleichfalls erschüttert sei. Was sollte mich erschüttern am Tod eines Playboys beim Trophäensammeln? Zwei Publicitysuchtige waren selbst umgekommen, als sie in ihrem Mercedes wie ein tödliches Geschoss durch Paris rasten. Wirklich erschütternd wäre doch nur gewesen, wenn die Herzenskönigin und ihr Playboy harmlose Verkehrsteilnehmer totgefahren hätten, denn dies ist ein Schicksal, das jeden ereilen kann und das im Blick auf die eigene Familie unsereinem nahe gehen könnte.

Persönliche Betroffenheit entsteht gewöhnlich bei Ereignissen, die - von dritter Seite betrachtet - wenig Besonderes oder gar Publizitätsträchtiges aufweisen. Unvorbereitet trifft uns ein Ereignis, das die einen (noch) kalt lässt und das andere in krasser Form bereits andernorts und zu anderer Zeit überrascht hat, ohne dass wir, die wir nunmehr selbst an der Reihe sind, uns zuvor die Fama von der Erfahrung der anderen zu Herzen genommen hätten.

Die Ereignisse an meinem Arbeitsplatz im Wintersemester 1988/89 erschütterten mich tatsächlich, und doch zweifle ich daran, dass ich das Warum und das Wie mitzuteilen vermag, also jemand anderen dafür interessieren kann. Es handelt sich um keine tollen Nachrichten. Nun gut, es gibt ein wenig Action. Doch was sind schon ein paar Sprayersprüche, ein mit dem Beil zerhackter Bildschirm in einem Büro, einige faule Tomaten und ein paar Knallfrösche in einer Sitzung des Fachbereichsrats gegen das Feuerwerk, das jeden Abend in den Sparten Krimi, Thriller, Melodram, Horror und Science Fiction auf allen Kanälen (in zunehmendem Maße vergeblich) unsereinen vom Einpennen im Sessel abhalten möchte?

Als gelernten Konfliktforscher hat mich während des ganzen Streiksemesters die Frage umgetrieben, wie man mit gewaltfreien Mitteln einer gewaltbereiten, intoleranten Minderheit Grenzen setzt und in Verbindung mit dieser Anstrengung auch noch eine konstruktive Lösung erarbeitet. Ich hatte mein Berufsleben lang und in vielen Bürgerinitiativen über dieses Problem geforscht und habe Beobachtungen aus aller Welt zusammengetragen, und nun erwischte es mich kalt,

³ Anne Schilo: Ringvorlesung. Diana, Diana, Diana... In: FU-Nachrichten. Das Magazin der Freien Universität Berlin, Nr. 11-12, 1997, S. 10-12

zu einem Zeitpunkt und an einem Ort, an dem ich damit überhaupt nicht gerechnet hatte. Und ich scheiterte bei meinen intensiven Versuchen, das Problem zu bearbeiten, kläglich.

Dieser Tatsache muss ich ins Auge blicken. Ich habe meinen Glauben daran, dass Probleme gewaltfrei bearbeitet und einigermaßen zufriedenstellend gelöst werden können, nicht verloren, zumal ich keine gewaltsame Alternative sehe. Grundsätzlich scheint mir die gewaltfreie Konfliktbearbeitung - angesichts gewaltsamer Herausforderungen - nach wie vor möglich zu sein. Doch ich hatte seit dem Beginn des Jahres 1989 aufgrund meiner ganz persönlichen Erfahrungen, die sich in keiner Weise konform entwickelten mit der Weltgeschichte, denn diese schien binnen Jahresfrist meinen kühnsten Hoffnungen auf gewaltfreie Aufstände recht zu geben, den Eindruck, dass ich über den Menschen und seine Fähigkeiten und Schwächen von Grund auf neu nachdenken müsste. Die Berliner riefen „Wahnsinn“ und feierten den Fall der Mauer. Doch bei mir waren die Zweifel an meinen Fähigkeiten, Konflikte zu bearbeiten, enorm gewachsen. Tauge ich, ja ich ging weiter: Taugen wir zum gewaltfreien Widerstand? Ist mein Charakter, ist der Charakter der anderen, die mehr Demokratie wagen sollten, vielleicht doch durch jahrzehntelange autoritäre Prägung viel stärker deformiert, als ich und wir dies bislang ahnten?

Ich hatte jahrzehntelang an Modellen des gewaltfreien Eingreifens und Standhaltens gearbeitet, und meine Frühschrift „Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg“ hatte für viele Kriegsdienstverweigerer in Deutschland eine faszinierende Lektüre abgegeben. Walter Ulbricht hatte durch ihre Brandmarkung als „konterrevolutionär“ noch zusätzlich für sie geworben. Und nun wurde mir deutlicher denn je, dass ich meinen Modellen in historischer Einkleidung - denn Märchen hatte ich nie erzählt, immer nur Fallstudien vorgelegt - eben doch einen Idealtypus des gewaltfreien Akteurs zu Grunde gelegt hatte, den es so und jedenfalls hier und heute in der erforderlichen Zahl nicht gibt. Das Ermangeln einer ausreichenden Zahl von Demokraten an meinem Institut schlug bei mir um in den Zweifel an der Qualität gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Jedenfalls waren mir hinfot die Zahl der Engagierten und der Qualitätsstandard ihrer Ausbildung wichtiger als zuvor. Das ist - ganz milde formuliert - das Fazit meiner Erfahrungen im Wintersemester 1988/89.

Viele Neunmalkluge mögen sich über meine späten Zweifel mokieren. Und das ist mir immer noch lieber, als dass andere - in von Erfahrung ungetrübtem Idealismus - das hohe Lied der Gewaltfreiheit weitersingen und weiterpredigen. Ich hoffe, dass ich meine Erfahrungen eindringlich zu schildern vermag und dass meine sprachlichen Mittel ausreichen, einem Miniaturkonflikt auf dem Dahlemer Campus den Charakter des Exemplarischen zu verpassen und ein so vieldimensionales Geschehen wie die Okkupation eines politologischen Instituts in all seinen Erscheinungsformen und Wirkungen zu erfassen.

Ich hätte mir Vorbilder der Berichterstattung gewünscht. Wie können wir uns heute noch die 1968 erfolgte Besetzung des Frankfurter Soziologischen Instituts, an dem Theodor Wiesengrund Adorno und Jürgen Habermas gelehrt haben, vor Augen führen, wie uns die Atmosphäre während dieser Besetzung vergegenwärtigen? Viel mehr als der empörte - und die Studenten und die links abonnierten Kollegen dann wiederum empörende - Artikel von Jürgen Habermas „Die Scheinrevolution und ihre Kinder“ ist uns nicht überliefert.⁴ Es fehlt uns Auswärtigen und all denen, die Semester für Semester an die Universitäten nachrücken, die Anschauung des Ereignisses, auf welches Habermas und seine linken Kritiker reflektieren.⁵

Möge es mir nun gelingen, statt einer platten, einäugigen Dokumentation oder eines nur Eingeweihten verständlichen Essays oder einer weiteren nichtsnutzigen „Campus“-Satire einen Reality-Roman zu schreiben, der eigentlich kein Roman ist, aber wie jeder wichtige Roman seine Existenzberechtigung darin hat, dass er „einen unbekannten Aspekt des Lebens entdeckt,“⁶ in meinem Falle das Leben an einer Universität West-Berlins, kurz vor der Wiedervereinigung Deutschland, an die im Winter 1988/89 an diesem politologischen Institut wohl niemand geglaubt hat.

Ich will alle mir bekannten Tatsachen nutzen und werde bei den zitierten Dokumenten nichts erfinden. Doch ich muss meine Tagebuchnotizen an einigen Stellen ausführen, und das Ergebnis wird dann keinen photographischen, sondern einen eher malerischen und insofern auch bisweilen romanhaften Charakter haben. Ich habe mehr im Gedächtnis, als ich 1988/89 meinte aufschreiben zu müssen. Manches Detail habe ich aber auch vergessen. Da ich aber die Szenerie den Außenstehenden insgesamt vor Augen führen muss, will ich einiges für das Verständnis Erforderliche nachzeichnen, nicht nacherfinden. Das scheint mir sinnvoller zu sein als im Sinne der historischen Quellenkorrektheit ein dürres Tagebuch präsentieren, mit dem nur sein Verfasser in der Erinnerung noch die zugehörige Anschauung verbindet.

Wenn ich das Skript dennoch – ohne jeden Zusatz - als Tagebuch bezeichnen würde, dann wäre dies nicht korrekt. Dann müsste es in allen Teilen im strengen

⁴ Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt a.M. 1968 Dieser Band enthält neben dem provozierenden Vortrag von Jürgen Habermas am 1. Juni 1968 Beiträge von Wolfgang Abendroth, Peter Brückner, Furio Cerutti, Klaus Dörner, Eckehart Krippendorff, Herbert Lederer, Wolfgang Lefèvre, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Arnhelm Neustüß, Claus Offe, Reimut Reiche, Claus Rolfshaussen, Helmut Schauer, Frank Wolf.

⁵ Eine große Hilfe beim Wiederveranschaulichen dieser Ereignisse ist die von Wolfgang Kraushaar herausgegebene Dokumentation: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 - 1995, 3 Bände, Hamburg 1998. Am stärksten berührten mich im Rückblick die Briefe von Adorno, Horkheimer, Marcuse und Grass, welche das studentische Vorgehen beschreiben und reflektieren.

⁶ Milan Kundera: Die Kunst des Romans, Frankfurt a. M. 1996, S. 13

Sinn ein historisches Dokument sein. Da ich aber das tatsächlich vorhandene, sogar ziemlich ausführliche Tagebuch nach einem Jahrzehnt selbst lektoriere und an einigen Stellen so ausmale, dass es von Unbeteiligten verstanden werden kann, will ich es - in Anspielung auf die die hyperaktuelle TV-Konkurrenz - einen säumigen Reality-Roman nennen.

Nun wird mancher - beim Lesen eines solch langen Vorspanns allmählich ungeduldig werdend - denken: Nun tu's doch! Doch man verzeihe mir noch eine verzögernde Überlegung. Wahrscheinlich lassen sich Erfahrungen überhaupt nicht schriftlich übermitteln. Zumindest nicht vorbeugend. Studenten sind im Alter zwischen zwanzig und fünfundzwanzig von Natur aus leichtsinnig; sie müssen die Erfahrungen der Älteren abschieben und ihre eigenen machen. Wir dürfen sie nicht an den Pflock der Vergangenheit binden. Man weiß doch „... vom Nachteil der Historie für das Leben“. Aber vielleicht wird dem einen oder anderen - nachträglich - ein Licht aufgehen, post festum, nachdem mal wieder ein Uni-Streik nicht das Erhoffte „gebracht“ hat.

Doch ein Notabene noch im Voraus nicht nur für die Jungen, sondern gerade auch für die Älteren, und in diesem Punkt hoffe ich, dass die Warnung wirkt: Das Belächeln von Drohungen, die sich grotesk maskieren, und von anonymen Rechtsverletzungen, die von verantwortlichem zivilem Ungehorsam zu unterscheiden sind,⁷ ist kein Zeichen von Weisheit und Sinn für Pädagogik. Ich halte dies für einen Vorgang der Verdrängung von Erfahrungen, die wir kollektiv gemacht haben sollten.

Die Mythisierung des Großen Streiks von 1988/89 unter dem Stichwort „Unimut“ weckt bei mir im Blick auf das Otto-Suhr-Institut vor allem bittere Erinnerungen, obgleich ich die Streikbewegung an den Berliner Universitäten insgesamt durchaus positiv zu bewerten vermag. Doch mein eigenes Institut muss ich von dieser positiven Bewertung schandenhalber ausnehmen. Einzelne wie Dekan Kiersch, der Verwaltungsleiter Egon Lodder und die Betreiberin der Viertelparitätischen Kommission Gesine Schwan haben sich große Mühe gegeben und Schlimmeres abgewendet, aber die meisten Hochschullehrer und Studenten sind während des Streiksemesters abgetaucht und haben der Entwicklung ihren Lauf gelassen. Am Ende des Streiksemesters hatte ich das Gefühl: Das Otto-Suhr-Institut hat einiges versucht, aber es hat sich in seiner Unfähigkeit, diese Krise konstruktiv zu bearbeiten, blamiert bis auf die Knochen. Ich befürchte, dass das Otto-Suhr-Institut nach dem derzeit laufenden Schrumpfungsprozess der Freien Universität, den ich mir auch mit dem Verschleiß der Mittel studentischen Widerstands erkläre, nur wieder zu Kräften kommen wird, wenn dieses Institut sich mit seiner eigenen Vergangenheit und seinen eigenen Mythen befasst und nicht wie alle Welt mit dem Mythos von Lady Diana und ähnlichem.

7

Vgl. Th. Ebert: Ziviler Ungehorsam. Von der APO zur Friedensbewegung, Waldkirch 1984

Doch dass man die eigene Vergangenheit kritisch aufarbeiten muss, wollte damals und danach niemand wahrhaben, auch ich nicht oder doch nur in engen Grenzen.⁸ Und so hat man im Sommer 1989 weitergemacht ohne öffentliche Reflexion der zurückliegenden Ereignisse, vermutlich in der Hoffnung, dass man peu à peu die schlimme Erfahrung doch irgendwie aufarbeiten oder wenigstens einige neue Zeichen setzen könnte. Gesine Schwan hat sich in ihrer Zeit als Dekanin sehr darum bemüht, solche Zeichen zu setzen und seien es auch nur Kübelstauden im Treppenhaus der Ihnestraße 21 und Bänke und Tische unter den Platanen vor dem Eingang des Gebäudes in der Ihnestraße 22. Der medienbewusste Peter Grottian war nicht zimperlich in seinen Methoden, den Kollegen ins Gewissen zu reden, ihre Lehrverpflichtungen ernst zu nehmen. Das hat auch einiges gefruchtet. Auch die Studenten haben es seit 1989 - bei einigen Rückschlägen - doch zunehmend gelernt, sich an Entscheidungen über Protestmethoden zu beteiligen und die Manipulateure von sogenannten Vollversammlungen Mores zu lehren. Ob dies mit zulänglichem Erfolg geschah, wird sich noch zeigen.

Von anderer Seite ist jedoch am Mythos des Großen Streiks von 1988/89 weitergebastelt worden, so dass es dann im Wintersemester 1995/96 zum erneuten Verschandeln des frisch renovierten Instituts durch dummliche Parolen kommen konnte. Das Büro der Kollegin Barbara Riedmüller, Wissenschaftssenatorin in der rot-grünen Koalition nach 1989, wurde mit einem Stemmeisen und unter Zerstörung des ganzen Türrahmens aufgebrochen, nur um ein Transparent am Balkon befestigen zu können. Das war demonstrative Brutalität, die Welten trennte vom sprichwörtlichen Betreten des Rasens zu APO-Zeiten.

Wie gesagt, im Januar 1996 war für mich dann das Maß des studentenunwürdigen Verhaltens voll und ein für das Selbstverständnis des Otto-Suhr-Instituts elementares Tabu verletzt, als während einer nächtlichen Besetzung im Foyer des Otto-Suhr-Instituts auch die Fotos von Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim mit roter Farbe zugesprayt wurden. Auch wenn dies institutsfremde Dummköpfe getan haben sollten, so waren dafür doch letzten Endes diejenigen Politologiestudenten verantwortlich, die sich an dieser Besetzung beteiligt und den haarsträubenden Unfug nicht verhindert hatten. Diese Schandfleckchen sind zwar in den Semesterferien beseitigt worden, aber die Protagonisten dieser Sprayaktionen aus dem Cafe Geschwulst hatten noch zu Beginn des Sommersemesters 1996 die gesamten Verschandelungen als ein Unternehmen antiherrschaftlicher Ästhetik gerechtfertigt und nichts, rein gar nichts bedauert.

Über manchen Unfug mag man ja als Pädagoge milde lächeln - und ich halte gar nichts von Strafverfahren, doch einiges von kantigem Widerspruch -, aber man darf nicht verkennen, dass die Übergänge zwischen Ulk und Terror fließend

⁸ Siehe im Anhang die Vorlesung zu den Beziehungen zwischen den Krawallen in Kreuzberg am 1. Mai 1989

sind. Über das sogenannte Pudding-Pulver-Attentat der Kommune I auf den amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey und die kreischenden Schlagzeilen der Bildzeitung zu diesem Vorfall hat man in der Berliner Linken sich einstens ganz köstlich amüsiert, aber spätestens nach der Entführung Schleyers durch die Rote Armee Fraktion und nach seiner Ermordung ist uns allen das Lachen vergangen. Und nun möchte ich die mir wenig geneigten studentischen Leser einmal bitten, zu überlegen, was sie an meiner Stelle empfunden hätten, wenn sie im Sommersemester 1989 beim Betreten ihres Arbeitsplatzes im Treppenhaus in 30 Zentimeter hohen Buchstaben folgenden Spruch gelesen hätten:

*Barschel, Schleyer, Strauß
Ebert such dir was aus!*

Sehr witzig! But I was not amused. Da wurde mir möglicherweise von Besuchern meiner Lehrveranstaltungen oder auch Unbekannten - und ich nehme an, es war ein Versuch mich einzuschüchtern - der Tod an den Hals gewünscht und mir in der Phantasie der Sprayer die Wahl gelassen zwischen Selbstmord, Entführung und Ermordung und Herzinfarkt. Erst nach Tagen wurde die Inschrift teilweise überpinselt und bis zum Ende des Semester konnte ich noch täglich lesen: „such dir was aus“.

Es ist mir nichts Handgreifliches geschehen, und kriminalistisch betrachtet waren bestimmt die Morddrohungen von früheren SS-Angehörigen, die sich einige Jahre zuvor, als ich auf einer EKD-Synode von Killern in der Wehrmacht gesprochen hatte, gegen mich und meine Familie gerichtet hatten, weitaus gefährlicher. Doch Morddrohungen von Rechtsextremisten haben mein Weltbild nicht erschüttert. Von dieser Seite hatte ich nicht anderes erwartet. Doch plakative Morddrohungen von Politologiestudenten gegenüber einem Hochschullehrer - und ich war nun mal der Betroffene - empfand ich dann doch als schockierend, obgleich ich mich seit Jahrzehnten mit dem Phänomen des Stalinismus auseinandergesetzt hatte und obgleich ich wusste, dass es auch bei einer früheren Gelegenheit am Otto-Suhr-Institut aggressives Verhalten gegenüber einem liberalen Hochschullehrer gegeben hatte. Die körperlichen Angriffe auf Alexander Schwan als Vorsitzenden des Fachbereichsrats waren ein schlimmer Vorfall in der Geschichte des Instituts. Doch die meisten Kollegen hielten dies danach für eine einmalige Entgleisung. Man macht sich in der Regel nicht klar, was ein solcher Vorfall emotional für einen Betroffenen bedeutet.

Meine Tagebuchaufzeichnungen aus dem Wintersemester 1988/89 spiegeln die persönliche Erfahrung eines Hochschullehrers. Psychologische Schlaumeier mögen sie „traumatisch“ nennen. Ich will die Angelegenheit nicht so hoch hängen. Ich lasse mir von ein paar Schmierfinken die Freude am Leben nicht verderben, und ich bilde mir ein, dass ich das „Trauma“ in den folgenden Semestern dann schon wieder überwunden habe durch positive Lehrerfahrungen. Ich

denke hier besonders an das Erproben curricularer Elemente für die Ausbildung zum „Zivilen Friedensdienst“. In diesen Trainingskursen haben auch gruppendynamische Übungen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung eine wichtige Rolle gespielt. Das lässt sich nachlesen in meinem Werkstattbuch zu dem Projektkurs „Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung“, in dem ich aber doch noch Schwierigkeiten hatte, mich wieder vertrauensvoll unter Studenten zu bewegen.⁹

In diesen Kursen ist auch mein Zutrauen zu den Fähigkeiten der Studenten, universitäre Proteste verantwortlich zu steuern und Extremisten Grenzen zu setzen, wieder gewachsen. Doch aufgrund der raschen Abfolge der Generationen der Studenten stellt sich die Frage nach der Fähigkeit, studentischen Protest zu organisieren, fast jedes Semester von neuem. Die Erfahrungen des Streiksemesters von 1988/89 sind heute an der Universität nicht mehr präsent. Es gibt keinen Versuch der Geschichtsschreibung nach den Regeln der Zunft. Und so leben die Studenten und Studentinnen, welche seit dem Sommersemester 1996 die schlimmsten Auswirkungen der staatlichen Finanzmisere von den Universitäten abwenden wollen, mehr von Mythen als von facettenreichen Erinnerungen an frühere Streiks, die es am Otto-Suhr-Institut seit dem Beginn der 70er Jahre in dichter Folge von Semester zu Semester gegeben hat.

Es ist schwer vorherzusagen, ob die Veröffentlichung von Erfahrungen aus einem Streiksemester sich auf künftige Streiks auswirken wird. Ich kenne kein vergleichbares Dokument. Während der letzten Jahre habe ich gedacht: Das Angenehmste wäre es, wenn meine Erinnerungen nur von einigen Streikinteressierten gelesen und dann stillschweigend daraus praktische Folgerungen gezogen würden. Denn rühmlich ist das nicht, was ich zu berichten habe, weder für die Studenten, noch für mich. Ich habe mich erregt, wo ich hätte cool bleiben sollen; ich habe auch dort geredet, wo ich besser geschwiegen hätte und ich habe mich missverständlich ausgedrückt.

Die Berichterstattung der Medien über den Streik an den Berliner Universitäten im Wintersemester 1988/89 war nicht nur in den linken, sondern auch in den liberalen oder sogar liberal-konservativen Medien gekennzeichnet von aufmerksamer Sympathie für die Anliegen der Streikenden. Das war vor allem damit zu erklären, dass viele Forderungen überfällig und die Versäumnisse der selbstgerechten Regierung so offensichtlich waren, dass den Studenten auch einige Regelverletzungen von den Medien gerne nachgesehen wurden. An vielen Fachbereichen zeichneten sich die Aktionen der Studenten (und auch einiger Hochschullehrer) durch Einfallsreichtum, kluge Argumentation und Witz aus. Die anerkennende Berichterstattung war also durchaus angemessen. Die Alt-Linken,

⁹ Th. Ebert: Ziviler Friedensdienst - Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln, Münster: Agenda Verlag, 1997

die sich noch an die Diffamierung der Studentenproteste zur Zeit der Außerparlamentarischen Opposition und des Attentats auf Rudi Dutschke erinnerten, sahen und lasen dies alles gerne.

Mein Bericht über den Streik am Otto-Suhr-Institut soll dieses positive Bild des Streiks an den Berliner Universitäten nicht bekleckern und schon gar nicht den Aufstand der Studenten verwünschen. Der Aufstand im Wintersemester 1988/89 war überfällig, und Wolf Dieter Narr hat auch in meinem Sinne den miserablen Zustand der Universität zutreffend charakterisiert in seiner Broschüre mit dem Titel: Wider die restlose Zerstörung der Universität. Ein Aufruf ihrer Neu- und Wiederbelebung. Herausgegeben vom ASTA der Freien Universität Berlin, 1988. Aus der Sicht linker Professoren konnte es eigentlich nur um den möglichst umfassenden und nachhaltigen Erfolg dieses Streiks und - falls dies tunlich sein sollte - eines ganzen Streiksemesters gehen.

Dieser Aufstand hat am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität einen merkwürdig singulären Verlauf genommen, den aber in überzeugender Weise bislang noch niemand zu erklären vermochte. Hier genüge zunächst der Hinweis, dass der Fachbereich Politische Wissenschaft eine Ausnahme im Streikgeschehen darstellte und keineswegs den anderen Fachbereichen zum Vorbild diente, wie dies in den Zeiten der Außerparlamentarischen Opposition der Fall war, als wir am OSI auf der Basis einer vorbildlichen, neuen Institutsatzung und nach dem Erringen der Drittelparität in den Institutsghremien stolz waren auf die im gewaltfreien Sinne umfunktionierte Guevara-Parole „Schafft zwei, drei, viele OSIs“.

An anderen Fachbereichen haben im Wintersemester 1988/89 Urabstimmungen von mehreren tausend Studenten stattgefunden. Hochschullehrer konnten sich an konzeptionellen Entwicklungen beteiligen. Am Otto-Suhr-Institut war der Streikverlauf gekennzeichnet durch eine minimale studentische Partizipation an den Entscheidungsprozessen und dem zeitweisen, nahezu völligen Zusammenbruch der Kommunikation zwischen Studenten und Hochschullehrern. Dieser Zustand konnte auch bis zum Ende des Streiks nur partiell überwunden werden. Hinzu kam im Otto-Suhr-Institut eine Eskalation der Sachbeschädigungen und der verbalen und physischen Angriffe auf Hochschullehrer, die nur in wenigen anderen Fachbereichen eine annähernde Entsprechung fanden.

Meine Aufzeichnungen sind in einer Situation, die ich an mir selbst als Krise meines Verständnisses linker Politik erfahren habe, cum ira et studio 'aufs Blatt geworfen', man kann kaum sagen 'verfasst' worden. Ich stehe auch zu dem expressiven Charakter meiner Aufzeichnungen. Zu einem Konflikt gehören wesentlich die Emotionen und die spontanen Einschätzung von Situationen, auch die Aufzeichnung von Fehleinschätzungen und verkehrten Empfehlungen. Das will ich auch in meiner Reality-Retrospektive erhalten.

Obwohl ich mir Mühe gab und andere Vorhaben in meinem Forschungsfreiemester 1988/89 zurückstellte, konnte ich doch nur einen Bruchteil der Gedanken und Bestrebungen dieses bewegten Semesters notieren. In der ersten Fassung des Tagebuchs nehmen die konstruktiven Vorschläge zur Reform an der Universität und insbesondere des Lehrbetriebs viel Platz ein. Diese habe ich jetzt zumindest in Teilen weggelassen, weil sie überholt und für die Nichtmitglieder des Instituts in ihren Details nur von geringem Interesse sind. Ich verweise jedoch auf diesen Umstand, weil Gandhi zu Recht betont hat, dass der konstruktiven Aktion mindestens die Hälfte unserer Aufmerksamkeit zu gelten habe.

Ich will mein Streiktagebuch in der ausgemalten Form nach einem ersten Test im Seminar nun auch außeruniversitär zugänglich machen, weil es ein Lehrstück sein könnte für gewaltfreie Akteure, deren Weltbild gekennzeichnet ist durch die Konfrontation zwischen einem reaktionären Establishment und aufgeklärten Aufständischen. Das ist nach wie vor mein Grundmuster der Interpretation politischer Vorgänge - jedoch unter Beimengung anderer Faktoren. Und um diese anderen Faktoren geht es vornehmlich in diesem Tagebuch. Meine Sicht der großen Konfliktlage (Ökologen contra Expansionisten bzw. Ziviler Friedensdienst versus bewaffnete „Befriedung“) habe ich den Lesern meiner Aufsätze in der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit“, die seit 1969 in Berlin erscheint, oft genug dargelegt; doch darüber darf nicht verdrängt werden, dass es auch ultralinke Positionen gibt, die in ihrem inhaltlichen Anspruch zwar noch konstruktiv-provozierend sein mögen, in ihrer Methode jedoch destruktiv wirken und geeignet sind, repressive Aktionen gegen die gesamte Linke zu provozieren.

Zwar kann die Demokratie in der Bundesrepublik nur durch ein Zusammenwirken von Rechtsextremisten und konservativem Establishment ernsthaft gefährdet werden, aber ultralinke Aggressivität wird zu einem gefährlichen Faktor, wenn ihr Anwachsen eine konservative Mitte nach rechts zu treiben vermag.

Um die im Tagebuch nur notierten Eindrücke historisch und futurologisch zu ergänzen, habe ich die in die Zeit der Universitätsstreiks fallende Laudatio zur Ehrenpromotion und zum 80. Geburtstag des Futurologen Ossip K. Flechtheim diesem Tagebuch eingefügt. Um zu illustrieren, wie gefährlich es ist, wenn Gandhis Satyagraha-Position bei einem Aufstand nicht ernst genommen wird, habe ich auch die extemporierte Vorlesung „Vom Umgang mit aggressiven Gewalttättern“ am 3. Mai 1989 in dieses Buch aufgenommen. Ich nehme an, dass ich der Grundhaltung, die in dieser Vorlesung zum Ausdruck kam, auch den ominösen, oben zitierten Wandspruch im Treppenhaus meines Instituts zu verdanken habe. In dieser Vorlesung erörterte ich angesichts des Gewaltausbruchs am 1. Mai 1989 in Kreuzberg, wohin es führt, wenn die Linke sich gegen absehbare Gewaltanwendung ultralinken Gruppen nicht ins Zeug legt. Mein Kollege

Peter Grottian hat sich in der Zwischenzeit für einen gewaltfreien Verlauf des 1. Mai engagiert und hat, soweit dies einem Einzelnen, der keinen Zivilen Friedensdienst mit Tausenden von ausgebildeten gewaltfreien Akteuren im Rücken hat, Vorbildliches geleistet. Dass im Zuge dieser Bemühungen sein PKW von den Kontrahenten (noch vor dem 1. Mai) abgepackelt wurde, zeigt, mit welchen Pappenheimern man es zu tun bekommt, wenn man Profil zeigt.

An den Schluss des Buches habe ich dann noch einen ersten Versuch der theoretischen Einordnung meiner Konflikterfahrungen „im eigenen Hause“ gerückt. Es handelt sich um Überlegungen zum „gewaltfreien Eintreten für den Rechtsstaat als innenpolitischer Voraussetzung der Sozialen Verteidigung“ am Beispiel der gewaltsamen Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts vom 26. - 28. November 1990, wie ich sie auf der Tagung des Bundes für Soziale Verteidigung im Dezember 1990 in Köln-Deutz vorgetragen habe. Diese Tagung befasste sich mit der Perspektive eines Europas ohne Armeen und der zugehörigen Fähigkeit des gewaltfreien Standhaltens und des gewaltfreien Intervenierens in Krisensituationen. Das war ein weites Feld. Doch man musste es ins Auge fassen auf der Suche nach einer zeitgemäßen Form des Pazifismus.¹⁰ Doch seit dieser Zeit beschäftigt mich mehr denn je die Frage des Zusammenhangs zwischen Verhaltensmustern in Mikro- und Makrokonflikten und ich sinniere über die Wahrheit des Sprichwortes „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür!“

¹⁰ Eine Zusammenfassung meiner Überlegungen zu den Möglichkeiten gewaltfreier Politik – auf der Ebene der Opposition und der Regierung ist zu finden in den beiden Bänden: Th. Ebert: Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert, Münster: LIT, 2001 und der ergänzenden Aufsatzsammlung: Th. Ebert: Militärische Gewalt als ultima ratio? Pazifistische Positionen in der aktuellen Diskussion, Minden: Hintergrund- und Diskussionspapier des Bundes für Soziale Verteidigung, Nr. 12, 2002, 82. S.

STREIKTAGEBUCH 5.12.1988 - 4.3.1989

Anstelle einer Einleitung: Gandhi über Sitzblockaden von Studenten

„Einige Studenten haben in Calcutta in Gestalt der Sitzblockade (sitting dharna) eine altertümliche, barbarische Protestform wiederbelebt.¹¹ Glücklicherweise hat der Unfug so schnell aufgehört, wie er begonnen hat. Sie versperrten ihren Mitstudenten den Zugang zur Universität, wenn diese ihre Studiengebühr bezahlen oder Dozenten sprechen wollten. Ich nenne dies eine 'Barbarei', denn es ist ein rohes Verfahren, wenn man auf diese Weise Zwang ausübt. Es ist außerdem feige, denn wer als Sitzender einen Zugang blockiert, weiß genau, dass man nicht über ihn hinweg trampeln wird. Es ist schwierig, dieses Verfahren gewaltsam zu nennen, aber es ist bestimmt schlimmer als dies. Wenn wir unseren Gegner bekämpfen, dann geben wir ihm zumindest die Möglichkeit zurückzuschlagen. Wenn wir ihn jedoch herausfordern, über uns hinwegzugehen, wohl wissend, dass er es nicht tun will, bringen wir ihn in eine höchst peinliche und demütigende Lage. Ich weiß, dass die übereifrigen Studenten, die zur Sitzblockade gegriffen haben, über das Barbarische ihrer Tat nie nachgedacht haben. Aber jemand, von dem erwartet wird, dass er der Stimme seines Gewissens folgt und auch auf sich allein gestellt allen Widrigkeiten standhält, kann es sich nicht leisten, gedankenlos zu sein. Wenn unsere Kampagne der Nichtzusammenarbeit fehlschlagen sollte, dann wird dies nur aufgrund unserer eigenen Schwäche geschehen. Bei der Nichtzusammenarbeit gibt es eigentlich keine Niederlage. Sie kann nicht fehlschlagen. Es kann sein, dass die sogenannten Repräsentanten der Nichtzusammenarbeit ihr Anliegen so schlecht vertreten, dass der Eindruck entsteht, diese Methode an sich habe versagt. Darum müssen die Träger der Kampagne der Nichtzusammenarbeit alle ihre Aktionen auf ihre Wirkung hin durchdenken. Es darf keine Ungeduld, keine Rohheiten, keine Beleidigungen, keinen

¹¹ „sitting dharna“ ist die Ausübung von moralischem Druck durch einen Sitzprotest an einer bestimmten Stelle unter Verweigerung der Aufnahme von Nahrung oder auch von Wasser. Zu Gandhis Kritik an erpresserischen Formen der gewaltlosen Aktion siehe Joan Bondurant: *Conquest of Violence. The Gandhian Philosophy of Conflict*, Princeton 1958

unziemlichen Druck geben. Wenn wir den wahren Geist der Demokratie kultivieren wollen, können wir uns Intoleranz nicht leisten. Die Intoleranz ist immer ein Zeichen des mangelnden Glaubens an die eigene Sache.“¹²

Zu den von Gandhi hier kritisierten Protestaktionen war es 1920 gekommen, weil er selbst im Kampf um die Unabhängigkeit der Kolonisierten dazu aufgerufen hatte, die Bildungsangebote der Kolonialherren an den von ihnen kontrollierten Universitäten zu boykottieren und eigenständig, gewissermaßen autonom, Schulen und Universitäten aufzubauen und zu betreiben.¹³

Die Kritik Gandhis an den Sitzprotesten ist in den 80er Jahren am Amtsgericht von Schwäbisch Gmünd von Richter Offenloch gelegentlich zitiert worden, um den Blockierern der Raketenbasis in Mutlangen vor Augen zu führen, dass Gandhi, auf den sie sich - neben Martin Luther King - doch immer wieder beriefen, den Sitzprotest als eine Form der Nötigung abgelehnt habe. Der OSI-Absolvent Dipl. Pol. Christian Bartolf schrieb am 22.2.1987 im Namen Gandhis (bzw. des Gandhi-Informations-Zentrums in Berlin) einen Offenen „Brief an einen deutschen Richter“: Bei den Blockaden von Raketenbasen gehe es nicht darum, „Menschen zu beeinträchtigen, also Zivilisten mit arglosen Absichten“. Das Ziel sei es, „Apparate stillzulegen, die zu unserer aller Vernichtung führen.“¹⁴

Christian Bartolf kann ich bei seiner Unterscheidung zwischen der Verletzung von Menschen und der Sachbeschädigung nur zustimmen. Wir kennen uns gut. Er hat bei mir auch seine Diplomarbeit über Gandhis Einschätzung der Bedeutung der gewaltfreien Aktion im Widerstand gegen die NS-Herrschaft und Martin Bubers Kritik dieser Einschätzung geschrieben. Die Konfliktsituation war an den Universitäten Indiens in den Jahren 1920/21 tatsächlich eine andere als an den westdeutschen Raketenbasen in den 80er Jahren. Gandhi hat im Rahmen der Salzkampagne von 1930 auch das Niederreißen von Stacheldrahtzäunen um die Salzdepots akzeptiert. Seine Kritik an den gewaltlosen Sitzprotesten der Studenten von Calcutta ist für das Streikgeschehen am OSI relevant, weil sie psychologischer Natur war und davon ausging, dass die Studenten mit ihren Aktionen die Hochschullehrer erpressten, wohl wissend, dass diese aus pädagogischen Gründen zu keinen gewaltsamen Sanktionen greifen würden. Dagegen waren vor der Raketenbasis in Mutlangen die Sanktionen, mit denen Polizei und Justiz auf die gewaltfreien Absperrungen der Zufahrtsstraße durch Sitzproteste reagieren wür-

¹² Young India, 21.2.1921. In: M. K. Gandhi: Collected Works, Bd. 19, Ahmedabad 1966, S. 313.

¹³ Die erste Unabhängigkeitskampagne unter den Stichworten Nichtzusammenarbeit und Ziviler Ungehorsam hat jedoch nur wenige Monate gedauert. Es gelang im ersten Anlauf nicht, die Bildungsangebote der Kolonialherren durch eigene zu ersetzen. Als ich im Frühjahr 1997 durch Indien reiste, habe ich mehrere dieser gandhistischen Bildungseinrichtungen, die in den Folgejahren gegründet wurden, besucht. Th. Ebert: Auf Gandhis Spuren. Impressionen einer sechswöchigen Reise durch Indien. In: Gewaltfreie Aktion. Vierteljahresshette für Frieden und Gerechtigkeit, Berlin 1998/99, Hefte 115-118.

¹⁴ Mitteilung an den Verfasser.

den, von vornherein klar und sie wurden von den Protestierenden auch einkalkuliert und sie haben die Tatsache der Festnahme den beteiligten Polizeibeamten auch nicht übel genommen. Es hatten sich in Kontakten zwischen den Protestgruppen und der Polizei gewisse Spielregeln herausgebildet.

Montag, 5. Dezember 1988

OSI abgesperrt: Noch keine Forderungen

Am Freitag und Samstag hat der Trägerkreis des Kongresses „Wege zur Sozialen Verteidigung“ in Hannover die Gründung des „Bundes für Soziale Verteidigung“ (BSV) beraten, vor allem die Satzung und die Grundsatzerklärung. Im Juni 1988 hatte der Bundeskongress „Auf dem Wege zur Sozialen Verteidigung“ in der Stadthalle von Minden stattgefunden. Prominenteste Teilnehmer waren als Protagonisten des Konzeptes Petra Kelly und Roland Vogt gewesen und als wohlwollender Kritiker Kurt Biedenkopf (CDU). Ein Jahr lang hatte mich die Schaffung einer Dachorganisation aller Friedensverbände, die für eine alternative Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln eintreten, beschäftigt. Nun war alles auf gutem Wege und es war mir auch klar, dass die Ämter der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden auf Petra Kelly und mich zukommen würden. Im März des nächsten Jahres würde der Bundesverband gegründet werden können. In meiner Phantasie konzentrierte ich mich einzig auf dieses Projekt, Friedensorganisationen auf der Basis einer durch und durch demokratischen Satzung, die Frauen in den Leitungsorganen die Hälfte der Sitze reservierte, zusammenzuschließen. Mein Ziel war, im Falle einer rot-grünen Koalition in Bonn den Einstieg in den Umbau der Sicherheitspolitik in Richtung Soziale Verteidigung zu schaffen. Ich nutzte mein Forschungssemester, um das Konzept der Sozialen Verteidigung an die aktuelle politische Lage anzupassen. So verpasste ich den Ausbruch des Studentenprotestes an der Freien Universität.¹⁵

Zum gestrigen 40jährigen Jubiläum der Freien Universität, das von den Honoratioren wohl ziemlich pompös begangen wurde, war zu einer parallelen studentischen Protestversammlung aufgerufen worden. Bei der offiziellen Veranstaltung im Auditorium Maximum des Henry Ford Baues weigerte sich der studentische Vertreter, die ihm zustehende Festrede zu halten. War das eine versäumte Gele-

¹⁵ Ich werde mich auch im Folgenden bei der Auswahl von Notizen aus meinem Tagebuch nicht allein auf das Geschehen an den Berliner Universitäten beschränken. Dies würde ein gar zu einseitiges Bild meiner Aufmerksamkeit und meiner Aktivitäten vermitteln. Obwohl der Universitätsstreik mich zeitweise fast ausschließlich beschäftigte, betrieb ich parallel auch die Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung weiter, kümmerte mich in der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin West) um Flüchtlingsangelegenheiten und unterstützte meine Kinder bei einer Besetzung ihres Gymnasiums in Spandau, womit sie gegen die Einschränkung des Unterrichts musischer Fächer protestierten.

genheit, die Auffassung der Studenten zu artikulieren? Doch wie sollte ein einzelner gegen die herrschende Stimmung anreden!

Und dann gibt es auch noch die sprachliche Differenz zwischen der studentischen Vulgata und dem altmodischen Comment solcher Festivitäten. Dennoch, die APO-Studenten von 1968 hätten sich einen solchen Auftritt im Fernsehen nicht entgehen lassen! Die Aufmüpfigen von heute sind im Durchschnitt 3 Jahre jünger. Es fehlt an Theorie und an der Bereitschaft, sich gelegentlich auch des bürgerlichen Umgangstons zu befleißigen. Wer unter sich nur noch von Studis und Dozis spricht, begeht ja bereits Milieuverrat, wenn er eine solche Jubiläumsversammlung auch nur anredet. So blieb die Interpretation dieses Universitätsjubiläums allein meiner OSI-Kollegin Gesine Schwan überlassen, welche den hohen mit dem kritischen Ton zu verbinden suchte.

Ich war gar nicht auf die Idee gekommen, mir diese Festivität live oder im Fernsehen zu Gemüte zu führen, sondern war am Sonntagvormittag mit der Familie zur Kirche gegangen. Bodenständige Predigt direktemang ad hominem ist mir allemal lieber als eine Festrede mit all ihren höflichen, schlechterdings unvermeidlichen Rücksichtnahmen auf die hochverehrten Gäste.

Im Forschungssemester hatte ich das Universitätsgeschehen fast völlig verdrängt, ging heute früh erst mal zur Zahnärztin und war um 12.30 Uhr bei der Anfahrt zum OSI überrascht, als die Zufahrt zum Parkplatz mit einem Fahrrad-stander versperrt war.

Vor allen Eingängen des Instituts, also dem Hauptgebäude mit der Verwaltung und der Bibliothek in der Ihnestraße 21 und dem Nebengebäude, einem großen verputzten Backsteinkasten in der Ihnestraße 22, wo sich neben Seminarräumen und Büros auch die Abteilung Archiv und Dokumentation befindet, standen in kleineren Grüppchen studentische Posten. Einige waren martialisch aufgemacht mit Lederjacken, Springerstiefeln und den schwarzweiß karierten Schals à la Yassir Arafat. Während anderswo nur die Lehrveranstaltungen bestreikt wurden, versperrten die OSI-Studenten den Zugang zu den Büros; im Eingang des Hauptgebäudes hatten sie einen Hamburger Reiter quergestellt und ein Plakat angebracht: „Eins ist klar: Die Prüfungen können stattfinden, nicht hier im Gebäude, doch wir geben die Papiere raus.“

Ich erkundigte mich als erstes nach den Forderungen, weil ich annahm, dass solche nun mal zu einem Streik gehören. Mir wurde sehr von oben herab bedeutet: Durch das Aussperren der Dozis würden sie sich Freiraum schaffen, um ihre Forderungen zu formulieren. Das leuchtete mir zwar nicht ein, aber ich war von der Absperrung so überrascht, dass ich unüberlegt nichts Grundsätzliches sagen oder ohne genauere Kenntnis der Lage auch nicht allein handeln wollte. Ich sprach vor zwei weiteren versperrten Eingängen mit Gruppen von jeweils 5 bis

6 Studenten. Einige Gesichter kannte ich aus dem Sommersemester vom Einführungskurs über die Ökologiebewegung; auch die anderen befanden sich wohl noch im Grundstudium. Andere Kollegen oder Bibliotheksangestellte waren nicht zu sehen. Sie hatten sich wohl zu Dienstbeginn angesichts der Absperrungen wieder zurückgezogen oder in eine nicht abgeriegelte Außenstelle des Fachbereichs begeben.

Offensichtlich hatte der Streik auch die Studenten überrascht. Ich berichtete dem Posten von den Beratungen im Direktorium des „Instituts für Innenpolitik und Komparatistik“ (WE 3) am 23. November. Wegen des Jobbens fehle manchmal die Hälfte der angeblich Studierenden in den Seminaren. Dies verleide auch uns, den Hochschullehrern, die Arbeit.

Als mir nach einer halben Stunde zu kalt wird, die Studenten ihre Wachposten auswechseln und die neuen Posten an Gesprächen mit Profs demonstrativ desinteressiert sind, setze ich mich ins Seminar für Evangelische Theologie und lese das Protokoll der Dahlemer Synode von 1934, auf der eigentlich über die operative Umsetzung des kirchlichen Widerstandes und die organisatorische und insbesondere finanzielle Infrastruktur der Bekennenden Kirche hätte beraten werden müssen. Mich interessiert dies im Zusammenhang mit meinen Forschungen zur Sozialen Verteidigung.

Neunzig Tagessätze für Anhalten eines Abschiebebusses

Um 21 Uhr rufe ich bei Pfarrer Jürgen Quandt an. Zu jeweils 90 Tagessätzen sind Rita Kantemir, eine frühere Abgeordnete der Alternativen Liste, und er wegen des Anhaltens eines Busses mit Abschüblingen in den Libanon verurteilt worden. Ihn ärgert, dass er sich von der Richterin die Standhaftigkeit Martin Luthers in Worms vorhalten lassen musste. Dieser habe zu seiner Tat gestanden, während er bei der ersten Vernehmung zunächst zu Protokoll gegeben habe, den Bus gestoppt zu haben und dieses nun bestreite, weil er nach der jüngsten Rechtsprechung mit einer Strafe zu rechnen habe. Dabei hatte Quandt nur - wie auch ich in meinen Aufzeichnungen dieser Aktion - das kollektive „Wir“ der sozialen Bewegung auf das Anhalten des Busses angewandt, obwohl tatsächlich vor Ort andere jüngere Leute schneller gewesen waren als wir älteren und den Bus bereits angehalten hatten, während wir älteren auf dem Mittelstreifen oder auf dem Gehweg noch in Reserve standen.

Selbstverständlich wollte sich Quandt vom Anhalten des Busses nicht distanzieren, stand solidarisch zur Tat der jüngeren Leute. Doch der Staatsanwalt hätte ihn bei der Anklage wegen Nötigung schon der unmittelbaren Tatbeteiligung überführen müssen. Laut Polizeibericht konnte Quandt aber effektiv nur zwei Minuten am Stoppen des Busses beteiligt gewesen sein, weil er danach im Einverständnis mit der Polizei bereits im Innern des Busses verhandelte. Aber hier sollten zwei bekannte Flüchtlingshelfer exemplarisch bestraft werden. Das war

ein politischer Prozess und ein politisches Urteil. Darauf muss die Evangelische Kirche jetzt auch politisch, jedenfalls öffentlich antworten.

Es folgt ein Ausschnitt aus der „Tageszeitung“ vom 6.12.1988

„Starkes Stück“

Ex-AL-Abgeordnete Kantemir und ein Pfarrer wegen Busblockade verurteilt / Menschlichkeit wird bestraft

Die ehemalige AL-Abgeordnete Rita Kantemir und ein Pfarrer sind gestern in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Nötigung zu Geldstrafen von 2.700 sowie 9.000 Mark verurteilt worden. Der Urteilsbegründung zufolge hatten die Angeklagten am 14. Juni 1985 vor dem Flughafen Tegel einen Bus mit nach ihrer Vermutung nicht ausreisewilligen Asylbewerbern aus dem Libanon an der Weiterfahrt gehindert.

Frau Kantemir verließ während der Urteilsbegründung den Gerichtssaal, nachdem die Vorsitzende Richterin erklärt hatte, beiden Angeklagten könne nicht verborgen geblieben sein, dass viele das Asylrecht missbrauchten und schon mit Rauschgift in der Tasche nach Berlin einreisen würden. Außerdem sei mit der Busblockade ein empfindlicher Punkt Berlins getroffen worden, zumal der Luftweg für viele die einzige Möglichkeit sei, die Stadt zu verlassen. An den Seelsorger gerichtet, betonte die Richterin, dass gerade ein Pfarrer zu besonderer Wahrheitsliebe aufgerufen sei. Der Pfarrer, der Revision einlegen will, bezeichnete dies als „wirklich starkes Stück“. Am vorausgegangenen Prozesstag hatten beide Angeklagten betont, dass sie sich als Politikerin bzw. Pfarrer schon lange intensiv um die Problematik der Abschiebung in ein Bürgerkriegsland gekümmert hätten.

Der Pfarrer hatte gesagt, er habe nicht aus „Jux und Dollerei“ gehandelt, sondern sich um Menschlichkeit bemüht.

Dienstag, 6. Dezember 1988

Schadet ziviler Ungehorsam dem Ansehen der Kirche?

Ich fahre zur Sitzung des Kollegiums ins Konsistorium,¹⁶ um die Verurteilung Quandts anzusprechen. Die Empörung der Juristen im Kollegium hält sich in Grenzen. Bischof Kruse berichtet, dass ein westdeutscher Richter ihm gegenüber den Strafantrag des Staatsanwalts als weit überhöht bezeichnet habe. Auch die Verhandlung im Hochsicherheitsraum von Moabit mit den verschärften Zuhörerkontrollen müssten möglicherweise kirchlicherseits kommentiert werden. Er bedauere, Quandt vor der Verhandlung nicht mehr angerufen zu haben. Ich verlasse zusammen mit Kruse die Sitzung. Ihn ärgert, dass die Presse bei politischen Aktivitäten von Superintendent Joachim Hoffmann und mir jeweils unsere Mitgliedschaft in der Kirchenleitung vermerkt. Einen Bus vor dem Flughafen zu stoppen, ginge zu weit. Dies schade dem Ansehen der Kirche.

Ich gehe weiter zu Reinhard Henkys, dem Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums. Mein Monitum: „Die kirchliche Presse hat bisher niedriges Profil gezeigt und keine eigene Meldung zu dem Urteil gebracht.“

Anschließend noch fast zwei Stunden bei Hanns Thomä-Venske, dem Ausländerreferenten unserer Kirche, um das Organisieren unseres Protestes gegen das Urteil zu besprechen.

Die erste Resolution zur Abriegelung

Weiter ans OSI, weil es doch nicht angeht, dass wir Hochschullehrer zu Hause das Ende des Streiks abwarten. Die Lage ist unverändert, nur dass jetzt mehrere Polizeifahrzeuge in Nebenstraßen stehen. Von meinem Kollegen Bodo Zeuner erfahre ich auf der Straße, dass Dekan Kiersch nichts Rigoroses tun, sondern abwarten und verhandeln will; die Prüfungsakten sind noch zugänglich und die anberaumten Prüfungen finden in einer zum OSI gehörigen Dahlemer Villa statt.

Ich diskutiere wieder vor dem Hinter- und Vordereingang der Ihnestr. 22 mit Studenten, und kann schließlich auch ein Flugblatt mit einer OSI Vollversammlungsresolution von gestern ergattern. Handgeschrieben drei dürftige Sätze; noch keine Forderungen. „Wir haben uns die notwendige Freiheit genommen, diese Diskussion zunächst unter uns zu führen. Das bedingt die Besetzung des OSI unter Ausschluss aller nicht-studentischen Gruppen.“ Das ist nicht plausibel. Warum müssen Studenten die Verwaltung aussperren, um in den Seminarräumen unter sich über ihre Forderungen beraten zu können?

Eigentlich wollen sie uns durch diese Abriegelung zwingen, nicht den Streikverlauf abzuwarten, sondern sofort (in ihrem Sinne) Stellung zu beziehen. „Wir

¹⁶ Das Kollegium ist Koordinationsorgan der Kirchenbehörde. Es wird geleitet vom Konsistorialpräsidenten, einem Juristen. Das oberste Leitungsorgan der Landeskirche ist die Kirchenleitung, deren Mitglieder von der Synode gewählt werden. Der Vorsitzende der Kirchenleitung ist der Bischof, sein Stellvertreter der Synodalpräsident. Mitglieder der Kirchenleitung haben im Kollegium, das vielfach die Tagesordnung der Kirchenleitung vorbereitet, Rederecht, aber kein Stimmrecht.

fordern alle anderen OSI-Angehörigen dazu auf, ihre Kompetenz als Gesprächs- und Verhandlungspartner nicht nur individuell, zu behaupten, sondern kollektiv unter Beweis zu stellen, indem sie eigenständig einen Diskussionsprozess in Gang setzen.“

Die Situation ist pervers. Nun sollen wir Dozenten über die mutmaßlichen Forderungen der Politologie-Studenten einen Diskussionsprozess in Gang setzen, auf der kalten Straße stehen, zunächst auch ohne eine Infrastruktur der Kommunikation.

„Sollte dieser Diskussionsprozess zu Ergebnissen führen, wären wir bereit, am Freitag (9.12.88) unseren heutigen Beschluss zu überprüfen.“ Da sie nur kollektive Äußerungen der Dozenten hören wollen, sind Gespräche mit Streikposten witzlos. Man wird höchstens mal herablassend gefragt, wer man denn sei: „Ah, der Ebert mit der Sozialen Verteidigung.“ Das erzeugt wenigstens ein wenig Kommunikation. Auftrieb geben den gleichfalls frierenden Streikposten Meldungen von einer überfüllten Vollversammlung mit 4.000 Studenten in der Rostlaube, wo die Philosophen und Germanisten zu Hause sind. Betriebswirte, die sich als 'eigentlich konservativ' bezeichnen, kommen vorbei. Sie wollen auch streiken, weil die Lehrveranstaltungen total überfüllt sind.

Das ist am OSI nicht so schlimm, weil die Ausbildungskommission für unsere 2000 Hauptfächler und 4000 Nebenfächler ein Riesenangebot von 350 Lehrveranstaltungen des jeweils erforderlichen Typus bereitstellt. Das System ist nicht sehr übersichtlich, aber bei dem „Schaschlik-Studium“, wie es mein Kollege Wolf Dieter Narr bezeichnet, können findige Studenten allemal leckere Häppchen aufspießen. Ich sehe die Hauptprobleme auch nicht in eklatanten Mängeln der Lehre, sondern in den schlechten Berufsaussichten der Absolventen und im Zwang, das Studium ganz oder teilweise selbst zu finanzieren. Wer kann es sich schon leisten, an fünf Wochentagen etwa 8 Lehrveranstaltungen zu besuchen und in der Bibliothek zu lesen? Ein Viertel oder gar ein Drittel der Studenten ist möglicherweise nur der Versicherung halber immatrikuliert und täuscht sich selbst durch viele Eintragungen ins Studienbuch.

Der ASTA hat zum FU-Jubiläum einen pointierten Forderungskatalog zusammengestellt, doch rechtfertigt dieser auch die besonderen Kampfmaßnahmen der OSI-Studenten?

„Wir fordern

- die materielle Absicherung unseres Studiums
- die sofortige Rücknahme der Strukturbeschlüsse! Erhalt von Lateinamerika-Institut und Psychologie Institut
- die Trennung der Forschung und Lehre von wirtschaftlichen Interessen
- demokratische Entscheidungsstrukturen an der Uni.“

Mittwoch, 7. Dezember 1988

Abriegelung ist kein gewaltfreier Widerstand

Ich telefoniere mit meinen Kollegen Fritz Vilmar und Bodo Zeuner. Was halten sie von der Abriegelung des OSI? Fritz ist verärgert. Er arbeitet intensiv mit Selbsthilfeprojekten und Gruppen der Friedensbewegung zusammen. Nun bleibt die Arbeit im Büro unerledigt; Post kommt nicht an. Das sind die linken Nebenkosten des Streiks. Nach meinen bisherigen Erfahrungen mit dem Bestreiken von Seminaren am OSI - und am Anfang der 70er Jahre gab es Streiks mit schöner Regelmäßigkeit in der zweiten Semesterhälfte für ca. 4 Wochen - bliebe dieses Mittel für sich allein ohne ausreichende Wirkung. Weitere Eskalationsstufen, wie zum Beispiel Sitzprotest und Übernachten im Gebäude wurden jedoch übersprungen. Ein Hungerstreik passt nicht zur gängigen Anspruchshaltung der Wohlstandsgesellschaft.

Die Abriegelung ist jedoch keine höhere Eskalationsstufe des gewaltfreien Widerstands; sie hat eine andere Qualität, bedeutet mehr oder weniger offen die Androhung physischer Gewalt für den Fall, dass die Beamten und Angestellten des Fachbereichs ihren Dienst, für den sie schließlich bezahlt werden, tun wollen. Die Dozenten können auch zu Hause arbeiten, aber die ganzen Angestellten, auch unsere Sekretärinnen, müssen jeden Morgen zum Dienst kommen und stehen dann in der Kälte vor ein paar Studenten, die das Institut abriegeln.

Bodo Zeuner befürchtet, dass ein geharnischter Protest der Dozenten gegen die Abriegelung der Büros einen Polizeieinsatz, den an der Universität niemand will, legitimieren könnte. Innensenator Kewenig beschwöre die Gefahr „rechtsfreier Räume“. Wir testen deren Vorhandensein im Moment lieber nicht. Prüfungen wurden nicht verhindert, und unbedingt erforderliche Unterlagen konnten aus den Büros geholt werden. Die meisten Hochschullehrer lehnen es jedoch ab, sich mit den studentischen Usurpatoren auf Verhandlungen einzulassen und mit einer studentischen Eskorte ihre Akten aus dem Büro zu holen.

Der Besetzer sind nur wenige. Die meisten Studenten trauen sich anscheinend nicht in das besetzte Institut, sondern bleiben zu Hause. Die Abriegelung verhindert am OSI die Massenbasis, doch die meisten Studenten sympathisieren wahrscheinlich mit den Kampfmaßnahmen der Besetzer. Der Protest war überfällig. Seit 15 Jahren sind die Errungenschaften der APO wieder abgebaut worden. Das Hochschulrahmengesetz des Deutschen Bundestages hat der Freien Universität eine Privilegierung der Professoren übergestülpt, die viele gar nicht mehr wollten und die sie den Studenten entfremdete. Warum sollen die Studenten in den Gremien partizipativ Männchen bauen, wenn sie letzten Endes bei den entscheidenden Abstimmungen nichts zu melden haben?

Bei den im laufenden Wahlkampf zur Schau gestellten Erfolgserwartungen der CDU ist ohne Aufstand kein Ende der Demontage abzusehen.

In der Streikzeitung „Besetzt“ Nr.1 vom 6.12. Erfolgsmeldungen über den sich ausbreitenden Streik und weitere besetzte, aber nicht abgeriegelte Institute. Von den OSIanern ein Beitrag über die OSI-topie der „Aktionsforschung“. Das war doch in den 70er Jahren schon unsere Methode in der Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen der Anti-AKW-Bewegung! Der Nachwuchs kommt anscheinend gar nicht auf die Idee, dass am OSI manches vor ihnen auch schon bedacht und erprobt wurde.¹⁷ Doch dies zu sagen wäre wohl unpädagogisch!

Donnerstag, 8. Dezember 1988

Ossietzky-Medaille für Flüchtlingshelfer!

Bei Pfarrer Manfred Engelbrecht treffen sich einige Christenmenschen und Alternative, die am Flughafen am Stoppen des Abschiebebusses beteiligt waren. Meinen Rüffel für die Schlafmützen vom Evangelischen Pressedienst (epd) lassen wir fallen, ansonsten findet meine Vorlage Zustimmung:

Carl von Ossietzky-Medaille für Rita Kantemir und Jürgen Quandt! Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit hat das Landgericht Berlin zwei unbescholtene, nach christlichen Grundsätzen verantwortlich handelnde Bürger unserer Stadt, die AL-Politikerin Rita Kantemir und Pfarrer Jürgen Quandt, wegen Nötigung zu 90 Tagessätzen verurteilt und sie damit zu Vorbestraften gemacht. Bereits die Durchführung des Verfahrens in einem Hochsicherheitsraum mit intensiven Leibesvisitationen für alle Besucher hat den Protest gegen die zwangsweise Abschiebung von Flüchtlingen in Krisengebiete in die Nähe der Terrorszene gerückt. Das maßlose Strafmaß übersteigt Strafen aus westdeutschen „Blockade“-Prozessen um ein Mehrfaches.

Rita Kantemir und Jürgen Quandt haben am 14. Juni 1985 - wie viele der Unterzeichneten - in einer spontanen Protestaktion am Flughafen Tegel versucht, die zwangsweise und heimliche Abschiebung von drei ausgewiesenen Asylbewerbern in den Libanon zu verhindern. Einen Tag zuvor hatte das Berliner Abgeordnetenhaus einen Abschiebestopp in den Libanon angeordnet. Nach Auffassung des Abgeordnetenhauses und der Berliner Synode bestand damals - wie auch heute noch - bei Abschiebungen in den Libanon Gefahr für Leib und Leben. In Verletzung des Abschiebestopps wurden am 14.6. 1985 - wie die De-

¹⁷ Th. Ebert: Aktionsforschung - Zum Selbstverständnis des Friedensforschers im basisdemokratischen Engagement. In: U. Albrecht u.a. (Hg.): Friedensforschung und Entwicklungspolitik. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 4, Düsseldorf 1974, S. 112-126

monstranten befürchtet hatten - zwangsweise Abschiebungen in den Libanon vorgenommen: Im Polizeiprotokoll der Vorgänge heißt es „9.10 Uhr, Abschieber am Flughafen unbemerkt eingetroffen“. Auch nach Auffassung des damaligen hessischen Innenministers Winterstein (SPD) bestand - laut „Berliner Morgenpost“ vom 15.6. 1985 - für die Betroffenen „ein Risiko bis hin zur unmittelbaren Lebensgefahr“.

Rita Kantemir und Jürgen Quandt haben dieses Risiko erkannt und entsprechend gehandelt. Das Urteil gegen sei darf deshalb keinen Bestand haben. Sie haben sich beispielhaft und mit Zivilcourage um die Wahrung der Menschenrechte verdient gemacht. Wir schlagen sie zur Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille vor.

*Pfarrer Manfred Engelbrecht
Pfarrer Dr. Claus Dieter Schulze
Pfarrer Jörg Passoth
Superintendent Joachim Hoffmann
Prof. Dr. Theodor Ebert
Hanns Thomä Venske
Traudel Vorbrodt
und 47 weitere Unterzeichner*

Dozentenversammlung am OSI

Um 14 Uhr Versammlung der Dozenten des Otto-Suhr-Instituts im Hörsaal B des Henry-Ford-Baus. Etwa die Hälfte der Dozentschaft ist gekommen. Franz Ansprenger verlässt den Raum, als wir dem Fernsehen das Filmen gestatten. Die Stimmung ist gereizt. Väth macht seine Sache als Prodekan vorzüglich; er ist verständnisvoll, pragmatisch, konstruktiv. Einige sprechen von Demütigung durch die Aussperrung, fordern deren Verurteilung. Die Resolutionsvorlage der Linken vermeidet diese Verurteilung, fordert Neueinstellungen im Mittelbau, ein Tutorienprogramm und Realisierung der vorhandenen Vorschläge zur Frauenforschung. Vorgeschlagen werden für 12. und 13. Dezember gemeinsame Diskussionsstage, was indirekt voraussetzt, dass dazu auch die Abriegelung aufgehoben wird.

Gesine Schwan bastelt aus der allzu soften Vorlage eine etwas strammer klingende Resolution, die für alle akzeptabel ist. Mit einer sofortigen Aufhebung der Abriegelung rechnet eigentlich niemand, da der Streik gerade die ganze Universität erfasst. Ich spreche auch gegen eine ausdrückliche Verurteilung der Abriegelung und frage die Kollegen: „Wie hätten Sie denn auf einen bloßen Streik reagiert?“

Freitag, 9. Dezember 1988

Freundschaftspreis

Am Abend telefoniere ich mit Wolfgang Sternstein in Stuttgart. Ich berichte ihm von der Lage am OSI und er mir von seinem Prozess in Schwäbisch Gmünd. Richter Krumhard hat ihn - verbunden mit einer Erklärung des Bedauerns und Respekts - wegen des Karfreitag-Go-ins von 1984 in Mutlangen zu weiteren 30 Tagessätzen (plus 60 aus vorausgehenden Blockadeprozessen im Hunsrück), also zu insgesamt 90 Tagessätzen verurteilt. Das ist verglichen mit dem Berliner Busstopp geradezu ein Freundschaftspreis für vorbildlichen zivilen Ungehorsam!

Samstag, 10. Dezember 1988

Rechtsbrüche aus konservativer Sicht

Ich ärgere mich über eine mir zugesandte Rede des Kölner Kollegen U. Matz bei der Hanns Martin Schleyer Stiftung zum Thema „Herrschaft durch Widerstand? Über die Anmaßung neuer Eliten“. Er behauptet, „dass die Gewaltfrage ordnungspolitisch absolut zweitrangig ist neben den Problemen der generellen Achtung der Rechtsordnungen“ und wie nicht anders zu erwarten, sieht er dann ein breites Spektrum der Rechtsbrüche „von Sit-ins und Go-ins bis zum Terrorismus“. Einem Kritiker solchen Vermantschens von gewaltfreiem und gewaltsamen Widerstand hält er vor dem konservativen Publikum auftrumpfend entgegen: Wer das Recht breche, sitze mit den Terroristen in einem Boot!

Der Evangelische Pressedienst berichtet ausführlich über unsere gestrige Presseerklärung und auch darüber, dass wir Quandt und Kantemir für die Carl von Ossietzky-Medaille vorgeschlagen haben. Am Abend rufe ich Eleonore Kujawa, die Präsidentin der Liga für Menschenrechte, an. Sie will die Verurteilung derjenigen, welche gegen Abschiebungen Widerstand leisten, morgen bei der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille an Dr. Klaus Bednarz (Redakteur des Magazins Monitor beim Westdeutschen Rundfunk) 'erwähnen'.

Montag, 12. Dezember 1988

Endlich der Forderungskatalog: ein schwer verhandelbarer Mischmasch

Die Besetzer des OSIs haben sich auf eine Vollversammlung innerhalb des Otto-Suhr-Instituts nicht eingelassen. In ihrer gestrigen Resolution heißt es: „Wir werden die autonomen Strukturen am Institut aufrechterhalten, d.h. die Gebäude werden auch künftig nur StudentInnen vorbehalten sein.“

Die gestrige studentische Vollversammlung, deren Größe mir nicht bekannt ist, hat sich auf einen langen Forderungskatalog geeinigt. Offensichtlich wurde alles aneinandergereiht, was die einzelnen am Streik beteiligten Personen und Gruppen vorschlugen. Viele Forderungen sind im Ansatz vernünftig. Wiederholt wird die Forderung nach dem Rücktritt des Wissenschaftssenators und des Universitätspräsidenten und nach der Rücknahme der Beschlüsse zur Umstrukturierung von Fachbereichen, insbesondere des Lateinamerika-Instituts.

Im Übrigen geht es um eine bessere finanzielle und räumliche Ausstattung des OSIs, um neue Paritäten in den Gremien und um die Erfüllung feministischer Forderungen. Insgesamt ist der Forderungskatalog ein Gemischtwarenladen, Kraut und Rüben durcheinander. Auf dieser Basis lässt sich über eine Aufhebung der Besetzung schwer verhandeln, weil die Bedingungen für die Aufhebung der Besetzung bzw. für die Einstellung des Streiks nicht klar und deutlich formuliert sind.

Gandhi forderte bei solchen Gelegenheiten einen knappen Katalog von Minimalforderungen, auf denen die Satyagrahis dann aber auch unbedingt beharren müssten. Eine Einigung aller auf bestimmte Minimalforderungen gebe einer Bewegung die maximale Stärke. Hier ist es ganz anders: Die Studenten schieben uns ein Riesenpaket von Forderungen zu: „Wir erwarten, dass Sie konkret und detailliert zu unseren Forderungen Stellung beziehen und sich selbst inhaltlich einbringen. Sollten Sie sich nicht geschlossen hinter unseren Katalog stellen, so sehen wir kein Problem darin, wenn Sie Ihre inhaltlichen Differenzen in unterschiedlichen Stellungnahmen kundtun.“

Das Verrückte ist, dass hinter diesem Riesenkatalog nur eine kleine Zahl von möglicherweise hundert bis maximal 200 tatsächlichen Besetzern zu stehen scheint.

Go-in der Beamten? Test eines letzten Mittels

Die weitere Besetzung des Otto-Suhr-Instituts ist für das Gesamtgeschehen des Universitätsstreiks ziemlich bedeutungslos. Das eigentliche Aktionszentrum des Streiks ist die Rostlaube, wo die großen Versammlungen mit Tausenden von Studenten stattfinden. Im Otto-Suhr-Institut in der Ihnestraße 21 und 22 sind nach meiner Einschätzung heute höchstens zwei Dutzend Studenten präsent. Als ich um zehn Uhr in die Ihnestr. 22 komme, finde ich im Tiefparterre, hinten bei der Druckerei eine offene Eisentür und gelange vorbei an Schlafsäcken ungehindert in den ersten Stock. Vor der geschlossenen Glasflügeltür liegt eine schlafende Studentin. Ich steige über sie hinweg und drücke die Tür auf. Ich packe in meinem Zimmer einige Manuskripte ein und verlasse, ohne dass mich ein Student anspricht, das Gebäude.

Im Henry-Ford-Bau versammeln sich um 11 Uhr etwa 100 Dozenten und andere Dienstkräfte aus dem Otto-Suhr-Institut. Statt einfach die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und zumindest die Ihnestr. 22 mit ihren vielen Eingängen wieder zu besetzen, reden wir zwei Stunden lang über Resolutionen, ohne uns einigen zu können. Ich gebe den Kollegen zu bedenken, dass wir uns doch dem Streik mit eigenen Forderungen anschließen könnten, dann aber auch darauf bestehen müssten, die Gebäude unsererseits aktiv zu besetzen. Uns von zwei Dutzend Studenten aussperren zu lassen, hielte ich angesichts der Zahlenverhältnisse für lächerlich. Ich schlage ein sofortiges Go-in vor, finde für diesen Vorschlag aber keine Mehrheit. Diese ist aber für die Durchführung auch nicht erforderlich, weil wir bei einem Go-in schließlich nur unseren Arbeitsplatz aufsuchen. Nach der ergebnislos verlaufenen Versammlung, die sich auf morgen vertagt, folgen mir ein Dutzend Kollegen, wenn auch etwas zögerlich. Und tatsächlich, es klappt. Die Hintertür ist noch offen. Durch das Souterrain gelangen wir ins Treppenhaus. Und hinter dem Rücken der Besetzer, die in die verkehrte Richtung blicken, gelangen wir rasch in den ersten Stock.

Als acht von uns schon oben sind, bemerken die Studenten uns und stürmen uns nach, halten die Glastüren hinter uns zu und hindern auf diese Weise den Rest am Vordringen. Mit unserer Anwesenheit finden sie sich jedoch ab. Eine Studentin findet unser Verhalten unfair und versichert uns treuherzig: „Wir haben doch beschlossen, dass das OSI besetzt ist.“ Als ob eine solche Resolution neues Recht zu schaffen vermöchte!

Doch mir ist auch etwas mulmig zumute, weil ich aus dem Gefühl heraus handelte, dass wir uns von ein paar Studenten nicht aussperren lassen dürfen, ohne unsere Selbstachtung zu verlieren. Der Nachteil solch spontanen Handelns war jedoch, dass ich die Folgen unsere Go-ins nicht abschätzen konnte. Immerhin haben wir den Studenten signalisiert: Wir brauchen keine Polizei, um den Betrieb am OSI wieder in Gang zu bringen. Und wir haben uns nicht abgefunden mit der grotesken Situation, dass die Zahl der ausgesperrten Angestellten weit größer ist als die Zahl der Besetzer.

Ohne die Sekretärinnen und die Post können wir aber in unseren Arbeitszimmern vorläufig nicht viel anfangen. Wir setzen uns in mein Zimmer, verfassen eine Resolution, kopieren diese, übergeben sie den Studenten und verlassen dann das Gebäude wieder.

Die in der Ihnestr. 22 anwesenden Dozenten erklären, dass sie einen legitimen Anspruch darauf haben, in den Räumen des OSI über die Lage beraten zu können. Die Aufhebung der Abriegelung der Räume des Instituts ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Dozenten sich in ausreichender Zahl an den erforderlichen Beratungen beteiligen und sich mit den Studenten solidarisieren

können. Die Abriegelung ist dialogfeindlich und könnte auf die Dauer zu einem Scheitern auch durchsetzbarer Forderungen führen.

Theodor Ebert, Arnhelm Neusüß, Nils Diederich, Jakob Schissler, Jürgen Fijalkowski, Ulrich Hilpert, Bodo von Greiff

Offensichtlich hatten die Studenten mit einem solchen Durchmarsch unsererseits überhaupt nicht gerechnet. Sie bedrohten uns, nachdem wir erst einmal im Hause waren, weder physisch noch verbal. Ich hatte den Eindruck, dass sie sich bei einem entschlossenen Go-in aller Angehörigen des Instituts auf eine Schlägerei nicht einlassen würden. Die am Go-in beteiligten Kollegen waren mit sich durchaus zufrieden, weil sie endlich einmal mehr gemacht hatten, als abzuwarten und Resolutionen zu verfassen.

Am OSI herrscht jetzt ein Schwebezustand: Es ist eigentlich erst eine symbolische Besetzung. Noch haben die Studenten keine Gewalt gegen uns als Personen angewandt. Wir sollten es auf einen solchen Test auch erst ankommen lassen, wenn wir zahlenmäßig überlegen sind und es nicht sehr wahrscheinlich ist, dass die Studenten durch einen Menschent Teppich die Arbeit stark behindern könnten. Eine solche Massenbasis ist für die Abriegelung gar nicht vorhanden, und der Forderungskatalog ist von einer Qualität, dessen sich höhere Semester schämen würden. Wirklich beängstigend ist jedoch, dass die OSI-Studenten und die Mehrheit der Dozenten einfach wegtauchen und abwarten - in der Annahme, dass vor Weihnachten sowieso nicht mehr viel passieren wird.

Dienstag, 13. Dezember 1988

Opportunismus der ÖTV-Gruppe

Die Versammlung der Dozenten und anderen Dienstkräfte um 12 Uhr beginnt mit einem Eklat. Die ÖTV-Gruppe der anderen Mitarbeiter befürwortet die weitere Abriegelung des Instituts durch die Studenten zur Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen. Elmar Altvater nennt dies Opportunismus. Darauf zieht die ÖTV-Gruppe sofort ohne eine weitere Begründung aus. Ich durchschaue die Hintergründe dieses Streits nicht ganz, finde aber auch, dass die ÖTV erforderlichenfalls selbst streiken müsste. So geraten die Angestellten in den Verdacht, sich mit Hilfe der studentischen Abriegelung einige freie Tage zu machen.

Die Versammlung einigt sich auf eine wiederum von Altvater vorgeschlagene und von Gesine Schwan mitgetragene Resolution, welche eine Vollversammlung des OSI am Freitag, 16.12, 10 Uhr vorbereiten soll. Mir ist wichtig, dass wir am Freitag eine Resolution mit realistischen Forderungen an den Senat einbringen. Die Resolution sollte den Streik der Studenten bis Weihnachten akzeptieren, aber auch für die sofortige Benutzung der Gebäude des OSI sorgen.

Inzwischen lagern bei der Post zentnerweise Zeitungen und Briefe, die an das OSI gerichtet sind, und auch die Abrechnungen der Verwaltung müssen zum Jahresende fertig werden. Ich bin sicher, dass die Mehrheit der Studenten dies einsieht. Es wäre schon reichlich absurd, wenn wir diese symbolische Besetzung durch ein paar übermüdete Studenten noch lange respektieren würden.

Heute fände ich es jedoch auch unsolidarisch, wenn wir das OSI wieder einnehmen würden, während 25.000 auf dem Kurfürstendamm auch für unsere Forderungen demonstrieren. Bei mir verstärkt sich jedoch das Gefühl, dass der Dekan und der Prodekan die Abriegelung nicht länger als zwei Wochen hinnehmen dürfen, und dass wir spätestens am 19. Dezember ohne Polizei, aber auch zum körperlichen Einsatz entschlossen auftreten müssten. Die Studenten im OSI halten (bis auf ganz wenige Ausnahmen in Springerstiefeln) nur den zivilen Ungehorsam für gerechtfertigt, nicht aber die physische Gewaltanwendung gegenüber Dozenten.

In einer solchen Lage gehört es eben zum pädagogischen Vorgehen, dass wir auch mal ein paar Püffe und Hiebe einstecken; Verletzte wird es schon keine geben. Ein solch robustes Vorgehen halte ich auch im Rahmen der gewaltfreien Konfliktaustragung für legitim, wenn es mit hoher Wahrscheinlichkeit einem Polizeieinsatz zuvorkommt. Wir laufen allerdings Gefahr, dass wir bei einem solchen direkten Vorgehen durch eine Eskalation der Auseinandersetzung den Polizeieinsatz erst recht herbeiführen. Dann müssen wir eben eine Besinnungspause einschalten. Das geht auch, solange keine Polizei auf dem FU-Gelände präsent ist.

Solidarität mit verurteilten Flüchtlingshelfern

Ich komme verspätet zur vierzehntägigen Sitzung der Kirchenleitung in die Bachstraße, aber noch rechtzeitig, um die folgende Tischvorlage von Superintendent Joachim Hoffmann unterstützen:

Die Kirchenleitung hat die Lage erörtert, die nach dem Abschluss der Berufungsverhandlungen gegen Frau Rita Kantemir und Pfarrer Jürgen Quandt entstanden ist. Sie weiß sich mit den beiden im Bestreben einig, dafür einzutreten, dass Flüchtlinge nicht in Krisengebiete abgeschoben werden, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Das hohe Strafmaß löst auch bei den Mitgliedern der Kirchenleitung Betroffenheit aus. Sie wird Berichte und Äußerungen des Gerichts kritisch prüfen, nach denen Flüchtlinge pauschal als Straftäter verdächtigt werden.

Die Kirchenleitung spricht den Verurteilten ihren Respekt im Blick auf die Motive ihres Handelns aus und hofft, dass eine Revision möglich ist. Über den Inhalt des Verfahrens kann sie sich erst äußern, wenn die Urteile rechtskräftig sind.

Präses Reihlen, der die Sitzung nach dem vorzeitigen Weggang Bischof Kruses leitet, lässt ausdrücklich protokollieren: „Stawinski wird gebeten, für die Veröffentlichung des Beschlusses zu sorgen.“

Mittwoch, 14. Dezember 1988

Die Hauptsorge der linken Professoren

Mein Nervenkostüm passt nicht zu aufregenden Situationen. In Träumen wirkt der gestrige Tag vehement nach, und ich wache früh auf. An und für sich liegt ein idealer, weil von Terminen unbelasteter Arbeitstag vor mir. Auch zur Lagebesprechung der linken Dozenten, zu der mich Väth gestern noch eingeladen hat, muss ich nicht unbedingt hingehen. Die linken Professoren sind sich in der Einschätzung der Lage ohnehin weitgehend einig. Unsere Hauptsorgen sind, dass die momentane Kraft des Streiks verpufft und außer einigen (vorübergehenden) finanziellen Zugeständnissen keine strukturellen Verbesserungen erzielt werden, und dass durch die Abriegelung der Verwaltung eine Lage entsteht, über die wir nicht länger den Schleier pädagogischer Zurückhaltung breiten können.

Die Studenten sind sich gar nicht darüber im Klaren, dass sie eine staatliche Behörde abgeriegelt haben und sich partiell exekutive Funktionen anmaßen. Es handelt sich am OSI nicht nur um einen Streik oder Boykott oder um die Besetzung eines leer stehenden Hauses, sondern um die Abriegelung eines Teils der Universitätsverwaltung. Aber in solchen bürokratischen Kategorien à la Max Weber denken unsere Politologiestudenten nicht. Sie sprechen von „Freiräumen für die Diskussion ohne die Dozis“.

Der Ertrag des heutigen Tages bleibt bescheiden. Meine Gedanken kreisen ständig um die Lage am Institut. Um mich erst einmal zu fassen, lese ich in neuen Biographien Sartres und Camus die Abschnitte über „Der Mensch in der Revolte“, danach die Abschnitte über den öffentlichen Streit zwischen Sartre und Camus über die Einschätzung kommunistischer Methoden. Dieser Streit ist ein Reflex auf aktuelle Lagebeurteilungen. Wahrscheinlich ist man erst aus der Distanz einiger Jahrzehnte in der Lage, die Qualität von „L'homme revolté“ zu erfassen.

Freitag, 16. Dezember 1988

Warnungen in der Vollversammlung des OSI

Der Scheinwerfer am VW-Käfer ist eingerostet. Darum brauche ich zum Austauschen einer Birne nicht zehn Minuten, sondern eine volle Stunde. Darum komme ich zu spät zur OSI-Vollversammlung ins Auditorium Maximum. Dekan Kiersch hat sich bereits deutlich gegen die Abriegelung ausgesprochen. Die

Redeliste wird nach funktionalen Gruppen gegliedert. Nacheinander spricht der Vertreter jeder Gruppe. Nach drei Minuten wird jedem das Wort abgeschnitten. Es sind vor allem die linken Dozenten, die konstruktive Vorstellungen zu den Streikzielen vortragen. Auch sie drängen auf das Ende der Abriegelung.

Ich melde mich zur Aussprache. Da die Redezeit so streng begrenzt ist, kann ich mich zu meinen konstruktiven Vorstellungen (zum Beispiel zur Gestaltung von Grund- und Einführungskursen mit Hilfe von Tutoren) nicht äußern. Es sei nicht im Interesse der Studenten, wenn sie „autonome“ Veranstaltung der Tutoren fordern, die Dozenten aber in überfüllten Lehrveranstaltungen auf sich alleine gestellt blieben, statt in den Tutoren bei der Planung kritische Gesprächspartner zu haben. Unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Studenten könnten Tutoren schon bei der Planung inhaltliche Alternativen entwickeln oder andeuten. Dies wollte ich sagen, aber dazu fehlte mir die Zeit.

So kann ich die Studenten nur darauf hinweisen, dass bisher das Dekanat den Schleier der Pädagogik über einen rechtlich außerordentlich prekären Zustand gebreitet hat. Die Studenten hätten eben nicht nur Seminarräume besetzt, sondern durch die Abriegelung einer staatlichen Behörde sich unversehens exekutive Funktionen angemaßt. Lange könne der Dekan diesen Schwebezustand nicht mehr aufrechterhalten. Aufgabe des Politikwissenschaftlers sei nicht nur die Entwicklung von konkreten Utopien, sondern auch die Analyse der Machtverhältnisse. Angesichts dieser liefen die Studenten auch beträchtliche Risiken. Ich müsste ihnen dies warnend sagen, weil ich schon mehrfach in Prozessen wegen zivilen Ungehorsams auf der Seite der Angeklagten gestanden hätte. Das Stärkegefühl solcher Vollversammlungen sei bei Strafverfahren in Moabit wie weggeblasen. Es gab einige Zwischenrufe, aber man ließ mich reden. Einige klatschten auch - und nicht nur Kollegen.

Solche Warnungen hört man als Aufständischer nicht gerne, weil sie den Elan dämpfen. Aber es kommt jetzt darauf an, die Früchte des Streiks zu sichern, ohne dass seine Initiatoren dafür hart bezahlen müssen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass der verständnisvollen Institutsleitung hinterher vom Senat nicht noch böse Vorwürfe gemacht werden. Im OSI selbst ist zunächst durch das Besprühen von Wänden und der Fassade mit „Ingrid-Strobel-Institut“ erheblicher Sachschaden entstanden, auch wenn Malerkosten sich immer irgendwie verkraften lassen.

Eine Verrechnung des 14tägigen erzwungenen bzw. hingenommenen Arbeitsausfalls der anderen Dienstkräfte in der Verwaltung würde viel schwerer ins Gewicht fallen. Dass die ÖTV-Betriebsgruppe sich für eine weitere Abriegelung, aber nicht für einen eigenen Streik aussprach, war ein unsauberer Schachzug, der natürlich auch auf seine eventuellen disziplinarrechtlichen Konsequenzen hin nicht ausreichend durchdacht war.

Ich hoffe natürlich, dass jetzt alles gut geht und es kein böses Ende nimmt, aber mich irritiert, wie „scheißegal“ manchen Beteiligten die Rechtslage ist. Vom Idealtypus des zivilen Ungehorsams ist die Realität des Protestverhaltens am OSI jedenfalls weit entfernt.

Montag, 19. Dezember 1988

Übergreifen der Proteste auf die Schulen

Das OSI ist weiterhin abgeriegelt, und ich bin miserabler Stimmung. Um mich überhaupt zu etwas aufzuraffen, mache ich Abzüge von Fotos unserer Kirchenleitungsklausur am Kleinen Wannsee und schreibe Weihnachtsbriefe an die Verwandten.

Der Vorlesungsboykott an den Universitäten ermutigt auch die Schüler, ihre andersartigen Gravamina in Protestaktionen zu äußern. Beim Frühstück erörtern wir die Lage. Christian (17) ist als Mitglied der Schulkonferenz und Wolfgang (16) ist als Klassensprecher an den Beratungen beteiligt. Morgen ist eine Besetzung der Lily-Braun-Oberschule in Spandau und ein Sleep-in bis zum Unterrichtsbeginn geplant.

Die Schüler ärgern sich über geplante Veränderungen im Stellenplan ihrer Schule: Tendenz Einschränkung bei den für den kapitalistischen Konkurrenzkampf weniger interessanten Fächern (Bildende Kunst, Musik usw.) und verstärkter Druck bei den Naturwissenschaften. Um den Samstag für die Fahrten der Berliner nach Wessiland freizubekommen, wird immer mehr in die verbleibenden fünf Tage hineingestopft.

Dienstag, 20. Dezember 1988

Papismus

Die Kirchenleitung tagt in geschwächter Besetzung - ohne Bischof und Präses. Ich lasse unseren Ausländerbeauftragten Thomä-Venske zur Berichterstattung in die Kirchenleitung holen. Er bestätigt die Abschiebung in den Libanon, wie sie

die SED-Zeitung „Wahrheit“ berichtete.¹⁸ Als ich mich beim Öffentlichkeitsreferenten Stawinski nach der öffentlichen Reaktion auf unseren Beschluss zum Urteil gegen Quandt und Kantemir erkundige, stellt sich heraus, dass Bischof Kruse die beschlossene und ausdrücklich protokollierte Veröffentlichung unseres Beschlusses verhindert hat - unter Verweis auf die mögliche Reaktion der gleichzeitigen Tagung der „Evangelischen Sammlung“, dem Klub der Konservativen mit guten Verbindungen zur CDU. Nun war Kruse nicht da, aber diesen Papismus dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Der Bischof darf einen Beschluss der Kirchenleitung nicht aufheben. Doch wer wird mit mir wirklich protestieren? Inhaltlich war der Beschluss so flau, dass ich bei meiner Frage an das Konsistorium nach der Veröffentlichung es noch für möglich gehalten hatte, dass sich die Presse für diese Stellungnahme gar nicht erst interessiert hat. Mir war nur aufgefallen, dass der Evangelische Pressedienst keine Meldung daraus gemacht hatte. Andererseits ahnte ich ja eine solche Intervention Kruses.

Ich hätte beim Ausbleiben der epd-Meldung bei der „Tageszeitung“ anrufen und den Beschluss durchtelefonieren sollen. Dies hätte mir frei gestanden, und die Redakteure hätten ja beim Öffentlichkeitsbeauftragten nachfragen können.

Sleep-in in der Lily-Braun-Oberschule

Von der Sitzung der Kirchenleitung in der Bachstraße fahre ich direkt in die Lily-Braun-Oberschule, um mir die Besetzung und die Vorbereitungen zum Sleep-in anzusehen. Christian und Wolfgang rechneten heute früh mit Pressebesuchen und hatten ein Plakat mit den wichtigsten Forderungen vorbereitet und waren dann mit Rucksack und Schlafsäcken und dem Frühstück für den nächsten Tag zur Schule gefahren. Als ich um 20 Uhr zur Schule komme, spricht gerade der Spandauer Volksbildungsstadtrat Sigurd Hauff (SPD) mit den Schülern über die Bildungspolitik des Senats. Er gibt zu erkennen, dass er die Proteste der Schüler gegen der Veränderung der Stundentafel gut verstehen kann. Praktisch wenden sich die Schüler ja gegen die Verkürzung des Unterrichts bei gleich bleibenden Leistungsforderungen.

Im Lichthof haben sich etwa 150 Schüler aus allen Spandauer Oberschulen, meist die politisch besser informierten Klassensprecherinnen und Klassensprecher, versammelt. Sie sind alle mit Schlafsäcken, Lebensmitteln und Musikinstrumenten gekommen. Klöck, der Rektor der Lily Braun Oberschule, hat sich um die Mittagszeit krank gemeldet und die Lehrer sind allesamt nach Hause gegangen. Ich bin erstaunt. Das sind doch Beamte, die sich um ihre Schule küm-

¹⁸ Ich hatte diese Information dem Pressespiegel der Kirche entnommen. Er wird für das Konsistorium erstellt und kursiert im Hause. Ich hatte mir als Mitglied der Kirchenleitung ausbedungen, den Pressespiegel zugesandt zu bekommen, obwohl ich vom Finanzreferenten auf die damit verbundenen Portokosten hingewiesen worden war. Doch da war ich eisern gewesen: Für ein ehrenamtliches Mitglied der Kirchenleitung sei es schwer genug, den Informationsvorsprung des Konsistoriums aufzuholen, und da wir Kirchenleitungsmitglieder innerhalb Berlins auf Aufwandsentschädigungen verzichteten, sei die Zusenden des Pressespiegels nun wirklich nicht zu viel verlangt.

mern müssten! Die Schüler haben Sigurd Hauff, den Volksbildungsstadtrat, aus dem benachbarten Rathaus herbeigeht. Meine Kinder mögen ihn, weil er sich seit Jahren für die Bildnerischen Werkstätten einsetzt, die vor Beginn der Sommerferien eine Woche lang begabten und künstlerisch engagierten Schülern aus ganz Spandau die Möglichkeit bieten, mit ihren Kunstlehrern ganztags zu einem Thema zu malen und zu werken. Hauff eröffnet dann im Herbst die Ausstellung der Arbeiten in der Spandauer Zitadelle. Von diesen Eröffnungen in der Zitadelle war Hauff auch mir bekannt, denn unsere drei Söhne hatte sich alle für die Bildnerischen Werkstätten und - wenn sich die Chance bot - sogar wiederholt gemeldet. Da Hauffs Interesse an der Bildenden Kunst bekannt war, lag es nahe, ausgerechnet ihn in die Schule zu holen. Die Schüler hatten ihn im Rathaus aufgesucht, und er war auch sofort bereit gewesen zu kommen.

Neben Hauff und dem Hausmeister bin ich der einzige Erwachsene in der ganzen Schule. Auch Elternvertreter lassen sich nicht blicken. Hauff zeigt Verständnis für die Forderungen der Schüler, muss ihnen aber mitteilen, dass er sie -bei aller Sympathie – nicht ohne Aufsicht in der Schule übernachten lassen könne. Wenn sie bis 21.30 Uhr, dem Ende der Kurse der Volkshochschule im Gebäude, keinen Lehrer für die Aufsicht gewinnen könnten, müsse er leider die Schule räumen lassen. Die große Spandauer Polizeiwache ist ohnehin nur wenige Schritte von der Schule entfernt. Die Schüler hoffen, wenigstens die Religionslehrerin für diesen Sleep-in gewinnen zu können. Da ich Hunger habe, gehe ich eine Pizza essen, schaue aber um 21.30 Uhr noch einmal vorbei, um mich über die Entwicklung zu informieren.

Eine Stunde später zeigt sich, dass sich so schnell kein Lehrer für das Übernachten in der Schule finden ließ. Hauff ist in einer misslichen Lage. Er möchte eigentlich keine Polizei holen. Den Kindern ist auch mulmig zumute. Einige würden wohl dem Polizeieinsatz ausweichen, aber sie haben sich nun einmal dazu verabredet, in der Schule zu bleiben. Sie fangen an, sich demonstrativ auf den Boden zu setzen und aneinander zu klammern. Da ich mehrere Schüler kenne, sage ich auch ein paar Worte, gebe aber keine ausdrücklichen Ratschläge, sondern beschreibe nur das Dilemma, in dem sich alle Beteiligten befinden.

Da kommt spontan die Anfrage von einigen Schülerinnen, ob ich denn nicht als Aufsichtsperson dableiben könne. Hauff greift diesen Vorschlag sofort auf und verständigt auch Ruth telefonisch. Die Schüler bemühen sich, mir mit einer Schlafgelegenheit auszuweichen. Eine Schülerin bietet mir ihren Schlafsack an. Sie fände auch bei ihrem Freund noch Platz. Ob dies wohl der Sinn meiner Aufsichtsfunktion ist? Nun zeigt sich aber der Hausmeister kooperativ und bringt mich auf einer Liege im Sanitätsraum unter. Die Nacht ist kurz. Einige Schüler spielen recht passabel Gitarre. Um 2 Uhr setze ich mich noch mit einem halben Dutzend in ein leeres Klassenzimmer, um eine Presseerklärung zu verfassen. Ein früherer Schüler, der auch aus Sympathie hier mit uns übernachtet, verspricht

den Text an die Deutsche Presseagentur durchzutelefonieren. Offiziell sind wir in der Schule eingeschlossen, aber die Schüler haben rasch neben der Tür ein Fenster geöffnet, so dass einige durchklettern und auch nach Hause gehen können.

Ich mache alle Stunde mal einen Rundgang. Die meisten Schüler schlafen im Lichthof. Nur einige anarchistisch Angehauchte aus einer anderen Schule machen in einem Klassenzimmer reichlich Lärm und kommen sich mit ihren Bier-Dosen sehr stark vor. Das Vorbereitungs-komitee des Sleep-in hat jedoch darauf gedrängt, dass keine Spraydosen mitgebracht werden. So kann am anderen Morgen alles zusammengekehrt werden, und als der Rektor gesundet um 7.30 Uhr mit dem Volksbildungsstadtrat eintrifft, findet er eine intakte, sauber gefegte Schule vor. Er bedankt sich bei mir. Er ist ein Mann, der Konflikte lieber vermeidet und notfalls herunterspielt.¹⁹ Jedenfalls ist er nicht autoritär und zeigt nach einigem Drängeln auch immer wieder überdurchschnittlich viel Verständnis für Eigeninitiative von Schülern.

Mittwoch, 21. Dezember 1988

Ende der Abriegelung. Innenansichten des OSI

Gestern ist um 17 Uhr nach einer Kampfabstimmung im studentischen Plenum, das von knapp 100 Besetzern besucht war, mit Zweidrittelmehrheit die Abriegelung des OSI ausgesetzt und eine viertelparitätisch besetzte Kommission gebildet worden. Dekan Kiersch berichtet uns dies, als sich um 12 Uhr die Kommission für die Ehrenpromotion von Ossip K. Flechtheim – nun schon wieder in der Ihnestr. 21 - in seinem Arbeitszimmer trifft.

Auf den Fluren liegen Schlafsäcke und leere Bier- und Sektflaschen in Bergen. Von innen ist das OSI eine Farbenschachtel. Wände und Scheiben sind großflächig bemalt. Offensichtlich geschah dies planlos. Jeder, der wollte, malte, was der Farbtopf hergab. Vom Flachdach aus wurde auf die Fassade des OSI in riesigen Buchstaben „Ingrid-Strobel-Institut“ gepinselt. Es handelt sich um eine

¹⁹ Als Martin, unser ältester Sohn, vor zwei Jahren anlässlich des Besuches des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in einer Nachtaktion mit seinem Freund Lupi ein Leintuch mit einem Ronny-Männchen (in der Art der eine Schelle schwingenden Bolle-Figur) an den Giebel des Schule, der zum Rathaus wies, aufgehängt und die Leiter zum Dachstuhl im Garten versteckt hatte und dann empörte, stramm proamerikanische Berliner die Feuerwehr alarmiert hatten, hatte Klöck darauf verzichtet, den Sherlock Holmes zu spielen, obwohl seine Kunstlehrer natürlich ahnten, welche Schüler eine solche großformatige Grafik drucktechnisch auf die Reihe bekommen. Solche Zurückhaltung hatte ich Klöck auch bei einem weiteren Abitur-Streich Martins, bei dem er es – nach dem Vorbild der „Feuerzangenbowle“ – darauf angelegt hatte, den Unterricht einen Tag lang ausfallen zu lassen, hoch angerechnet. Martin war wieder des Nachts über die Regenrinne und ein angelehntes Fenster in die Schule eingestiegen und hatte durch einen eigens dafür entwickelten Mechanismus (Latten mit Gummilaschen und einem Fuß aus Zinkblech am unteren Ende) ein morgendliches Niederdrücken der Türklinken unmöglich gemacht. Ich denke, dass Klöck als Lehrer seine Pappenheimer kannte, aber als Direktor diese Kenntnisse auch für sich behalten konnte.

Journalistin und Kritikerin der Gentechnik, die in Untersuchungshaft sitzt, wegen des Verdachts, an einem Bombenanschlag beteiligt gewesen zu sein.

Als wir am 17. November im Versöhnungsbund unserer Jahrestagung zum Thema „Kritik der Gentechnokratie“ planten, hatten wir auch über den Fall Strobel gesprochen. Ich bin skeptisch gegenüber der gängigen linken Interpretation, dass hier eine Kritikerin der Gentechnik mundtot gemacht werden solle. Eine Umbenennung des Instituts ist durch Recherchen jedenfalls nicht legitimiert. Aber wer dachte von den Studenten schon an die 5.000 bis 10.000 DM, welche das Entfernen dieser Inschrift kosten wird. Ohne Gerüst lässt sich die Farbe von den Fassadenplatten nicht entfernen. Die Besetzer sind mit der größten Selbstverständlichkeit von der Annahme ausgegangen, dass sie für Schäden nicht haftbar gemacht werden.

Die Gefahr, dass die Schule mit Sprüchen versprayt wird, war in der Lily-Braun-Oberschule weitaus geringer, weil die Beteiligten sich kannten und die Schüler wussten, dass ein Beschmieren der Schule sie die notwendige Sympathie kosten würde. Obwohl die Schüler im Durchschnitt fünf Jahre jünger waren als die Besetzer des Otto-Suhr-Instituts verhielten sie sich vernünftiger und verantwortungsbewusster als die Studenten. Ich erkläre mir dies damit, dass sie sich untereinander besser kannten als die Studenten. Zudem handelte es sich bei den protestierenden Schülern in der Mehrzahl um gewählte Vertreter.

Donnerstag, 22. Dezember 1988

Fotografieren im OSI - Sachschäden und Gremien der Toleranz

Mit Christian fahre ich ins Otto-Suhr-Institut, um die von den Besetzern bemalten Wände und das Treppenhaus zu fotografieren. Wir verwenden das Stativ und zwei Fotoapparate. Wir machen Farbdias und Schwarzweißbilder. Einige der Wandbemalungen sind phantasievoll und sogar erhaltenswert, aber das meiste sind Wiederholungen bekannter Sprüche und bisweilen einfach nur Farbschmierereien. In einem Seminarraum wurde nur rote Farbe an die Wand gekleckst. Das Ganze krönt auf der obersten Scheibe des Treppenhauses das Eigenlob in gelb auf dunkelblau „Voll geil!“

Auf einem Schlafsack liegt als Bettlektüre nach anstrengender Plenardiskussion um den ersehnten Konsens ein dicker Sammelband der Abenteuer Donald Ducks. Am meisten amüsiert mich der Wandspruch „Make love not Konsens“ und daneben der Hinweis „Wer Konsens nachmacht oder modifiziert oder nachgemachten oder modifizierten Konsens in Erwägung zieht, wird mit Plenum nicht unter 2 Jahren bestraft.“

Aber auch wenn man sich bemüht, im Chaos noch etwas Geistreiches zu erkennen, steht man doch erschüttert in dem verunstalteten Institut. Als ich vor 30 Jahren in Tübingen zu studieren begonnen hatte, war nach dem Schulzwang die Universität für mich der Raum der freien Entscheidung für Bildungsgüter gewesen und die Universität war für mich als alma mater etwas ganz Reales und etwas unbedingt Verteidigungswertes gewesen. Ich versuche über die Schmierereien zu lachen und ich versuche mich damit zu trösten, dass kein Buch, keine Karteikarte und überhaupt kein Gerät beschädigt worden waren. Die Bibliothek und der Computerraum waren verschlossen geblieben. Es sind wirklich nur Fenster, Wände und Fußböden bemalt worden. Aber das finde ich schlimm genug. Das ist doch öffentliches Eigentum. Dafür werden Steuern bezahlt. Der Sachschaden beträgt zwischen 50.000 und 100.000 DM. Doch es hätte noch schlimmer kommen können. Dann aber hätte der Dekan auf jeden Fall die Polizei holen müssen.

Vor vier Wochen hätte sich noch niemand vorstellen können, dass die Toleranzgrenze an der Universität, jenseits derer die Polizei geholt wird, so hoch liegt. Ich halte diese Toleranzgrenze jedoch für keine rühmenswerte Errungenschaft, und es wäre besser gewesen, wenn die Studenten sich in der Lage gezeigt hätten, selbst für Ordnung zu sorgen.

Freitag, 23. Dezember 1988

Schülerdemonstration

Christian und Wolfgang demonstrieren vor dem Spandauer Rathaus und auf dem Marktplatz. Trotz Ferienbeginns ist noch eine erkleckliche Anzahl Engagierter zusammengekommen. Alle ärgern sich, dass die Schulsenatorin Laurien die vernünftig begründeten Proteste der Schüler als „Indianerspiele verwöhnter Wohltandskinder“ abqualifizierte. Vielleicht bekommt sie für solche Sprüche noch die Quittung bei den Wahlen im Januar, denn die 18jährigen können wählen. Christian ärgert, dass es bei ihm erst zwei Monate nach der Wahl soweit sein wird. Er hätte es der Schulsenatorin gerne eingetränkt. Hough!

Ich arbeite stundenlang in der Dunkelkammer, um die Abzüge der DADA-Dekoration im OSI und von Porträtfotos der Büste Otto Suhrs fertig zu bekommen. Suhr sieht aus wie ein Irokesenhäuptling in Kriegsbemalung. Die Bemalung ist allerdings auch ein Indiz dafür, dass Otto Suhr wahrscheinlich für viele Institutsangehörigen eine unbekannte Größe ist, und man sich ernsthaft Gedanken machen müsste, diese Namensgebung verstärkt zu legitimieren oder zu ändern. Tradition ist nicht genug.

Dokumentation: Schreiben des Dekans

Der Dekan: Univ.-Prof. Dr. Gerhard Kiersch

Der Prodekan: Univ.-Prof. Dr. Werner Väth

An alle

Angehörigen des Fachbereichs

Politische Wissenschaft

27.12. 1988

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Fachbereich hat einen der schwersten Konflikte seit den 60er Jahren vorerst friedlich beilegen können. Darüber sind wir alle froh. Den Kolleginnen und Kollegen, die sich in den letzten Tagen und Wochen zum Teil mit außergewöhnlichen Engagement und ebensolcher Geduld für die Lösung des Konflikts eingesetzt haben, sagen wir unseren herzlichen Dank.

Für die StudentInnen, die die Beendigung der Abriegelung unseres Fachbereichs durchgesetzt haben, stellt sich die Lage folgendermaßen dar:

Sie haben die Abriegelung des OSI bis zum 8.1. 1989, 24 Uhr, vorübergehend ausgesetzt, während die Besetzung unbefristet fortgesetzt wird. In dieser Zeit werden Sie versuchen, ihre berechtigten Forderungen voranzutreiben. Dazu soll eine viertelparitätisch zusammengesetzte Kommission dienen. Sie soll „als ei-

gentliche Entscheidungsinstanz am OSI“ etabliert werden. Die StudentInnen sehen darin „einen ersten Schritt auf dem Wege zur Redemokratisierung der Universität, die ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Ziels von Herstellung der Freiheit und Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist“.

Diese viertelparitätische Kommission hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Ohne uns a priori an die Beschlüsse dieser Kommission binden zu können, sehen wir in ihrer Arbeit einen guten Ansatz, Entscheidungen des Fachbereichsrats auf breiterer demokratischer Basis vorzustrukturieren.

Es wird unmöglich sein, am 9. Januar 1989 die Arbeit in unserem Fachbereich so wieder aufzunehmen, als ob nichts geschehen sei. Die StudentInnen, die unser Institut fast drei Wochen besetzt und verriegelt haben, spiegeln Probleme und Konflikte wider, die unsere Gesellschaft nicht zu lösen in der Lage war: Den zunehmenden Drang der Jugend nach Mit- und Selbstbestimmung, die Sehnsucht nach neuen Formen, sich auszudrücken, und schließlich die Suche nach einer neuen Kultur des menschlichen und wissenschaftlichen Dialogs. Dem müssen wir Rechnung tragen, wenn wir unseren Beruf als Politikwissenschaftler gerecht werden wollen.

Wir bitten daher alle Kolleginnen und Kollegen, sich im neuen Jahr den Forderungen der StudentInnen gegenüber offen zu verhalten, den Dialog aufzunehmen und ihren Beitrag zur Lösung eines Konflikts zu leisten, der über unseren Fachbereich weit hinausgeht. Dazu wünschen wir uns allen viel Geduld und Gelassenheit.

Die Dozentinnen und Dozenten möchten wir hiermit herzlich einladen zu einer Dozentenversammlung am

*Freitag, dem 13. Januar 1989, 18 Uhr s.t.,
Seminarraum der Universitätsbibliothek,
Garystr. 39.*

*Wir verbleiben mit allen guten Wünschen zum Jahreswechsel
und besten Grüßen*

Ihre

gez. Der Dekan: Univ.-Prof. Dr. Gerhard Kiersch

Der Prodekan: Univ.-Prof. Dr. Werner Väth

Donnerstag, 29. Dezember 1988

Fortsetzung der Schmierereien

Deprimiert komme ich vom OSI zu Helmut Gollwitzers Geburtstagsfeier ins Dahlemer Gemeindehaus. Ich hatte im OSI nur rasch einen Brief kopieren und dann mit dem Jubilar feiern wollen. Doch welcher Anblick erwartete mich im Institut! Die neu gestrichene Fassade der Ihnestr.22 ist mit Parolen für die Freilassung von Wolle und Claudia und sonstigen nur Insidern verständlichen Sprüchen bemalt. Innen war es noch schlimmer. „Profs besabbelt euch selbst“ prangt über den Flur zu den Dozentenzimmern, deren Türen mit Beschimpfungen besprüht sind.

Dabei war bei der Aufhebung der Abriegelung und der Bildung der Viertelparitätischen Kommission ausgemacht worden, dass wir keine Inschriften entfernen werden, dass aber auch keine neuen angebracht werden sollten. Die bei der Abstimmung unterlegene Gruppe, die sich ins Untergeschoß der Ihnestr. 22 ins sogenannte „ISI-Streikcafe“ zurückgezogen hat, tut offensichtlich, was ihr gerade in den Sinn kommt.

Ich fotografiere verbittert, was ein paar Schmierfinken über Weihnachten angerichtet haben. Welche ein Kontrast zu der edlen Geburtstagsfeier für den hochverehrten Gollwitzer! Dort kann ich nur am Rande über meine Sorgen reden - am Schluss noch mit Eva Quistorp von den Grünen. Der Sachschaden am OSI wird immer größer und die Sprüche werden immer niveauloser! Mit meinem Verständnis von Universität ist das Verhalten der Studenten nicht mehr zu vereinbaren! Das ist kein legitimer Protest. Das ist eine Sauerei!

Doch die Besetzer im Streikcafe, mit denen ich zu sprechen suche, interessieren sich überhaupt nicht für die Wirkung ihrer Malerei auf die Öffentlichkeit, und die Angestellten des OSI, die bleich herumlaufen und nur leise mit mir reden. Warum brüllen sie die Schmierfinken nicht endlich an, dass denen die Ohren dröhnen!

Freitag, 30. Dezember 1988

Arrogante Dozis? In der Viertelparitätischen Kommission

Heute Nacht habe ich nur drei Stunden geschlafen. Ich esse nichts, trinke nur Kaffee und packe Schlafsack und Liegematte in den VW-Käfer. Für alle Fälle. Notfalls will ich heute in meinem Zimmer übernachten. Ich bin empört, dass ein paar Schmierfinken unser Institut verschandeln können, und niemand ihnen kräftig die Meinung geigt. Da morgen Persephone Smith aus der Partner-Diözese Kapstadt eintrifft und mehrere Wochen bei uns wohnen wird, muss ich zunächst im Dachzimmer Regale ausräumen und komme so erst um 13 Uhr ins OSI. Nun auch bereits auf dem Flur im zweiten Stock, wo mein Büro liegt, die erste Sprühschrift „Arrogante Dozis“.

Im Hauptgebäude des OSI, in der Ihnestr. 21 tagt im Hörsaal B öffentlich die Viertelparitätische Kommission (VPK). Ihr Thema: Autonome Seminare und Tutorenstellen. Ein ruhiges und sachliches Gespräch, das sehr stark durch die einschlägigen Erfahrungen der Professoren, die sehr konstruktiv und entgegenkommend sind, geprägt ist.

Die Beratungen in der Viertelparitätischen Kommission wirken auf mich beruhigend. Ich habe den Verdacht, dass diese gerade eine der Funktionen solcher Kommissionen ist. Nun nicht mehr so empört wie bei meinem Eintreffen und ersten Augenschein beschränke ich mich darauf, mit einigen Kollegen und dem Hausmeister über praktische Schritte zu sprechen, mit denen wir ein nächtliches weiteres Besprühen des zweiten Stocks in der Ihnestr. 22 verhindern können. Wir rollen den Kopierer hinter die verschließbaren Eisentüren, und ich empfehle, die Glasflügeltür zusätzlich mit Draht von innen zu sichern. Der erste Stock ist ein reiner Bürotrakt, wo die Besetzer wirklich nichts zu suchen haben.

Inzwischen fährt unten die Kulmbacher Bräu vor und lädt für das „Streik-Cafe“ 30 bis 50 Bierkästen aus. Die Besetzer hatten zuvor schon ein Spalier aus leeren Bierkästen am Eingang aufgebaut. Zum Ärger einer Studentin fotografiere ich diesen Bierhandel. Denn es ist doch eine der Grundregeln aller kalkulierten Besetzungen: „Kein Alkohol!“

Um 18 Uhr ruft mich Dekan Kiersch an, und wir sprechen über die Grenzlinie, jenseits derer ein Polizeieinsatz unvermeidlich wird.

Sonntag, 1. Januar 1989

Erste Notizen zu einem Brief an die Studenten

Ich muss irgendetwas unternehmen, um mit der Lage am Otto-Suhr-Institut konstruktiv umzugehen. Ich spüre, dass ich stärker von Gefühlen als von einer Analyse der speziellen Lage an der Freien Universität bestimmt werde. Was immer ich jetzt tue, es kann gerade das Verkehrte sein. Hier entwickelt sich zwar möglicherweise etwas Neues, aber ich muss auch zu dem stehen, was ich bisher für richtig gehalten habe. Eine Satyagraha-Position ist doch nicht, dass ich mich von der Dynamik einer nicht begriffenen Entwicklung überfahren lasse bzw. erst einmal wegtauche. Ich werde versuchen, einen Brief an die Studenten zu schreiben. Ich beginne mit ersten Notizen.

Montag, 2. Januar 1989

Was sind das für Studenten?

Ich kann nachts kaum schlafen. Ich stehe um 3 Uhr auf und höre Mozarts Zauberflöte (in der Verfilmung von Ingmar Bergmann), um mich etwas zu beruhigen. Ich will nicht auf die Seite der Reaktion, aber ich muss mich gegen das ordinäre Verhalten einiger Studenten wehren. Wahrscheinlich ist mein Problem, dass mein idealtypisches Bild des Studenten in einigen charakteristischen Fällen überhaupt nicht mit der Realität übereinstimmt. Noch kürzlich, am 10. September hatte ich zum Jubiläum der Evangelischen Schule in Frohnau unter ökologischen Gesichtspunkten über „Selbstbegrenzung als Zukunftsperspektive“ gesprochen und dabei im Kontrast zum Konsumismus auch auf die faszinierende Möglichkeiten hingewiesen, die wir haben, wenn wir äußerlich bescheiden, aber materiell einigermaßen gesichert leben. Um diese Existenzform zu veranschaulichen würde ich meinen Studenten gelegentlich eine Passage aus Machiavellis Brief an seinen Freund Vettori vom 10. Dezember 1513 vorlesen. Machiavelli beschreibt darin zunächst sein primitives Leben auf dem Lande nach seiner Absetzung als leitender Beamter und fährt dann fort:

„Wenn der Abend kommt, kehre ich nach Hause zurück und gehe ich mein Schreibzimmer, an der Schwelle werfe ich die Bauerntracht ab, voll Schmutz und Kot, ich lege prächtige Hofgewänder an, und angemessen gekleidet begeben sich mich in die Säulenhallen der großen Alten. Freundlich von ihnen aufgenommen, nähre ich mich da mit der Speise, die allein die meinige ist, für die ich geboren ward. Da hält mich die Scham nicht zurück, mit ihnen zu sprechen, sie um den Grund ihrer Handlungen zu fragen, und herablassend antworten sie mir. Vier Stunden lang fühle ich keinen Kummer, vergesse alle Leiden, fürchte nicht die Armut, es schreckt mich nicht der Tod; ganz versetze ich mich in sie. Weil Dante sagt, es gebe keine Wissenschaft, ohne das Gehörte zu behalten, habe ich aufgeschrieben, was ich durch ihre Unterhaltung gelernt, und ein Werkchen De principatus geschrieben, worin ich die Fragen über diesen Gegenstand ergründe, so tief ich kann, betrachtend, was ein Fürstentum ist, wie viele Gattungen es gibt, wie man sie erwirbt, wie man sie erhält, warum man sie verliert.“

So weit die real existierende Massenuniversität auch von den „Säulenhallen der großen Alten“ entfernt sein mag, ohne die Erinnerung daran und ohne die Erwartung eines wirklichen Dialogs mit und unter Gelehrten können wir sie auch nicht reformieren. Und sie nun aus lauter Frust zu besudeln, macht doch alles nur noch schlimmer! Und tatsächlich waren doch viele Studenten in meinen Kursen von dieser Zumutung Machiavellis an uns Intellektuelle fasziniert.

Ich muss weiter nachdenken und mehr über die Situation der Universität und der Studenten lernen, will jetzt aber doch das Experiment wagen, mich mitten im Denk- und Lernprozess auch emotional zu äußern. Partiiell muss dies fast zwangsläufig schief gehen. Doch lieber ein missglücktes Experiment als bloßes Zuwarten.

Dienstag, 3. Januar 1989

Meine Söhne als Testleser

Ich schreibe den ganzen Tag intensiv an der Reinschrift des Briefes an die Studenten. Ich gebe den Text Christian und Martin zum Lesen. „Schick ihn los. Das muss eben mal gesagt werden. Die Besetzer werden sich über einige Stellen im Text sicher ärgern. Aber ihr Hochschullehrer müsst euch wehren und laut schreien, wenn ihr verletzt werdet!“ Ich hatte mit mehr Bedenken gerechnet.

Es folgt die Dokumentation des später in der „Frankfurter Rundschau“ und in der „Tageszeitung“ zu erheblichen Teilen veröffentlichten Briefes.

*FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Politische Wissenschaft
Institut für Innenpolitik und Systemvergleich (WE 3)*

FU BERLIN

*Prof. Dr. Theodor Ebert
Freie Universität Berlin
WE 3, Ihnestr. 22, 14195 Berlin*

*An die
Studentinnen und Studenten
des Otto-Suhr-Instituts*

2.1.1989

Im Streikinfo Nr. 6 des „Abstroci“ vom 12.12.1988 wird die Lage an der Universität und speziell am Otto-Suhr-Institut aus studentischer Sicht analysiert, und es werden Forderungen erhoben, zu denen wir Hochschullehrer „konkret und detailliert Stellung beziehen sollen“. Ich will dies cum ira et studio auch tun. Zunächst einmal im Zorn, weil mir der Geduldsfaden gerissen ist, als in der Ihnestr. 22 das Anpinseln von Fassade und Fluren auch nach dem Ende der Abriegelung weiterging und dies geschah, nachdem abgemacht war, dass in der viertelparitätisch besetzten Kommission verhandelt werden solle. Wer dann noch „Profs besabbelt euch selber“ an die Wand schmiert, obwohl er in der Streikzeitung behauptet, es ginge um einen „produktiven Dialog“, muss sich auch mit

Wut im Bauch einiges sagen lassen, bevor man sich wieder an die Entwicklung von konstruktiven Vorstellungen machen kann.

Die Hoffnung der Besetzer ist, dass ihnen der „Schritt aus der Uni heraus hin zu anderen Widerstandsgruppen in der Gesellschaft“ gelingen werde, „um so in gemeinsamer Praxis, d. h. aus gemeinsamer Erfahrung heraus, unsere gesellschaftliche Utopie weiterzuentwickeln.“ Einige Dozentinnen und Dozenten des OSI arbeiten nun seit Jahren in den neuen sozialen Bewegungen mit. Man schätzt sie dort aufgrund ihrer Bemühungen um Gegeninformationen und Gegenmacht. Sie wissen also einigermaßen, wie ihre Mitstreiter in den Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen denken. Bei der Flüchtlingshilfe, bei Aktionen zivilen Ungehorsams in der Ökologie- und Friedensbewegung riskiert man schon bei geringfügigen Gesetzesübertretungen die Festnahme, langwierige Prozesse und empfindliche Strafen. Wenn man Vertreter dieser Widerstandsgruppen jetzt durch das OSI führen würde, wäre vorhersehbar, dass sie mit diesen Schmierfinken und ihren „voll geilen“ Sprüchen nichts zu tun haben wollten. Vertreter solcher Widerstandsgruppen erkennen sofort, dass am OSI Sachschaden für mehr als 50.000 DM entstanden ist, und dass sie sich die Haftung für solcherlei Aktionen nicht leisten könnten.

Wer in Widerstandsbewegungen tätig ist, weiß auch aus Erfahrung, dass für die Kommunikation zwischen Protestgruppen und Öffentlichkeit die Regel gilt: Erst kommt der visuelle Eindruck und dann (vielleicht auch) das Argument. Ich habe die Besetzer mehrfach auf die negative Außenwirkung ihrer Pinseleien hingewiesen, aber das Beschmierschreiben der kurz zuvor renovierten Fassade unseres Instituts ging weiter. Ihre Parolen seien überhaupt keine Sachbeschädigung; sie könnten dauerhaft so bleiben, wurde gesagt. Ich bestreite gar nicht, dass einige Slogans auch Pfiff haben - wie zum Beispiel „Make Love not Konsens“ - und ich gestehe zu, dass große Sprüche nun einmal zu Besetzungen gehören. Ich war schließlich selbst oft genug auf besetzten Bauplätzen, in besetzten Häusern, Jugendzentren und Kirchen und habe vor einige Tagen erst in der auch von meinen Kindern mitbesetzten Lily-Braun-Oberschule in Spandau übernachtet, aber diese hemmungslosen und häufig beschämend niveaulosen Schmierereien im OSI sind einsame Spitze und gehören zu anderem Schwachsinn ins Guinness-Buch der Rekorde.

Ich war von diesen Schmierereien so entsetzt, weil sie mir eindrücklich vor Augen führten, dass der sich hier schrittweise emanzipierende akademische Nachwuchs dies zunächst nur in Donald Duck Manier kann. Als ich im OSI auf einem Schlafsack einen Sammelband der Abenteuer dieses Geistesriesen sah, dämmerte mir, dass ich im nächsten Semester meinem Grundkurs über Widerstandsrecht vielleicht am besten die Comic-Fassung von Martin Luther Kings Buch über den Busboykott von Montgomery, die ich nur als Kuriosität aufbewahrt habe, zugrunde legen muss. Von Donald Duck lernen, heißt siegen lernen!

Die Besetzung des OSI soll hier nicht nur ins Lächerliche gezogen werden. Sie war in der Tat wichtig, um den studentischen Unmut über die Universitätspolitik der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Deswegen gab es von Seiten der Institutsangehörigen auch praktisch keine Abwehr dieser Besetzung. Die Besetzer handelten also - um dies mit Ernst Fränkel zu formulieren - virtuell repräsentativ für die meisten Mitarbeiter dieses Instituts. Wenn die Studenten also in großer Zahl das Institut besetzt und in den Seminarräumen unter sich beraten und dann auch ein alternatives, selbst initiiertes Kursprogramm aufgezogen hätten, wäre dies wohl bei den meisten Dozenten auf Verständnis gestoßen, und es hätten sich Wege finden lassen, alternative Leistungen auch in auswärts verwendbaren Scheinen anzuerkennen. Es war jedoch ein Fehler, dass die Besetzer das Institut für Nicht-Studenten abriegelt haben. Sie haben damit auch die Bibliothek geschlossen und im Endeffekt auch die meisten Studenten motiviert, zu Hause zu lernen.

In der Resolution der Vollversammlung vom 12.12.1988 heißt es dazu: "Mit der Übernahme des OSI in unsere Selbstverwaltung haben wir begonnen, eine wirklich freie Universität anzustreben... Mit der Besetzung und Bestreikung unseres Instituts haben wir gezeigt, dass wir die Uni in unsere eigenen Hände nehmen können... Wir haben uns das OSI angeeignet."

Hier wird ein (fragwürdiges) Ziel mit der Wirklichkeit verwechselt. Die Besetzer haben doch keinerlei Verwaltungsleistungen erbracht, sondern sie haben die Verwaltung in der Ihnestr. 21 und 22 zweieinhalb Wochen an der Arbeit gehindert und dann in den nackten Seminarräumen und Fluren etwas aufzuziehen versucht. Das Herstellen von Streikzeitung und Flugblättern ist anstrengende Arbeit, aber doch keine Verwaltungstätigkeit, und ein alternatives Kursprogramm konnte in der Abriegelungshektik doch gar nicht gelingen.

Ich halte die Kritik der Gentechnik und die Auseinandersetzung mit der Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik für ein wichtiges Thema der Politologie, aber bisher haben die Besetzer keine öffentlich verwendbare politologische Begründung der Umbenennung des Otto-Suhr-Instituts in Ingrid-Strobel-Institut vorgelegt. Nur die Fassade zu beschriften, ist nicht alternative Politologie, sondern Showbusiness.

Was in den besetzten Räumen am besten funktionierte, geradezu florierte, war das Streikcafe, - wie die umfangreichen Lieferungen der geschäftstüchtigen Kulmbachbräu beweisen. Wie heißt es doch so richtig in der kapitalismuskritischen „Präambel“ der Resolution: „Wissenschaft dient heute überwiegend ... wirtschaftlichen Interessen.“ In der Tat, die Besetzer haben das OSI in eine Wirtschaft verwandelt. Mir stinkt's, wenn ich das OSI vorbei an einem Spalier leer getrunkenen Bierkästen betrete!

Politologiestudenten hätten eigentlich merken müssen, dass sie mir der Abriegelung des Instituts den demokratiethoretisch legitimierten Bereich des gewaltfreien zivilen Ungehorsams verlassen haben, um ihrerseits staatliche Funktionen zu usurpieren. (Ich empfehle „Wirtschaft und Gesellschaft“ von Max Weber zur Lektüre!) Die Institutsleitung hat wohlweislich das Opportunitätsprinzip strapaziert und nicht wirklich getestet, ob die wenigen Besetzer ihren demokratischen Anspruch auf Abriegelung und Übernahme der Verwaltung bis zur physischen Gewaltsamkeit treiben würden. Der Dekan zeigte Langmut und Nachsicht in außerordentlichem Maße, als er diese Frage absichtlich wochenlang in der Schwebe ließ, und die Besetzer haben dann klugerweise auch geschlossene Türen und die Geräte des Instituts nicht angetastet.

Die Besetzer haben aber inzwischen hoffentlich begriffen, dass eine nochmalige Abriegelung von den für ihre Arbeit bezahlten Angehörigen des Instituts nicht hingenommen werden darf. Wenn die Dozenten und sonstigen Mitarbeiter mit den Studenten in der viertelparitätischen besetzten Kommission zu gemeinsamen Forderungen gelangen, können sie zwar streiken - und bei Beamten wäre dies ziviler Ungehorsam, wie einige Professoren aus Erfahrung wissen -, aber als Angehörige des öffentlichen Dienstes dürfen wir uns auf keinen Fall von einer neuen Exekutive, die sich durch die gewaltsame Schließung einer Behörde bzw. durch die Kontrolle des Zugangs zu Prüfungsakten staatlichen Funktionen anmaßt, davon abhalten lassen, unseren Arbeitsplatz aufzusuchen.

Jetzt waren es linke Studenten, die das OSI abgeriegelt haben. In einigen Jahren könnten es rechtsgerichtete Studenten oder „nichtstudentische Gruppen“ sein, die sich die Kontrolle über den Zugang zum Institut anmaßen, um linke Professoren - also vielleicht die Besetzer von heute - an der Arbeit zu hindern. Weil die Legitimation und Begrenzung von Widerstand in der Demokratie eine so heikle Materie ist, bemühen wir uns doch am Otto-Suhr-Institut seit Jahren mit aller Sorgfalt darum, den Zivilen Ungehorsam als Bestandteil der demokratischen Willensbildungsprozesse in zugespitzten Konfliktsituationen auszuweisen.

Eine nochmalige Abriegelung des OSI lässt sich im Rahmen der Theorie des Zivilen Ungehorsams nicht legitimieren, und auch die anfängliche Rechtfertigung der Abriegelung, dass nämlich die Studenten ohne Einmischung der Dozenten unter sich diskutieren müssten, stand auf schwachen Beinen. Jedenfalls sollte die Besetzer sich darüber im Klaren sein, dass bei einem Versuch, die Abriegelung zu wiederholen, der bisherige rechtliche Schwebezustand nicht aufrechterhalten werden könnte. Der weitere Konfliktverlauf wäre bei einem erneuten Abriegelungsversuch ziemlich festgeschrieben. Es gibt einige Kollegen, die auch aufgrund 'einschlägiger' Erfahrung eine elementare Abneigung gegen den Einsatz von Polizei haben und darum den Charakter der Abriegelung erst mal selbst testen würden. Bei dieser Konfrontation könnten Besetzer auch einen tol-

len Sieg erringen, danach aber würden am OSI diejenigen einmarschieren, die dort seit Bestehen des Instituts nicht viel zu melden hatten.

Ich schreibe diesen Brief, weil ich hoffe, dass die Besetzer sich selbst die Machtverhältnisse und die Rechtslage verdeutlichen, und dass diejenigen Studentinnen und Studenten, die bisher der Besetzung des OSI ihren Lauf ließen, sich jetzt in den Willensbildungsprozess aktiv einbringen und etwas Dauerhaftes aus diesem studentischen Aufstand herauszuholen suchen.

Und damit zum „produktiven Dialog“. Der Forderungskatalog der Vollversammlung vom 11.12.1988 liest sich zwar passagenweise wie ein Brief ans Christkindchen, aber wir Dozenten haben im Herzen ähnliche Wunschzettel und sind im Grunde genommen froh, dass die Studenten jetzt kämpferisch einklagen, was wir bisher allzu dezent gefordert haben. Ich bin nicht mit jeder Forderung wortwörtlich einverstanden, aber die Richtung passt mir durchaus. Ich will jetzt nicht die Liste durchgehen, weil dies auch die Aufgabe der Viertelparitätischen Kommission ist. Ich will aber noch einige weitere Überlegungen anstellen.

Was uns Dozenten am meisten belastet, ist der Umstand, dass unser Lehren und Forschen bei den andersartigen Bestrebungen der Regierung nur von geringer Wirkung ist. Ich nehme an, dass viele Kollegen Ossip K. Flechtheim in seiner Einschätzung der „Megakrise“ in dem Essay „Ist die Zukunft noch zu retten?“ zustimmen und vor dem Problem stehen, wie sie einer Verschärfung dieser Krise als Wissenschaftler und engagierte Bürger steuern können. Wenn man sich die Liste der Veröffentlichungen der Dozenten und die laufenden Forschungsprojekte dieses Instituts und auch die Titel der Lehrveranstaltungen ansieht, dann ist doch offensichtlich, dass für das OSI eben nicht zutrifft, was in der Präambel der Streikresolution pauschal von der Universität behauptet wird: Sie diene der „Aufrechterhaltung von Patriarchat und Kapitalismus, indem sie in Forschung und Lehre, in Theorie und Praxis herrschende Strukturen reproduziert“. Wenn es so wäre, hätten die Besetzer doch wohl völlig neue Themen für Lehrveranstaltungen und eine neue Prüfungsordnung vorgeschlagen. Die Probleme liegen aber eher auf dem Gebiet der Didaktik und der Relevanz der Ergebnisse von Kursen für die praktische Politik. Hier versprechen sich die Besetzer jetzt mehr von „autonomen Seminaren“. Diese Versuche sollten gefördert und institutionalisiert werden, aber das Lehrangebot der Dozenten wird auch in Zukunft sicher weit überwiegen, und darum muss es gerade auch um die Verbesserung dieses Angebots gehen.

Zwei Wochen vor dem Streik hat die wissenschaftliche Einrichtung „Innenpolitik und Komparatistik“ nach - wie wir heute wissen – allzu langem Zögern über die Probleme der Lehre beraten. Einige Erkenntnisse dieser Beratung, die ich aus meiner Sicht festhalten möchte, scheinen mir für den „produktiven Dialog“ wichtig zu sein.

Mehrere Kollegen waren mit dem Verlauf und den Ergebnissen ihrer Kurse unzufrieden. Insbesondere war ihnen aufgefallen, dass gegen Semesterende weniger als die Hälfte der Studenten, die für ihre Leistungen einen benoteten Schein erwarten, noch zu den Lehrveranstaltungen kam, obwohl bekanntlich gerade zum Ende des Semesters die am besten vorbereiteten Arbeitsgruppen zu Worte kommen und wenigstens einige sich schon beim Namen nennen. Auf Nachfragen erfährt man häufig, dass die Studenten Geld verdienen müssten und die Kurszeiten sich mit verhältnismäßig einträglichen Jobs überschneiden. Ein weiterer Grund ist sicher, dass einige der Fehlenden meinen, mit dem kritischen Wissen ließe sich fern von der Regierungsmacht und ohne feste Aussicht auf einen Arbeitsplatz wenig anfangen, und dann gibt es eben auch anspruchsvolle Studenten, die von wiederholt schwachen Darbietungen so frustriert sind, dass sie lieber die Kurse schwänzen und Bücher lesen.

Was tun? Die Dozenten müssen mit den Arbeitsgruppen intensiver zusammenarbeiten, aber die Arbeitsgruppen müssen sich auch regelmäßig treffen und die Dozenten wirklich beanspruchen, ihren „Auftritt“ im Kurs gründlich vorbereiten und ruhig auch mal proben. Auch erfahrene Redner lesen wichtige Reden vorher mehrfach laut ihren vier Wänden vor: so locker vom Hocker geht es eben nicht. Die Kurse würden bestimmt besser gelingen, wenn wenigstens im Grundstudium für die Arbeitsgruppen noch Tutoren zur Verfügung ständen. Mehr als 20 Kursteilnehmer kann ein einzelner Hochschullehrer nicht sorgfältig beraten. Natürlich haben wir Mechanismen entwickelt, um auch weit größere Kurse formal abzuwickeln, aber dann breitet sich eben allseitig Frustration aus. Eigentlich wäre ab 20 Teilnehmern für je weitere 10 Studenten ein Tutor erforderlich, und es wäre sinnvoller, wenn Studenten ihren Unterhalt als Tutor verdienen könnten als mit wissenschaftsfremden Jobs.

Wenn dem Fachbereich jetzt als Folge des Protests 16 Tutorienstellen angeboten werden, bedeutet dies eine im Einzelfall sicher erfreuliche, im Blick aufs Ganze jedoch unzulängliche Verbesserung des Lehrangebots. Meines Erachtens könnten Tutoren, für die auch arbeitslose Diplompolitologen in Frage kämen, die große wissensmäßige Distanz und auch den Altersunterschied zwischen Hochschullehrern und Studenten zu überbrücken helfen. Die Studenten akzeptierten nach meiner Erfahrung ab Mitte der 70er Jahre in der Regel die Seminarprogramme der Dozenten ohne bedeutende Änderungswünsche, weil sie über mögliche Alternativen nicht Bescheid wussten oder diese didaktisch nicht operationalisieren konnten. Hier könnten Tutoren kritische Partner für Studenten und Hochschullehrer sein.

Es müsste in Zukunft mehr darauf geachtet werden, dass die Kurse auch öffentlich vorzeigbare und politisch verwertbare Ergebnisse erzielen. Ich habe auf meinem speziellen Arbeitsgebiet der Forschung über soziale Bewegungen und

ihre Aktions- und Organisationsformen aus studentischen Fallstudien viel gelernt und auch einige Arbeitsergebnisse nach außen vermitteln können. Dies setzt aber Absprache und Kooperation und Timing voraus, wie es im Routinebetrieb kaum gelingen kann. Andere Hochschullehrer haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Wir Dozenten finden es auch unbefriedigend, wenn Papiere rein übungshalber geschrieben werden, um einen Schein zu erhalten. Wir sind doch nicht mehr auf der Schule! Wirkungsorientiertes Lernen, das ich auch im Grundstudium bereits für möglich halte, ist natürlich viel anstrengender als nur ein Papier zu schreiben, um dafür einen Schein abzustauben. Doch erfahrungsgemäß arbeiten Intellektuelle - sofern sie über ihren Lebensunterhalt verfügen - gerne und nicht mit der Stechuhr, sobald sie den Eindruck haben, dass es ihnen selbst Erkenntnis und der Gesellschaft Nutzen bringt.

In einem sozialwissenschaftlichen Fachbereich hat man doch mitten im Kapitalismus die fabelhafte Möglichkeit, nicht-entfremdete Arbeit zu leisten. Deswegen hängen linke Hochschullehrer im OSI an ihrer Arbeit und sie waren stocksauer, als sie nicht an ihren Arbeitsplatz durften, obwohl eine Abriegelung ihr materielles Einkommen überhaupt nicht berührte. Wir haben doch in den Seminaren bis hinein in die Examensarbeiten die Freiheit zu forschen und literarisch zu produzieren, was wir wollen. Die Regierung und das Kapital können unsere Lehr- und Forschungstätigkeit nicht intervenierend steuern. Wozu sonst die Aufregung über das Anti-OSI? Wenn wir aber eine Megakrise diagnostizieren, dann müssen wir am OSI doch arbeiten wie die Weltmeister, um die Lage zu verändern. Und tatsächlich liegen die „Dozis“ nicht auf der faulen Haut, sondern bemühen sich redlich, ihre Kenntnisse in die Gesellschaft hineinzuvermitteln. Ich will jetzt nicht dutzendweise Kollegen am OSI preisen, aber mein westdeutscher Kollege Günter Altner hat 1984 mit der Veröffentlichung seines Tagebuchs Glasnost in seinen Terminkalender gebracht. Was er in „Rund um die Uhr. Unterwegs für Umwelt und Frieden“ beschrieb, das gilt auch für viele Dozenten des OSI. Es ist schwierig genug, dann auch noch die Ruhe für die Vorbereitung von Vorlesung und Seminaren und das Abfassen längerer Manuskripte zu finden. Und häufig werden auch noch Drittmittelprojekte betreut. Einige verzichten auf einen Teil ihres Einkommens, um dies alles zu leisten. Am OSI wird tatsächlich gesellschaftskritisch hart gearbeitet, aber wir sind unruhig, weil wir wissen, dass uns die Zeit davonläuft. Wir sehen, wie unsere Kritik am feisten Optimismus der Regierenden abprallt, weil deren Anhängerschaft angesichts des globalen Wohlstandsgefälles für die Erhaltung ihrer Privilegien darauf verzichtet, ihren Verstand prognostisch zu gebrauchen. Eine solche Schwachsinnsparole wie „Jede Menge Zukunft“ könnte man doch nicht einmal mehr - wie vor vier Jahren - der Berliner Tierwelt in den Mund legen!

Ein strukturelles Problem unseres Instituts ist seine schiere Größe, die durch arbeitsteiliges Vorgehen und die Ausstattung mit Informationen zwar wichtige spezialistische und auch interdisziplinäre Leistungen ermöglicht, aber im Lehrbe-

trieb zu einer gefährlichen Anonymität führt. Ich kenne zwar visuell viele Gesichter, aber ich könnte im Vorübergehen oder in der U-Bahn noch nicht einmal hundert der über 4000 Studenten mit Namen grüßen. Und auch die Studenten kennen uns Dozenten nicht und haben meist keine Ahnung von unserem wissenschaftlichen Werdegang, unserem politischen Engagement oder gar unseren Publikationen. Wenn wir diese Anonymität nicht überwinden, wird aus „Unimut“ bald wieder „Unifrust“. Wir müssen in den Kursen viel mehr Wert darauf legen, uns kennen zu lernen. Jeder Mensch darf doch zunächst einmal erwarten, dass er als Individuum wichtig genommen wird. Ich wünsche mir, dass die Studenten künftig mit einem dicken Filzstift ihren Vor- und Zunahmen auf ein DIN A 4-Blatt schreiben und entsprechend gefaltet vor sich aufbauen und ein paar Sätze über sich sagen, bevor sie ihr Referat halten. Auch die Dozenten sollten sich ausführlicher vorstellen - eventuell mit einem Informationsblatt zu Beginn des Kurses. Wir sollten im Lesesaal ein Regal einrichten, in dem von allen Dozentinnen und Dozenten des OSI Lebenslauf nebst Foto, einschlägige Pressenotizen und die wichtigsten Veröffentlichungen zu finden wären. Die Dozentinnen und Dozenten könnten dort auch Listen auslegen, damit sich jeweils bis zu 20 Studenten eintragen könnten, wenn sie mit einer bestimmten Vertrauensperson regelmäßig ihr Studium besprechen wollten. In Großbritannien scheint man mit einem vergleichbaren Angebot gute Erfahrungen gemacht zu haben.

Das Erfreuliche an dem gegenwärtigen Aufstand der Studenten ist, dass sie nach Jahren des vornehmlich außeruniversitären politischen Engagements - und die sozialen Bewegungen befinden sich mit Ausnahme der Frauenbewegung in einer Flaute - sich jetzt wieder als politische Kraft an der Universität entdeckt haben. Das dürfte dazu führen, dass zumindest in naher Zukunft die Kurse - ob nun autonom oder doziniert - aktiver und erwartungsvoller gestaltet werden. Wenn man statt „jeder Menge Zukunft“ eine „Megakrise“ konstatiert, dann hofft doch jeder engagierte Dozent darauf, dass das OSI vielleicht jetzt zu einer kritischen intervenierenden Kraft wird.

Dekan Kiersch und Prodekan Väth haben uns geschrieben, dass die Kurse nach der Weihnachtspause nicht wieder aufgenommen werden könnten, als ob nichts geschehen wäre. Meines Erachtens müssen die Kurse jetzt weitergehen, weil etwas geschehen ist und weil man die Impulse dieses Aufstands am besten in den Kursen didaktisch und inhaltlich aufnehmen kann. Die meisten Studenten werden erst in den Kursen die Möglichkeit haben, sich zur Lage und zu ihren Vorstellungen zu äußern. Ein OSI-Plenum mit einer auf zwei Minuten begrenzten Redezeit kann das nicht leisten. Selbstverständlich muss in den Kursen erst mal über die letzten Wochen, die studentischen Forderungen, die Ergebnisse der Viertelparitätischen Kommission und vielleicht auch über diesen Brief und dann über die Konsequenzen für den laufenden Kurs geredet werden. Vielleicht wird die zweite Hälfte des Kurses dann nicht wie bisher ein Abschiedskonzert à la

Hayden, sondern steigert sich zu einem Crescendo emanzipatorischer Wissenschaft.

Die Dozenten sollten sich auch überlegen, ob sie nicht neben den „autonomen Seminaren“ den einen oder anderen zusätzlichen Kurs im Januar und Februar mit doppelter Stundenzahl - zum Beispiel Samstags - anbieten könnten, um den neuen Impuls auch sofort umzusetzen. Einige von uns haben auch Forschungssemester und könnten außerplanmäßig einspringen oder einen für das SS 1989 geplanten Kurs vorziehen oder mit Interessenten vorbereiten. In den regulären Kursen sollten die Studenten die Dozenten bedrängen, die ausgefallenen Sitzungen in einer einfallsreichen Form nachzuholen. Das muss ja nicht unbedingt in den nicht sonderlich einladenden Räumen des OSI geschehen. Ich ende also cum studio - und ich hoffe, dass Sie dies nicht nur in die Sprache der ESSO-Werbung zu übersetzen vermögen.

Ihr Theodor Ebert

Mittwoch, 4. Januar 1989

Was wird aus einem langen Brief?

Einen offenen Brief zu konzipieren ist die eine Aufgabe - und an diese ist man als Hochschullehrer gewöhnt -, diesen Brief dann aber auch öffentlich zu machen, ist eine andere, mit der ich weniger Erfahrung habe, zumal ich auch nicht so bekannt bin, dass ich von vornherein mit der Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit rechnen könnte.

Als erstes muss ich den Brief den Studenten übergeben und gleichzeitig Dekan Kiersch und Hans-Joachim Mengel, den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Innenpolitik und Komparatistik, informieren. Letzteres besorge ich in kurzen Schreiben. An Kiersch schreibe ich: „Vielleicht ist der beigelegte Brief an die Studenten des OSI nicht immer im Ihrem Sinne, aber ich hoffe doch, dass mein Schreiben dazu beiträgt, die abgetauchten Studenten zu mobilisieren. Mir ist es offen gestanden immer ziemlich bange, wenn ich zum OSI fahre. Ich habe größten Respekt vor Ihrem Engagement und wünsche Ihnen und Herrn Väth in den nächsten Tagen Kraft und Spürsinn für die richtigen Entscheidungen.“

An Mengel im selben Tenor: „Die Lage am OSI hat mir keine Ruhe gelassen, und ich habe nun mit einem Brief an die Studenten gegen meine gedrückte Stimmung anzukämpfen gesucht.“

Eine Streikleitung gibt es wohl nicht, jedenfalls ist sie mir nicht bekannt. Ich übergebe zwei Exemplare meines Schreibens im Hauptgebäude des OSI zwei Studenten, die im Foyer des OSI auf Schlafsäcken sitzen, also gewissermaßen dazugehören. „So lang?!“ war die erste Reaktion aus einem kleinen Grüppchen von Studenten. Ich kann jetzt nur hoffen, dass sie den Brief vorlesen oder im

Streikcafe aushängen. Ich hefte ein Exemplar an das Aushängebrett unseres Instituts beim Kopierer und bitte den Geschäftsführenden Direktor der WE 3 um Versand an alle Mitglieder des Instituts. Die Pressepost stecke ich in einen Briefkasten, der heute noch geleert wird. Geschrieben habe ich an die Deutsche Presse Agentur, den Tagesspiegel und den Evangelischen Pressedienst, die Tageszeitung (taz) und die Frankfurter Rundschau. Mehr Kopien konnte ich im ersten Anlauf nicht anfertigen. Ich bin ein Ein-Mann-Betrieb. Morgen will ich dann noch an den Spiegel schreiben.

Mir bekannte Redakteure schreibe ich persönlich an, so auch Uwe Schlicht, der beim Tagesspiegel für die Bildungspolitik zuständig ist: „Ob der beigegefügte Brief die Stimmungslage der Dozentinnen und Dozenten am OSI widerspiegelt, kann ich nicht sagen, weil viele schweigen, wegbleiben oder bedrückt und leise miteinander reden. Aber vielleicht hilft Ihnen dieser Brief - neben vielen anderen Informationen - bei der Einschätzung der Lage und der möglichen Entwicklungen.“

Donnerstag, 5. Januar 1989

Erste Reaktionen

Seitens der Studenten und der Presse keine Reaktion auf meinen Brief. Ich kopiere weitere 10 Exemplare und korrigiere einen Fehler im Text. Wie konnte mir dies passieren? Ich hatte den Titel von Max Webers „Wirtschaft und Gesellschaft“ mit „Staat und Gesellschaft“ angegeben. In einem Zustand gefühlsmäßiger Erregung formuliert man nicht präzise genug. Ich hatte den Titel falsch angegeben, weil es mir um Webers Überlegungen zum staatlichen Monopol der physischen Gewaltsamkeit gegangen war. Ich will die staatliche Gewaltsamkeit zugunsten der gewaltfreien Aktionsfähigkeit von Bürgern und staatlichen Organen aufheben, aber doch keinen Pluralismus der physischen Gewaltsamkeit!

Ich gebe meinen Brief einigen Kollegen. Dekan Kiersch begrüßt meine Initiative. Im Grunde genommen freut er sich über jeden Kollegen, der sich blicken lässt und nicht abtaucht. Elmar Altvater liest den Brief sofort und stimmt mir zu. Bei den Besetzern ist die Situation ziemlich unverändert. Sie bunkern sich im Tiefparterre des Nebengebäudes Ihnestraße 22 ein und schlafen oben auf dem Flur im zweiten Stock in ihren Schlafsäcken auf Isomatten unmittelbar vor den Türen unserer Büros.

Ich schreibe einen ausführlichen Brief an Wilhelm Bittorf, den ich von seinen kundigen Beiträgen über den Zivilen Ungehorsam seit den 50er Jahren kenne. Das ist ein Journalist, der es ernst meint und der sein Engagement nicht hinter süffisanten und blasierten Sprüchen verbirgt.

5.1.1989

Lieber Herr Bittorf,
über die innere Lage der Freien Universität und erst recht über das Otto-Suhr-Institut findet man zurzeit fast nichts in der Berliner Presse. Vielleicht ist das auch gut so. An unserem Fachbereich wird jedenfalls mehr geschwiegen als kommuniziert. Es verschlägt einem aber auch buchstäblich die Sprache, wenn man durch die über und über bemalten Gänge und Seminarräume geht. Wir wissen zwar, dass Sprüche wie „Profs raus“ und „Geht nach Hause“ nur von wenigen stammen, aber es ist bedrückend, dass die Masse der Studenten einfach abwartet.

Ich habe den beigefügten Brief geschrieben in der Hoffnung, dass er den Besetzern Grenzen zeigt und die abgetauchten Studenten und Kollegen zur Verantwortung ruft. In der Viertelparitätischen Kommission wird zwar vernünftig verhandelt, aber das verfolgen nur 20 bis 30 Menschen - und das Ambiente ist gespenstisch.

Ich hätte meinen Brief natürlich an die Berliner Redaktion des „Spiegel“ schicken können, aber ich hätte gerne, dass zunächst Sie als Kenner des Zivilen Ungehorsams meinen Aufschrei in die Hände bekommen und bewerten können. Im Übrigen bin ich das Risiko, dass nur einzelne Sprüche aus meinem Brief zitiert werden, bewusst eingegangen, weil ich nur durch öffentliche Resonanz die große Zahl unserer Studenten auf die Existenz dieses Briefes aufmerksam machen kann.

Ich habe auch viele Fotos gemacht, zunächst durchaus in der Absicht, originelle Einfälle und sympathischen Widerstand zu dokumentieren. Einiges war auch passabel, aber der Gesamteindruck ist grauenhaft. Und dabei hatten wir für den 15. Januar das 40jährige Jubiläum des Instituts vorbereitet! Wir sind nicht sentimental, und mein Kollege Altvater hatte eine sehr kritische Rede vorbereitet, aber dass die Studenten ihr eigenes Institut so zugerichtet haben bzw. sich nicht dagegen gewehrt haben, das hat mich so aufgeregt, dass ich tagelang fast nicht mehr schlafen konnte.

Schuld ist sicher auch die Universitätspolitik, welche die studentische Mitbestimmung bis auf fast irrelevante Reste reduzierte, aber nach welchen Gründen ich auch suche, es bleibt das elementare Entsetzen darüber, dass unsere Studenten so ordinär sein konnten. Und vielleicht hat mich das umso härter getroffen, als ich von Haus aus kein feinsinniger Ästhet, sondern eher proletarischer Herkunft bin.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Theodor Ebert

Freitag, 6. Januar 1989

Wo ist die Grenze?

Auch im Hauptgebäude des OSI ist entgegen der Absprache das Bemalen fortgesetzt worden. Die Zettelkästen der Bibliothek sind bunt wie Imkerstände. Den Fußboden haben die Frauen bemalt und selbst im Behindertenklo prangt per Schablone die allerletzte feministische Erkenntnis „Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger“.

Der Hausmeister hält es für falsch, dass die ÖTV-Gruppe keine Grenze markiert. Die Besetzer haben sich eine ganze Palette Kopierpapier angeeignet. Auf dem Flur im ersten Stock in der Ihnestr. 22 schlafen um 9 Uhr noch ein halbes Dutzend Studentinnen und Studenten. Gestern sind um 10.30 Uhr die letzten aufgestanden. Ich lege nochmals meinen offenen Brief neben die Schlafenden und kopiere weitere 10 Exemplare. Ich schicke drei Briefe an das „Volksblatt“, an Dirk Sager von „Kennzeichen D“ (ZDF) und an die Redaktion Hochschulpolitik des SFB. Von den bisherigen Empfängern gab es noch keine Resonanz. Zustimmung kommt nur von einigen Kollegen, die sich über den Zusammenbruch der Kommunikation mit den Studenten beklagen.

Sonntag, 8. Januar 1989

Mein Brief im Tagesspiegel

Ohne darüber im Voraus informiert worden zu sein, finde ich heute im Tagesspiegel einen längeren Artikel über meinen Brief an die Studenten. Der Uni-Mut-Kongress in der Rostlaube verläuft anscheinend in guter Stimmung, animiert zum Weiterstreiken, bringt aber keine ganz neuen Forderungen, Erkenntnisse oder Aktionen.

Dokumentation aus „Tagesspiegel“ vom 8.1.1989

„Nichtentfremdete Arbeit möglich“

Brief des Politologen Theodor Ebert an die Studenten

Weil ihm der Geduldsfaden gerissen ist, hat jetzt der Politologieprofessor Theodor Ebert einen Brief an die Studenten des Otto-Suhr-Instituts geschrieben. Darin richtet er einerseits schwere Vorwürfe gegen die Besetzer des Instituts, macht aber auch eine Reihe von Vorschlägen, wie die Situation der Lehre am OSI gemeinsam verbessert werden könne.

Obwohl Ebert seinen Zorn über die Schmierereien und den äußeren Zustand des Gebäudes nicht verheimlicht, stellt er fest, dass die Besetzung wichtig gewesen sei, um den Unmut über die Universitätspolitik der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Deshalb habe es auch kaum Widerstand der Institutsangehörigen gegeben. Die Besetzer hätten „virtuell repräsentativ“ für die meisten Mitarbeiter gehandelt.

Es sei jedoch ein Fehler der Besetzer gewesen, das Institut für Nicht-Studenten abzuriegeln. Die Besetzer hätten weder Verwaltungsleistungen erbracht, noch eine öffentlich verwendbare politologische Erklärung für die Umbenennung des Otto-Suhr-Instituts in „Ingrid-Strobel-Institut“ vorgelegt. Lediglich die Fassade zu beschriften, sei „Showbusiness“.

Als Angehörige des öffentlichen Dienstes könnten sich die Dozenten nicht von „einer neuen Exekutive“ davon abhalten lassen, ihren Arbeitsplatz aufzusuchen. Nach einer erneuten Blockade und einem darauf folgenden Polizeieinsatz würden dann „am OSI diejenigen einmarschieren, die dort seit Bestehen des Instituts nicht viel zu melden hatten“, schrieb Ebert.

Dennoch wolle er sich dem „produktiven Dialog“ nicht verschließen. Der Forderungskatalog der Studenten lese sich zwar stellenweise „wie ein Brief ans Christkindchen“, aber im Herzen hätten die Professoren ähnliche Wunschzettel und seien froh, dass die Studenten nun kämpferisch einklagen, was die Dozenten bisher allzu dezent gefordert hätten.

Ebert betont, dass universitäre Kurse öffentlich vorzeigbare und politisch verwertbare Ergebnisse erzielen. Darauf solle in Zukunft mehr geachtet werden. Er hielt ein Plädoyer für die Freiheit der Lehren und die damit verbundenen Möglichkeiten: „In einem sozialwissenschaftlichen Fachbereich hat man doch mitten im Kapitalismus die fabelhafte Möglichkeit, nichtentfremdete Arbeit zu leisten. Deswegen hängen linke Hochschullehrer am OSI an ihrer Arbeit, und sie waren stocksauer, als sie nicht an ihren Arbeitsplatz durften, obwohl eine Abriegelung ihr materielles Einkommen überhaupt nicht berührte.“

Ebert forderte kleinere Kurse und vor allem mehr Engagement von Studenten und Dozenten, um der Anonymität der Massenuniversität entgegenzuwirken. Die Kurse müssten jetzt weitergehen, gerade weil etwas geschehen sei und weil man die Impulse des Aufstandes am besten in Kursen aufnehmen könne.

Als das Erfreuliche an den Studentenprotesten bezeichnete Ebert, dass die Studenten nun nach jahrelangen außeruniversitären Engagements - und die sozialen Bewegungen befänden sich mit Ausnahme der Frauenbewegung in einer Flaute - sich wieder als politische Kraft an der Universität entdeckt hätten.

Die Studenten melden sich nun auch zu Wort. Durch Fach erhalte ich ihren Offenen Brief. Die Verfasser gehören nicht zur ISI-Gruppe, welche die Ihnestr. 22 besetzt hält, sondern zu denjenigen, welchen sich vor Weihnachten mit Gesine Schwan auf die Einsetzung einer Viertelparitätischen Kommission und die Räumung der Gebäude geeinigt hatten.

Offener Brief an Prof. Dr. Theodor Ebert

Wir haben Ihr Schreiben vom 2. 1. 1989 (im Folgenden zitiert als: IS) erhalten, zur Kenntnis genommen und bereits vor Tagen als Kuriosität abgelegt (vgl. dazu: IS, S.3). Nachdem nun aber heute der „Tagesspiegel“ Ihr Elaborat ausführlich gewürdigt hat („Nicht-entfremdete Arbeit möglich“, in: Der Tagesspiegel Nr. 131156/45. Jg, 3.1.89, S.26), sehen wir uns gezwungen, trotz der chronischen Überlastung unserer Streikverwaltung (vgl. IS, S.3f.) einige Sprechblasen abzusondern:

1. Sie werfen uns „Donald Duck Manier“ vor und präsentieren die Parole: „Von Donald Duck lernen, heißt siegen lernen!“ (IS, S.3) Falsch: Nicht Donald, sondern Dagobert Duck ist auf der Seite der Sieger! Wir aber sind belesen, und orientieren uns an wirklichen Siegern. So ist einer unserer Leitsprüche die Erkenntnis des Druiden Miraculix: „Erst wenn man weiß, was Angst ist, bekommt man Mut. Nur der ist wirklich mutig, der seine Angst zu bezähmen weiß.“ (Astrix Gesammelte Werke, Band IX, S.48; im Folgenden zitiert als AGW)

2. Wir begrüßen sehr, dass Sie in Zukunft Ihre „Auftritte“ proben wollen: „So locker vom Hocker geht es eben nicht.“ (IS, S.8). Bitte fangen Sie schnell damit an: Hätten Sie Ihren Brief „mehrfach laut (Ihren) vier Wänden vorgelesen“,

dann wäre er vielleicht nicht so peinlich geworden (vgl. dazu AGV Band XVII, S.33).

3. Wer wie Sie die großen alten Männer der Berliner Politikwissenschaft als Zeugen bemüht, der sollte Ernst Fraenkel nicht als „Fränkel“ (IS, S.3) verhunzen, wer wie Sie mit Bildung blufft, der sollte aus der „Abschiedssinfonie“ eines Franz Joseph Haydn kein einfaches „Abschiedskonzert“ machen und vor allem den Komponisten nicht in „Hayden“ umtaufen (IS, S.12). In diesem Zusammenhang: Bei besagtem Wiener Tonkünstler steigert sich die Dynamik nicht nur „zu einem Crescendo“ (ebenda), sondern da geht es knallhart mit Paukenschlägen zur Sache: Ansonsten kennen wir einen gewissen Herren Troubadix...

4. Befremdet hat uns, dass Sie sich als Spezialist für soziale Bewegungen gerieren und gleichzeitig das Jammern über falsche staatliche Politik anfangen: „Was uns Dozenten am meisten belastet, ist der Umstand, dass unser Lehren und Forschen bei den andersartigen Bestrebungen der Regierung nur geringe Wirkung hat.“ (IS, S.6) Wenn Sie direkt danach Ossip K. Flechtheims „Einschätzung der Megakrise“ in Spiel bringen, sind wir schlicht ratlos, denn unseres Wissens hat sich der nie viel Hoffnungen auf eine gemeinwohlorientierte staatliche Politik gemacht, sondern mit Augustinus gefragt: „...was sind die Staaten denn anderes als großen Räuberbanden?“ (Flechtheim: Die Politologie zwischen Ideologie und Utopie, in: Gesellschaft, Recht und Politik. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, S.85 bis 105, hier: S.92, Neuwied und Berlin 1968) Augustinus' Zweifel nach dem Zerfall des Römischen Reiches wurden bereits 50 vor Christus vom gallischen Hinkelsteinfabrikanten Obelix vorgedacht, der mehrfach festgestellt hatte: „Toc! Toc! Toc! Die spinnen die Römer.“ (vgl. AGW Bände I bis XXV, passim; vgl. auch unten Punkt 7).

5. Perfide ist ihre Mutmaßung, „in eigenen Jahren könnten es rechtsgerichtete Studenten oder 'nichtstudentische Gruppen' sein, die sich die Kontrolle über den Zugang zum Institut anmaßen“ (IS, S.5). Das sollten Sie ganz genau wissen, dass Sie da Holzhammer-Denunziation der billigsten Art betreiben, weil sich solche Probleme ernsthaft nicht stellen werden. Und wenn doch werden die linken OSI-StudentInnen sich zu wehren wissen: „Wir müssen uns darauf einrichten, sich zurückzuwerfen. Bringt Öl zum Sieden! Wir schütten es dann von den Palisaden runter. Das wird ihr Mütchen kühlen.“ (AGW Band XXIV, S.24)

6. Zu Wortschöpfungen wie „Beschmierschriften“ (IS, S.2) müssen wir zum Kommentar die höchste Autorität heranziehen: „Das gibt's doch gar nicht: Nein! Das gibt es einfach nicht!“ (Majestic in: AGW Band XXII, S.6)

7. Ihrer Feststellung, wir hätten das „OSI in eine Wirtschaft verwandelt“ (IS, S.4), können wir mit dem bereits erwähnten Obelix nur entgegen: „Latürnich!“ Wir sind aber auch nachdenklich geworden, denn die Geschichte lehrt uns:

„Doch die Reise von Asterix und Obelix hat noch tiefgreifende und unerwartete Folgen: Die Römer, die jetzt ein Mittel gegen die üblen Nachwirkungen des Alkoholgenusses haben, ergeben sich nun erst recht dem Trunk, Ursache ihrer Dekadenz und des Zusammenbruchs ihres Reichs. Darum merket wohl: zuviel Alkohol ist aller Laster Anfang...“ (AGW Band XVIII, S.48; vgl. auch oben Punkt 4)

8. Sie schreiben: „In einem sozialwissenschaftlichen Fachbereich hat man doch mitten im Kapitalismus die fabelhafte Möglichkeit, nichtentfremdete Arbeit zu leisten.“ (IS, S.9) Das erinnert uns an ein Märchen, das so anfängt: „Wir befinden uns im Jahre 1989 nach Christus. Die ganze westliche Welt ist vom Kapitalismus beherrscht... Die ganze westliche Welt? Nein! Ein von unbeugsamen Politologinnen bevölkertes Institut hört nicht auf, dem System Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht für die Kapitalistenknechte, die in An-Instituten, staatstragenden Fachbereichen, der Uni-Leitung und im Wissenschaftssenat dem Imperialismus dienen...“

9. Sie beginnen „cum ira et studio“ und enden „cum studio“ (IS, S. 1 und S.12). Wir schlagen für künftige Schreibversuche am Anfang und Ende „cum grano salis“ vor und enden selbst mit dem römischen Schlachtruf „pro bono, contra malum!“

In diesem Sinne mit erhobener Faust

Fraktion zur Förderung der Dialektik zwischen Revolution und Reform am bestreikten OSI (FzFdDzRuR-OSI)

Rest-Berlin, 8.1. 1989

Von Donald Duck zu Asterix und Obelix - nur nicht wahrnehmen, dass man nicht mehr im Kinderland lebt

Die Idee, aus Asterix Gesammelte Werke zu zitieren bzw. diese Zitate zu erfinden, fand ich witzig. Sie nahmen sich durch dieses Stilmittel aber auch die Möglichkeit zu dem von ihnen selbst geforderten Dialog etwas beizutragen. Eine Institutsbesetzung ist doch kein Kasperlestheater. Die Möglichkeit einer künftigen Bedrohung von linken Studenten und Dozenten durch Rechtsgerichtete von vornherein als Denunziation abtun, hat mir nicht eingeleuchtet. Ernst Fraenkel ist ja wahrscheinlich mit dem angeblich von mir verhunzten Namen Fränkel in Deutschland auf die Welt gekommen und meines Wissens auch nach seiner Rückkehr ans OSI Amerikaner geblieben. Ich halte es zwar auch für unwahrscheinlich, dass in den kommenden Jahren rechtsgerichtete Kräfte an der Universität physischen Druck auf Linke ausüben werden, aber wenn ich mich an die Zeit zwischen dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 und dem Attentat auf

Rudi Dutschke vor Ostern 1968 erinnere, dann lässt sich von der Presse sehr schnell eine Pogrom-Stimmung erzeugen. Flechtheim hat damals mit seiner Äußerung, dass er daran denke, wieder die Koffer zu packen, Heinrich Albertz zu einer öffentlichen Entgegnung in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache „Wo uns der Schuh drückt“ provoziert. Wie sich die Verfasser dieses Offenen Briefes wohl die Reaktion von Ernst Fraenkel auf ihre Institutsbesetzung vorgestellt haben? Ich habe seine Erregung ob der unbedarften Kritik seines letzten Demokratie-Seminars in der AStA-Zeitung noch gut im Gedächtnis. Ich fand zwar, dass er es nicht nötig gehabt hätte, sich über dieses Rezensiönchen so aufzuregen, aber die Verschandlung des OSI, auf die ich schließlich öffentlich reagiert habe, hätte ihn garantiert noch ganz anders in Rage gebracht.

Insgesamt ist der Offene Brief sehr hochnäsiger. Die Verfasser meinen überlegen witzig reagieren zu können, drücken sich aber um das Problem, dass sie unter Androhung physischer Gewalt eine staatliche Einrichtung funktionsunfähig gemacht haben und dass dies im Falle von Strafanzeigen nach der bisherigen Praxis deutscher Gerichte sehr hart bestraft würde. Wahrscheinlich ahnen sie es. Mit den Asterix-Zitaten wollen sie uns erneut signalisieren, dass sie wie Kinder behandelt werden möchten. Als Asterix und Obelix spielen sie Befreiungskrieg gegen die Römer, aber selbstverständlich fern der blutigen Realität von DE BELLO GALLICO. Wenn es meine Absicht war, den Studenten mitzuteilen, dass es ein böses Erwachen aus dieser Phantasiewelt vor den Schranken eines Strafgerichts geben könnte, dann bin ich gründlich gescheitert.

Was die Verfasser des Offenen Briefes – und kundige Kollegen meinen darin die Handschrift des Diplomanden Martin Wildermuth zu erkennen – nicht zugeben und was auch mir erst jetzt klar wird, ist der Umstand, dass wir es seit dem Ende der Besetzung der Hauptgebäude in der Ihnestr. 21 und der Bildung der Viertelparitätischen Kommission mit zwei getrennt operierenden studentischen Gruppen zu tun haben. Wie die Kontakte zwischen den Gruppen laufen, weiß ich nicht. Dass in dem Offenen Brief auf meine Kritik an den fortgesetzten Schmierereien nicht eingegangen wird, ist das indirekte Eingeständnis, dass dessen Verfasser keinen Einfluss mehr haben auf die Besetzer des Untergeschosses in der Ihnestraße 22 und das dortige Streikcafé.

Montag, den 9. Januar 1989

Deeskalation am OSI

Die übliche Weihnachtspause im Universitätsbetrieb ist vorbei; eine nochmalige Abriegelung des Instituts ist nicht ausgeschlossen. Ich bin schon um 8.15 Uhr am OSI. Die Lage hat sich seit dem Beginn der Weihnachtstage nicht geändert. Es gibt in unserem Fachbereich keine Lehrveranstaltungen, aber die Verwaltung und die Sekretariate der einzelnen Lehrstühle arbeiten. Eine Sondersituation

besteht in der Ihnestraße 22, in der sich auf drei Stockwerken Räume für Lehrveranstaltungen und Arbeitszimmer der Professoren und deren Sekretariate befinden. Dekan Kiersch und der Verwaltungsleiter Lodder sind etwa gleichzeitig mit mir am OSI eingetroffen und machen einen Rundgang. Ich begleite sie. Wir stellen fest, welche Teile des Gebäudes Ihnestraße 22 nicht allgemein zugänglich sind.

Die ISI-Gruppe hat sich – von der Straße gesehen – im rechten Teil des Tiefparterres verammelt. Es gibt einen direkten Zugang über eine schmale Treppe, die im Vorgarten unter den Platanen beginnt und es gibt einen breiten Zugang zum Untergeschoss durch das Treppenhaus. Dieser breite Flur ist durch eine Eisentür zu schließen. Die Fenster im Tiefparterre sind vergittert. Die ISI-Gruppe bezeichnet die von ihnen besetzt gehaltenen, ziemlich dunklen und verräucherten Räume als Streikcafe. Sie haben die ursprünglich weiß gestrichenen Räume mit dunklen Farben – meist Blau- und Grüntönen ausgemalt – mit Anspielungen auf das Kinderbuch vom Räuber Hotzenplotz. Ein bärtiger Riese hantiert mit einer runden Bombe mitsamt obligatorischer Funken sprühender Zündschnur. Das lässt sich durch die Türöffnung und durch die Fenster erkennen. Ich nehme an, dass diese Räume auf die meisten Studenten genau so einladend wirken wie eine Räuberhöhle. Doch das ist zunächst einmal das Problem der streikenden Studenten. Kiersch ist zu Zugeständnissen im Bereich des Streikcafes bereit. Er meint, mit dessen Existenz könnten wir eine Zeitlang leben. Die Räume sind ohnehin verschandelt und - so wie sie aussehen - auch nach dem Ende des Streiks zu nichts zu gebrauchen. Auf der Türschwelle und durch die Gitter hindurch versucht Kiersch mit den Besetzern Kontakt aufzunehmen.

Im Blick auf die Streiklage an der Freien Universität ist das Otto-Suhr-Institut als Konfliktherd von untergeordneter Bedeutung. Das Augenmerk der Öffentlichkeit richtet sich auf andere Fachbereiche. Um Medizinstudenten, welche die Durchführung ihrer Examen eingeklagt haben, den Zugang zu den Praktika zu ermöglichen, wird heute Polizei auf dem Campus eingesetzt. Eine Vollversammlung der streikenden Politologiestudenten, die auf 11 Uhr angesetzt war, fällt aus.

An der gläsernen Eingangstür zum Hauptgebäude des Otto-Suhr-Instituts klebt der an mich gerichtete Offene Brief. Kiersch hat inzwischen meinen Brief an die Studenten an alle Kollegen verteilen lassen. Ich werde von mehreren Kollegen darauf angesprochen. Sie scheinen den Brief als befreiend empfunden zu haben. Anscheinend habe ich unsere angestaute Wut verbal kanalisiert, so dass jetzt etwas entlasteter verhandelt werden kann. Noch ist die Lage brisant. Als ich mit einigen Dozenten in die Kantine der Universitätsbibliothek zum Essen gehe, kommen wir gerade dazu, wie erregte Autofahrer um vier Müll- und Altpapiercontainer herumkurven, die von ISI-Leuten auf die Ihnestraße zwischen den Gebäuden unseres Instituts gestürzt worden waren. Eine Autofahrerin hält an und

brüllt Beschimpfungen. Meine Kollegen und ich packen schnell zu und rollen die Container zurück, aus denen glücklicherweise nichts heraus gefallen ist. Doch es hat nicht viel gefehlt und wir hätten uns mit dem Anfang einer Barrikade respektive einer Müllkippe und Riesensauerei vor unserem Institut konfrontiert gesehen.

In der Kantine schlage ich den Kollegen aus dem Institut für Innenpolitik und Komparatistik (WE 3) vor, übermorgen bei unserem Treffen im Direktorium der WE 3 zu beschließen, aufgrund der Teilnehmerlisten der einzelnen Kurse, über die jeder Dozent verfügt, alle zugehörigen Studenten persönlich zum selben Termin einzuladen, um die Lage zu erörtern. Der Vorschlag leuchtet den Kollegen ein. „Zu den sogenannten Vollversammlungen kommen die OSI-Studenten nicht mehr, weil sie annehmen, dass kritische Stimmen nicht gehört werden. Wenn wir Hochschullehrer jetzt nicht die Initiative ergreifen, bleiben die Studenten bis auf weiteres zu Hause und warten ab.“

Dienstag, 10. Januar 1989

Warum sind Bauwerke wichtiger als Menschen?

Ich habe mich gestern bei den vielen Gesprächen auf der Straße erkältet. Halsschmerzen, aber kein Fieber. Ich stehe mitten in der Nacht auf, lese aber nur die Unterlagen für die Sitzung der Kirchenleitung, in der heute ab 15 Uhr vor allem über die Außensanierung oder auch den Innenausbau von drei Großkirchen beraten werden muss. Der große Geldgeber dafür ist der Staat. Dabei ist dieser im Unterschied zur Kirche hoch verschuldet. Es ist ein Witz: Für die Sanierung der Außenhaut der Thomas-Kirche, eine direkt an der Mauer stehenden und darum politisch besonders heiligen Kirche am Mariannenplatz in Kreuzberg werden 20 Millionen aufgewandt. 90 % gibt der Staat aufgrund eines einmütigen Beschlusses aller Parteien im Abgeordnetenhaus. Ich darf als „Mann der Kirche“ hier nicht meckern, aber ich frage mich als Politologe: Wie kommen solche einmütigen Beschlüsse zustande? Man will den Kommunisten wohl demonstrieren, wie gut sich in West-Berlin Staat und Kirche verstehen. Und das lässt man sich etwas kosten! 20 Millionen ist ziemlich genau der Betrag, den sich 100.000 Studenten, immerhin 5 Prozent der Bevölkerung West-Berlins, wahrscheinlich erstreiken und dafür ein Gutteil des Semesters in den Sand setzen werden. Und dabei weiß noch niemand, was man mit dem Innenraum der Thomas-Kirche anfangen soll. Für Gottesdienste brauchen wir ihn jedenfalls nicht. Doch welche Partei könnte die Empfehlung wagen, direkt an der Mauer eine (nota bene nicht benutzte!) Kirche abzureißen!

Der Kantor der Neuen Nazareth-Kirche hat mir in den letzten Tagen in den Ohren gelegen. Er ist gegen die Umwandlung der Kirche in eine Musikakademie. Kostenpunkt 20 bis 25 Millionen. Das sei zu elitär und nicht im Interesse der Musikpflege in den Bezirken. Die Richtigkeit solcher Aussagen ist schwer zu beurteilen. Mir gefällt der ganze Entscheidungsprozess nicht, aber ich weiß

nicht, wo und wie ich den Hebel ansetzen soll. So motze ich nur ein wenig herum und erreiche wenigstens die Vertagung der Entscheidung über die weitere Verwendung der Kirchen.

Bischof Kruse hat an Innensenator Kewenig wegen der Abschiebungen in den Libanon geschrieben. Immerhin und er erklärt: Die Stellungnahme der Kirchenleitung zur Verurteilung von Kantemir und Quandt gilt nach wie vor und kann zitiert werden. Ich mache in freundlicher Form auch deutlich, dass nachträgliche bessere Einsichten einzelner Kirchenleitungsmitglieder zwar durchaus vorstellbar seien, dass aber der Bischof hier keine Sonderrolle spiele. Ich hätte es als besonders misslich empfunden, dass ich vom Tatbestand der Nichtöffentlichkeit unseres Beschlusses erst durch Nachfrage beim Konsistorium erfahren hätte.

Während ich mich auf die Sitzung der Kirchenleitung vorbereitete und dann an den Beratungen bis 19 Uhr teilnahm, hatte sich die Situation auf dem Campus in Dahlem dramatisch zugespitzt. Dies erfuhr ich erst am nächsten Tag aus der Zeitung. Ich dokumentiere einen Beitrag des „Tagesspiegel“ vom 11.1.1989, der zeigt, dass das Zentrum des Streik-Geschehens außerhalb des Otto-Suhr-Instituts lag und Politologen an anderer Stelle aktiv einzugreifen suchten.

Mit Eskorte zum Praktikum

Situation bei den medizinischen Praktika weiter zugespitzt

Die Situation bei den medizinischen Praktika an der Freien Universität hat sich gestern weiter verschärft. Die Blockierer sprachen von einer Eskalation durch die Polizei. Dagegen sprach die Universitätsleitung von „brutaler Gewalt“ seitens der Blockierer. Seit Montag haben Polizeikräfte die Institute für Physiologie und Anatomie in Dahlem weiträumig abgesperrt. Mehrere tausend „streikende“ Studenten wollen dagegen „Streikbrecher“ am Zugang zu den Praktika hindern.

Beide Seiten berichteten von Verletzten. Nach Angabe des AStA wurden Studenten zum Teil durch Schlagstockeinsatz verletzt. Nach Auskunft von Landespolizeidirektor Kittlaus wurden sieben Polizeibeamte verletzt, davon erlitt einer einen Handgelenkbruch. Alle sieben seien Angehörige der auf dem Campus eingesetzten Sondereinheit EbLT.

Obwohl die protestierenden Studenten Ketten um die Gebäude gebildet hatten, gelang es studierwilligen Studenten immer wieder, die Gebäude zu betreten. Einige kletterten im Alleingang über die Absprerrgitter, andere ließen sich von der Polizei eskortieren.

So brachten gegen 12 Uhr etwa 30 Polizisten der EbLT in Kampfanzügen neuen Studenten über die Takustraße zum Gebäude der Physiologie in der Arnimallee. Die Beamten bahnten sich ihren Weg zum Teil mit Tritten und Schlägen durch die Kette. Eine ähnliche Situation gab es um 13 Uhr 30 vor dem Gebäude der Anatomie in der Königin-Luise-Straße. Wenige Meter weiter sprachen Diskussionsstrups der Polizei ungestört mit Studenten.

Nach Auskunft der Universitätsleitung haben trotz der Blockade 50 Prozent der Studenten an den Pflichtpraktika in der Physiologie, ebenfalls 50 Prozent am Präparierkurs der Anatomie und 20 Prozent am Histologie-Kurs teilgenommen.

Dagegen berichteten Studenten von Kommilitonen, die aus Protest gegen die Polizeianwesenheit die Praktika verlassen hätten. Ein Student sagte, er habe zwar am Montag am Praktikum teilgenommen, sich aber wegen der Absperrungen sein Testat wieder aberkennen lassen. Der Verwaltungsleiter des Fachbereichs Grundlagenmedizin, May, teilte mit, dass die Teilnehmer des Präparierkurses der Zahnmediziner, die eigentlich ihren „Streik“ schon im Dezember beendet haben, gestern geschlossen aus Protest gegen den Polizeieinsatz und die Festnahmen nicht gekommen seien.

Mehrere Offene Briefe wurden gestern von mehrheitlich den Boykott ablehnenden Studenten der klinischen Semester verfasst. Die Studenten teilen darin mit, dass sie ihre rechtsmedizinischen und psychosomatischen Praktika verlassen hätten, um gegen die Anwesenheit von Polizei und Wachschutz in den Kliniken zu protestieren. Dagegen teilte die Universitätsverwaltung mit, der Lehrbetrieb in den Klinika sei normal verlaufen.

Gegen 13 Uhr erklärten die studentischen Tutoren der Biochemie, dass sie sich nicht mehr an den Vorbereitungen der Praktika beteiligen wollten. Über 70 Mitarbeiter des Instituts für Molekularbiologie und Biochemie unterzeichneten einen Brief an FU-Präsident Heckelmann, in dem sie fordern, die Probleme friedlich zu lösen. Sie lehnen es ab, unter Polizeischutz das Gebäude zu betreten, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass Menschen verletzt würden. Sie fordern Maßnahmen, den sofortigen Abzug der Polizei zu ermöglichen.

Am verschiedenen Stellen gab es Streitigkeiten unter den Studenten. Studierwillige versuchten teilweise unter Tränen, Zugang zu den Gebäuden zu erhalten.

Eine Politologiestudentin berichtete dem Tagesspiegel, FU-Vizepräsident Brückner habe sie mit der Faust ins Gesicht geschlagen, als er die Sperren überwinden wollte. Sie habe sich die Verletzungen (Prellungen, aufgerissene Lippe) im Universitätsklinikum bestätigen lassen. Brückner bestritt den Faustschlag. Studenten hätten ihn hindern wollen das Gebäude zu betreten. Dabei

habe es eine Rangelei gegeben. Bei einer Strafanzeige der Frau wolle er wiederum gegen diese eine Anzeige wegen Nötigung stellen. ry/ily

Mittwoch, 11. Januar 1989

Krisensitzung des Direktoriums der WE 3

Endlich trifft sich das Direktorium in der Wissenschaftlichen Einrichtung „Innenpolitik und Komparatistik“. Meines Erachtens hätte dieses Gremium, in dem neben den Professoren auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Sekretärinnen und im Prinzip auch die Studenten vertreten sind, sofort nach Streikbeginn zusammengerufen werden müssen und nicht erst nach 4 Wochen. Wir kommen jedoch nicht sofort zur Aussprache über die Streiklage. Zunächst müssen Spannungen zwischen dem Mittelbau und dem Geschäftsführenden Direktor Hans-Joachim Mengel abgebaut werden. Die gesetzlich vorgesehenen Mitsprachemöglichkeiten des Mittelbaus entsprechen nicht ihrer praktisch sehr viel größeren Rolle in der Gestaltung der Lehre. Wir verfahren in der WE 3 faktisch nach der Regelung, die vor der Novellierung der Hochschulgesetze gegolten hat. Wir sind auf die intensive Mitarbeit des Mittelbaus angewiesen und müssen uns um den Konsens bemühen. Unserer neuer – von auswärts kommender - Geschäftsführender Direktor ist eigentlich sehr gutwillig, aber er muss sich erst an unseren Stil gewöhnen, zunächst unter starker Gewichtung der Stimmen des Mittelbaus einen Konsens zu suchen und diesen dann in eine juristisch einwandfreie Form zu bringen, nicht aber sofort unter Ausspielen der Stimmenmacht der Professoren irgendwelche Lösungen, die dann letztlich keine sind, durchzupauken.

Die anschließende Aussprache zur Streiklage zeigt, dass ich mit meinem Offenen Brief an die Studenten auch für die Kolleginnen und Kollegen gesprochen habe. Lutz Metz, der Anfang der 70er Jahre bei mir über den norwegischen gewaltlosen Widerstand gegen das Quisling-Regime promoviert hat, ist sauer auf die „Katakombis“. So bezeichnet er die ISI-Gruppe im Souterrain. Er berichtet von den Erfahrungen einiger Assistenten. Die Katakombis verweigerten das Gespräch. Die ISI-Gruppe habe das Arbeitszimmer von Rütters, einem Mitarbeiter des Kollegen Mielke, das direkt an das Streikcafe angrenzt, kurzerhand okkupiert - mitsamt Büchern und Akten. Das sei nicht akzeptabel. Da sind die Assistenten miteinander solidarisch. Und sie meinen, dass diese Methoden die anderen Studenten sicher nicht billigen würden. „Die ISIs haben sich abgekapselt. Die müssen in der Streikzeitung schon herausstreichen, dass ‚das Streikcafe für alle Studis offen‘ ist.“

Lutz Metz spricht Tacheles. Das ist mir wichtig. Früher war es häufig so, dass die Assistenten zwischen Hochschullehrern und Studenten zu vermitteln suchten. Doch mit den ISIs haben sie nichts zu schaffen. Da spüren sie universitätsfremdes Verhalten. Nach ihrer Einschätzung werden die Unterschiede – sowohl

im Blick auf die politischen Positionen wie auf den Habitus - zwischen den ISIs und der reformistisch eingestellten Mehrheit unter Studenten allmählich unverkennbar. Die Aufhebung der Abriegelung war praktisch das Ende der Aktions-einheit, auch wenn die Refos es zu vermeiden suchten, auch verbal zu den ISIs auf Distanz zu gehen.

An der Sitzung des Direktoriums nehmen auch zwei Studentische Vertreter teil, die zur Refo-Gruppe gehören. Sie kritisieren zwar meinen Brief ein wenig, aber sie wissen aus früheren Gesprächen, dass ich mich auch in ihre Lage hineinzusetzen suche. Ich sage zu ihnen: „Ich will, dass der Streik in einer Position der Stärke beendet wird. Er darf nicht abbröckeln, weil an Scheinern interessierte Studenten sich jeweils mit den Dozenten arrangieren. Die studentischen Vorschläge zur Gestaltung der Kurse sind vernünftig und auf diesem Gebiet können wir von uns verbindliche Zusagen machen.“ Steffen Rogalski, der studentische Vertreter, der aus dem Umfeld des Partizipationsforschers Fritz Vilmar stammt, machte eine Reihe von praktischen Vorschlägen zur Verbesserung der Kurse. An diesen war aber auch abzulesen, dass es nicht nur Mängel in der Lehre gibt, sondern dass es auch mit der studentischen Mitarbeit nicht immer zum Besten steht. Der Vortragsstil sei zu verbessern und die Referate müssten pointierter sein. Alle sollten sich durch das Lesen bestimmter Basistexte informieren. „Grundsätzlich sollte sich der Dozent mit den Teilnehmern des Seminars über Tagungsmodus, Arbeitsstil, Themengestaltung und Ausrichtung und Zweck des Seminars (an einem gesonderten Termin) auseinandersetzen. Hausarbeiten sollten tatsächlich besprochen werden und einen kontinuierlichen Beratungsprozess durchlaufen.“ Rogalski regte die gelegentliche Veröffentlichung vorbildlicher Arbeiten an. Genau dies habe ich in „Gewaltfreie Aktion“ schon mehrfach getan. „Zusätzliche Maßnahmen zur Motivation könnten Praxis- und auch Aktionsbezug sein. Auch eine verstärkte Vermittlung von Berufsperspektiven in den einzelnen Seminaren wäre wünschenswert.“ Da hat er Recht. Über alle diese Fragen könnten wir uns verständigen, meinetwegen auch unter Androhung weiterer gewaltfreier Kampfmaßnahmen. Schwieriger ist schon die Änderung der Paritäten in den Gremien, weil wir dies allenfalls de facto in Vorschaltgremien, aber noch nicht de jure können.

Die wichtigste Entscheidung der heutigen WE Sitzung war, dass wir alle Studierenden unserer Kurse zu einer Vollversammlung der WE 3 für Dienstag, den 17.1. einladen. Als Zweck dieses Unternehmens geben wir an:

Die Versammlung soll die Möglichkeit bieten

- *über die Fortsetzung der studentischen Streiks als Aktiven Streik, d.h. unter Einbeziehung in die Kursdiskussion gemeinsam mit den Dozenten, zu sprechen.*

- *Die Möglichkeit, die Anerkennung des Wintersemesters zu beraten*

- eine breitere Meinungs- und Willensbildung über die Streikformen und Streikforderungen zu ermöglichen.

Es folgen 15 Unterschriften. Es unterzeichnen auch diejenigen, die wie ich Forschungsfreisemester haben und dementsprechend zurzeit keine Lehrveranstaltungen anbieten.

Zum allgemeinen Streikgeschehen am heutigen Tag dokumentiere ich einen Bericht, der am 12.1.1989 im „Tagesspiegel“ erschienen ist. Auch dieser Bericht zeigt, dass das OSI weiterhin nicht im Zentrum der Auseinandersetzungen lag.

„Polizeieinsatz an FU gescheitert“

Direktor der Physiologie fordert baldigen Abzug vom Campus

Der Polizeieinsatz an der Freien Universität sei gescheitert, deshalb solle die Polizei möglichst bald vom Campus abziehen. Diese Ansicht vertrat gestern der Prodekan des Fachbereichs Grundlagenmedizin und Geschäftsführende Direktor des Instituts für Physiologie, Professor Peter Gehtgens, gegenüber einer Professorengruppe.

Gegen 11 Uhr 15 hatte sich vor den Absperrungen der Polizei und den Menschenketten der die Physiologie blockierenden Studenten eine Gruppe von etwa 20 Professoren getroffen, um einen Ausweg aus der verhärteten Situation zu suchen. Etwa zehn Professoren wurden von Gehtgens zu einem etwa einstündigen Gespräch in das Institut gelassen. Darunter waren die Politologin Gesine Schwan, der Jurist Uwe Wesel und der ehemalige FU Präsident Eberhard Lämmert. Gehtgens legitimierte die Professorengruppe nach deren Aussage zu sagen, er sei der Meinung, der Polizeieinsatz habe nicht stattfinden dürfen. Durch die Polizei sei das Ziel, ein ordnungsgemäßes Studium zu gewährleisten, nicht erreicht worden.

Der Physiologe Professor Karl Kirsch berichtete, er habe vergeblich versucht, in sein Institut zu kommen. Unter den momentanen Bedingungen sei die Ausübung seines Berufes nicht möglich. Der Physiker, Professor Klaus Möbius, sprach von Grenzen der Zumutbarkeit, die erreicht seien, wenn Studenten zusammengeschlagen würden, so wie er das beobachtet habe.

Unterdessen gingen die Blockaden vor den Gebäuden der Anatomie und der Physiologie in Dahlem weiter. Nur noch wenige Studenten nahmen an den Prak-

tika teil. Das Chemiepraktikum für die Mediziner wurde gestern von der FU bis auf weiteres abgesagt. Die Situation war jedoch nicht mehr so gereizt wie am Tag zuvor. Nach Angaben der Polizei gab es keine Festnahmen oder Verletzten. Der AStA berichtete, dass eine Frau von einem Polizisten gewürgt worden sei.

Zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Medizin, Martin Brumme und Dr. Heinz-Peter Schmiedebach berichteten in einem Brief an FU-Präsident Heckelmann, sie seien von Polizisten geschlagen worden, als sie in das Gebäude der Physiologie wollten, um ihre Lehrveranstaltung abzuhalten.

Inzwischen mehren sich die Stimmen, die ein Ende des Polizeieinsatzes an der Universität fordern, 13 Professoren des Fachbereichs Altertumswissenschaften unterzeichneten eine Erklärung, in der sie auf eine Verhärtung der Situationen durch die Einsätze hinwiesen. Ähnlich äußerten sich 30 Mitarbeiter des Zentralen Sprachlabors in einem offenen Brief.

Die Professoren des Fachbereichs Rechtswissenschaften stellten in einem Brief, in dem sie zu einem Gespräch über die Studiensituation einladen, fest, der Lehrbetrieb sei zurzeit nicht möglich. Es könne keinem Dozenten zugemutet werden, unter den derzeitigen Umständen zu unterrichten. Die für heute angesetzte Zwischenprüfung im Eckener Gymnasium wurde nach Auskunft von Dekan Professor Schirmer abgesagt.

Donnerstag, 12. Januar 1989

Abzug der Polizei vom Campus

Wie ich durch Anrufe (eines Hamburger Psychologen und des Vorsitzenden der Kreissynode Zehlendorf) erfahre, dokumentierten heute die „Frankfurter Rundschau“ und die „Tageszeitung“ erhebliche Teile meines Offenen Briefes an die Studenten. Die „Frankfurter Rundschau“ hält sich an die konstruktiven Vorschläge im zweiten Teil, was mir angenehm ist, da sich meine Stimmungslage etwas gewandelt hat. Man kann sich nicht wochenlang über dieselben Bemalungen ärgern. Man gewöhnt sich unweigerlich daran. Außerdem trumpfen die Studenten nicht mehr so auf, sondern überlegen wohl selbst, wie wir alle aus der verfahrenen Lage unter Wahrung des Gesichts und der Sicherung einiger Errungenschaften herauskommen können. Die allgemeine Lage auf dem Campus der Universität wird vormittags immer noch durch Polizeiketten um Gebäude des Fachbereichs Grundlagenmedizin bestimmt. Wie ich später höre, gelang es einigen Kollegen (unter anderem Gesine Schwan und Uwe Wesel) einer Eskalation durch Vermittlungen entgegenzuwirken. Am Nachmittag wird die Polizei abgezogen. Am OSI ist bis jetzt keine Polizei aufgetaucht. Ich hatte gestern in der WE 3 eine entsprechende Resolution (auf Anregung der beiden Studenten) ein-

gebracht: „Die WE 3 ist grundsätzlich gegen den Einsatz von Polizei auf dem Campus der Freien Universität Berlin. Die Konflikte müssen innerhalb der Universität mit gewaltfreien Mitteln geregelt werden. Dies setzt voraus, dass auch die Streikenden den Eindruck der Androhung physischer Gewalt vermeiden.“

Merkwürdig: ISIs bei der Urnenwahl zu den Uni-Wahlen

Ich bin Vorsitzender der Wahlkommission des Fachbereichs. Die Urnenwahl findet von 13 - 15 Uhr statt. Sie ist für Nachzügler gedacht, die aus irgendwelchen Gründen an der Briefwahl nicht teilgenommen haben. Aus mir nicht ersichtlichen Gründen erscheinen in erster Linie Studenten der ISI-Gruppe diese Möglichkeit der Urnenwahl wahrzunehmen. Zwei Drittel der Urnenwähler – ich schätze ihre Zahl auf etwa 45 - erscheinen in Lederkleidung, PLO-Schal und Schnürstiefeln. Gegen Vorlage des Studentenausweises werden die Wahlunterlagen ausgegeben. Alles verläuft korrekt und manierlich. Es gibt keine einzige aggressive Bemerkung. Eine Nebenerkenntnis dieses Wahlvorganges ist für mich, dass es sich bei den sogenannten Katakombis unzweifelhaft um Hauptfachpolitologen handelt und jeder Verdacht, dass sich hier universitätsfremde Personen einnisten würden, zurückzuweisen ist. Die ISI-Gruppe ist eine Angelegenheit unseres Instituts. Diese Studenten dürfen nicht diffamiert und verdrängt werden.

Das Drittmittel-Design

Elmar Altvater gibt mir seine nicht gehaltene Festrede zum 40. Jahrestag der Wiedergründung der deutschen Hochschule für Politik. Am besten gefällt mir seine beißende Kritik an der Einwerbung von Drittmitteln, welcher der Großteil der Aktivitäten der Hochschullehrer gilt. „Nicht wenige Forschungsprojekte sind heute nach dem Prinzip 'designed', wo noch eine Lücke in einem Feld zu finden ist, das von den Drittmittelgebern als forschungsrelevant definiert worden ist, wo leicht Gelder von industriellen oder politischen Auftraggebern zu machen sind, oder wo schlichter Zeitgeist publizitätsträchtig schwebt. Viele Projekte und deren Ergebnisse, die ja in Forschungsberichten nachweisbar sind, zeichnen sich durch eine unüberbietbare Langeweile aus, und das Beste, was ihnen passiert, ist das schnelle Vergessen nach dem Thesaurieren in den Bibliothekskatalogen.“ Meine streikpolitische Schlussfolgerung daraus wäre, dass Hochschullehrer nicht in erster Linie mit Absolventen, sondern mit Studenten forschen sollten. Insbesondere die Projektseminare müssten so angelegt sein, dass sie die Studenten in den Forschungsprozess einbeziehen. Anschließend könnte es dann auch sinnvoll sein, sie mit Drittmittelprojekten weiterzubeschäftigen. Ich bin gespannt, ob mir dies im Sommersemester mit dem Projektkurs „Ziviler Ungehorsam in parlamentarischen Demokratien“ gelingen wird. Dies ist aber ohnehin ein Projekt, bei dem mit einer finanziellen Förderung durch staatliche Stellen nicht zu rechnen ist.

Die Dozentenversammlung dauert von 18 bis 22.30 Uhr und ist sehr gut besucht. Zunächst geht es um die Legitimität und Verbindlichkeit der Vorschläge

der Viertelparitätischen Kommission, dann um die Scheinvergabe, die Verteilung der aus Überlastmitteln neu bewilligten Stellen und schließlich um die Verbunkerten in der Ihnestr.22. Ich halte mich zunächst ganz zurück, äußere mich jedoch zur Vergabe von Seminarscheinen und zur Aufteilung der Tutorienstellen. Beim Umgang mit den Katakombis verspreche ich mir mehr von deutlichen Aussagen als von laissez-faire-Pädagogik.

Ich dokumentiere im Folgenden eine Nachricht des „Tagesspiegel“ vom 12.1.1989. Meines Erachtens ist es höchste Zeit, dass der Aspekt der Sachbeschädigungen öffentlich angesprochen wird. Mich ärgert, wie knappes Geld verthan wird. Es ist doch eine Schande, dass ein teurer Wachdienst die Universität vor Sachbeschädigungen durch Studenten schützen muss. Das war zu Zeiten der APO und auch in den folgenden zwanzig Jahren an der FU nicht erforderlich.

Millionenschäden an der FU

An der Freien Universität sind durch den bisherigen Streik Kosten 2,3 Millionen DM entstanden. Nach Angaben des Präsidialamtes entfallen die größten Posten auf Schäden an Gebäuden in Höhe von 1,25 Millionen DM und am Mobiliar in Höhe von 313 000 DM. Allein für den Wachdienst wurden bisher 623.000 DM ausgegeben.

Wissenschaftssenator Turner erklärte gestern, studierwillige Studenten hätten ein einklagbares Recht auf Teilnahme an den Lehrveranstaltungen, das notfalls durch Polizei geschützt werden müsse. Die Hochschulleitungen hätten immer wieder ihre Dialogbereitschaft bekundet, die Grenze der Toleranz sei nun jedoch erreicht. Schon jetzt hätten die Schäden an einzelnen Hochschulgebäuden ein Ausmaß erreicht, das weder mit der Durchsetzung studentischer Forderungen zu begründen sei, noch auf Verständnis in der Öffentlichkeit stoße.

Freitag, 13. Januar 1989

Dozentenversammlung berät über die Legitimität der Viertelparitätischen Kommission (VPK)

Ich kaufe ein Auto-Reverse-Tonbandgerät, mit dem ich 90 Minuten lang, ohne eingreifen zu müssen, einen Vortrag oder eine Diskussion aufnehmen kann. Nach 45 Minuten schaltet das Gerät selbständig um. Das winzige Mikrofon ist sehr leistungsfähig. Ich will das Gerät heute Abend in der Dozentenversammlung erproben. Zunächst entwerfe ich aber noch eine Resolution für die Versammlung der Kursteilnehmer der WE 3 am 17.1. In der vierköpfigen Kommission, die das Treffen vorbereitet, finde ich weitgehende Zustimmung für meinen Vorschlag, auch von den Studenten der Refo-Gruppe.

Die Dozenten des Fachbereichs beraten am Abend über die Lage an der FU und speziell über die Frage, unter welchen Bedingungen die Studenten (trotz Streik) Seminarscheine für das Wintersemester erwerben könnten. Ich habe mir dazu Notizen gemacht:

„Es ist doch so: Jeder Hochschullehrer entscheidet, ob er für Leistungen im Rahmen seiner Kurse einen Seminarschein ausstellt oder nicht. Wer sich also an den Seminarleiter wendet bzw. - wie ein Kollege dies im Kantinengespräch formulierte – wer sich ‚ranschleimt‘, hat eine gute Chance zu seinem Seminarschein zu kommen, natürlich nur dann, wenn er auch eine entsprechenden Hausarbeit, die ja auf dem Seminarschein genannt wird, vorweisen kann. Wer aber ein tapferer Streiker ist und sich sagt ‚Wir müssen den Konflikt durchstehen‘, der bekommt keinen Seminarschein. Logisch. Aber das gefällt mir nicht, denn meine Sympathie gehört den Streikenden und dem vernünftigen Teil ihrer Forderungen. Die Dozenten der WE 3 haben für Dienstag, den 17. Januar, 10 Uhr alle Teilnehmer ihrer Kurse eingeladen. Eine gemischte Arbeitsgruppe der WE 3 hat eine Resolution vorbereitet, die darauf zielt, dass in den Kursen zunächst einmal über den Streik gesprochen wird, die Ergebnisse der Beratungen dokumentiert und den Streikgremien zugeleitet werden.“

Wenn wir der Entwicklung ihren Lauf lassen, wird dies zur Entsolidarisierung führen. Es gibt nun mal Studenten, die aus existentiellen Gründen und wegen nicht aufzuschiebender Termine gewisse Seminarscheine benötigen. Damit diese Entsolidarisierung unter den Streikenden nicht Platz greift, sollten wir als Dozenten dafür eintreten, dass in den nächsten Woche die Teilnehmer der einzelnen Kurse zunächst zur Diskussion der Streikforderungen, dann aber auch zur Klärung legitimer Ansprüche auf Scheine und der hierfür zu erbringenden Leistungen zusammenkommen. In den Kursen könnten aber auch Delegierte für einen Streikrat gewählt werden. Ich scheue die Eigendynamik repräsentativer studentischer Versammlungen nicht. Ich möchte aber gerne vermeiden, dass der Streik von unserer Seite ausgesessen wird und dass es dann letzten, traurigen Endes Seminarscheine im Gnadenerlass für Bittsteller gibt.“

Nicht alle Kollegen teilten meine Sorgen, und einige dachten sicher: Wer streikt, muss auch die Folgen tragen. Doch alle waren gespannt, wie es den Dozenten der WE 3 bei der Versammlung der Kursteilnehmer am 17. Januar ergehen würde.

Samstag, 14. Januar 1989

Überlegungen zur Bildung eines Streikrats

Ich will zur Ruhe kommen und das nächste Heft von „Gewaltfreie Aktion“ redigieren. Ich beginne den Tag aber dann doch mit der Lektüre der gestern gekauften Festschrift „Das OSI“. Erstaunliche Übereinstimmung zwischen der imaginären Rede von Claus Koch an die Studenten des OSI und meinem Brief an diese. Auch er sieht ein Problem in der „schieren Größe“ des Fachbereichs.

Um meine übliche Schreibhemmung zu überwinden, höre ich meinen Diskussionsbeitrag in der gestrigen Dozentenversammlung vom Band ab und schreibe ihn ins Reine. Dabei kommt mir der Gedanke, dass in den Kursen nicht nur die Stellungnahmen und Vorschläge zum Streik protokolliert, sondern auch Delegierte für einen regelrechten Streikrat gewählt werden könnten. Diese Idee begeistert mich, weil so einerseits der kooperative Streik eine neue Intensität und breite Basis erlangen und doch dieses Semester zu einem qualifizierten Abschluss gelangen könnte. Ich telefoniere mit drei Studenten, um mit ihnen diesen Gedanken zu erörtern. Da sie auch in der geringen Zahl der aktiv Streikenden eines der größten Probleme dieses Streiks sehen, bestärken sie mich darin, diese Idee weiterzuverfolgen.

Im heutigen „Tagesspiegel“ ein umfangreicher Beitrag Uwe Schlichts zur Situation an den Universitäten. Ich halte Schlicht für den besten Kenner der Hochschullandschaft. Seine Stimme hat Gewicht.

Die Situation ist reif für den Dialog

Hintergründe des „Streiks“ der Studenten - Versäumnisse in der Bildungspolitik

Wie ein Flächenbrand hat sich der Protest der geburtsstarken Studentengänge seit Dezember in Berlin über die Hochschulen ausgebreitet. Es ist der zweite Protest einer Generation, die sich um ihre Bildungs- und Lebenschancen Sorgen macht und dafür gute Gründe anführen kann. Betroffen von dieser Sorge sind in gleichem Maße die „Studierwilligen“ wie die „Streikenden“. Nur blicken die einen auf das Risiko, ein ganzes Semester bei weiteren Boykottaktionen zu verlieren, und die anderen wollen diesen Semesterverlust dann in Kauf nehmen, wenn sie die Gewissheit hätten, dass ihr Protest die Politiker und die Gesellschaft aufgerüttelt hat. Auf Plakaten konnte man lesen „Wir verlieren ein Semester und gewinnen ein ganzes Studium.“ Dass einige Radikale aus der Szene nur an Polarisierung interessiert sind, stellt diese Ausgangslage nicht in Zweifel.

Wirtschaft und Politik

Bildungspolitik ist, ohne dass es in der Sache gerechtfertigt war, seit Mitte der 70er Jahre aus der Mode gekommen. Wohl gab es Sachzwänge, die Bildungs-

litik schwieriger gemacht haben als zuvor; aber Sachzwänge können nicht dafür herhalten, dass es unter Bildungspolitikern einen auffälligen Mangel an Persönlichkeiten gibt, seit sich Hans Maier (CSU) und Peter Glotz (SPD) von den Wissenschafts- und Kultusministerien zurückgezogen hatten. Sachzwänge können auch nicht dafür herhalten, dass die Finanzminister die eigentlichen Herren der Hochschulpolitik geworden sind und viele Ministerpräsidenten die Universitäten sich selbst überließen. Die Politiker müssen sich vom Wissenschaftsrat sagen lassen, dass die Ausgaben für die Hochschulen seit Jahren in der Kaufkraft gesehen, besorgniserregend stagnieren.

Die Wirtschaft hat ihr Angebot an neuen Ausbildungsstellen in einem Kraftakt von 460.000 pro Jahr auf 700.000 gesteigert, weil es um die Bewältigung von Zukunftsaufgaben geht, wenn die Massen von sieben Millionenjahrgängen ausgebildet werden sollen. Die Politiker haben es sich einfach gemacht: Den Hochschulen wurde unter dem Versprechen einer angemessenen Überlasthilfe im Jahre 1977 die Öffnung abgerungen, und danach überließ man die Universität ihrem Schicksal. Statt eines angemessenen Ausbauprogramms wurde der Hochschulausbau auf 850.000 Studienplätze begrenzt, auf denen sich heute 1,5 Millionen Studenten zurechtfinden müssen. Die Überlastmittel wurden nicht nach den Bedürfnissen der Hochschule vergeben, sondern nach den Prioritäten der Finanzämter zugeteilt.

Zur gleichen Zeit, da die Verwaltungsgerichte in Auslegung des Numerus-clausus-Urteils des Bundesverfassungsgerichts den Hochschulen mehr Studenten aufnötigten, als diese verkraften zu können glaubten, hielten die Politiker die Hochschule für Orte, wo mit dem Stellenabbau Geld zu sparen sei. Die Fehleinschätzung ging soweit, dass im Frühjahr 1988, ein halbes Jahr vor dem Spitzenandrang der Studenten, die Finanzministerkonferenz feststellte: Es sei mit zurückgehenden Zahlen bei den Studienanfängern zu rechnen, daher könne man das Personal an den Hochschulen verringern. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz kommentierte empört: Die Umsetzung dieses Beschlusses mache die jahrelange Überlast zur Normallast an den Universitäten. Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen sei erschüttert. Die Rektoren forderten eine erneute Leitentscheidung der Ministerpräsidenten, vergleichbar dem Öffnungsbeschluss von 1977, um diese Entwicklung zu verhindern. Erst im Dezember 1988 kam es unter dem Eindruck eines neuen Studentenansturms zu dem Zwei-Milliarden-Programm der Ministerpräsidenten. Da es in erster Linie auf die Vermeidung des Numerus clausus in zwei Massenfächern zielt, ist es nicht geeignet, die Überlastung in anderen Fächern auf die Dauer zu beheben.

Berlin hat den Hochschulen einen beachtlichen Platz in der Landespolitik eingeräumt, aber die ergriffenen Maßnahmen - das Fiebiger-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Konsolidierung der Hochschulhaushalte reichen nicht aus, um die Probleme des Massenandrangs zu lö-

sen. Zumal das Konsolidierungsprogramm für die Hochschulen mit zahlreichen Stellenstreichungen verbunden ist.

Die Sachzwänge

Um die heutige Situation zu verstehen, muss man sich die Sachzwänge und die Politikern vergegenwärtigen, die vor diesem Hintergrund betrieben wurde. Nach der Bildungsexpansion bis 1972 hatte man Schule und Hochschulen mit Stellen vollgestopft. Die Lehrkräfte sitzen auf diesen Stellen bis zur ersten großen Pensionierungswelle um 1995. entsprechend verschlechterten sich die Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Hochschulabsolventen. Der öffentliche Dienst, der Hauptabnehmer der Akademiker in den 60er Jahren, macht die Pforte weitgehend dicht. Die Zahl arbeitsloser Akademiker liegt inzwischen bei 125.000.

Statt der Millionenjahrgänge der sechziger Jahre kamen die 600.000-Jahrgänge der siebziger Jahre. Die logische Folge: Weniger Kinder benötigen weniger Lehrer. Und an den Hochschulen sollten keine Überkapazitäten geschaffen werden, die dann in den 90er Jahren leerstünden. Diese Sorge trieb die Finanzminister bereits um, als der Hauptandrang der geburtenstarken Jahrgänge die Hochschule noch gar nicht erreicht hatte. Schon 1986 verkündeten die damalige Bildungsministerin Wilms (CDU) und der Präsident der Kultusministerkonferenz Franke (SPD) das baldige Ende der Überlastung. Jetzt gebe es die Chance, an den Hochschulen wieder zu mehr Forschung, mehr Wettbewerb, mehr Qualität zu kommen. Seitdem rückte die Lehre in den Hintergrund. Die Hochschulen waren für die Politiker interessant, wenn sie zur regionalen Wirtschaftsförderung beitrugen und möglichst Glanzleistungen in der Forschung erbrachten oder hohe Drittmittel einwarben. Wettbewerb und Eliteförderung wurden die Schlagworte.

Die Grundfrage, welche Chancen sich den weniger begabten Schulabgängern öffneten, die nicht für die Medizin, die Ingenieurwissenschaft oder die Naturwissenschaften geeignet waren, blieb unbeantwortet. Schon vorher hatten die Politiker geraten, vom Massenberuf des Lehrers Abstand zu nehmen. Die Umorientierung der Geisteswissenschaftler erfolgte auf die Magisterabschlüsse und damit in die Sackgasse. Wandten sich die Jugendlichen in ihrer Not dem Jura- oder Wirtschaftsstudium zu, so wurden sie bald vor einem Überangebot gewarnt.

Die soziale Lage

Und die soziale Lage der Studenten? Schon die sozialliberale Koalition hatte die Reduzierung der BAFÖG-Leistungen eingeleitet. Mit der Wende in Bonn kam als eine der ersten bildungspolitischen Maßnahmen die Umstellung des BAFÖG von einer Mischung aus Zuschuss und Darlehen auf reines Darlehen. Die Verschuldung der Studenten mit 20.000 bis 40.000 DM wurde in Kauf genommen. Der Abschreckungseffekt war gewollt, wenn auch immer wieder von den ver-

antwortlichen Politikern dementiert. Inzwischen ist die Zahl der BAFÖG-Studenten um 20 Prozent zurückgegangen: von 344.000 Studenten im Jahre 1981 auf 276.000 im Jahre 1986. Studenten brauchen nach der Sozialerhebung im Monat für ihren Lebensunterhalt 863 DM monatlich, allein das Wohnen kostet sie 272 DM. Um ihr Studium zu finanzieren, müssen viele arbeiten mit der Folge, dass die Studienzeiten mit sieben Jahren auch aus diesem Grunde in Europa die längsten sind.

Wandel der Studentenproteste

Früher hatten die Studentenproteste auf radikale gesellschaftliche Veränderungen gezielt und die Politisierung an den Hochschulen sollte der Rekrutierung für Aktionen in der Gesellschaft dienen. Seit dem „Tutorenstreik“ von 1986 haben die Proteste wieder hochschulbezogene Ziele. Insofern ist der Protest weniger allgemein politisch als zur Zeit der Außerparlamentarischen Opposition. Aber er ist nicht unpolitisch, denn die Studenten fordern wieder den Rückgewinn vor Mitbestimmung, die seit Ende der sechziger Jahre durch zahllose Novellierungen immer stärker eingeschränkt wurde.

Wie immer bei sozialen Unruhen stehen Politiker und viel zu viele Professoren dem massenpsychologischen Phänomen hilflos gegenüber, dass über Nacht lernwillige Studenten zu Verweigerern werden. Noch zu wenige Professoren nehmen die „Unbequemlichkeit“ des Dialogs auf sich, einige schreiben zornige Briefe, weil wieder einmal „Rollkommandos“ durch die Lehrveranstaltungen ziehen, Wände beschmieren und Hörsäle verbarrikadieren. Die Rostlaube und das Otto-Suhr-Institut, dessen Wände mit Bildern und RAF-Sympathie-Parolen der Autonomen aus der Besetzungszeit beschmiert sind, stellen jedoch nicht die ganze Berliner Hochschullandschaft dar. Gewaltlos und sachorientiert will die Mehrheit der Studenten den Protest.

Frage der Beendigung

Die Situation ist reif für einen Dialog, aber unrealistische Rücktrittsforderungen der Studenten stehen dem Dialog noch entgegen. Die Bereitschaft zum Dialog gilt auch eher gegenüber den Professoren als gegenüber Berliner Politikern. Ein Studentenstreik kann nicht Jahre dauern, und ihn zu beenden, ist schwieriger als der spontane Beginn. In dem Augenblick, da jeweils eine Hälfte der Studenten in einzelnen Fachbereichen für und die andere gegen die Weiterführung des Boykotts stimmt, sollte der Streik schleunigst beendet werden. Denn die Folge einer Weiterführung können Aggressionen, Polarisierungen und schließlich Gewalt sein. Es gibt Berichte und Briefe von Studenten, die berichten, dass gegen sie von Streikposten Gewalt angewandt worden sei, als sie die Praktika in der blockierten Physiologie besuchen wollten.

Auch die Kosten des Streiks durch Sachbeschädigungen und Wachschatz sollten die Studenten nachdenklich stimmen. Die Millionen könnten für die Verbesserung der Situation an den Hochschulen besser ausgegeben werden. Eine Weiterführung des Boykotts wird die Kosten in die Höhe treiben und weitere Gelder würden den Universitäten verloren gehen.

Nach dem Rückzug der Polizei

Nach dem Rückzug der Polizei ist die Chance gegeben, dass die Konfrontationen und die Hysterie der vergangenen Tage einer ruhigeren Betrachtungsweise weichen. Sollte diese Chance zum Dialog ungenutzt vergehen, könnten sich wieder die politischen Parteien in Freunde und Gegner der studentischen Bewegung formieren. Sollte sich die Geschichte der Studentenbewegungen, die mit einer Misstrauenserklärung an die jüngere Generation endete, auf so billige Weise wiederholen?

Die geburtenstarken Jahrgänge sind die Zukunft dieser Gesellschaft, sie müssen das Bruttosozialprodukt erarbeiten und für die Pensionen und Renten der heute noch Berufstätigen eines Tages höhere Lasten tragen als sie heute üblich sind. Die geburtenstarken Jahrgänge in die Gesellschaft zu integrieren - diese Aufgabe geht alle an. Die Politiker sind besonders gefordert: Sie müssen den Hochschulangehörigen noch einige Antworten über die Bildungspolitik der Vergangenheit und Zukunft geben.

Sonntag, 15. Januar 1989

Brief an einen Psychologen

Ich schreibe einen Brief an den (in Norderstedt lebenden) Hamburger Psychologen Dr. Helmut Moser, der mich auf das Erscheinen meines Offenen Briefes in der „Frankfurter Rundschau“ aufmerksam gemacht hat.

15.1.1989

Lieber Herr Moser,

in der Anlage finden Sie eine ungekürzte Fassung meines Offenen Briefes an die Studenten des OSI, eine Kopie des zitierten „Abstroisi“ vom 12.12.1988 und zwei studentische Reaktionen auf meinen Brief. Diese spontane Revolte der Studenten im Grundstudium bedarf sicher auch der psychologischen Deutung, aber dazu fehlt mir als Betroffenen die Distanz. Ich kann nur zu deutende Befunde beisteuern. Ich hatte vor der Niederschrift meines Briefes noch einmal den 20 Jahre zurückliegenden Artikel von Jürgen Habermas in der „Frankfurter Rund-

schau“: Die Scheinrevolution und ihre Kinder, gelesen. (Vgl. Abendroth u.a.: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt 1968), aber einen solch lehrhaften Standpunkt konnte und wollte ich nicht einnehmen. Gerade die psychologischen Deutungen wurden Habermas sehr übel genommen, obwohl er sich im Rückblick damit nicht blamiert.

Nachdem mein Zorn etwas verbraucht ist und eben auch nicht wieder abgeriegelt wurde, habe ich mir natürlich auch meinen psychologischen Vers auf den Konfliktverlauf zu machen gesucht. Ich komme nicht umhin, im Verhalten der Studenten einen wahrscheinlich unabsichtlichen, aber doch geschickten und ungemein wirksamen Appell zu sehen, sie als unsere ungezogenen Kinder zu behandeln. Ihr Symbol auf der Streikzeitung ist das Gummibärchen im Revolutionsstern! Das war fabelhaft wirksam. Es ist fast unglaublich, was die nichtautoritären Professoren der APO-Generation sich haben alles gefallen lassen. Dass mir dann der Kragen platzte, wurde von meinen Kollegen als richtiggehend befreiend empfunden. Es gab wieder etwas zu lachen und so richtig feindselige Reaktionen von studentischer Seite habe ich - bisher - nicht zu spüren bekommen.

Ich hatte den Brief an die OSI-Studenten mit meinen drei Söhnen (16, 18, 20) besprochen, die in nichtautoritären Eltern-Kind-Gruppen aufgewachsen sind und - ohne besondere Vorliebe für dieses Angebot - auch mit Fingerfarben auf Packpapier umzugehen lernten. Sie haben sich später auch alle drei als aufmüpfige und einfallsreiche Klassen- und Schulsprecher betätigt. Und sie haben natürlich über Weihnachten und Neujahr gemerkt, dass mir die Lage am OSI keine Ruhe lässt und sie haben mir dann auch geraten, den Brief zu übergeben. Der 18jährige hatte zuvor im OSI stundenlang mit dem Stativ fotografiert.

Das Verhalten der Studenten ist nicht einheitlich. Ich vermute, dass die meisten die etwas ordinären Auswüchse insgeheim oder schon intern missbilligen, aber sie um der Streiksolidarität willen uns Professoren gegenüber herunterspielen. Der sogenannte Vandalismus ist soziologisch damit zu erklären, dass ein Teil unserer Studenten nicht daran glaubt, mit Hilfe des curricularen Angebots zu einer regulären Berufsarbeit zu gelangen. Das ist leider realistisch. Sie ahnen, dass die Tonangebenden dieser Gesellschaft sie nicht wollen, sie am liebsten jetzt schon ausschließen würden und von einer Elitenuniversität mit Numerus clausus, kanonischem Wissen und allseits verehrten Professoren träumen. In dieser Hinsicht deutet der Artikel des Sozialdemokraten (!) Hartmut Jäckel „Das verschleuderte Erbe“ im „Tagesspiegel“ vom 15.1.1989 erst an, was schon bald wieder, reaktionär aufgeblasen auf uns zukommen könnte. Jäckel billigt (wohl unabsichtlich) die Tendenz zur Zwei-Drittel-Gesellschaft in der super-tüchtige angepasste Privilegierte mit Hilfe von Hightech-Maschinen herrschen. Ich weiß nicht, ob Christen an der Universität noch etwas auszurichten vermögen, aber wir müssten uns eben gerade um die kümmern, die ohne demokratisie-

rende Strukturänderungen keine Chance haben. Jäckel sieht dieses Problem auch. Er verlangt legitimerweise Orientierungshilfen, aber liebäugelt dann leider doch mit technokratischen Lösungsmustern.

Ich füge noch einen Resolutionsentwurf der WE 3, an dem ich mitgewirkt habe, bei und meinen Diskussionsbeitrag zur Scheinvergabe in der Dozentenrunde.

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr Theodor Ebert*

Montag, 16. Januar 1989

Streikmeldung aus Stuttgart

Martin ruft an: Die Fachschaft der Stuttgarter Architekturstudenten hat nun auch zum Streik aufgerufen. Morgen früh will er mit dem Streikkomitee durch die Kurse ziehen. Am wenigsten passt ihm der feministische Touch des Unternehmens. Er will sich am Malen der Streikplakate beteiligen. „Dann habe ich Einfluss auf die Texte. Das Besprühen von Wänden lässt sich so am besten verhindern. Die Stuttgarter Politologen haben ihr kleines Institut besetzt und uns für morgen zu einer Fête eingeladen.“

Ich telefoniere ausführlich mit Dirk Seile über die Situation am OSI. Er ist ein früherer Mitschüler Martins und jetzt auch im dritten Semester. Er findet meine Idee, in den Kursen Delegierte für einen Streikrat zu wählen, plausibel, wenn es um die Mobilisierung der Studenten geht, und er wird morgen auch zur Versammlung der Kursteilnehmer der WE 3 kommen.

Die folgende Resolution will ich morgen in der Versammlung einbringen.

Resolution für die Versammlung der KursteilnehmerInnen des Instituts für Innenpolitik und Komparatistik (WE 3) am 17.1. 1989

Der sechswöchige studentische Boykott der Lehrveranstaltungen und die Besetzung hat allen Angehörigen des OSI deutlich gemacht, dass Lehre und Forschung einer selbstkritischen Überprüfung bedürfen. Nach dem Streik kann es nicht weitergehen wie bisher. In der Vereinzelung der wissenschaftlichen Anstrengungen ist das Institut als Ganzes seiner gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht geworden. In einer Gesellschaft, in der die Regierung und die Wirtschaft sich selbst und andere täuschen, indem sie krisenhafte Entwicklungen mit selbstgefälligem Optimismus fortschreiben, versagt das größte deutsche Institut für Politikwissenschaft, wenn es nicht so organisiert ist, dass es als kritische und konstruktive Kraft in verhängnisvolle Prozesse zu intervenieren vermag.

Mit der bloßen Vielzahl der Veröffentlichungen und „Occasional Papers“ ist es nicht getan; es bedarf öffentlichkeitswirksamer wissenschaftlicher Stellungnahmen und koordinierter Projekte einer großen Zahl von Angehörigen des Instituts. Nicht nur die Forschungsprojekte, auch die Lehrveranstaltungen müssen so angelegt sein, dass ihre Ergebnisse die politische Praxis zu beeinflussen vermögen. Dazu bedarf es der Mitgestaltung durch die StudentInnen und ihrer frühzeitigen Beteiligung an Forschungsvorhaben.

In den verbleibenden Wochen des Wintersemesters soll in allen Lehrveranstaltungen erörtert werden, wie die Impulse des studentischen Protests in das Kursprogramm und die Politik des OSI produktiv aufgenommen werden können. Die Ergebnisse sollen dokumentiert und in die Streikgremien, die viertelparitätische Kommission und in den Fachbereichsrat eingebracht werden.

Wir unterstützen die Arbeit der viertelparitätisch besetzten Grundsatzkommission, die nach dem Konsensprinzip dem Fachbereichsrat Vorlagen erstellt.

Wir fordern die anderen wissenschaftlichen Einrichtungen des Fachbereichs auf, sich dieser Resolution anzuschließen.

Der Arbeitskreis „Probleme der Lehre“ der WE 3

Dienstag, 17. Januar 1989

Versammlung aller Kurse der WE 3

Ich stehe wieder sehr früh auf, um meine Rede zur Begründung des Resolutionsentwurfs in der heutigen Vollversammlung vorzubereiten. Um 10 Uhr ist der Hörsaal B im Henry-Ford-Bau schon fast gefüllt. Um 10.15 Uhr ist es proppenvoll und viele Studenten und einige Kollegen stehen auf den Gängen entlang der großen Fenster. Hans-Joachim Mengel kann sich als Geschäftsführender Direktor eine die Lage bewertende kurze Rede nicht verkneifen, aber die Vollversammlung kommt ohne Aufruhr über die erste Runde. Die Leitung des Treffens übernehmen eine Studentin, Sabine Berghahn (Mittelbau) und Ralf Rytlewski (Hochschullehrer). Die Lage ist sehr gespannt, weil die ISI-Fraktion, die aus dem Streikcafé herübergezogen kam, propagiert, dass die Dozenten überhaupt nicht reden dürfen. Folgender Modus wird schließlich festgelegt: Rigorose Redezeitbegrenzung auf 120 Sekunden, Wortmeldungen in der Reihenfolge: viermal Studenten, einmal Mittelbau, einmal Professoren. Dies macht es für mich sehr schwierig, den eingangs verteilten Resolutionsentwurf im Auftrag der Kollegen zu begründen. In 120 Sekunden ist dies nicht zu schaffen. Ich hoffte auf das Verständnis der Versammlung. Ich sagte eingangs, dass ich für die Begründung der Resolution genau 4 1/2 Minuten benötigen würde. Es handle sich hier um die Begründung des Entwurfs einer Arbeitsgruppe und nicht um ein indivi-

duelles Statement. Durch dauernde Zwischenrufe bekomme ich den Superformalismus der Studenten zu spüren. Ich unterbreche darum meine Rede nach genau zwei Minuten, melde mich aber wieder und dann noch ein drittes Mal, um auch die letzten zwei Sätze zu verlesen. Die ersten Runden sind also mehr Kaspartheater als Dialog. Fritz Vilmar beschwert sich über billige Demagogie ohne Substanz. Nach etwa 1 1/2 Stunden legt sich jedoch die aggressive Stimmung, und mehr und mehr Studenten melden sich, die sich über die Intoleranz in den Vollversammlungen beklagen. Wer eine abweichende Meinung oder auch nur den Schatten eines Zweifels äußere, habe keine Chance ausreden zu können. Nach drei Stunden war es soweit, dass etwa die Hälfte dem Resolutionsentwurf zuneigte, aber dann holte die ISI-Fraktion ihre Leute vom zweiten Frühstück zurück und erzeugte von den Rändern des Saales her eine Stimmung, welche eine regelrechte Abstimmung oder ein Meinungsbild verhinderten. Das Podium konnte sich nicht durchsetzen und so verlief sich schließlich die Versammlung.

Dennoch war die offene Aussprache nützlich und vielleicht wird auch meine Ansprache nachwirken. Einige haben sicher begriffen, dass dies ein sehr weitgehendes Koalitionsangebot der linken Dozenten an die Studenten war. Beim Nachgespräch im Direktorium der WE 3, zu dem drei Studentinnen und drei Studenten mitgekommen waren, kam dann auch der Vorschlag, zwei oder drei Dozenten sollten doch zusammentun und erneut ihre Kursteilnehmer einladen; dann sei klar, dass es um die Erörterung der Streikforderungen und nicht einfach um die Fortführung der Seminare ginge. Diesen Vorschlag habe ich natürlich begrüßt. Der Student will ihn heute Abend im Plenum der Studenten vortragen. Ich kann ihm meine schriftliche Begründung des Resolutionsentwurfs, die ich nur etappenweise vortragen konnte, vervielfältigt mit auf den Weg geben.

Für einen kooperativen Streik und die Bildung eines Streikrats

Begründung des Resolutionsentwurfs in der Versammlung der WE 3 am 17.1. 1989

Die Universitätspolitik war in den letzten Jahren gekennzeichnet durch einen ständigen Machtzuwachs für die Professoren und durch einen manchmal schleichenden und dann auch wieder ruckartigen Machtverlust für die anderen funktionalen Gruppen. Am weitesten ging dieser Machtverlust bei den Studenten. Diese Entwicklung bedeutete jedoch für die Professoren nur einen scheinbarer Machtgewinn, denn ihre Vormacht in der Universität führte zur Ohnmacht der Universität als Institution gegenüber der Regierung und dem Kapital. Das studentische Drängen auf neue Paritäten und auf Mitgestaltung von Lehre und Forschung ist also im Interesse derjenigen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die gesellschaftliche Strukturänderungen für notwendig halten - unter ökologischen, sozialistischen, pazifistischen und feministischen Gesichts-

punkten. Die WE 3 konnte zu dieser Versammlung einladen, weil ihre Mitglieder in Opposition zur Regierungspolitik stehen und weil sie sich überlegen, wie wir gemeinsam aus dem studentischen Protest einen realen Zuwachs an Kraft für Strukturänderungen gewinnen können. Wir Hochschullehrer glauben nicht, dass dieser Zuwachs an oppositioneller Kraft sich daraus ergibt, dass man den Streik einfach laufen lässt. Ich nehme an, dass es hier unterschiedliche Auffassungen zwischen Studenten und Professoren gibt. Darum muss ich jetzt begründen, warum ich gegen das bloße Laufenlassen des Streiks in seinen bisherigen Formen bin und für einen kooperativen Streik eintrete.

Der studentische Protest des WS 1988/1989 ist spontan entstanden. Er kam auch für die meisten Studenten überraschend. Die Mehrheit der Politologiestudenten hat an den Entscheidungsprozessen des Wintersemesters nicht aktiv teilgenommen, sondern sich im besten Fall passiv identifiziert mit dem, was die Aktivisten in ihren Vollversammlungen beschlossen haben. Aber es gibt auf die Dauer keine demokratische Macht ohne die Partizipation von vielen. Wer also Gegenmacht will, muss Verfahren für die reale Partizipation dieser Vielen entwickeln. Die Vollversammlungen der Studenten waren gut für den Anfang, aber sie genügen jetzt nicht mehr für die Durchsetzung und Entwicklung der Streikziele. Wir wissen alle, dass zu den Vollversammlungen normalerweise weniger als 10 Prozent der Studenten kommen - und wenn tatsächlich viele kämen, dann wäre das Gremium zu groß, um alle zu Wort kommen zu lassen. Das Konsensprinzip ist keine Idee der Vollversammlungsdemokratie, sondern setzt eine Vielzahl funktionierender Bezugsgruppen voraus, die dann ihre Delegierten in einen Aktionsrat entsenden. Darum schlagen wir vor, dass die regulären Kurse zusammentreten, um über den Stand des Streiks und die weiteren Perspektiven zu beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen protokolliert und allgemein zugänglich gemacht werden. Was nicht im Resolutionsentwurf steht, ist: Die Kurse können auch Delegierte wählen und einen Streikrat bilden. Meines Erachtens würde der Streik durch einen Streikrat an politischer Kraft gewinnen und man könnte das Verfahren im nächsten Semester wieder aufnehmen.

Bei der Resolution geht es also um die Fortentwicklung des spontanen Streiks zu einem kooperativen Streik. Es ist meines Erachtens im Interesse der Studenten, dass beim Zusammentreten der Kurse als Streikgremium auch Probleme der Scheinvergabe in diesem Seminar erörtert und geregelt werden. Es gibt nun mal Kommilitonen, die aus existentiellen Gründen in diesem Semester Scheine erwerben müssen. Sollen diese denn als individuelle Bittsteller mit ihren Papieren zu den Professoren gehen? Ich finde es besser, wenn diese Probleme und ihre Regelung offensiv in den Kursen angesprochen werden und verallgemeinerbare Regeln für die Scheinvergabe gefunden werden.

Mittwoch, 18. Januar 1989

Pipifax im Fachbereichsrat

Im Fachbereichsrat wird über die Katakombis in der Ihnestr. 22 beraten. Dekan Kiersch hat einen Brief an den Präsidenten geschrieben, der sich mit der Lage in den besetzten Räumen im Untergeschoß der Ihnestr.22 befassen soll. Essentiell ist für Kiersch, dass der Hausmeister unbehindert die technischen Einrichtungen und die sanitären Anlagen überwachen kann. Praktisch geht es um das Tropfen der Heizungsrohre und um verstopfte Klos. Mit solchem „Pipifax“ muss sich nun der Fachbereichsrat befassen und Emissäre müssen den Besetzern Zugeständnisse abringen! Immerhin, es gelingt mal wieder. Doch man vergleiche diesen Kleinkram mit den Themen von 1967/68: Enteignet Springer, Amis raus aus Vietnam, etc. Das Streikcafe soll den Studenten doch gerne zugestanden werden. Es geht nur noch um einige technische Details des Betriebes dieses Cafes. Doch da die ISIs kein hochschulpolitisches Programm haben – zumindest keines, das sich in schriftlicher Form vermitteln lässt – wird der Häckmäck um diese Details zu einer Frage des Überlebens im Revoluzzergefühl.

Vatermord an den 68ern?

Anschließend fahre ich zum Sender Freies Berlin, wo Bodo Zeuner und ich mit dem Diplomanden Martin Wildermuth und einer Studentin über die Lage am OSI streiten. Ich insistiere darauf, dass der Rebellion jede Theorie fehle und dass ich auch eine gesellschaftsverändernde Strategie nicht zu erkennen vermöchte. Im Blick auf uns 68er fragt die Moderatorin, ob es sich bei diesem Aufstand gegen die linken Professoren auch um einen Vatermord handle. Bodo Zeuner bejaht dies. Ich kann mir die Bemerkung nicht verkneifen: „Väter kennt man. Die Studenten haben doch keine Ahnung, wer wir sind, was wir denken und wollen“. Was ich nicht sage: Es würde mich sehr wundern, wenn von den 250 Studenten der gestrigen Versammlung auch nur fünf einen Aufsatz von mir gelesen und 50 vor der Versammlung meinen Namen gekannt hätten. Das Image Theodor Eberts wird auf längere Zeit fast ausschließlich durch die Meldung im Tagesspiegel vom 8. Januar geprägt sein. Das ist die Realität der Massenuniversität: Die meisten Hauptfachpolitologen nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, dass es mich am Fachbereich gibt. Bis auf ganz wenige besonders populäre oder anstößige Ausnahmen geht es den anderen Kollegen genauso. Dies ist auch kein Wunder. Wie sollen 2000 Hauptfach- und 4000 Nebenfach-Studenten einen bestimmten Hochschullehrer in seinen Lehrveranstaltungen kennen lernen? Mehr als zehn Prozent der Politologie-Studenten bekommt ein Professor in seinen Lehrveranstaltungen nicht zu Gesicht. Ich habe dies mal durchgerechnet aufgrund einer merkwürdigen Erfahrung. Ich hatte eine Anhalterin von Spandau nach Kladow mitgenommen. Sie erzählte, dass sie seit drei Semestern am OSI Politologie studiere. Sie hatte keine Ahnung, dass ich dort Hochschullehrer bin. Mit Vorlesungen könntest du als Hochschullehrer zwar eine gewisse Breitenwirkung erzielen, aber diese traditionelle Form der Lehre wird von den meisten Studenten nicht akzeptiert. Für eine Vorlesung bekommt der Student keinen examensrelevanten

Schein, und die früher weit verbreitete Vorstellung, dass man von bestimmten Hochschullehrern etwas Besonderes, etwas bestimmtes lernen könnte und dass man ihn darum hören müsste, gar um seinetwillen eine bestimmte Universität besuchen müsste, ist praktisch ausgestorben. Dabei ist nach meiner Erfahrung auch heute noch die Vorlesung für den Dozenten eine weit größere intellektuelle Herausforderung als ein Kurs im Grundstudium, in dem vor allem didaktisches Können und die einfache Darstellung komplexer Vorgänge gefragt ist.

Nach der Rundfunksendung sitzen wir noch zwei Stunden bei einem Glas Bier zusammen. Ein vernünftiges, ein humoriges Gespräch. Wir ahnen nicht, dass es wenige hundert Meter von uns entfernt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und einem Protestzug kommt, der sich gegen ein Treffen der Republikaner im Internationalen Congress Centrum wendet.

Donnerstag, 19. Januar 1989

Brief an die ISI-Gruppe

Ich stehe um 4 Uhr auf, um die „Würdigung“ für die Urkunde der Ehrenpromotion Flechtheims zu schreiben. Danach zwei Magisterprüfungen. In der einen geht es um die gewaltlose Strategie, die auf den Philippinen zu dem Sturz des Präsidenten Marcos führte; in der anderen Prüfung vergleicht der Kandidat die Defensive (militärische) Verteidigung mit der Sozialen (gewaltfreien) Verteidigung.

Nach dem gestrigen Kneipengespräch nach der SFB-Sendung kam mir der Gedanke, mich direkt an die ISI-Gruppe zu wenden. Vor Augen habe ich dabei vor allem eine ISI-Studentin, die ich aus meinem letzten Kurs über zivilen Ungehorsam kenne. Die ISIs können mit ihrer Strategie nicht gewinnen. Ich denke über ihre Motive nach. Hier gibt es eine große Diskrepanz zwischen den etwas willkürlich aufgelisteten Streikzielen und den eigentlichen Motiven. Die ISIs sehen keine Berufs- bzw. Wirkungschancen - zumindest nicht aufgrund der Kurse, die wir anbieten. Darum die Forderung nach autonomen Seminaren.

Ich bringe den Brief ins ISI-Cafe. Als ich ihn an der Tür nicht loswerde, trete ich doch ein und sehe glücklicherweise eine Studentin aus dem letzten Einführungskurs über die Ökologiebewegung. Sie weist etwas schüchtern darauf hin, dass Dozenten dieses Streikcafe nicht betreten dürfen. Ich wolle ihr auch nur den Brief übergeben. Ich hatte für die „ISI-Bibliothek“ noch den Sammelband „Ziviler Ungehorsam. Von der APO zur Friedensbewegung“ und den Vortrag „Widerstand in der Demokratie“ beigelegt.

19.1.1989

Liebe ISI-Leute,

dies ist kein Offener Brief, sondern - ohne jeden Scherzartikel - ein Versuch, auf zwei Eurer Überlegungen in der Stellungnahme zur Viertelparitätischen Kommission vom 16.1. einzugehen. Eure Skepsis gegenüber dieser Kommission ist durchaus realistisch, weil nach Beendigung von Besetzung und Streik die Bereitschaft zum Konsens in der Kommission und zur Ratifizierung im Fachbereichsrat dahinwelken wird. Ihr wollt „Strukturen schaffen, die die theoretische und praktische Kritik der Universität dauerhaft ermöglichen“. Das ist richtig. Aber welche Strukturen sind das? Ich halte die gegenwärtige Form der ISI-Organisation auf mittlere Sicht für ziemlich chancenlos. Ihr solltet noch einmal - fern der Versammlungshektik am 17.1. - durchkalkulieren, ob mein Vorschlag der Bildung eines Streikrats mit Delegierten aus regulären und autonomen Seminaren nicht den erforderlichen Machtzuwachs bringt.

Ich halte Euer prinzipielles Misstrauen gegenüber dem regulären Studienbetrieb nicht für ausreichend begründet. Ihr behauptet, dass die Universität (und damit auch der FB 15) „praktisch vollkommen zum Zwecke der Stabilisierung und Perfektionierung von Unterdrückungsverhältnissen - Kapitalismus wie Patriarchat - organisiert ist.“ Nun frage ich allen Ernstes: Könnt Ihr das empirisch beweisen?

Macht doch mal eine Checkliste der Lehrangebote und Veröffentlichungen aller Dozenten unter dem Gesichtspunkt der „Stabilisierung und Perfektionierung von Unterdrückungsverhältnissen“. Dasselbe wäre bei den Drittmittelprojekten möglich, weil sie in der OSI-Jubiläumsschrift übersichtlich aufgelistet sind. Im übrigen teile ich die Bedenken von Elmar Altvater gegenüber Drittmittelprojekten, weil die Anpassungszwänge bei der Antragsgestaltung viel größer sind als bei der Lehrplangestaltung, wo man nicht Geld, sondern das Interesse kritischer Studenten einwerben muss.

Ich fürchte, dass ich Euch den Unifrust nicht ausreden kann. Dennoch: Prüft mal genau, wer sich im Moment abkaspert, um die weggetauchten OSI-Studenten zu mobilisieren und wer cool abwartet. Hatte denn Fritz Vilmar nicht Recht mit seiner These, dass beim bloßen Fortlaufen von Besetzung und Streik nicht ISI und nicht OSI, sondern die Regierenden am längeren Hebel sind? Entweder Ihr haltet die Kellersituation selbst nicht mehr aus oder es wird irgendwann doch die Polizei geholt. Das Streikcafé als studentischer Treffpunkt lässt sich „legalisieren“. Aber dies ist nur eine Nebenbemerkung. Wichtig scheint mir zu sein, dass Ihr politisch aus dem Keller herauskommt und offensiv an „dauerhaften Strukturen“ arbeitet. Ich würde mich über eine ernsthafte Antwort freuen. Mir ist in dieser Gesellschaft eigentlich nicht nach Witzchen zumute.

Mit freundlichem Gruß
Theodor Ebert

Am Abend trifft sich die Berliner Gruppe des Versöhnungsbundes²⁰ im Martin-Niemöller-Haus in der Pacelli Allee. Wir beraten über eine Vortragsreihe, die im Herbst bedeutende Pazifistinnen und Pazifisten vorstellen soll. Das klingt ein wenig nach Selbstbeweihräucherung. Ich schlage wegen der gestrigen Zusammenstöße vor dem ICC, bei denen auch Polizisten durch Steinwürfe niedergestreckt wurden, und bei denen die Polizei überaus hart gegen antifaschistische Demonstranten vorging, die Beratung über eine Peace Brigade Local und unsere Erfahrungen mit den Autonomen vor.

Freitag, 20. Januar 1989

Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst

Ich habe meine Kontakte zum Evangelischen Pressedienst genutzt und ein Interview mit Marianne Usko vereinbart. Über das „Sonntagsblatt“ unserer Berliner Kirche erreiche ich zwar nur wenige tausend Menschen. Doch darunter sind viele Pfarrer und diese wirken als Multiplikatoren und sie kennen mich. Mir geht es darum, Informationen über die Motive der Studenten zu verbreiten. Ich treffe mich mit M. Usko um 10 Uhr im Gebäude des Konsistoriums in der Bachstraße, wo auch der epd seinen Sitz hat. Ich nehme das 45minütige Gespräch auch selbst auf Band auf.

Das Interview war zu Stande gekommen, nachdem ich beim Evangelischen Pressedienst ein Gespräch mit den Studentengemeinden über die Situation an den Hochschulen angeregt hatte. Frau Usko hatte die Gelegenheit am Schopfe gepackt und mich selbst um ein Gespräch gebeten. Sie trifft unter meinen Informationen ihre eigene Auswahl und die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen wurden doch etwas verkürzt wiedergegeben. Aber ich war mit dem Artikel zufrieden, weil ich mit meinen wichtigsten Überlegungen zur Lage der Studenten zum Zuge gekommen war und es nicht bei der Aufzählung der blamablen äußeren Erscheinungsformen des Protestes geblieben war.

Streik gegen eine ungewisse Zukunft

²⁰ Der Versöhnungsbund ist der deutsche Zweig der 1919 gegründeten International Fellowship of Reconciliation. Siehe: Uli Sonn: Der Internationale Versöhnungsbund (IFOR). In: Christian Büttner u.a.: Politik von unten. Zur Geschichte und Gegenwart der gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert zum 60. Geburtstag. In: Gewaltfreie Aktion, Heft 111/112, S. 139-144

Die Motive der protestierenden Studenten an Berliner Hochschulen

Die Wände des Otto-Suhr-Instituts in der Dahlemer Ihnestraße sind mit wilden Parolen bemalt. „Profs besabbelt euch selber“ heißt es unter anderem. Allein durch diese Schmierereien ist ein Schaden von ungefähr 50.000 Mark entstanden - aber hatte die Besetzung des Instituts wie auch der Räume anderer Berliner Hochschulen durch die Studenten und die zeitweise Aussperrung aller Nichtstudenten auch einen Nutzen? Viele Hochschulangehörige, viele Professoren machen sich darüber Gedanken. Anders als 1968, als die Mehrzahl der Professoren – „Unter den Talaren, den Muff von 1000 Jahren“ - der Studentenrevolte ziemlich verständnislos gegenüberstand, will sie heute verstehen, steht im Grunde hinter ihren Studenten. Einer von ihnen ist Theodor Ebert, Professor für Friedensforschung am Otto-Suhr-Institut (OSI) und Mitglied der Kirchenleitung der Berliner Evangelischen Kirche. Ebert, der 1968 unter den revoltierenden Studenten war,²¹ versucht heute, hinter die Motive der 1988er Generation zu kommen, die Ende vorigen Jahres lautstark zu protestieren begonnen hat.

Über eines ist sich Ebert ziemlich sicher: Hinter dem Protest steht keine Gesellschaftstheorie. Bestimmte Komplexe des Marxismus und Feminismus treten zwar zu Tage, aber nicht ausgegoren und nicht vordergründig, sagt er in einem Gespräch mit dem „Berliner Sonntagsblatt“. Vielmehr ist es seiner Meinung nach große Unsicherheit, was die Zukunft im Allgemeinen und die persönlichen Berufsaussichten im Besonderen angeht. Die Universitäten haben eine Überlast von Studenten zu verkraften, allein das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften zählt 600 Neuzugänge bei 6.500 nominellen und etwa 5.000 „echten Studierenden“. „Die ahnen, dass es mit ihnen nicht rosig aussieht“, sagt Ebert.

Zu dieser persönlichen Irritation kommen dann die allgemeinen, einen Großteil der Jugend bewegenden Themen wie Atomenergie, Gen-Technik, Umweltverschmutzung, Hunger in der Dritten Welt und Verschuldungskrise. Probleme, für die es kaum den Schimmer einer Theorie gibt, wie man mit ihnen in Zukunft fertig wird.

Mit den beruflichen Problemen der heute Studierenden ist es ähnlich bestellt. Zwar haben Mediziner, Juristen, Ingenieure und Volkswirte ein deutliches Berufsbild und verlangen bessere Studienmöglichkeiten, um später besser verdienen zu können, meint Ebert. Bei Sozialwissenschaftlern und Politikwissenschaftlern aber sieht das viel ungewisser aus. Viele müssen damit rechnen, dass sie es niemals schaffen werden, in ihrem angestrebten Beruf einen Platz zu fin-

²¹ Das stimmt nicht ganz. Ich hatte bereits 1965 an der Universität Erlangen promoviert und war im Oktober 1966 als Assistent von O. K. Flechtheim ans OSI gekommen, gehörte also zum Mittelbau, aber ich gehörte zur Außerparlamentarischen Opposition und nahm an studentischen Protestaktionen teil. 1967/68 hatte ich mich an der „Kritischen Universität“ mit einem Kurs über die Methoden des gewaltfreien Widerstands beteiligt und am 2.2.1968 eine größere Demonstration gegen die Militärdiktatur in Griechenland organisiert. Die Kritische Universität war weitgehend ein studentisches, gewissermaßen „autonomes“ Unternehmen.

den. Sie streiken nicht nur gegen die Verhältnisse an den überfüllten Unis, nicht nur für die von ihnen angestrebte Viertelparität in der Mitbestimmung (Professoren, Mittelbau, Studenten und Büropersonal), nicht nur für mehr Frauenrechte. Indem sie gegen die Uni streiken, streiken sie gegen die Zukunft, in der kein Platz für sie sein wird.

Natürlich sind nicht alle Studenten über einen Kamm zu scheren. Ebert unterscheidet drei Gruppierungen. Da ist zum einen der Kreis der propperen, strebsamen Kommilitonen, der sich anpasst, damit er später seinen Arbeitsplatz bekommt. Das breite Mittelfeld weiß um die Unsicherheit, sieht die Schwächen im System und hofft, durch Reformen eine Besserung herbeizuschaffen. Der Rest aber „zieht sich aggressiv zurück“, weiß um „no future“, wird sich eines Tages in der Kreuzberger oder Schöneberger Szene wiederfinden, bleibt eigentlich nur an der Universität eingeschrieben, um die Vorteile, die Studenten gewährt werden, mitzunehmen.

Als Christ sieht Ebert für diesen Kreis seine besondere Verantwortung. „Gerade die müssen wir besonders ernst nehmen, weil sie in der Gesellschaft nicht gefragt sind“, sagt er. Sie fühlen sich ungeliebt und unwillkommen. Viele wollen sie ausgrenzen, aber man grenzt nur ein Problem aus. Damit sind die engagierten Professoren nicht einverstanden und unterstützen den Forderungskatalog, um etwas Dauerhaftes aus diesem studentischen Aufstand herauszuholen. „Wir Dozenten haben im Herzen ähnliche Wunschzettel und sind im Grunde genommen froh, dass die Studenten jetzt kämpferisch einklagen, was wir bisher allzu dezent gefordert haben“, schrieb Ebert Anfang des Jahres an die Studenten und Studentinnen des OSI.

Er ist durchaus für eine erweiterte Mitbestimmung der Studenten, denn junge Erwachsene, die wahlberechtigt sind und sogar Abgeordnete werden dürfen, müssen sich auch an den Universitäten richtungsweisend beteiligen dürfen. Die Sprachlosigkeit an den Unis, die zustande gekommen ist, weil die Studenten den Professoren keine legitimen Sprecher gegenüberstellen konnten, kann nicht im Sinne der Professoren sein. Ob die Forderung nach Viertelparität unter Einschluss des Büropersonals allerdings gerechtfertigt ist, bezweifelt Ebert.

Nun kann aber selbst eine gut funktionierende Mitbestimmung den Studentenberg nicht bewältigen. Also staatliche Studienlenkung, harter Numerus clausus? Bei einer Aufnahmeprüfung auf Bedarf hin könnte darauf abgezielt werden, dass nur angepasste, regierungskonforme Menschen hineinkommen, wehrt Ebert ab. Das Pochen auf Leistung ist keine Lösung und Ausscheidungskämpfe dürfen in dieser Gesellschaft nicht Platz greifen. Denn wer einen solchen privilegierten Posten ergattert hat, würde ihn mit Klauen und Zähnen verteidigen. Nur wenn Solidarität zum Prinzip der Gesellschaft gemacht wird, ist sie zu retten. Er sieht mittelfristig allein den Weg, dass jeder Mensch nur noch die Hälfte arbeitet.

Seine neue Perspektive lautet: bezahlte Berufsarbeit und unbezahlte Eigenarbeit. Dies würde der Familie zugute kommen, insbesondere den Frauen, die sich dann ebenso ihrem Beruf widmen können, wie die Männer. Allerdings ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kein Thema für Ebert. Der Lohn muss anderen zugute kommen, der Einzelne muss lernen, an die Gesellschaft zu denken, wenn er nicht mit dieser Gesellschaft zugrunde gehen will.

Marianne Usko
 Berliner Sonntagsblatt / S.3
 29. Jan. 1989 / Nr.5

Nach dem Gespräch fahre ich ans Otto-Suhr-Institut. Dort herrscht gedrückte Stimmung. Die Streik-Zeitung „Abstrosi“ stellt ihr Erscheinen ein. Keine Reaktion der ISIs auf meinen Brief.

Ein klärendes Schreiben des Dekans

Dekan Kiersch hat heute einen Brief an die Studenten und Dozenten des Fachbereichs geschrieben, in dem er mitteilt, wie die Versammlung der Dozenten über die Anerkennung des Semesters und die Vergabe von Seminarscheinen entschieden hat. Seminarscheine können nur dann ausgestellt werden, „wenn erstens ein verabredeter Leistungsnachweis (in Regel eine schriftliche Arbeit) erbracht wird und zweitens die DozentInnen die Möglichkeit haben, sich mindestens noch einmal ohne jede Störung mit den TeilnehmerInnen der Lehrveranstaltung zu treffen. Ziel dieser Treffen soll es sein, gemeinsam über die Bedingungen zu beraten, unter denen ein Erfolg des Semesters sichergestellt werden kann (Abfassung von Arbeiten, mögliche Blockveranstaltungen etc.).“

Wolfgang beteiligt sich am Sternmarsch der Spandauer Schüler zum Marktplatz. Es geht um dieselben Forderungen wie bei den Sleep-in von Weihnachten. Wolfgang ärgert sich über die ordinären Sprüche der Schüler im Lautsprecherwagen.

Helga Lüpke, eine Schulfreundin meiner Frau, erzählt mir am Telefon, dass ihre Tochter Katja (1. Semester Germanistik) bedrückt sei von der Streiksituation. Zu Beginn des Wintersemesters sei sie nur in überfüllte Veranstaltungen geraten, habe noch keinen Anschluss gefunden und fühle sich nun auch in den autonomen Kursen nicht wohl. Wenn man sich als Abiturientin auf das Studium gefreut hat, muss ein sich dahinläpperndes Streiksemester deprimierend sein!

Samstag, 21. Januar 1989

Backlash bei den Wahlen am OSI

Das Kuratorium der FU hat auf den studentischen Druck reagiert und einige besonders strittige Strukturentscheidungen ausgesetzt. Ich glaube nicht an einen Gesinnungswandel. Am OSI hat unter den Professoren diejenige Gruppe, die law and order hochhalten will, aber auch die Viertelparitätische Kommission auf Drängen von Gesine Schwan mitgetragen hat, die meisten Stimmen bekommen. Gesamtgesellschaftlich gesehen handelt es sich aber bei dieser OSI-Rechten um eine gemäßigt linke Gruppe, die wahrscheinlich mehrheitlich aus Sozialdemokraten besteht. Sie stellt jetzt drei Vertreter. Die OSI-Linke, die ich immer noch wähle, obwohl ich mit meinen christlichen und dezidiert pazifistischen Überzeugungen nicht so ganz dazu passe, hat mit Väth nur noch einen Vertreter, die Mitte zwei. Wir Linken müssen nun intensiv freiwillig mitarbeiten. Ich habe mich in der letzten Sitzung der WE 3 für die Ausbildungskommission gemeldet.

Sonntag, 22. Januar 1989

Mein Durcheinander von Einfällen und Beobachtungen

Ich träume: Hinter mir fährt ein alter verrosteter Bus. Ich sitze mit mehreren in einem normalen PKW. Bus und PKW haben anscheinend dasselbe Ziel, obwohl ich das Gefühl habe: Die Fahrer beider Automobile haben keine Kenntnis der Strecke. An einem Bahnübergang hält der PKW. Plötzlich sagt mir jemand, dass ich doch am Steuer sitze. „Aber das Auto wird doch ferngesteuert“, entgegne ich und merke dabei, dass es nicht stimmt.

Ich wache um 4 Uhr auf. Ich mache mir Gedanken zum Thema „Die Katakomben und die Bergpredigt: Selig sind die Leistungsschwachen, denn für sie habe ich eine Laufbahn bereitet.“ (Mat.5,3). Könnten gerade diejenigen, welche sich als künftige Politologen nichts mehr zutrauen, gewonnen werden, gegen Entgelt an Forschungsprojekten zu arbeiten, zum Beispiel bei der Ergänzung der Liste von Aktionen zivilen Ungehorsams oder bei dem Aktionskatalog? Ruth, mit der ich beim Frühstück darüber spreche, ist skeptisch. Ließe sich ein solches Sonderprogramm durch die Berghofstiftung oder privat finanzieren? Wenn es zu einem Tutorenprogramm kommt, wird dies in erster Linie den ohnehin Tüchtigen zugute kommen, nicht aber den Randständigen.

Im heutigen „Tagesspiegel“ erscheint ein Leserbrief Wolfgang Laskowskis, Dekan des Fachbereichs Biologie. Er weist darauf hin, dass neben dem Lehrboykott verstärkt „illegale Gewaltanwendung“ Platz gegriffen habe und die „Nötigung von lernwilligen Studenten und Lehrpersonen, sowie vandalistische Beschmutzungen und Zerstörungen von Universitätsinstituten“ als Druckmittel für Ziele verwandt worden seien, „die nur durch Gesetzesänderung eingesetzt werden können (wie zum Beispiel Einführung von Viertelparitäten in den Universitätsgremien)“. Damit weist Laskowski auf eine Schwachstelle des Protestverhal-

tens hin. Doch dies lässt sich in allen seriösen Studien über die Wirkung Zivilen Ungehorsams nachlesen: Bloßer Druck durch illegale Maßnahmen zieht nur einen Backlash nach sich. Der Protest muss Sympathien im Mittelfeld der Beobachter gewinnen und neue Mehrheiten schaffen. Sachbeschädigungen und aggressives Vorgehen gegen Personen sind konterproduktiv.

Montag, 23. Januar 1989

Asterix und die partizipative Gestaltung der Lehre am OSI

Um 10 Uhr treffen sich im „Asterix“-Saal der Ihnestr.22 Studenten der Refo-Gruppe mit der Kommission „Partizipative Gestaltung der Lehre“ der WE 3. Der Hörsaal B hat diese neue Bezeichnung bekommen in Anlehnung an die Titelfigur der studentischen Antwort auf meinen Offenen Brief. Wahrscheinlich wird sich die neue Bezeichnung nicht lange halten, aber ich kann damit leben. Das zivile Gespräch zeigt, dass die Studenten realistische Vorstellungen von ihren Möglichkeiten der Mitgestaltung von Kursen haben. Karsten Johnson kommt mir mit seinen operativen Vorstellungen, wie studentische Vorschläge in den gesamten Lehrplan und in die Gestaltung der einzelnen Kurse eingebracht werden können, sehr entgegen. Dem war ein skeptischer Diskussionsbeitrag von meiner Seite „Zur studentischen Mitbestimmung bei der Gestaltung der regulären Kurse“ vorangegangen. .

Meines Erachtens muss die Demokratisierung vorverlagert werden - und zwar vor die erste Sitzung der Kurse. Wenn man, wie Fritz Vilmar vorschlägt, den Aufbau des Kurses in der ersten Sitzung zur Disposition stellt, ist die Gefahr groß, dass es kein produktives, sondern ein unproduktives Chaos gibt. Es kommen möglicherweise eine Menge interessanter Vorschläge, aber es wird in diesem brainstorming sehr schwer sein, die Frage zu prüfen, ob und wie diese Vorschläge sich operationalisieren lassen im Blick auf Texte und Arbeitsgruppen. Ich halte es für viel besser, den Kommentar zur geplanten Lehrveranstaltung im vorhergehenden Semester auszuhängen. Dazu können Interessenten sich in eine Liste eintragen und mit diesen soll dann, noch bevor der Hochschullehrer im engeren Sinne mit der Kursvorbereitung, also auch dem Vervielfältigen von Texten und dem Aufbau des Handapparates begonnen hat, der Kursverlauf besprochen werden. In diesem Stadium lassen sich studentische Wünsche und Vorhaben am besten berücksichtigen. Wer sich an dieser Vorbereitung beteiligt, hat dann allerdings einen Vorsprung gegenüber denjenigen, die dann zur ersten Sitzung kommen. Ich halte wenig von der hier vorgeschlagenen Demokratisierung durch das Herunterstufen der Dozenten auf die Rolle eines Seminarteilnehmers, der sich wie jeder andere auch zu Wort melden muss. Ich habe das mehrfach auf studentischen Wunsch ausprobiert. Es war nur sinnvoll im 2. Teil von Projektkursen, in denen alle einen fortgeschrittenen Wissensstand hatten und ohnehin bei Redebeiträgen mehr auf die Qualität als mit der Stoppuhr auf die Länge ge-

achtet wurde. Im Grundstudium bedarf es einer echten Seminarleitung. Die Dozenten könnten sich jedoch mehr zurückhalten, wenn die Studenten untereinander kritischer wären. Beliebter ist jedoch, als Zuhörer die Kritik des Seminarleiters an einem Referat abzuwarten, um dann die Kritisierten gewissermaßen „solidarisch“ zu verteidigen.

Im Übrigen liegt es nun einmal im Interesse von Lernenden, aus den Hochschullehrern möglichst viel Wissen herauszuholen. Wenn ich in meinem Forschungssemester Kurse von Theologen oder Philosophen besuche, dann will ich dort nicht möglichst viel selber reden, sondern den kundigen Dozenten zuhören und auf meine Frage eine fundierte, ausführliche Antwort bekommen. Ich sitze da als 50jähriger ganz brav in der Vorlesung und schreibe auch fleißig mit, um den Gedankengang schrittweise verfolgen zu können. Und warum auch nicht? Ich fühle mich dabei weder undemokratisch noch autoritär bevormundet, wenn ich von mir geschätzten Kollegen wie zum Beispiel dem Philosophen Michael Theunissen in einem Seminar über Arthur Schopenhauer nur zuhöre.

Wir müssen von einer Scheindemokratisierung des Kursablaufs zu einer Mitgestaltung bei der Kursplanung gelangen. Das geht am besten, wenn die Studenten ihre Wünsche anmelden, bevor in der WE 3 das Lehrangebot beschlossen wird. Ohne studentische Wunschliste füllt das Direktorium den vorgeschriebenen Rahmen der Kurstypen mit den jeweiligen Angeboten der Dozenten aus. Inhaltliche Wünsche sind von studentischer Seite bisher kaum angemeldet worden. Ich bin ziemlich sicher, dass die Dozenten auf solche Wünsche eingehen würden, wenn sie mit einer ausreichenden Zahl von hochmotivierten Kursteilnehmern rechnen könnten.

Wenn diese Art der Beteiligung - trotz des gegenwärtigen Impulses - ausbleiben sollte, haben die Dozenten noch die Möglichkeit, für die erste Sitzung ein Seminarprogramm auszuarbeiten, das mehrere inhaltlich operationalisierte Verläufe zur Wahl stellt. Dann hielte ich es im Sinne des Vorschlags von Fritz Vilmar auch für möglich, dass die Studenten ohne den Dozenten beraten und entscheiden. Wovor ich Angst habe, ist dass im Zeichen der Demokratisierung und der studentischen Selbstbestimmung ein sorgfältig vorbereitetes Kursprogramm zum Beweis der eigenen Aufmüpfigkeit umfunktioniert wird und dann tatsächlich niemand mehr über den Gegenstand der Verhandlung ausreichend Bescheid weiß. Wenn dies dann auch noch in einem überfüllten Kurs geschieht, ist nach kurzem Aufflackern der großen Erwartungen der allgemeine Frust programmiert.

Vollversammlung der FU-Professoren und mein missglückter Diskussionsbeitrag

Am Abend findet in der „Rostlaube“ – zunächst auch nur eine scherzhafte Bezeichnung, die sich dann durchgesetzt hat - eine Vollversammlung der FU-Pro-

fessoren statt. Etwa 300 sind gekommen. Auch in der Rostlaube sieht man erschreckend viele Sprühschriften, aber einiges stand immerhin auch auf Papierbahnen. Die Versammlung der Hochschullehrer hat einen auffallend ständischen Charakter. Fritz Vilmar hat eine Vorlage zur partizipativen Didaktik eingebracht. Sie wirkt auf mich wie sozialdemokratische Selbstberuhigung. Ich versuche auf die fehlenden Berufsperspektiven vieler Studenten hinzuweisen, aber ich finde nicht den richtigen Ton. Die in solchen Gremien gängige ständisch-betuliche Tonart missfiel mir aber noch weit mehr. Im Endeffekt habe ich mich jetzt nicht nur von den Studenten, sondern auch von den Professoren isoliert. Eine reife Leistung - auf Tonband mitgeschnitten zum Nachhärern.

Ich dokumentiere zunächst den Entwurf einer EntschlieÙung, welche die Kollegen Bauer, Hübner, Iseler, Torke und Vilmar vorgelegt hatten. Ich meinte die Handschrift von Fritz Vilmar erkennen zu können.

Für eine partizipative Gestaltung der Lehrveranstaltungen und der Lehrplanung

Wir halten es für entscheidend wichtig, dass der Streik an den Hochschulen so schnell wie möglich zu Ergebnissen führt, statt irgendwann in sinnlosen Konfrontationen und Frust zu enden. Daher genügt es nicht, jene allgemeinen strukturellen Forderungen zu unterstützen, die sich an Staat und Universitätsleitung wenden. Wir müssen - und wollen - konstruktiv auf jene Forderungen reagieren, die sich an uns richten und die wir selbst in Vereinbarungen mit den StudentInnen verwirklichen können.

Zu solchen Vereinbarungen erklären wir uns hiermit bereit. Wir bekennen uns zu dem Leitprinzip solcher Übereinkommen: Dass optimale Freiheit der Forschung und Lehre optimale Freiheit des Lernens miteinschließen muss; d.h. vor allem - wie es bisher im Grunde in vielen Fächern schon praktiziert worden ist - weitestgehende Beteiligung der Lernenden bei der Lehr- und Forschungsorganisation. Zwar ist der Informations- und Kompetenzvorsprung der Lehrenden nicht zu leugnen. Er darf aber nicht dazu führen, dass in den Hochschulen die Lernfreiheit der Studierenden auf die Wahl zwischen Alternativen reduziert ist, über die andere - primär eigenen Bedürfnissen folgend - bestimmen. Daraus folgt:

1. Wir bejahen die Forderungen der Studierenden, verbindlich an der Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen beteiligt zu werden. Der Grad dieser Partizipation wird je nach dem Thema und Charakter der Veranstaltung verschieden sein. Entscheidend ist das Prinzip, dass Hochschullehrer ihre privilegierte Position nicht als Alleinbestimmungsrecht über die thematische wie didaktische oder methodische Gestaltung der Lehre verstehen, sondern versuchen,

soweit wie möglich die Mitwirkung und Selbstbestimmung der Studierenden dabei fördern. Diese Mitwirkung sollte überall, je nach den Gegebenheiten des Fachs, vereinbart werden.

2. Wo immer möglich, wollen wir die Autonomie der wissenschaftlichen Arbeitsprozesse fördern, indem wir selbstorganisierte Arbeitsgruppen im Rahmen unserer Übungen und Seminare vorsehen und unterstützen. Dies setzt allerdings voraus, dass auch eine weit verbreitete Konsumhaltung unter den StudentInnen überwunden wird.

3. Um künftig in jedem Semester in allen Fachbereichen zu Lehrangeboten (Vorlesungsverzeichnissen) zu kommen, die von Studierenden geforderte relevante Problembereiche angemessen berücksichtigen, wollen wir Themenvorschläge, die uns rechtzeitig von (VertreterInnen der) StudentInnen vorgelegt werden, soweit wie möglich bei der Lehrplanung in unser Lehrangebot aufnehmen. Wir fordern die Studierenden auf, ihrerseits Arbeitsgruppen zu bilden, deren Ergebnisse dem Fachbereich bzw. der WE rechtzeitig vorgelegt werden. Können studentische Vorschläge nicht oder erst später berücksichtigt werden, so ist dies den Studenten(vertreter)Innen schriftlich zu begründen.

Ich meldete mich bei der Aussprache über diesen Resolutionsentwurf. „Ich wäre gerne konstruktiv und ich würde Fritz Vilmar, meinen Kollegen am Otto-Suhr-Institut, gerne zustimmen. Ich tue es sogar, aber nur im Blick auf den bloßen Text seiner Vorlage. Doch ich muss destruktiv, zumindest desillusionierend sein im Blick auf die an eine solche Resolution geknüpften Erwartungen. Dieses Papier bearbeitet das Grundproblem dieses Streiks überhaupt nicht; es greift nur Probleme auf, die ein Teil der Studenten - verlegen um eine rationale Begründung - artikuliert hat. Nun gut, vielleicht trifft Fritz Vilmar tatsächlich die Probleme eines Teils der Studenten, möglicherweise sogar des größten Teils der Studenten, jedenfalls aber nicht die Problemsicht derjenigen, die sich zwar immatrikulieren, aber nach dem Studium auf keinen Arbeitsplatz mehr hoffen. Daher rührt die Aggressivität gegenüber der Universität. Dies ist der Grund dafür, dass sie uns alles Mögliche an den Kopf werfen, von dem wir wissen, dass es empirisch falsch ist. Diese Studenten ahnen: In dieser Gesellschaft mit dieser Ordnung des Arbeitsmarktes haben wir keine Chance, auch wenn wir dieses Studium so absolvieren, wie es die Studienordnungen uns vorschreiben. Deswegen sind sie so aggressiv gegenüber der Universität. Und ich glaube, das ist erst der Anfang dessen, was auf uns zukommt, wenn wir auf dieses Gefühl der Perspektivlosigkeit keine Antwort finden. Ich habe es noch nie erlebt, dass so ordinär, so aggressiv gegenüber Hochschullehrern und gegenüber der Universität als Institution vorgegangen wurde. Das ist ein völlig neues Verhalten und es erklärt sich aus dem Umstand, dass viele Studenten für sich als Akademiker auf dem Ar-

beitsmarkt keine Chance sehen. Das ist das Problem und dieses können wir nicht bearbeiten mit einigen Reformen unserer Kurse. Was Fritz Vilmar hier vorschlägt, haben einige von uns bereits praktiziert. Das hat den Verzweifelten nichts genutzt. Genau die Studenten, die in solchen partizipativen Kursen waren, sind jetzt besonders aggressiv. Also bitte machen wir uns keine Illusionen: Partizipative Gestaltung der Kurse ist schön und gut, aber nicht die Lösung des Problems!“

Der Versammlungsleiter, Prof. Hübner, ging auf meinen Beitrag ein und bezeichnete die Demokratisierung der Studienorganisation und ihre Verrechtlichung im Sinne einer größeren Autonomie als „Knackpunkt“. Er wolle auch nicht in Abrede stellen, dass wir die soziale Lage der Studenten und die relative Aussichtslosigkeit, auf dem Arbeitsmarkt eine Position zu finden, die dem akademischen Abschluss entspricht, für das Verhalten der Studenten mitverantwortlich zu machen hätten. „Die Universität trägt heute gesellschaftliche Kosten, die sonst anderswo entstehen würden. Nur bezahlt man diese Institution nicht so recht dafür. Also hier gibt es keine Differenz. Man darf dieses Argument nur nicht benutzen, intern nichts zu tun. Man muss sich auf eine veränderte Lage der Studenten im Lehrbetrieb ebenso einlassen... Ich will nur dafür plädieren, die Probleme jetzt nicht nach außen zu projizieren. Sie haben zu leicht gesagt, das machen wir doch schon. Da sind doch viele Wünsche offen.“

Ich entgegnete ihm: „Aber Herr Hübner, zum Empirischen: Wir haben im Otto-Suhr-Institut die Situation, dass etwa 30 bis 40 Studenten seit vier Wochen im Souterrain unseres Instituts schlafen und jedes Gespräch mit den Hochschullehrern verweigern und jeden Tag aggressiver werden in ihren Formulierungen gegenüber der Universität. Was soll man denn da machen?“ Einige riefen etwas dazwischen, das ich nicht verstand, aber dem Ton nach als eine Missbilligung meiner Sympathie mit den Besetzern auslegte. Nun hätte ich gut daran getan zu schweigen, aber ich war zu erregt und meinte meine Position rechtfertigen zu müssen. „Mit diesem Papier kommen wir jedenfalls keinen Schritt weiter. Wir halten immer Ausschau nach Forderungen, aber wir müssten mal nach Motiven fragen. Das eigentlich Beunruhigende ist doch, dass sie in dem uns vertrauten Sinne gar keine Forderungen mehr haben, sondern ihre Frustration nur noch in bemerkenswert aggressiven Sprüchen zum Ausdruck bringen. Man kann natürlich sagen, gegenüber dieser Art von Studenten – und es handelt sich nachweislich um Hauptfachpolitologen – : die müssen wir irgendwie hinausdrängen aus der Universität. Der Kollege Jäckel hat mit solchen Lösungen bereits geliebäugelt. Und ich bin ziemlich sicher, die meisten von uns, auch in diesem Saale, wären diese Studenten gerne los. Aber wir können sie doch nicht nach Madagaskar schicken.“

Nun gab es wieder Zwischenrufe, die ich aber wieder nicht verstand, und ich war auch viel zu aufgeregt, um sie zu verstehen. Man ist es nicht gewohnt, vor

einer Versammlung von 300 Kollegen zu sprechen, ich widersprach ja der Mehrheit. Jedenfalls hätte ich mir auf die Zunge beißen können. Wie konnte ich nur „Madagaskar“ sagen? Das war ja nicht der Mond oder irgendeine abgelegene Insel. Das war der Ort, an die Nazis die Juden schicken wollten. Doch etwas Genaues wusste ich darüber doch auch nicht. Sonst hatte ich mich doch an die Regel gehalten: Keine Vergleiche mit dem Dritten Reich! Die passen fast nie! Und sonst lasse ich auch immer die Finger davon. Warum jetzt hier? Ich Esel! Und ich schob dann nur noch hinterher – in dem sicher vergeblichen Versuch, das Gemeinte anders zu formulieren: „Aber das ist doch das Problem unserer Gesellschaft, dass wir mit einem Teil dieser Menschen nichts mehr anfangen können, weil wir ihre Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt haben.“ Ich ging von dieser Versammlung ziemlich deprimiert nach Hause. Es war niemand da, mit dem ich noch hätte sprechen können. Ich spürte: Einen richtigen Freund, der dir auch dann gut zuredet, wenn du einen Fehler gemacht hast, hast du unter deinen Kollegen wohl nicht. Und Flechtheim war nicht da, und Fritz Vilmar, der mir politisch am nächsten steht, hatte ich kritisiert. Ausgesprochen dumm gelaufen!

Dienstag, 24. Januar 1989

Diskussion über die Streiksituation im Wissenschaftszentrum Berlin

Nach einer zeitlich knapp bemessenen Erkundungsschleife zum OSI fahre ich weiter in die Kirchenleitung, wo ich heute nur wenig mitrede. Der verkorkste Diskussionsbeitrag in der gestrigen Professorenversammlung steckt mir noch in den Knochen. Ich setze mich für die Beibehaltung unserer Gemeindepraxis der Zulassung aller Gutwilligen zum Abendmahl ein - entgegen dem dogmatisch gewiss plausiblen Gutachten der Kirchlichen Hochschule. Das freudige Dabeisein der kleinen Kinder ist mir wichtiger als das Gutachten. Sonst gehören die Kinder doch auch zu uns. Warum sollen sie hier nicht mit zum Altar kommen und eine Oblate und einen Schluck Traubensaft erhalten, auch wenn sie nicht kapieren, worum es geht? Martin Kruse geht das Problem diplomatisch an. Er dankt den Professoren für das vorzügliche Gutachten – und lässt durchblicken, dass die Pfarrer und Gemeindeglieder es auch künftig halten können – und werden - wie bisher.

Um 17 Uhr verlasse ich die Kirchenleitung und fahre zum Wissenschaftszentrum Berlin, wohin der Bürgerinitiativenforscher Dieter Rucht zu einer Diskussionsrunde über die studentischen Protestaktivitäten eingeladen hat. Er leitet mit einigen Überlegungen zu den „Unterschieden zwischen alter und neuer Studentenbewegung“ ein. Müller-Enberg von der „Besetzt“-Redaktion zeigt die Video-Zeitung der Streikenden in Ausschnitten. Gekommen sind neben einigen Wissenschaftlern auch Studenten aus mehreren Fachbereichen. Die Diskussion zeigt, dass das OSI eine Sonderrolle spielt, vielleicht gerade wegen seiner linken Vergangenheit. Christian Fenner, auch ein früherer Assistent Flechtheims, und

ich beteiligen uns intensiv an der Diskussion. Ich zeichne meine Beiträge auf Band auf.

Um 19.30 Uhr fahre ich weiter zur Heilig-Kreuz-Gemeinde. Auf Einladung von Pfarrer Jürgen Quandt wird über die Abschiebungen in den Libanon beraten. Die Aufnahme der Bedrohten ist für die Gemeinden ziemlich beschwerlich, weil die Illegalen bisweilen über viele Wochen betreut werden müssen. Sie können sich nicht frei bewegen und das schafft besondere psychische Probleme. Ich höre fast nur zu. Zur Öffentlichkeitsarbeit empfehle ich, die auf der Synode erörterte Möglichkeit der Fürbittliste aufzugreifen. Dies findet Zustimmung. Wir suchen nach weiteren Möglichkeiten des Einwirkens auf das Abgeordnetenhaus und auf den Senat. Kann man denn Widerstand eskalieren? Wie sollen wir unser Anliegen dramatisieren?

Mittwoch, 25. Januar 1989

Partizipation auf Kosten der Vorbereitung

Frühmorgens zwischen vier und fünf kommen die Einfälle. Ich will heute im Direktorium der WE 3 vorschlagen, eine Kommission „Soziale Probleme der StudentInnen der Massenuniversität“ zu bilden. Aus ersten Stichworten entsteht bis zum Frühstück ein Entwurf.

In der Direktoriumssitzung bin ich betont kooperativ gerade gegenüber Fritz Vilmar, mache jedoch aus der Grundkursperspektive einige Einwände gegen seine Didaktik der partizipativen Kursgestaltung geltend. Sabine Berghahn berichtet mir beim Mittagessen von ihren Erfahrungen im Grundkurs mit 80 Teilnehmern. Das war sehr aufrichtig, aber nicht gerade ermutigend. 13 Arbeitsgemeinschaften kann eine Dozentin unmöglich betreuen!

In der Streikzeitung „Besetzt“ wird mein Auftritt in der Vollversammlung der Professoren attackiert: Ich hätte „Hasstiraden“ gegen das ISI geschleudert. Das Gegenteil war der Fall. Ich machte mir nur große Sorgen und hielt die Vorschläge zur Kursdidaktik angesichts dieser Herausforderung für völlig unzulänglich. Ich hätte jedoch tatsächlich besser den Mund gehalten! Ob ich jetzt mit einer Stellungnahme etwas zu bessern vermag? Ich probiere es und fahre nach einem Telefongespräch mit Müller-Enberg zur Redaktion, die gar nicht im Impressum steht, aber auf Universitätsgeräten arbeitet und beileibe keine konspirative Einrichtung ist.

Ich dokumentiere den Beitrag in der Streikzeitung „Besetzt“, Nr. 26 vom 25.1.1989.

Ein chaotisches Werk - ProfessorInnen unter sich

Es waren vor allem Männer, die sich da auf der Prof-VV trafen. Dass es nur ganze 8 % Professorinnen gibt, ließ sich an der an beiden Händen abzählbaren Zahl der anwesenden Professorinnen erkennen. Das wurde aber nicht auf der VV thematisiert. Wobei es ja überhaupt ein Wunder zu sein scheint, dass Profs den Arsch hochkriegen und sich versammeln.

Die inhaltliche Substanz dieser Versammlung war schwindend gering, die Resolutionen sind Ausdruck eines Konsens, der sich dadurch auszeichnet, dass die eigentlich interessanten Fragen nicht thematisiert werden. Keine einzige konkrete Stellungnahme zu unseren Forderungen, die als studentischer Wunschzettel an den Weihnachtsmann bezeichnet wurden. Man könne nun nicht von Prof-Seite die Wundertüte öffnen.

Wenn sie wenigstens einmal daran denken würden!

Wenn sie wenigstens die Utopie einer anderen Universität im Kopf hätten! Stattdessen einige „Ausrutscher“. Der OSI-Prof Theodor Ebert startete Hasstiraden gegen das ISI, die rational schwer nachvollziehbar sind und sich wohl mit grundlegenden Irritationen bzw. psychischen Dispositionen erklären lassen.

Die NofU/LA-Profis saßen brav in der ersten Reihe. Ein LA-Jura-Prof stand auf, stellte sich als Kandidat auf vorderem LA-Listenplatz vor und regte sich über das große I im Wort ProfessorInnen auf. Dann setzte er sich wieder.

Während der Diskussion im Saale traf sich draußen in einem Seminarraum ein noch nicht identifiziertes Kugelgrüppchen. Ganz außen vor diesmal die seltsamste Allianz, die dieser Streik zu bieten hat, die „Troika“ Gesine Schwan, Hanno Funke und Uwe Wesel. Gegensätze ziehen sich an, so scheint es, nur was ist der Preis?

Was ansteht, ist eine klare Auseinandersetzung der Profs mit unseren Forderungen und der Krise an der FU. Dazu gehört auch, dass sie ihre Rolle, ihre Funktion und ihren Status im herrschenden Wissenschaftsbetrieb problematisieren - Stellung beziehen zu den Fragen der Hochschulautonomie und der Demokratie an der Hochschule, deren Verwirklichung auch personelle Konsequenzen voraussetzt.

All das ist mehr als das zustimmende Handheben zu unkonkreten Resolutionen.

Wenn man einen solchen Artikel, dessen Anspielungen und Kauderwelsch wahrscheinlich auch die meisten Studenten nicht verstehen, liest, dann fragt man sich, ob man darauf überhaupt reagieren soll. Ich tue es in der Annahme, dass unter den streikenden Studenten immer einige sein werden, die nicht blindlings ihren Wortführern folgen, sondern auch die eigene Position gelegentlich kritisch überprüfen werden. Auch Müller-Enberg schien mir gestern durchaus ansprechbar zu sein. Ich schreibe an die Redaktion von „Besetzt“ mit dem Briefkopf des OSI den folgenden Brief.

An die
Redaktion von „Besetzt“
Babelsberger Str. 14/16, Zi. 418
1000 Berlin 31

25. 1. 1989

Werte RedakteurInnen,

in Nr. 26 vom 25. 1. 1989 schreiben Sie, dass ich auf der Vollversammlung der Professoren am 23. 2. „Hasstiraden“ gegen das ISI gestartet hätte. Ich habe meinen Diskussionsbeitrag zu der Vorlage über „Partizipative Gestaltung von Lehrveranstaltungen“ auf Band aufgenommen, weil ich weiß, dass ich in der Erregung bisweilen überspitzt formuliere. Ich hätte wahrscheinlich manches besser nicht gesagt, aber von Hasstiraden gegen das ISI kann nun wirklich keine Rede sein, weil meine Absicht gerade war, die Kollegen auf die Unzulänglichkeit eines bloßen Eingehens auf Probleme der Hochschuldidaktik hinzuweisen - angesichts der sozialen Lage vieler Studenten. Mein Ärger über das Verhalten der ISI-Gruppe ist inzwischen zunehmend dem Bemühen gewichen, mir das Verhalten dieser Gruppe - wenn Sie so wollen, historisch-materialistisch - zu erklären. Ich habe darum auch dem Direktorium der WE 3 vorgeschlagen, neben der Kommission für didaktische Fragen eine weitere Kommission zu bilden, die sich mit der sozialen Lage der StudentInnen befasst.

Ich nehmen nicht an, dass eine kämpferische Zeitung sich berichtigt, aber ich bitte Sie, doch einmal genau nachzulesen, was ich wirklich gesagt habe. Aber ich gebe zu: Was missverstanden werden kann, war schlecht formuliert. Das heißt, ich lege auf eine Dokumentation nun wirklich keinen Wert. Aber da Sie Schwierigkeiten haben, mein Verhalten „rational nachzuvollziehen“, wollte ich Sie über die zugegebenermaßen erregt gesprochenen Sätze informieren. Ich fände es ohnehin sinnvoll, wenn Sie sich einmal etwas intensiver mit der Reaktion der Hochschullehrer auf gewisse Erscheinungen des Streiks befassen würden.

Zu meinem großen Bedauern, aber nicht Erstaunen hat am Otto-Suhr-Institut die rechte Gruppe der Hochschullehrer erstmals die Hälfte der Sitze im Fachbereichsrat gewinnen können, während die von mir gewählte linke Gruppe nur noch einen Sitz hat. Dieses Ergebnis ist meines Erachtens eine Folge bestimmter Streikformen am Otto-Suhr-Institut. Darüber könnte man in einer Streikzeitung auch einmal nachdenken, auch wenn es zugegebenermaßen nicht populär sein würde.

Mit freundlichen Grüßen

Theodor Ebert

Diesem Brief legte ich die vollständige Abschrift der Tonbandaufzeichnung meines Diskussionsbeitrages bei und ich redigierte noch einen Leserbrief, der die Tonbandabschrift gekürzt – ohne den Madagaskar-Satz – zitierte.

Ich brachte den Brief selbst ins Soziologische Institut in der Babelsbergerstraße, wo die Redaktion von „Besetzt“ im Dachgeschoss arbeitet. Ich traf eine Studentin, die am Computer tippte. Sie nahm meinen Brief freundlich entgegen.

Donnerstag, 26. Januar 1989

Streikdokumente

Heute erscheint im „Evangelischen Sonntagsblatt“ Marianne Uskos Artikel „Streik gegen eine ungewisse Zukunft“. Ich fühle mich verstanden.

In „Besetzt“ ist meine Stellungnahme in der Bleiwüste nicht zu finden. Sie hätte nicht hineingepasst. Dieses Blatt hat ganz und gar keinen dialogischen Charakter. Ich rufe bei Müller-Enberg an, der als Redakteur eigentlich davon ausgegangen war, dass mein Stellungnahme veröffentlicht würde. Er stimmte mir aber darin zu, dass eine so ungewöhnliche Stellungnahme die Sache nur hoch kochen würde, während diese Fehleinschätzung des berichtenden Studenten bald vergessen sein würde. Also für die Historiker zu den Akten! Müller-Enberg begreift „Besetzt“ gerade auch als Streikdokument. Ich war gestern von dem freundlichen Redaktionsgrüppchen hinter den Computern im vierten Stock der Babelsburg auch sehr angetan gewesen. Die Streikenden hatten zunächst überlegt, die Zentrale Universitätsdruckerei zu besetzen, hatten dann aber diese harmlosere Ausweichmöglichkeit gefunden und bevorzugt.

Im OSI ist die Lage fast unverändert. Die ISIs hängen ein San-Salvador-Transparent auf. Frühmorgens hatten sie wohl in der Ihnestraße 22 mit ein paar Baulatten den hinteren Aufgang gesperrt, aber der Hausmeister hat die Hindernisse abgeräumt. Auch den ISIs fehlt die Power zu einer Aktion größeren Formats. Im OSI Hauptgebäude findet man die üblichen Studentengrüppchen bei einer Tasse Kaffee aus der Thermos-Kanne im Foyer. Sie beraten über ihre mor-

gigen Gespräche mit den Professoren. Zu den Ausarbeitungen der WE 3 müssen sie irgendwie Stellung nehmen.

Ich dokumentiere den zur Beratung stehenden und von mir ausgearbeiteten

Antrag des Direktoriums der WE 3

Die WE 3 „Institut für Innenpolitik und Komparatistik“ beabsichtigt eine Kommission „Soziale Probleme der Studentinnen und Studenten an der Massenuniversität“ zu bilden, die sich mit folgenden Themen befassen soll:

- 1. Einkommensverhältnisse und Verdienstmöglichkeiten (BAFÖG, Stipendien, Jobben, neue studiennahe Verdienstmöglichkeiten. Bewerbungen um Tutorienstellen etc.);*
- 2. Wohnraum (Notsituation, WG Erfahrungen etc.);*
- 3. Formelle Immatrikulation bei faktischer Desintegration und schließlichem Studienabbruch;*
- 4. Spezielle Probleme des Lang- und Teilzeitstudiums (Krankenversicherung, Studium mit Sorgepflichten gegenüber Kindern, Angehörigen etc.);*
- 5. Soziale Kontakte (ausländische StudentInnen, universitäre und außeruniversitäre Bezugsgruppen, Verhältnis von Frauen und Männern im Studienalltag, ISI-Café als Dauereinrichtung);*
- 6. Berufsperspektiven, Praktika und der Umgang mit der (partiellen) Erwerbslosigkeit nach Abschluss des Studiums.*

Die streikenden Studentinnen und Studenten und die DozentInnen und die anderen Wes, insbesondere die WE 2 werden eingeladen, in dieser Kommission mitzuarbeiten.

Am Freitag, den 27. 1. soll eine Arbeitsgruppe zu diesem Zweck gebildet werden.

Die WE 3 beabsichtigt regelmäßig einen Einführungskurs zur politischen Soziologie anzubieten, der soziale Probleme von StudentInnen an der Massenuniversität exemplarisch behandelt.

Einstimmig angenommen
25.1. 1989

Freitag, 27. Januar 1989

Das Madagaskar-Flugblatt der ISIs

Innerlich ruhig und erfrischt vom Anhören einer Kassette mit Tucholskys „Schloss Gripsholm“ fahre ich zur Universität, wo heute im Rahmen des „Volks-

freitags“ Studenten und Dozenten in Arbeitsgemeinschaften über verschiedene Streikthemen beraten sollen. Ich möchte mit Sabine Berghahn in einer Arbeitsgemeinschaft „Zur sozialen Lage der StudentInnen an der Massenuniversität“ mitmachen. Karsten Johnson wollte diese Arbeitsgruppe in der Studenten-Vollversammlung vorschlagen.

Der Beginn verzögert sich. Wir trinken zusammen im Foyer des Hauptgebäudes in der Ihnestraße 21 Kaffee. Etwas hundert Studenten und ein Dutzend Dozenten sind gekommen. Bis auf Jürgen Fijalkowski gehören alle zur linken Gruppe. Die anderen hatten wegen der etwas arroganten Einladung der Studenten uns wissen lassen, dass sie sich hier nicht „vorführen“ ließen. So aber saß alles ganz friedlich beisammen und Martin Wildermuth machte zu Beginn auch eine selbstkritische Bemerkung zum Stil der Einladung. Dann aber meldete sich die mit etwa zwanzig Mitgliedern vertretene ISI-Gruppe und verlas ein langes Flugblatt zur „Madagaskar-Äußerung des Theodor Ebert“. Darauf verließen sie, ohne eine Reaktion abzuwarten sofort den Raum. Wir waren alle perplex. Die OSI-Studenten machten betröpfelte Gesichter. Dieses Machwerk der ISIs war unter der Gürtellinie!

Ich sagte nur, dass es von meinem Diskussionsbeitrag in der Vollversammlung der Professoren eine Tonbandabschrift gebe und dieser Abschrift zufolge meine Absicht eine erkennbar andere gewesen sei, als man aufgrund des hier verlesenen Flugblattes annehmen könnte. Dass ich die gegenwärtigen Vorgänge an der Freien Universität überhaupt in Beziehung gebracht hätte zu Ereignissen und Plänen im Dritten Reich, würde ich bedauern. Meine Absicht sei gewesen, den Kollegen deutlich zu machen, dass wir an der Universität vor Integrationsproblemen völlig neuer Art stünden und dass wir diese nicht mit seminarpädagogischen Methoden, wie sie auf der Vollversammlung der Professoren vorgeschlagen wurden, lösen könnten.

Für die anwesenden Kollegen und Studenten war die Angelegenheit damit erledigt. Hajo Funke, der sich mit dem Faschismus und psychologischen Fragen intensiv befasst hat, kritisierte das Vorgehen der ISIs und betonte die Absurdität der gegen mich erhobenen Vorwürfe. Den OSI-Studenten war der Zwischenfall peinlich. Sie waren für den Eklat überhaupt nicht verantwortlich. Ich hatte aber keine Lust mehr in eine Arbeitsgruppe zu gehen.

In der zentralen Streikzeitung für alle Berliner Universitäten, erschien dann kommentarlos das Madagaskar-Flugblatt des ISI-Streikcafes. Das empfand ich als ein besonders ein übles Stück. Der Redaktion war die vollständige Tonbandabschrift bekannt. Wahrscheinlich hat die ISI-Gruppe die Abschrift meines Diskussionsbeitrags sogar von der Redaktion bekommen. Wenn die Redaktion also ein durch nicht gekennzeichnete Auslassungen entstelltes Zitat veröffentlicht, trägt sie eine doppelte Verantwortung. Ich schreibe Briefe an die ISI-Gruppe und

an die Redaktion der „Lieblingszeitung“. So heißt „Besetzt“ in der wöchentlichen Ausgabe für alle Berliner Universitäten. Ich gebe meinen Brief unten im ISI-Cafe ab, mit dem handschriftlichen Vermerk „Ich bin bis 17 Uhr in meinem Zimmer ansprechbar.“ Um 18.30 Uhr bringe ich meinen Brief zur Redaktion der Streikzeitung. Ich finde aus dieser jedoch nur den Soziologiestudenten Dieter Oremus vor. Er hat auch an der Diskussion im Wissenschaftszentrum Berlin am 24.1. teilgenommen. Es kommt zu einem längeren Gespräch. Ich habe den Eindruck, dass Oremus mehr weiß, als er sagt. Nachdem ich schon gehofft hatte, dass ich ihm den problematischen Charakter der Veröffentlichung des ISI-Flugblattes klargemacht hatte, überraschte er mich mit der Frage: „Haben Sie jetzt während des Gesprächs auch wieder Ihr Tonband mitlaufen lassen?“ Welch ein Feindbild! Er traut mir tatsächlich zu, dass ich mit verdecktem Mikrofon dieses Gespräch aufgenommen habe!

Allmählich beginnt mich zu interessieren, wer in „Besetzt“ zunächst den Artikel über die Versammlung der Professoren [der gesamten FU, nicht nur des OSI] am 23.1. verfasst und mein diesbezügliches Schreiben bearbeitet hat. Bei der Anonymität der Streikzeitung ist man als Diffamierter völlig hilflos. Diese Streikzeitung wird in mehreren tausend Exemplaren in Berlin verteilt und die meisten Leser werden von mir nur die Meldung aus dem „Tagesspiegel“ über den offenen Brief an die Studenten und jetzt diese Pseudonachricht der ISIs kennen. Hier wird im Ansatz deutlich, was passieren kann, wenn der Anspruch erhoben wird, außerhalb der Pressegesetze eine Zeitung zu machen.

Aus: Lieblingszeitung Nr. 8, 27.1. 89

Erklärung des ISI zur „Madagaskar-Äußerung“ des Theodor Ebert

Am 23. 1. gab es eine ProfessorInnen Vollversammlung des OSI. Als die Rede auf diejenigen kam, die die Kellerräume des Ingrid-Strobel-Instituts besetzt halten, merkte Theodor Ebert an, es handele sich dabei zwar zum größten Teil um OSI-StudentInnen, allerdings um solche, die überhaupt keine Forderungen mehr hätten, und überdies nur noch frustriert seien. Ebert wörtlich: „Man könnte sagen, die müssen wir rausdrängen, und ich bin sicher, dass die Mehrheit der hier Versammelten das auch will, aber wir können sie doch nicht nach Madagaskar schicken.“

Hat sich hier das wahre Gesicht von Theodor Ebert gezeigt? Jedenfalls ist der Ton seines zweiten „inoffiziellen Briefes“ an die ISI-BesetzerInnen ein anderer: „Eure Skepsis gegenüber dieser Kommission (gemeint ist die Viertelparitätischen Kommission) ist durchaus realistisch (...) Wichtig scheint mir nur zu sein, dass Ihr politisch aus dem Keller herauskommt und offensiv an dauerhaften

Strukturen arbeitet“. (Brief v. 19.1.) Der Tenor dieses Briefes ist allerdings derselbe wie zuletzt bei der Diskussion um die geforderte Aufhebung der OSI-Blockade. Es wird mit Polizeieinsatz gedroht, und die Arbeit an „dauerhaften Strukturen“ ist an die Aufgabe eines Druckmittels - hier der Blockade, da der Besetzung - gebunden. Ebert setzt dem noch eins drauf. Wir müssen rausgedrängt werden, offensichtlich will nicht nur er das, und weil wir nicht nach Madagaskar geschickt werden können, bleibt wohl nur der Bulleneinsatz. Kriminalisierung statt „Endlösung“ - herzlichen Dank! Ebert schließt seinen Brief mit der Bemerkung, es sei ihm in der derzeitigen Situation eigentlich nicht nach Witzen zumute. Uns auch nicht! Deshalb können wir seine „Madagaskar-Äußerung“ auch nicht als hirnlosen Witz abtun. Wir halten Ebert zwar nicht unbedingt für einen Fascho, wohl aber für ein typisches Exemplar von Prof, der hinter allem, was sich seinem politischen Einzugsbereich entzieht, Unheil wittert, das bekämpft werden muss. Außerdem zeigt seine „Madagaskar-Äußerung“, dass die Forderung nach Faschismusforschung nur dann Sinn macht, wenn wir diese selber in die Hand nehmen.

(Es folgt nun ein „kleiner antifaschistischer Nachhilfeunterricht“, den wir leider nicht abdrucken können - kein Platz, daher nur soviel:) Der Madagaskar-Plan war eines der ersten Endlösungskonzepte der Nazis. Ausgehend von dem Wissen um antisemitische Grundhaltungen in anderen europäischen Ländern (vor allem Frankreich und Polen) sollte nach einem Siegfrieden über Frankreich die Judenfrage in Form einer Massendeportation gelöst werden. Der Madagaskar-Plan war kein Hirngespinnst, sondern war bis Ende 1941 die am konkretesten formulierte Planung der Endlösung.(...)

Es wird in der letzten Zeit verstärkt gefordert, wieder Fragen stellen zu dürfen. Trauriger und zugleich bezeichnender Höhepunkt war die Rede Jennings zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht. Angesichts sich verschärfender sozialer und politischer Widersprüche in der BRD wird verstärkt auf autoritäre, sexistische und rassistische Identifikationsmuster zurückgegriffen. Da, wo die Grenzen materieller Befriedung deutlich werden, fängt die Befriedung durch nationale Identität an. Ebert fordert von uns, wir sollen jeder einzelnen DozentIn empirisch nachweisen, wo sie/er durch ihre/seine Forderungen Unterdrückungsverhältnisse stabilisiert. Davon abgesehen, dass zum Beispiel die Konstruktion des Zivilen Ungehorsams nichts anderes als der Versuch ist, die Illusion in eine bundesrepublikanische Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu erhalten, offenbart sich hier die „Vogel-Strauß-Methode“ so mancher OSI-DozentInnen. Mensch zieht sich auf seinen eigenen kleinen Forschungsbereich zurück und verliert dabei die Wahrnehmung für das, in dessen Rahmen sich universitäre sozialwissenschaftliche Forschung vollzieht. Als hätte es nie einen Historikerstreit gegeben, als käme das Wort von der Legitationswissenschaft nur aus dem Sprachgebrauch der radikalen Linken, als hätte das Anti-Osi mit dem OSI nicht zu tun.

Wer vorgibt, mit seinen Arbeiten bzw. Gutachten bezüglich des Zivilen Ungehorsams neue Möglichkeiten des Widerstands aufzuzeigen, und dabei außer acht lässt, mit welchen Mitteln der staatliche Sicherheitsapparat auf diejenigen reagiert, für die die Frage von Legalität und Illegalität eine Frage des herrschenden Rechts und der Klassenjustiz ist, den kann mensch noch als borniert oder sonstwie abtun. Wer dann aber noch das Geschäft der Kriminalisierung mitbetreibt und sich damit der herrschenden Staatsräson unterwirft, der muss sich fragen, ob seine sprachlichen drop-outs nicht doch mehr als Entgleisungen sind. Das Wort von der „gaskammervollen Disco“ ist uns jedenfalls noch in Erinnerung, und auch die dümmlichen Reaktionen drauf. Also, Theodor Ebert: Jennings war Politiker, du nennst dich gar Politikwissenschaftler. „Mir ist in dieser Gesellschaft eigentlich nicht nach Witzchen zumute“. Dann mach Ernst!!!

(Flugblatt des ISI)

Prof. Dr. Theodor Ebert

*An die
ISI-Gruppe
Im Hause*

27.1. 1989

Liebe ISI-Leute,

ich bleibe bei dieser Form der Anrede, weil ich annehme, dass Euch das Nachlesen der Tonbandabschrift und das Begleitschreiben an „Besetzt“ zeigt, dass es gerade nicht meine Absicht war, Euch aus der Universität hinauszudrängen. Meine Kollegen könnten mir allerdings den Vorwurf machen, dass meine Anspielungen auf den „Madagaskar-Plan“ ihre Überlegungen zum Numerus clausus am OSI diffamiere. Vielleicht war dies sogar der Grund für einige Zwischenrufe, die ich nicht verstehen konnte. Es bleibt natürlich die psychologisch interessante Frage, wie ich spontan in einer nachgeschobenen, also nicht vorbedachten Bemerkung auf diesen Vergleich gekommen bin. Ich erkläre mir dies damit, dass ich mich seit einigen Jahren mit Fremdenfeindlichkeit, dem Abschieben von Asylsuchenden, der Ausgrenzung von Minderheiten und den Tendenzen zur „Zweidrittelgesellschaft“ befasse und dass mir an diesem Tag Euer neu auf den Flurboden des Instituts gepinselter Spruch durch den Kopf ging: „Ist oder war dies ein Nazi-Institut?“ Diese Frage ist angesichts der Geschichte der Hochschule für Politik etwas merkwürdig, aber sie hat wohl in mir nachge-

arbeitet und dann intellektuell unkontrolliert, spontan zu dieser unpassenden Anspielung auf den Madagaskar-Plan geführt, die eigentlich Wasser auf Eure Mühlen ist, die ich aber gegenüber meinen Kollegen Jäckel nicht ernsthaft vertreten könnte. Er könnte als Sozialdemokrat sich beleidigt fühlen, aber doch nicht das ISI.

Ich will die Angelegenheit nicht hoch kochen und habe darum auch gestern „Besetzt“ gebeten, meine Stellungnahme zu dem Artikel in Nr. 26 nicht zu veröffentlichen, aber vielleicht wäre jetzt doch der Zeitpunkt gekommen, dass wir als Angehörige dieses Fachbereichs miteinander reden, statt uns auf Umwegen öffentlich zu interpretieren. Ich hoffe, dass es zu diesem Gespräch kommt, wo auch immer wir dann den Kaffee trinken.

*Mit freundlichen Grüßen
Theodor Ebert*

Da es eilte, schrieb ich von Hand an die Redaktion von „Besetzt“ mit OSI-Briefkopf den folgenden Brief.

27.1.1989

Liebe RedakteurInnen!

Die ISI-Gruppe hat heute im Rahmen der ISI/OSI Fachbereichsveranstaltung zum Tagesordnungspunkt „Profs und WiMis beziehen Stellung“ das von Ihnen heute veröffentlichte ISI-Flugblatt zu meiner „Madagaskar-Äußerung“ verlesen und daraufhin - ohne eine Stellungnahme abzuwarten- den Raum verlassen. Ich hatte Ihnen am 25.1. eine Stellungnahme zu ihrem Bericht über die Vollversammlung der Professoren am 23.1. überbracht, noch in der Erwartung, dass Sie diese am 26.1. veröffentlichen würden. Die vollständige Tonbandabschrift meines Diskussionsbeitrags war also bereits am 25.1. in Ihren Händen. Als meine Stellungnahme am 26.1. nicht - wie erwartet - erschien, rief ich bei einem Ihrer Redakteure an und sagte ihm, dass ich auf eine Veröffentlichung meiner Stellungnahme verzichte, weil ich die Angelegenheit nicht hochkochen wolle. Nun veröffentlichen Sie heute unkommentiert die Erklärung des ISI, von der Sie aufgrund der Tonbandabschrift wissen (können), dass es sich um eine Fehlinterpretation handelt und dass das Zitat im ISI-Flugblatt nicht mit meiner Abschrift übereinstimmt.

Die Einschätzung des Artikels vom 25.2., dass ich Hasstiraden gegen das ISI gestartet habe, hätte ich auf mir sitzen lassen, aber das ISI-Flugblatt ist ein

starkes Stück. Als ich am 2.1. 1989 an die OSI-Studenten einen langen kritischen, aber aus meiner Sicht solidarischen Brief schrieb, ahnte ich, dass ich einigen Ärger auf meine Person lenken würde. Ich hätte meinen Namen jetzt gerne wieder aus den Schlagzeilen, aber die Veröffentlichung des ISI-Flugblattes nötigt mich nun doch, Sie zu bitten als Redaktion diese Angelegenheit aufzuklären. Meines Erachtens ist es auch eine Frage an die Moral dieses Streiks, ob Sie selbst in dieser Angelegenheit Klarheit schaffen können.

Ich lege zu ihrer Information noch einen Artikel aus dem Evangelischen Sonntagsblatt und meine beiden Briefe an das ISI bei, von denen der erste vom 19.1. durch das Zitieren im Flugblatt nun doch ein offener Brief geworden ist.

*Mit freundlichen Grüßen
Theodor Ebert*

Sonntag, 29. Januar 1989

Abwahl des CDU/FDP-Senats

Als ich um 19 Uhr von einer Vorstandssitzung des Versöhnungsbundes in Hannover nach Hause komme, ist die Sensation bereits perfekt. Der siegessichere CDU/FDP-Senat hat keine Mehrheit mehr! Bei den ersten Interviews mit SPD-Politikern im Hintergrund Sprechchöre „Rot-grün, rot-grün!“ Aber fast 8 Prozent für die Republikaner! Ströbele (AL) kommentiert: Um den Rechtsdruck entgegenzuwirken, hätte die CDU inhaltlich für die Fremden argumentieren müssen. Stattdessen sei nun eine Anpassung der CDU nach rechts zu befürchten!

Montag, 30. Januar 1989

Zweite Versammlung der Hochschullehrer an der FU

Zu der zweiten Versammlung der Professoren sind nur halb so viele wie am 23. Januar in die Silberlaube gekommen. Problemlos ist die Verabschiedung der Vorlage des Juristen Müller „Kritik und Selbstkritik“. Ich kenne und schätze Müller aus seiner Zeit als Assistent von Martin Draht am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der TU Darmstadt. Ich kann hier zustimmen, frage mich aber doch, ob unsere demonstrative Selbstzerknirschung wirklich hilfreich ist. Die Studenten verschleiern ihre konzeptionelle Unsicherheit mit herablassenden Gesten gegenüber den Dozis. Hier verläppert ein Semester, ohne dass viel Konstruktives passiert.

Es liegt noch eine Vorlage vor, die sich in ihrem ersten, von dem früheren Vizepräsidenten Hübner verfassten Teil mit Vorstellungen zur Novellierung des Ber-

liner Hochschulgesetzes befasst. Diesen ersten Teil befürworte ich, bitte aber um eine kommentierte, nicht nur Insidern der Hochschulpolitik verständliche Fassung, die weiteren Teile II - V sind noch nicht ausgereift und zusammen mit Tugendhat und anderen wende ich mich gegen deren Verabschiedung. Ich bemühe mich um eine ganz ruhige pragmatische und konstruktive, insgesamt knappe Argumentation, um den Eindruck des vergangenen Montag nach Möglichkeit auszugleichen. Dies dürfte mir wahrscheinlich auch gelungen sein. Ich meldete mich erst im zweiten Teil der Veranstaltung, als Ermüdungserscheinungen bei den Kollegen erkennbar wurden.

Ich dokumentiere die Resolution, weil sie mir den Lernprozess während des Streiksemesters in gediegener Sprache zusammenzufassen scheint.

Kritik und Selbstkritik

*Erklärung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern
der Freien Universität Berlin*

Es ist den Aktionen der Studenten zu verdanken, dass die Warnungen, die Einzelne und Gruppen in der Vergangenheit an Gesetzgeber und Öffentlichkeit gerichtet haben, endlich Gehör finden. Die Studenten haben alle Mitglieder der Universität aus der Resignation wachgerüttelt, in die sie für viele Jahre gefallen waren.

Wir erklären als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Freien Universität Berlin:

1. Es war ein Fehler, den Planungen in der Hochschulpolitik Zahlen zugrunde zu legen, von denen bekannt sein konnte und auch bekannt war, dass sie nicht stimmten. Es war unvertretbares finanzpolitisches Wunschdenken und negative Politik, die Universitätshaushalte trotz wachsender Studentenzahlen immer wieder zu kürzen. Dahinter stand die Annahme, die Problem der Hochschulpolitik der nächsten Jahrzehnte könnten sich im Wege der Marktregulierung lösen lassen - auf dem Rücken einer Generation von Studenten, unserer Töchter und Söhne. Die falschen Zahlen haben sich in richtige Menschen verwandelt und gegen diese Rücksichtslosigkeit protestiert.

Wir fordern, dass die Finanzpläne für Stellen, Sachmittel und Raumplanung sich endlich an den realistischen Zahlen orientieren. Noch für längere Zeit werden an unseren Universitäten nicht 800.000, sondern über 1.500.000 Studenten studieren, die einen auch grundrechtlich fundierten Anspruch auf Ausbildung geltend machen. Ferner fordern wir, die vollständige Umstellung des Bundesaus-

bildungsförderungsgesetzes auf Darlehen rückgängig zu machen, weil es zynisch ist, das Studium mit hohen Schulden zu belasten, während sich gleichzeitig die Berufsperspektiven und damit die Rückzahlungsmöglichkeiten immer mehr verdüstern.

2. Es war ein Fehler, die Mitbestimmung der Studenten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und anderen Dienstkräften noch hinter die Linien zurückzuschneiden, die das Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 (BVerfGE Bd.35, S.79-170) gezogen hat, eines Urteils, das von vielen schon als Übergriff der Gerichtsbarkeit in die Sphäre des demokratischen Gesetzgebers kritisiert wird. Die massenhafte Loyalitätsverweigerung von studierfähigen und studierwilligen Studenten zeigt, dass es kurzsichtig war, sie wieder in bloße Objekte der Hochschulverwaltung zurückverwandeln zu wollen.

Wir fordern, umgehend zunächst die Mitbestimmung in dem Maß wiederherzustellen, die das Hochschulurteil dem Gesetzgeber für solche Fragen überlassen hat, die die Lehre bzw. die Forschung gar nicht unmittelbar betreffen. Darüber hinaus fordern wir, in Bund und Ländern die hochschulpolitische Diskussion über angemessene Strukturen der modernen Universität wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, das Hochschulrahmengesetz zu novellieren, um für die unterschiedlichen funktionalen Gruppen den ihnen angemessenen Einfluss zu finden. Wir verlangen aber auch, sofort schon damit zu beginnen, neue Formen der Mitbestimmung zu erproben.

3. Es war ein Fehler, die unumgängliche Reform der deutschen Universität an Haupt und Gliedern auf halbem Wege stecken bleiben zu lassen. Vorbild für die Reformen waren einige Züge der nordamerikanischen Universität, die ihrerseits großen Traditionen der alten deutschen Universität weltweite Anerkennung verschafft hat. Dazu gehört es eben, dass Lehrende und Lernende in Forschungszusammenhängen gleichberechtigt zusammenarbeiten, wodurch die Lehre erst ihre Substanz findet. Unerlässlich ist es aber auch, die in den meisten Kulturstaaten bereits anerkannten Schlüsselzahlen für das Verhältnis von Dozenten und Studenten endlich anzuerkennen, von denen die Verwirklichung des fast schon universell anerkannten modernen didaktischen Konzepts abhängt: in überschaubaren Gruppen forschend zu lernen.

Die massiven Proteste der Studentenschaft haben eine neue Phase der Hochschulpolitik eingeleitet. Die Reformen müssen wieder aufgenommen werden. Als Sofortmaßnahme verlangen wir, dass die Universitäten zunächst das bereits vorhandene Lehrpotential ausschöpfen, indem fortgeschrittene ältere Studenten als Tutoren eingestellt werden, um den jüngeren Studenten in Arbeitsgruppen zu helfen, sich das erforderliche Wissen aktiv zu erarbeiten; ferner dürfen die noch vorhandenen vorlesungsbegleitenden Arbeitsgemeinschaften nicht weiter durch Stellenstreichungen reduziert werden, sie müssen vielmehr wieder ausgedehnt

werden; schließlich sollen die wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Unterrichtung auch der höheren Semester und für die Examensvorbereitung herangezogen werden. Langfristig fordern wir eine Planung, die sich an dem Ziel orientiert, die gewaltigen Investitionen im Universitätsbereich nicht durch unwirtschaftliche Kürzungen zu entwerten, indem Funktionen gestrichen werden, die diese Investitionen erst ganz wirksam machen würden.

4. Es war ein gravierender Fehler, wie in der Bundes- und Landespolitik immer wieder versucht worden ist, die Universität zu instrumentalisieren und, weil es in bestimmten Machtkonstellationen momentan politisch wünschbar und machbar erschien, in die gewachsenen Strukturen unterschiedlicher Forschungsansätze hineinzuregieren oder gar zu versuchen, einzelne Wissenschaftler, Gruppen oder ganze Forschungszusammenhänge mit engstirnigen administrativen Mitteln zu behindern, zu disziplinieren oder zu eliminieren.

Die Universität ist keine Welt für sich, sie ist Teil der Gesellschaft und erfüllt für die Gesellschaft wichtige Funktionen. Aber wir fordern von den Regierungen und Hochschulverwaltungen den Respekt vor den Eigengesetzlichkeiten der wissenschaftlichen Forschung und die Anerkennung ihrer Vielgestaltigkeit, die ihre Lebendigkeit ausmacht. Aus diesem Grunde fordern wir, die jüngsten Strukturbeschlüsse, die in der Universitätsöffentlichkeit als Maßregelungen kritischer Wissenschaftler aufgefasst worden sind und die durch den letzten Beschluß des Kuratoriums zum Teil nur vorläufig ausgesetzt sind, sämtlich und definitiv aufzuheben.

5. Die Universität wendet sich aber nicht nur kritisch an Parlamente und Verwaltungen. Sie erkennt selbstkritisch, dass die großen Möglichkeiten der Autonomie der Universität in der Vergangenheit auch zur Verteidigung von gruppenegoistischen Privilegien missbraucht worden sind. Die ideologische Enge der deutschen Universität unter der Bismarck-Verfassung, die offen republikfeindlichen Tendenzen zahlreicher Hochschullehrer unter der Weimarer Reichsverfassung, vor allem aber beschämende Formen der Zusammenarbeit vieler Wissenschaftler mit der Hitler-Diktatur haben der Universität schweren Schaden zugefügt. Die Universität hat häufig die Einmischung des demokratischen Staates herausgefordert und weil sie den wissenschaftlichen Pluralismus durch engherzige Schulbildung oft erstickt hat, statt ihn von sich aus willkommen zu heißen.

Wir fordern daher auch von uns selbst und von unseren Kollegen, die die Gründe zu erkennen, aus denen es nötig ist, dass die Gruppe der Hochschullehrer ihre spezifischen Belange in regulärer und kontinuierlicher Diskussion gegenüber den anderen Teilen der Universität deutlich macht. Begründungszwang vor dem Forum der Universitätsöffentlichkeit fördert die Freiheit der Wissenschaft. Die Fähigkeit der Universität zur Selbstverwaltung hängt davon ab, ob es gelingt, den legitimen Belangen anderer Gruppen und Strömungen innerhalb der Uni-

versität Rechnung zu tragen. Die Universität muss daran arbeiten, die institutionellen Mechanismen des Minderheitenschutzes zu verbessern, bei denen sich die von der Verfassung garantierte Freiheit der Wissenschaft gerade auch als Freiheit der anderen Forschungsansätze bewährt. Wir möchten die Solidarität innerhalb der Hochschule, über die Gruppen und Forschungseinrichtungen hinweg stärken, um für die Autonomie der Universität gegenüber staatlicher Reglementierung in Zukunft eine solide Basis zu finden.

6. Unsere Selbstkritik richtet sich auch gegen die Diskriminierung der Frauen innerhalb der Universität. Während sich Frauen in vielen Berufen inzwischen durchgesetzt haben und ihre neue Rolle zunehmend gesellschaftliche Anerkennung findet, hat sich die Universität besonders lang dagegen gewehrt, die Frauen, die sie selber ausgebildet hat, auch in ihre eigenen Reihen aufzunehmen. Die Unterrepräsentation der Frauen unter den Hochschullehrern ist unannehmbar. Auch hier ist die Universität in der Vergangenheit der Gefahr erlegen, ihre Autonomie für egoistische Gruppeninteressen - hier der männliche Hochschullehrer - auszunutzen.

Wir fordern von uns und unseren Kollegen, dass wir uns nunmehr an dem gesellschaftlichen Bewusstseinswandel, der um die Universität herum stattgefunden hat, auch innerhalb der Universität aktiv beteiligen und institutionelle Mechanismen finden, um die strukturelle Diskriminierung der Frauen in Forschung und Lehre definitiv zu beenden.

7. Wir nehmen kritisch und selbstkritisch die gegenwärtige Unruhe an der Universität zum Anlass, auch über den engeren universitären Bereich hinaus eine neue Diskussion um die Rolle von Schule, Ausbildung, Fortbildung, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten in kommunalen, regionalen, nationalen, europäischen und weltbürgerlichen Zusammenhängen zu fordern. Wir müssen eine Form der Universität finden, die einem hochindustrialisierten Land mit einer reichen kulturellen Vergangenheit in der jetzigen Situation - einem historischen Wendepunkt - gemäß ist.

Es war ein Zeichen großer Blindheit, zu glauben, die Probleme der Hochschulpolitik ließen sich dadurch lösen, dass der Zugang zur Universität erschwert und eingeschränkt oder das Studium selbst unattraktiv wurde. Dieser enge Ressourcenstandpunkt der Kultus- und Finanzverwaltung wird dem gesellschaftlichen Auftrag der Universität und dem Bereich von Bildung und Kultur insgesamt nicht gerecht. Unser Wirtschaftssystem hat einen hohen Entwicklungsstand erreicht, der viele früher benötigten Arbeitskräfte freisetzt und die Arbeitsprozesse selbst tiefgreifend umgestaltet. Dabei werden uns zugleich die Grenzen der natürlichen Ressourcen immer mehr bewusst. Die Grenzen der Belastbarkeit unserer Umwelt haben wir bereits überschritten. In der Gesellschaft, wie sie jetzt im Entstehen begriffen ist, werden Bildung, Wissenschaft und Kunst eine zuneh-

mende und nicht eine abnehmende Bedeutung gewinnen. Im Blick auf unser reiches kulturelles Erbe haben gerade wir eine besondere Verantwortung dafür, bei dem nötig werdenden Umbau der Gesellschaft zu helfen, neue Wege in die Zukunft zu finden. Wir fordern die funktionelle Freiheit der Universität nach außen und nach innen, damit wir dieser gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden können.

Dienstag, 31. Januar 1989

Vollversammlung: Streik ohne Ende?

Im halbwegs gefüllten Auditorium Maximum des Henry-Ford-Baus findet die erste Vollversammlung des Fachbereichs Politische Wissenschaft seit Streikbeginn statt. Die Streikführer der Studenten wollten nur über das vom CDU/FDP-Senat geplante „Berliner Institut für deutsche und internationale Politik“, das sogenannte Anti-OSI sprechen, nicht aber über den Streik und den weiteren Verlauf des Semesters. Mühsam kommt ein Kompromiss zustande. Zunächst wird ausführlich über das Anti-OSI beraten, das von den SPD-Mitgliedern unter den Kollegen (Schroeder und Diederich) aufgrund des Wahlergebnisses ohnehin totgesagt wird. In einer Abstimmung nach Gruppen erklären auch die Professoren, mit knapper Mehrheit, dass sie sich jetzt der Kooperation mit dem Ziel der Institutsgründung verweigern würden.

Dieses Begräbnis des Anti-OSI hat uns sehr viel Zeit gekostet. Die Versammlung bröckelt ab, bevor es zur Beratung über die Situation am Fachbereich kommt. Am Schluss gibt es nur noch pessimistische Voten. Alexander Schwan, der sich – zu meiner Überraschung und wahrscheinlich unter dem Einfluss seiner Frau Gesine - während des Streiks aller Polemik gegen die Studenten enthalten hat, beklagt, dass das Semester verläppere. Das ist auch mein Eindruck: Erforderlich wäre eine gemeinsame Anstrengung für etwas Konstruktives. Ich mache einen Vorschlag zur „Drittelparität bei der Lehrplanung in den wissenschaftlichen Einrichtungen“. Ich zeichne meinen Redebeitrag auf Tonband auf. Ich spüre im Raum Animositäten, aber ich kann wenigstens innerhalb der Zeitvorgabe zu Ende reden.

Für Drittelparität bei der Lehrplanung in den wissenschaftlichen Einrichtungen

Diskussionsbeitrag auf der Vollversammlung des Fachbereichs Politische Wissenschaft am 31. 1. 1989

Es ist wichtig, dass wir uns am Ende dieses Semesters Gedanken machen über den Anfang des nächsten Semesters. Ich glaube auch nicht, dass wir noch etwas

daran ändern können, dass sich das Geschehen hier verläppert. Das ist nun mal so. Wir haben jedoch alle zusammen die Verantwortung, dem nächsten Semester einen sinnvollen Start zu ermöglichen. Meine Vorstellungen laufen darauf hinaus, dass wir im nächsten Semester konfliktfähige Gremien schaffen. Wir brauchen eine sehr viel stärkere studentische Beteiligung auf der Ebene der Wissenschaftlichen Einrichtungen. Der sinnvolle Weg scheint mir zu sein, dass in allen Kursen in der ersten oder zweiten Sitzung Delegierte für einen studentischen WE-Rat gewählt werden und dieser wiederum mit dem Ziel der Drittelparität Delegierte in die jeweilige Wissenschaftliche Einrichtung entsendet, um dort an der Lehrplangestaltung mitzuwirken. Dies bedeutet, dass wir den Lehrplan nicht wie bisher in den ersten zwei Sitzungen des Semesters schon behandeln können. Die studentischen Gremien müssen Zeit haben, sich zu konstituieren und zu beraten.

Ich halte es für sehr wichtig, dass die Viertelparitätische Kommission in ihrer Mitgliedschaft verklammert wird mit den Wissenschaftlichen Einrichtungen. Dies wäre dadurch möglich, dass wir die Viertelparitätische Kommission auf 16 Mitglieder erweitern. Dies würde jeder der 4 Wissenschaftlichen Einrichtungen die Möglichkeit geben, ihre Delegierten in die Viertelparitätische Kommission zu entsenden. Dadurch würde die Legitimation der Viertelparitätischen Kommission, die jetzt spontan und zu Recht in ihrer Mitgliedschaft aus dem Streik heraus entstanden ist, gestärkt. Wenn man sie dauerhaft institutionalisieren möchte, dann braucht man eine andere Art von Legitimation, als sie ihr der Streik in diesem Semester gegeben hat.

Nach meiner Vorstellung sollte auf der Basis der Kursdelegierten in den Wissenschaftlichen Einrichtungen eine neue Legitimationsstruktur entstehen. Wenn sich dann zeigen sollte, dass zum Beispiel wegen Überfüllung der Kurse durch Protestmaßnahmen weiterhin Druck ausgeübt werden muss, dann könnte ein solcher Delegiertenrat aus den Kursen heraus entscheiden, ob gestreikt werden soll oder nicht. Ein solches Gremium fehlt uns im Moment und darum läppert sich der Streik jetzt so dahin.

Die studentischen Vollversammlungen sind eben Versammlungen der Aktiven, aber sie sind keine repräsentative Gremien für den Willen, der in den Kursen - zur Zeit schweigend - vorhanden ist. Die Wahl von Kursdelegierten wäre vielleicht eine Möglichkeit, zu einem geordneten, aber durchaus auch konfliktfähigen Start des nächsten Semesters zu gelangen.

Ich habe die hier mündlich und knapp vorgetragenen Gedanken dann auch noch in einem eigenen Papier näher ausgeführt. Damit füllt unsereiner Seite um Seite und die Zeit verstreicht. Seit mehr als einem Monat ruhen meine Recherchen zur

Sozialen Verteidigung gegen Staatsstreiche und Invasionen. Stattdessen versuche ich mit unseren hauseigenen Besetzern zu Rande zu kommen. Dieser Konflikt mit den ISIs ist gemessen an einem Ruhrkampf von 1923 oder dem Kapp-Putsch oder dem Widerstand der norwegischen Lehrer gegen das Quisling-Regime so entsetzlich kleinkariert. Aber ich muss mich nun gerade hier bewähren. In dieser verfahrenen Streiksituation konstruktiv zu sein, ist mühsam. Stundenlang tüftele ich Detail-Regelungen zur Aufteilung der knappen Tutorienstellen. Sie sollen gerecht und praktikabel sein. Und dabei muss ich auch noch auf diese Mode mit dem großen I Rücksicht nehmen. Das ist ein solcher Unfug! Keine deutsche Schriftstellerin von Rang wird diese Sprachverhunzung, die von der taz in die Welt gesetzt wurde, mitmachen. Man stelle sich vor: Gedichte von Sarah Kirsch oder Prosatexte von Christa Wolf mit großem I. Ist das nicht absurd? Und bei unseren Universitätspapieren ist doch ohnehin klar, dass Männer und Frauen in gleicher Weise gemeint sind? Doch wenn dieser umständliche Unfug uns jetzt weiterhilft, schreke ich auch davor nicht zurück und passe mich an. Dekan Kiersch macht's genau so. Wenn der Jargon hilft, sei's drum! Sonst findet sich bei den Beratungen bestimmt ein Idiot oder eine Idiotin, denen sonst nichts einfällt, welche die Entscheidung in der Sache durch fabelhaft erhellende Beiträge zu Gender in der Sprache aufhalten.

Fünf-Punkte-Programm der WE 3

Vorlage für ein Schreiben des Direktoriums der WE 3 an den Fachbereichsrat und die Viertelparitätische Kommission

Am Ende des Streik-Semesters 1988/89 hat das Leitungsgremium der WE 3 über die Perspektiven für das SS 1989 beraten. Die WE 3 geht davon aus, dass neben den Kursangeboten, die sich aus dem Streik ergeben (können), die herkömmlichen Kurse gemäß den Ankündigungen im Kommentierten Vorlesungsverzeichnis angeboten werden. Sie erwartet, dass die DozentInnen bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms die im Streiksemester artikulierten studentischen Interessen berücksichtigen und den KursteilnehmerInnen ihre diesbezüglichen Absichten erläutern und diese zur Diskussion stellen. Im Einzelnen macht die WE 3 zur Verbesserung der Kursgestaltung und der studentischen Mitbestimmung folgende fünf Vorschläge:

- 1. Die WE 3 hat am 25.1. 1989 Empfehlungen zur partizipativen Planung und Gestaltung der Kurse einstimmig verabschiedet. Sie fordert die anderen WEn auf, sich diesen Empfehlungen anzuschließen. (s.Anlage)*
- 2. Da in den Grund- und Einführungskursen im nächsten Semesters mit verstärktem Andrang zu rechnen ist, hält die WE 3 es für geboten, dass mindestens 3/4 der Tutorienstellen in diesen überlasteten Bereichen angesiedelt werden. Da*

es sich um Bundesmittel für ein Überlastprogramm handelt, muss dieser Verwendungszweck auch nachweisbar sein. Innerhalb der WEn sollen die TutorInnen nur in der Lehre tätig werden, also nicht einzelnen ProfessorInnen für Forschungsaufgaben zugeordnet werden. Dies soll geschehen, indem die WEn die TutorInnen bestimmten Kurstypen, zum Beispiel GK „Politik und Recht“ oder EK „Politische Soziologie“, zuordnen. Die WEn wählen aus den Bewerberinnen diejenigen aus, die zur Mitarbeit in einem bestimmten Kurstyp geeignet erscheinen - unter besonderer Berücksichtigung von Bewerberinnen. Über die Zuordnung der TutorInnen zu einem bestimmten Kurs entscheidet die WE unter Anhörung der Betroffenen bei Verabschiedung des Lehrprogramms. Im Einzelfall haben die betroffenen TutorInnen wie auch die DozentInnen das Recht, eine Zuordnung abzulehnen, weil gedeihliche Zusammenarbeit nur freiwillig erfolgen kann.

3. Allein mit dem Tutorenprogramm lassen sich die Überlastungen in den Kursen des Grundstudiums wahrscheinlich nicht ausgleichen. Die WE 3 hält es darum für erforderlich, dass zwischen den einzelnen Kursen für einen Lastenausgleich bzw. TeilnehmerInnenausgleich gesorgt wird. Sie empfiehlt folgende Regelungen und bittet um Verständnis für die damit verbundenen Härten. Sie empfiehlt diese Regelung, um gegebenenfalls Überlast auch deutlich sichtbar zu machen. Es ist für alle Beteiligten unzumutbar, dass sie sehenden Auges einen Kurs scheitern lassen, weil man sich im Voraus auf keine Regeln zum Umgang mit einer Überfüllung von Kursen einigen konnte.

Die WE 3 empfiehlt DozentInnen - ohne TutorIn - nicht mehr als 30 TeilnehmerInnen in einen Kurs aufzunehmen. Teilnehmerlisten sind vor Kursbeginn in den Sekretariaten auszulegen. In der 2. Sitzung ist die verbindliche TeilnehmerInnenliste zu bestimmen. Sollten in der 2. Sitzung von den ursprünglich Angemeldeten (plus Warteliste) weniger als 30 übrig geblieben sein, sind die noch zur Verfügung stehenden Plätze (bis maximal 40 - je nach Einschätzung des zu erwartenden „Schwunds“) auszulosen. Arbeiten in dem Kursen TutorInnen mit, kann die Zahl der Kursteilnehmer je TutorIn um 10 erhöht werden. Bei mehr als 50 KursteilnehmerInnen hält die WE 3 einen Kurserfolg für nahezu ausgeschlossen.

Die WE 3 empfiehlt diese Begrenzung der Teilnehmerzahlen, weil sie es immerhin für möglich hält, dass bei einigermaßen gleichmäßiger Verteilung der StudentInnen auf das gesamte Kursangebot diese Obergrenzen nicht überschritten werden müssen. Sollte die WE 3 sich hier nachweislich irren, wird das Direktorium der WE 3 mit der gebotenen Vehemenz pflichtgemäß gegenüber dem Senat auf Abhilfe drängen und studentischen Protest unterstützen.

4. Die WE 3 hält es angesichts der durch den Streik des Wintersemesters 1988/1989 zwar dramatisierten, aber doch weitgehend ungelösten Probleme für erforderlich, dass die Studenten über eine Konflikt- und verhandlungsfähige, hin-

reichend legitimierte Präsenz in den Gremien verfügen. Sie empfiehlt in den Kursen je eine(n) Delegierte(n) und eine(n) StellvertreterIn für einen studentischen Rat der WE 3 zu wählen, der seinerseits für das Direktorium der WE 3 VertreterInnen wählt, die in Fragen der Lehrplangestaltung auf der Basis der Drittelparität als stimmberechtigt behandelt werden. Um diesen studentischen Gremien Gelegenheit zu geben, sich zu konstituieren, soll der Lehrplan für das Wintersemester 1989/1990 nicht wie bisher sofort zu Beginn des vorangehenden Semesters beraten werden.

Bei Konflikten, die den gesamten Fachbereich betreffen, könnten die vier studentischen WE-Räte zusammentreten und sich als OSI-Gesamtrat konstituieren.

5. *Die WE empfiehlt, die Viertelparitätische Kommission im Sommersemester 1989 als 16köpfiges Gremium neu zu konstituieren, indem von jeder WE je ein(e) Vertreter(in) der Studentinnen, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und ProfessorInnen entsandt werden. Die Sonstigen Mitarbeiter sollten für ihre 4 Plätze einen anderen Verteilungsschlüssel finden.*

Die Verklammerung der Viertelparitätischen Kommission mit den Interessen und der Kompetenz der WEn verspricht, dieser Errungenschaft des Streiks Gewicht und Dauer zu geben.

Ebert 31. 1. 1989

Mittwoch, 1. Februar 1989

Mit faulen Tomaten gegen den Fachbereichsrat

Der Tag beginnt gut: Im Direktorium der WE 3 wird meine Vorlage „Fünf Punkte-Programm der WE 3“ im Kernbestand akzeptiert. Auf Einspruch der Studenten wird der WE-Anteil am Tutoren-Überlast-Programm unbestimmt gehalten. Mehrere Kollegen halten Teilnahmebegrenzung in den Kursen für kaum praktikabel und empfehlen, in den ersten Sitzungen schriftliche Hausarbeiten als „Eintrittskarte“ zu vergeben. Dann blieben erfahrungsgemäß die wenig Motivierten weg. Dies mag sinnvoll sein, wenn die Schwelle niedrig gehalten wird und nur als Motivationstest dient. Eine Eingangsklausur will ich auf keinen Fall. Wir dürfen uns die Problemfälle nicht unerkannt vom Hals schaffen. Das Kriterium darf nur sein, dass die Studenten überhaupt versuchen, die erste Hausaufgabe in gewissem Umfang zu erledigen. Am Anfang darf nicht die Qualität des Inhalts zensiert werden.

Ich dränge noch darauf, dass in der nächsten Sitzung über das ISI gesprochen wird.

Am Nachmittag begleite ich Hans-Joachim Mengel, unseren Geschäftsführenden Direktor, auf dessen Bitte in die Sitzung des Fachbereichsrats, um dort die Beschlüsse der WE 3 zusammen mit ihm zu vertreten. Der Fachbereichsrat tagt im Hörsaal B im Parterre des Hauptgebäudes, dem „Asterix-Hörsaal“, wie ihn die OSI-Initiative seit dem Antwortbrief an mich nennt. Aus Tischen wurde im Hintergrund des Saales vor der Tafel ein großes U gebildet. Vor der Tafel sitzen Dekan Kiersch und Väth, sein Stellvertreter. Rechts und links sitzen die Mitglieder des Fachbereichsrats und im Innern des U und meist in der Nähe der Tür, um unauffällig wieder gehen zu können, vielleicht dreißig Interessierte, sowohl Studenten als auch Dozenten. Eine Studentin und ein Student der Hochschule der Künste sind mit der Kamera gekommen, um für die „Video-Streikzeitung“ zu filmen. Alle Mitglieder des Fachbereichsrats sind mit dem Filmen einverstanden. Immerhin geht es um die Frage, wie der Fachbereichsrat mit den Vorlagen der Viertelparitätischen Kommission umgeht. Als Mengel und ich eintreffen, wird gerade über die Verlängerung der Notöffnungszeiten der Bibliothek verhandelt. Die Examenskandidaten brauchen die Bibliothek. Dekan Kiersch empfiehlt Vertagung, um verhandeln zu können.

In diesem Moment stürmen ein halbes Dutzend ISIs herein, die PLO-Schals um das Gesicht gewunden. Sie werfen dem neben mir sitzenden Leiter von Archiv und Dokumentation, Wollny, einen Feuerwerkskörper, einen sogenannten Frosch, zwischen die Beine und beginnen dann in Tüten zu greifen und uns mit Tomaten zu bombardieren. Da ich direkt bei der Tür sitze, bekomme ich aus zwei Metern Entfernung mehrere Tomaten an den Kopf und auf den Rücken. Es handelt sich um ziemlich weiche, fast schon faule Exemplare. Sie werfen noch Flugblätter und einen weiteren Kracher in die Gegend, schreien etwas Unverständliches und hauen nach ein bis zwei Minuten wieder ab. Ich bin geblieben. Es war zunächst nicht zu erkennen, was sie alles warfen. Erst hinterher sahen wir, dass es sich durchweg um Tomaten gehandelt hatte. Etwa drei Kilo, aber alle mit faulen Stellen. Die Kollegen waren in heller Aufregung und brachen sofort die Sitzung ab. Meines Erachtens wäre die Unterbrechung um eine Stunde sinnvoller gewesen.

Die Studenten von der Videozeitung hatten zwar gefilmt, aber sie versicherten mir glaubhaft, dass sie von einer bevorstehenden Störung der Sitzung nichts gewusst hätten. Sie missbilligten die Tomatenaktion. Ich frage sie: „Was macht ihr nun mit diesem Dokument?“ Antwort: „Wir wissen es noch nicht.“

Zwei Stockwerke höher trafen sich im Dekanat die meisten Mitglieder des Fachbereichsrats wieder, um über eine angemessene Reaktion zu beraten. Mengel und ich setzten uns dazu, und auch Martin Wildermuth von der OSI-Gruppe schaute vorbei, um für die studentischen Beratungen unseren Diskussionsstand zu erfahren. Werner Väth, der seit Wochen - sogar über Weihnachten - mit den ISIs verhandelt hatte, war mehrfach getroffen worden, weil er frontal vor den

Werfern gegessen hatte und auch nicht unter den Tisch gekrochen war. Er lehnte jetzt jedes weitere Gespräch mit den ISIs ab. Er werde sich nicht länger zwischen die Studenten und das Präsidialamt bzw. die Polizei stellen.

Ein Polizeieinsatz lag jetzt wirklich in der Luft. Dekan Kiersch verließ das Zimmer, um mit der Presse zu telefonieren, wie sich später herausstellte. Sein Kollege Zeuner fand, dass er das Ergebnis unserer Beratungen hätte abwarten sollen. Wir merkten nach einigen erregten Wortwechseln, dass wir besonnen und kalkuliert handeln mussten. Ich sagte: „Seit Tagen gibt es Indizien für eine zunehmende Isolation der ISIs. Zunächst waren es kleinere Provokationen, zum Beispiel ihre Happenings mit bürgerlichen Möbeln im Vorgarten des ISI. Dies und die Lautsprecherbeschallung der Nachbarschaft haben wir ignoriert. Nun wollen sie durch das Provozieren eines Polizeieinsatzes die Solidarisierung derjenigen Studenten erreichen, die über die Verhältnisse am OSI nicht Bescheid wissen, aber von vornherein gegen jeden Polizeieinsatz auf dem Campus sind. Wir müssen die morgige Vollversammlung der OSI-Studenten abwarten. Die Streikenden müssen diese Methodenfrage unter sich klären.“

An unseren Beratungen nahmen zwei ältere Studentinnen als Mitglieder des Fachbereichsrats teil. Eine war Sozialarbeiterin gewesen und drang darauf, dass wir uns über die sozialen Ursachen des Verhaltens der ISIs Gedanken machten. Ich versuchte mit einem Formulierungsvorschlag darauf einzugehen,²² aber Einigung ließ sich nur über die faktische Beschreibung und Mißbilligung des Vorgangs aus der Feder von Gesine Schwan erzielen.

Am 1. Februar 1989 wurde eine Sitzung des Fachbereichsrats des Fachbereichs Politische Wissenschaft durch eine Gruppe von eindringenden Personen gesprengt, die die Anwesenden mit Tomaten und Knallkörpern bewarfen. Die Sitzung wurde daraufhin abgebrochen. Die Mitglieder des Fachbereichsrats verurteilten einstimmig diese Störaktion und bekräftigten, dass sie die Absicht der Störenden, den Dialog am Fachbereich zu verhindern und die Situation insgesamt zu verschärfen, ablehnen. Sie werden ihre Politik des Dialogs konsequent fortsetzen.

Alle anwesenden Mitglieder des Fachbereichsrats unterzeichneten. Das Beste wäre allerdings gewesen, wenn wir auf eine direkte Aktion auch mal direkt reagiert und in großer Zahl zu den ISI-Räumen vorgedrungen und dort durch unsere Anwesenheit die verbale Auseinandersetzung erzwungen hätten. Das Klägliche ist, dass wir uns das Go-in nicht zutrauen.

²² „Der Fachbereichsrat bewertet die Störung seiner heutigen Sitzung durch einige revolutionär kostümierte Tomatenwerfer als eine Randerscheinung, die sich als extreme Äußerung einer weitverbreiteten Frustration an der Universität erklären lässt.“

So setzten die ISIs ihr lärmendes Untergrundleben fort, als ob nichts geschehen wäre. Ich beschäftigte mich in meinem Zimmer, zwei Stockwerke über den ISIs, noch mit der Ablage der letzten Tage und suchte dann zu guter Letzt meine Gefühle und Gedanken wieder in einem Brief an die ISIs umzusetzen. Ich gab ihn aber nicht ab. Jetzt waren erstmal die Studenten am Zug, vielleicht ließe sich morgen auf dem Umweg über die Evangelische Studentengemeinde doch noch ein Zugang zu den Isolierten finden.

Ich las das Flugblatt der ISIs, das sie im Sitzungsraum verstreut hatten. Sie mussten über die Aktion beraten haben. Sonst wäre kein Text zustande gekommen. Mich wunderte, dass sie im Zuge dieser Beratungen und beim Nachdenken über ihre eigenen Formulierungen nicht gemerkt hatten, dass sie mit einem tätlichen Angriff auf die an der Universität Lehrenden sich von der Universität als Institution verabschieden würden. Nicht die Stunden des Fachbereichsrats waren gezählt, sondern ihre Tage als Studenten einer Universität waren gezählt. Mit ihrem tätlichen Angriff nicht auf einen bestimmten, möglicherweise verhassten einzelnen Hochschullehrer, sondern auf die Gesamtheit der am OSI Lehrenden und Lernenden, denn auch Studenten waren getroffen worden, hatten sich selbst aus der Universität herausgelöst. Wie sollten sie bei Menschen noch lernen wollen, die sie sich mit faulen Tomaten beworfen hatten? Mit dem Beschmieren der Räume der Universität hatte es angefangen und nun hatten sie auch noch die Lehrenden selbst physisch angegriffen. Waren sie sich über die Folgen ihres Handelns für die eigene Identität nicht im Klaren? Es gibt kein „autonomes“ Studium? Es gibt keine Universität ohne Lehre. Dass sie darüber nicht nachgedacht hatten, war das Verrückte an diesem Flugblatt.

DIE STUNDEN DES FBR'S SIND GEZÄHLT

Tomaten sind

- erotisch und frivol
- rund und mollig
- rot (marxistisch), kurz gesagt revolutionär

Wem könnten diese Tomaten mehr gebühren als -

Elmar Altvater

(„Jedes Lehrverhältnis ist ein erotisches Verhältnis“

Zitat E. Altvater)

Tomaten sind

- freundschaftlich und verständnisvoll
- ohne jegliche Probleme
- haben keine weiblichen Endungen nötig
- eigentlich immergleich, mit einem Hang zur Hinterhältigkeit

Last but not least - wem könntn diese Tomaten mehr gebühren als
Gerhard Kiersch

Tomaten sind
 - außen glitschig, haben aber einen festen Kern
 - in jedes (politische) Menü integrierbar
 - mit Tofu und Nofu kombinierbar
 - manchmal wie die FUNKEmariechen
Wem könnten diese Tomaten mehr gebühren als
Gesine Schwan

Tomaten sind
 - harmoniebedürftig und dialogsüchtig
 - hängen an ihrem grünen Käppchen
 - koalitionsbereit in jeder Suppe
 - gegen Republikaner, aber nie ohne VpKetch up
Wem könnten diese Tomaten mehr gebühren als
Hajo Funke

Fraktion zur Verhinderung des Dialogs zwischen Reform und Revolution!!!

Die Tomatenwürfe selbst hatten mich physisch nicht verletzt. Die Tomaten waren auf meinem Jackett und auf meinem Hinterkopf zerplatzt. Die Wirkung der Feuerwerkskörper in einem geschlossenen Raum war hingegen schwerer zu kalkulieren. Das war vielleicht auch die Sonderidee eines besonders autonomen Knallkopfes. Ich versuchte mich zu beruhigen, indem ich einen Brief an die ISIs schrieb, aber ich wusste im Voraus, dass ich ihn dieses Mal nicht abgeben würde.

1.2.1989

Hochbestaunte Tomatenrevolutionäre,

wollt Ihr als Politologen noch ernst genommen werden? Dass Ihr Werner Väth, der seit Wochen geduldig und verständnisvoll mit Euch verhandelt, heute im Fachbereichsrat mit faulen Tomaten beworfen habt, war ein übles Bubenstück, dessen Ihr Euch schämen solltet. Damit habt Ihr Euch eigentlich von der Universität als Institution verabschiedet, denn ohne Hochschullehrer ist diese Einrichtung nun mal nicht denkbar. Man kann doch nicht in den Zoo gehen und sagen: Für diese Tiere interessiere ich mich nicht, ich bin mein autonomer Affe.

Salu
Theodor Ebert

Donnerstag, 2. Februar 1989

Einbrüche in Büroräume des OSI

Ich habe wieder kaum geschlafen, nur von zwei bis fünf Uhr. In der Ihnestr. 22 haben, wie alle annehmen, die ISIs im ersten Stock drei Büroräume von Hochschullehrern aufgebrochen, nur um ein Bettlaken mit einer Parole zugunsten der im Hungerstreik befindlichen RAF-Gefangenen hinauszuhängen. Die Türrahmen wurden herausgestemmt und herausgebrochen, Akten aber anscheinend nicht angerührt.

Wir können das Haus jetzt nachts nicht mehr den ISIs überlassen! Ich gehe zu Dekan Kiersch und schlage ihm vor, den ISIs schriftlich Grenzen zu setzen, weil bisher nur mündlich verhandelt wurde. Die Legalisierung eines Studentencafes sollte der Verhandlungsgegenstand sein. Doch nachts dürfen sie von nun an nicht mehr im ganzen Haus herumgespenstern und herumschmieren. Wachleute der Universität sollten vom Hochparterre aufwärts das Haus kontrollieren.

Ab 13.30 Uhr studentische Vollversammlung. Mit einer Kontroverse zwischen OSIs und ISIs ist zu rechnen. Um 19 Uhr dann noch einmal Nachkarten im ISI-Keller.

Kontroverse mit Synodalen in der Evangelischen Studentengemeinde

Um 19.30 Uhr beginnt in der Evangelischen Studentengemeinde der Freien Universität Berlin ein Treffen von Studenten mit Professoren. Gekommen sind jedoch nur drei Professoren, dafür aber 8 Mitglieder der Regionalsynode von West-Berlin. Ich hatte angenommen, dass vor allem über die allgemeine Lage an der Universität gesprochen würde. So aber befassten sich die Synodalen mit ihren kirchlichen Themen. Es ging um die finanzielle Lage der Studentengemeinde und um die Reduzierung der Studentenpfarrer an den Berliner Hochschulen von vier auf zwei. Mich ärgert, dass einige Synodale die ESG mehrfach nötigen, sich als evangelische Gemeinde zu legitimieren. Im Raum steht das Wort des Bischofs: In den Kirchenhören Berlins gibt es mehr Studenten als in den Evangelischen Studentengemeinden. Auch der Brief von Präses Reihlen mit dem Zitat eines Elite-Studenten, die ESG sei eine Ansammlung „kaputter Wessis“, ist so ein Dokument der Ahnungslosigkeit. Als TU-Studentenpfarrer Scheffler dann ironisch sagt, auch die Apostel der Urgemeinden wären wenigstens zu zweit auf Missionsreise geschickt worden, setze ich noch einen drauf: „Die Konservatoren der Volkskirche haben die Universität doch abgeschrieben. Auch der Mangel an epd-Meldungen über den Uni-Streik und das Fehlen kirchlicher Stellungnahmen

beweisen Ignoranz und Desinteresse. Nicht die ESG hat sich zu legitimieren, sondern die Kirche muss sich dafür verantworten, dass sie in Berlin den Streik von 100 000 Studenten ignoriert. Hier wird hochnotpeinlich nach Andachten und Bibelarbeiten gefragt, während ein Drittel der Studenten zu drop-outs werden, die Arbeitschancen der Absolventen miserabel sind und um Verständnis bemühten Professoren faule Tomaten an Kopf und Rücken zerplatzen.“

Mit diesem Unmutsausbruch habe ich mich bei einigen Synodalen nicht sonderlich beliebt gemacht. Nur Manfred Engelbrecht hatte ähnlich wie ich argumentiert und das ominöse Bischofswort über die Kirchenchöre zitiert.

Danach noch ein langes Nachgespräch mit Peter Paul Junge, dem Studentenpfarrer der FU und einigen Studenten. Ich hatte vorher auch die Klarsicht Junges gelobt, der noch vor Ausbruch des Streiks diesen als fällig, (aber leider unwahrscheinlich) bezeichnet und darob von Präses Reihlen mit einer Ansammlung von Beobachtungen strebsamer Studenten bedacht worden war. Immerhin war Reihlen am Schluss noch auf den Gedanken gekommen, dass wir uns auch um die unter weniger günstigen Umständen Studierenden zu kümmern hätten. Dieser Briefwechsel soll nun in „Kirche aktuell“ erscheinen. Aufschlussreich ist er gewiss, aber kein Dokument der Sensibilität unseres Präses. Er stellt sich auf den Flughafen und diktiert seine Manager-Sicht der Universität in die Stenorette!

Freitag, 3. Februar 1989

Zuspitzung nach den Einbrüchen

„Der Tagesspiegel“ berichtet differenziert über die gestrige Kontroverse zwischen OSIs und ISIs. Am Mittwochabend war noch nicht sicher gewesen, ob die OSIs sich dazu aufrufen könnten, auch einmal Fraktur zu reden. Gestern aber haben sie wohl begriffen, dass wir Hochschullehrer das Aufbrechen unserer Büros mit den Aktenbeständen gar nicht dulden können. Doch haben die internen Auseinandersetzungen auch bei den ISIs etwas bewirkt? Ich suche dafür nach Indizien. Zumindest am äußeren Erscheinungsbild des „Streikcafes“ hat sich nichts geändert. Mir fällt nur auf, dass ich in der Katakomben keine Studentinnen mehr sehe. Es sind jetzt vor allem groß gewachsene junge Männer, die dort ein- und ausgehen. Als studentisches Cafe wird der von den ISIs besetzte Seminarraum im Tiefparterre offenbar nicht mehr genutzt.

Die Einbrüche von gestern wirken bei den Kollegen noch nach. Ralf Rytlewski fordert Wachschatz. Der Verwaltungsleiter Egon Lodder berichtet, das Präsidialamt wolle vermeiden, dass der Wachschatz in Bedrängnis gerät und von sich aus Polizei anfordert. Nach Auffassung der Kollegen sollen die Wachleute dann wenigstens nachts von Zeit zu Zeit durch das Haus patrouillieren. Wollny erwägt als Leiter der Abteilung „Archiv und Dokumentation“ die Arbeit niederzulegen.

Er hatte kürzlich einen Herzinfarkt. Er will aber als Leiter der Abteilung nicht zu Hause bleiben, solange von den anderen Mitarbeitern erwartet wird, dass sie ihren Dienst tun. Nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn er am Mittwoch während der Würfe mit den Feuerwerkskörpern einen weiteren Infarkt erlitten hätte! Das sagen aber nur wir Kollegen untereinander. Wollny selbst hat damit nicht argumentiert.

Besänftigung statt Krisenmanagement

Nachmittags nehme ich an der öffentlichen Sitzung der Viertelparitätischen Kommission teil. Dort wird drei Stunden lang ruhig über die Ausschreibung von fünf Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen beraten. Ich beteilige mich am Gespräch über die Ausschreibungstexte. Keine Spur von Aggression. In der Mitte des Kreises sitzt auf dem Fußboden eine schwarz gekleidete Studentin mit roten Schuhen. Sie breitet ihre Siebensachen (Walkman, Modejournal und Schnittmusterbogen, Pfennigsammlung und allerlei Papierchen) um sich aus. Gelegentlich macht sie auch eine gymnastische Übung. Nach 2 1/2 Stunden zieht sie mit ihrer Flechttasche ab, ohne dass eine der anderen Studentinnen im Raum auf sie reagiert hätte. Nur einmal hatte sie bemerkt, dass Zuwendung zum einzelnen das Wichtigste in den Kursen sei.

Ich habe diese Studentin fast die ganze Zeit beobachtet. Sie war ja auch nicht zu übersehen. Wie soll aus diesem Wesen mal eine tüchtige Politologin werden, die für eine Bundestagsabgeordnete den Wahlkreis betreut, Presseerklärungen verfasst und Briefe und Memoranden schreibt? Wahrscheinlich benötigt sie dringend psychologische Beratung. Aber es ist wichtig, dass wir diese Studenten jetzt wahrnehmen. Wenn sie zu Beginn des Semesters ein paar Mal ins Seminar kommen und dann wegbleiben, bemerken wir dies kaum. Das Auftauchen dieser eleganten Schwarzgekleideten mit den roten Schuhen ist ein Indiz, dass Ausnahmesituationen wie der Streik und die Besetzung des Instituts Menschen anlocken, die sich im normalen Seminarbetrieb nicht zurechtfinden. Bei einem solchen Streik keimt bei ihnen die vage Hoffnung auf, dass sich nun auch für sie an der Universität Verständnis und ein kuscheliges Plätzchen finden werde. Vielleicht haben sich im Streikcafe der ISIs zumindest anfangs auch solche Träumerrinnen eingefunden und nicht nur die harten Jungs mit den Springerstiefeln und Arafat-Schals. Aber dann kann ich mir wieder nicht vorstellen, dass diese zarte Person mit dem Modejournal und dem Schnittmusterbogen sich in der dunklen Höhle des Streikcafes auch nur einen Moment lang wohl gefühlt hat.

Auf der Tagesordnung der Viertelparitätische Kommission stand auch die Tomatenwerferei, aber zur Behandlung dieses Punktes kam es nicht mehr. Auch der Beschluss der gestrigen studentischen Vollversammlung, dass das nächste Semester mit einer Streikwoche begonnen werden solle, wurde nicht mehr erörtert. Die Viertelparitätische Kommission kommt zu langsam voran und sie klammert politisch brisante Fragen aus. Sie dient der Beruhigung der Gemüter, aber kann

sie auch Krisen bearbeiten? Auch der Fachbereichsrat hätte sich nicht einfach um eine ganze Woche vertagen dürfen, sondern hätte sich schleunigst wieder treffen und dann auch mal zwei Tage lang verhandeln müssen. Solange gestreikt wird, müssen die Kollegen doch für solche Dauersitzungen auch Zeit haben! Dem OSI fehlt es offensichtlich an der Fähigkeit zum Krisenmanagement mit legitimierten Gremien.

Dienstag, 7. Februar 1989

Solidaritätserklärung des ISIs für die hungerstreikenden RAF-Gefangenen

Am OSI hat sich die Lage kaum verändert. Es finden keine Veranstaltungen statt, weder Kurse von Professoren, noch autonome Seminare. Vor den Büros der Hochschullehrer warten einige Studenten. Die Streikzeitung „Besetzt“ liegt wieder aus. Darin tut sich das ISI mit einer völlig unkritischen Solidaritätserklärung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen hervor. Sie sehen im Aufhängen der beiden Transparente, um deretwillen sie so kämpferisch die Büros im ersten Stock der Ihnestraße 22 aufgebrochen hatten, als ihre spezielle Solidaritätserklärung.

Aus „Besetzt“, Nr. 31, 6.2.1989:

Kommentar vom ISI zum Hungerstreik der RAF

Seit dem 1.2.1989 sind die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im Hungerstreik. Nachdem in insgesamt 9 Hungerstreiks zwei Gefangene gestorben sind und viele Gesundheitsschäden haben, sind sie entschlossen, die Zusammenlegung jetzt endgültig durchzusetzen. Seit 18 Jahren foltert der BRD-Staat politische Gefangene mit Isolationshaft. Heute sind ca. 100 Gefangene betroffen: kurdische, irische und palästinensische Gefangene aus Guerilla und Widerstand, andere politische und kämpfende „soziale Gefangene“. Isolationshaft, das bedeutet Abschottung von anderen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt, Einzelhofgang, Reizentzug, verschärfte Postzensur, Besuche hinter Trennscheibe... Die UNO-Menschenrechtskonvention begreift und ächtet ISO-Haft offiziell als Folter. Die BRD weigert sich, die Anti-Folter-Konvention des Europarates zu unterschreiben, weil die sich ausdrücklich auf die Isolationspraktiken hier bezieht. Als Alternative zur ISO-Haft wird den Gefangenen häufig das sogenannte „Normalvollzugsprogramm“ angeboten, in welchem sie mit Spitzeln, Nazis und anderen vom Knast ausgewählten Gefangenen zusammengesteckt und alle Ansätze von Kontakten durch Zwangsverlegung im Keim erstickt werden. Ein Überleben ist physisch und psychisch nur durch die Zusammenlegung der Gefangenen in große und selbstbestimmte Gruppen möglich. Die Kollektivtätigkeit im

Knast ist existentiell Voraussetzung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der politischen und somit menschlichen Identität der Gefangenen.

Die Gefangenen aus der RAF fordern:

„Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen, Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen, Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung und Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannershofer, Bernd Rössner, Angelika Goder. Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen, freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.“

Seit Jahren soll durch Kontaktsperre und Medienselbstzensur verhindert werden, dass Informationen über Hungerstreiks an die Öffentlichkeit gelangen. Der Staat versucht, die Diskussion um und Forderung nach Zusammenlegung völlig zu verbieten, indem er sie als Unterstützung der RAF deklariert und nach § 129a StGB verfolgt (Siehe Verfahren gegen Fritz in Hamburg und Wolli in München). Um diese Zensur zu durchbrechen und unsere Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik und deren Forderungen auszudrücken, haben wir am ISI zwei Transparente aufgehängt. Die Kämpfe der politischen Gefangenen werden nicht zum ersten Mal an der Uni thematisiert. Nach der Ermordung von Holger Meins im Hungerstreik 1974 wurde zum Beispiel auf einer OSI-VV als Solidaritätsaktion ein Hungerstreik vorgeschlagen. Ca. 200 Studenten beteiligten sich, um die Forderungen der politischen Gefangenen zu unterstützen. Am ISI gibt es ein autonomes Seminar zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD. Auf dem UNIMUT-Kongreß nahmen fast 1000 Leute an einer Veranstaltung zum selben Thema teil. Institutsumbenennungen wie z. Bsp. Fritz-Storim-Institut, Ulrike-Meinhof-Institut (darüber gibts bei den publis nicht gerade Konsens, der säzzer) und Ulla-Pensellin-Institut zeigen, dass auch an anderen Fachbereichen der Befreiten Uni und der Befreiten TU die Auseinandersetzung mit der Situation politischer Gefangenen und der Kriminalisierung von Öffentlichkeitsarbeit stattfindet.

Aus der Sicht des Staatsschutzes ist dieser Hungerstreik ein Rekrutierungsversuch der Roten Armee Fraktion. Merken die ISIs denn nicht, in welche Gesellschaft sie sich begeben, zumindest in welchen Verdacht sie jetzt geraten? Tomatenwürfe und Einbrüche in Büros wären noch eine universitätsinterne Angelegenheit gewesen, aber nun bekommt der Konflikt unweigerlich eine andere Dimension. Jetzt geraten die Studenten ins Visier der Terrorbekämpfung. Das finde

ich fatal. Ich versuche die Studentenpfarrer einzuschalten, erreiche sie aber nicht per Telefon. Abends finde ich dann in der ESG niemand mehr vor.

Bedrohliche Einleitungen in den Groß Glienicker See

Am Abend muss ich mich um ein lokales Problem kümmern. Um 19 Uhr trifft sich die Arbeitsgruppe zur Rettung des Groß Glienicker Sees im Evangelischen Gemeindehaus. Der beliebte Badensee droht umzukippen. Im vergangenen Sommer kamen die Bleie an die Wasseroberfläche und schnappten nach Luft. Eine Biologie-Lehrerin hat regelmäßig Messungen durchgeführt. Sie kann nachweisen, dass vom englischen Flughafen Gatow Ammonium eingeleitet wurde. Es stammt vom Enteisen der Flugzeuge. Dafür wird ein urinartiges Mittel verwendet. Das Oberflächenwasser der Landebahn wird direkt in den See geleitet. Die Werte an der Badestelle Pferdekoppel sind bedrohlich. Erschreckend sind aber auch die hohen Stickstoffwerte, die sich mit den Einleitungen vom Flughafen nicht erklären lassen. Sie sind seit Mitte der 80er Jahre enorm angestiegen. Wir fragen uns, ob es noch unbekannte, umfangreiche Einleitungen aus der DDR gibt. Gerüchten zufolge wurde die Kläranlage der russischen Kasernen nicht erneuert, sondern nur eine viel billigere Druckleitung zum See gebaut. Vielleicht können wir über die Kirchengemeinde Groß Glienicke (DDR) etwas erfahren. Mein Sohn Christian plädiert dafür, auf jeden Fall mit Schilfanpflanzungen in geeigneten Flachwasserzonen zu beginnen. Ich unterstütze ihn dabei. Die Arbeitsgemeinschaft will sich nun an die Anlieger wenden.

Mittwoch, 8. Februar 1989

Perspektive für das Sommersemester. Studentenpfarrer als Vermittler

Das Direktorium der WE 3 berät über die Lage. Es kommen zunächst wieder detaillierte Vorschläge zur Reform der Lehre und der Neugestaltung des Curriculums. Doch wie realistisch sind diese? Das Sommersemester ist durch eine Verlängerung des Streiks möglicherweise insgesamt gefährdet. Wir brauchen dringend konfliktfähige, von der Basis legitimierte Gremien der Studenten. Allmählich beginnen sich mehr Kollegen mit dem Benennen von Delegierten in den Kursen zu identifizieren. Ich formuliere einen Brief an den Dekan, in dem eine Dienstbesprechung aller Dozenten gefordert wird.

Christa Lang-Pfaff, in deren Zimmer die ISI-Gruppe eingebrochen ist, fordert eine Erklärung der WE 3 zu diesem Vorgang. Wir beraten die Lage und auch Martin Jänicke sieht in der RAF-Solidaritätserklärung des ISI eine gefährliche Entwicklung. Meine Überlegung, dass wir die Studentenpfarrer und Helmut Gollwitzer als Vermittler einschalten könnten, findet erleichterte, hoffnungsvolle Zustimmung, weil sonst die Entwicklung unweigerlich auf einen Polizeieinsatz hinauszulaufen droht. Die Einbrüche in den drei Dienstzimmern haben die Betroffenen sehr erbittert und auch die Tomatenwürfe und die Sprühschriften an

den Türen (z.B. Professor Schweinebacke) wirken nach. Mehrere Kollegen haben geharnischte Briefe an den Dekan geschrieben.

Unmittelbar im Anschluss an die Sitzung der WE 3 filmt das ZDF für die Kultursendung „Aspekte“ in meinem Büro. Herr Kulik stellt mir allgemeine Fragen zu den Hintergründen und den Ergebnissen des Streiks. Er hat auch noch Gesine Schwan und Eckehart Krippendorff interviewt und will daraus ein argumentatives Mosaik gestalten. Er hat etwa 15 Minuten mit mir aufgenommen, aber mir auf meine Anfrage schon im Voraus gesagt, dass voraussichtlich nur eine Minute gesendet werden könnte. Da lobe ich mir das Dampfradio!

Nach diesem Intermezzo gehe ich mit meinem Mittagspausenbrot zur Evangelischen Studentengemeinde und treffe dort (kurz) auch Frau Day und Peter Paul Junge. Er begreift die Lage sofort und will sich um Vermittlung bemühen, auch sofort mit Gollwitzer sprechen. Ich informiere den Dekan und den Prodekan über diese Bemühungen. Sie begrüßen diese, weil sie seit den Tomatenwürfen nicht mehr verhandeln. Ich spreche auch mit einigen OSI-Studenten, die aber die Vermittlungschancen sehr pessimistisch beurteilen. Sie müssen schlimme Erfahrungen bei Gesprächsversuchen gemacht haben. Während wir darüber auf der Straße beraten, kommt die ISI-Gruppe mit rot-schwarzen Fahnen von der Silberlaube herübermarschiert. Es sind ihrer acht, darunter eine Frau. Auch in der Silberlaube muss es jetzt Solidaritätssparolen für die RAF geben. Das pseudo-revolutionäre Auftreten wirkt reichlich kindisch. Es sind ganz junge Burschen dabei, die wahrscheinlich erst gerade mit dem Studium begonnen haben. Doch der Polizei- und Justizapparat nimmt eben diesen Unfug todernst; er muss es sogar nach den bösen Erfahrungen mit der RAF.

Am späteren Nachmittag nehme ich noch für zwei Stunden an der Sitzung des Fachbereichsrats teil. Ich bin erstaunt über die zahlreichen studentischen Zuhörer. Etwa 30 Streikaktivisten verfolgen geduldig die sich lange hinziehenden Verhandlungen über die Zusammensetzung der Bibliothekskommission. Es wird sehr ruhig und sachlich verhandelt. Das äußere Erscheinungsbild ist allerdings pittoresk. Von der Decke hängen die Krepp-Streifen der studentischen Fête. Professoren und Studenten sitzen bunt gemischt. Wenn man dieses Bild vor sich hat, dann kann man sich überhaupt nicht vorstellen, dass vor 20 Jahren einmal davon gesprochen worden sein kann, dass unter den Talaren sich der Muff von 1000 Jahren befinde. So betrachtet ist eigentlich ein optimales Klima vorhanden für Lernprozesse aller Beteiligten.

In dem vom Präsidialamt verantworteten Informationsdienst der Freien Universität erscheint ein Artikel über die Viertelparitätische Kommission, den ich im Folgenden dokumentiere, da ich im Tagebuch bisher wenig Systematisches über diese Errungenschaft des Streiks geschrieben habe, was ich mir auch damit erkläre, dass ich an den Verhandlungen zu ihrem Zustandekommen nicht beteiligt

war und auch als Nicht-Mitglied der Fachbereichsrats keinen ständigen Kontakt zur VPK habe.

Aus: FU-info 1/1998 (8.2.1989)

Neues Mitbestimmungsmodell Viertelparitätisches Gremium - eine „Insel am OSI“

Am 15. Januar 1989 wollte der Fachbereich Politische Wissenschaft der FU mit einem Festakt im Beisein des Bundespräsidenten des 40. Jahrestages der Wiedereröffnung der Deutschen Hochschule für Politik feierlich gedenken. Diese und andere Festveranstaltungen mussten angesichts der jüngsten Studentenproteste vorerst abgesagt werden. Das OSI erlebt zurzeit den schärfsten Konflikt seit den 60er Jahren. Mit über 6.500 hat es die höchste Studentenzahl seiner Geschichte zu verkraften. Fast drei Wochen lang war nicht nur der gesamte Lehrbetrieb lahm gelegt, sondern das Institut systematisch für Dozenten, Verwaltungs- und Bibliothekspersonal abgesperrt. Inzwischen haben sie wieder Zugang zu den Institutsgebäuden, doch lässt sich auch weiterhin nicht absehen, wann ein geregelter Lehrbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Veranstaltungen unter Polizeischutz lehnen die Professoren und Wissenschaftlichen Mitarbeitern jedoch mehrheitlich ab.

Zur aktuellen Situation am OSI nahmen im Rahmen einer Pressekonferenz am 12. Januar 1989 neben dem Dekan auch andere Professoren sowie Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeitern Stellung. Die studentischen Forderungen nach verbesserten Studienbedingungen und Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden von allen nachdrücklich unterstützt. Sie kritisierten dagegen gewalttätige Formen des Protestes. Diese trügen nicht zur Lösung des Problems bei.

Auf großes Interesse traf ein seit kurzem am OSI praktiziertes Mitbestimmungsmodell, in dem die Studentenschaft des Fachbereichs in einer Viertelparitätischen Kommission vertreten ist. Dazu erklärte der Dekan des OSI, Prof. Dr. Gerhard Kiersch: „Diskutiert wird im Rahmen einer neu geschaffenen Viertelparitätischen Kommission, die zusammengesetzt ist aus je drei Hochschullehrern, 3 Wissenschaftlichen Mitarbeitern, 3 Sonstigen Mitarbeitern und 3 Studenten. In der Perspektive der Studenten soll mit diesem Modell der Fachbereichsrat mit seiner Professorenmehrheit tendenziell entmachtet werden. Ich persönlich sehe in der Kommission einen guten Ansatz, Entscheidungen des Fachbereichsrats auf breiterer demokratischer Basis vorzustrukturieren.“

Prof. Dr. Gesine Schwan, die mit anderen dieses Experiment initiierte, warnte in diesem Zusammenhang vor voreiligem Optimismus. Im OSI funktionierte das Experiment nur, weil alle Gruppen konstruktiv mitarbeiten und sich kompromissbereit zeigten. Da einige Kommissionsmitglieder gleichzeitig auch Mitglieder im Fachbereichsrat seien, hätten die Beschlüsse der Kommission durchaus Einfluss auf Entscheidungen des Fachbereichsrats. Auf andere Fachbereiche lasse sich das Modell nicht ohne weiteres übertragen, da dort das Verhältnis der funktionalen Gruppen zueinander anders sei. Hier müsse erst vorgängig das gegenseitige Misstrauen abgebaut werden. Gelingt dies nicht, könne das Viertelparitätische Mitbestimmungsmodell als „Insel am OSI“ nicht überleben. Die „Doppelstruktur“ lasse sich hier langfristig nicht durchhalten.

Donnerstag, 9. Februar 1989

Der Verhandlungsspielraum

Dekan Kiersch ruft an: Ich hätte „plein pouvoir“ für die Vermittlungstätigkeit. Er beschreibt den großen Verhandlungsspielraum hinsichtlich der Legalisierung des Studentencafes mit Nebenräumen und nennt fünf Essentials. Ich rufe bei Studentenpfarrer Junge an, der sich noch mit seinem Kollegen Tom Verkamp besprechen will. Im OSI spreche ich auf der Treppe mit der Studentin, die ich aus der SFB-Runde vom 18.1. kenne, über die Lage am ISI und die Vermittlungsinitiative. Sie meint, dass die ISI-Leute sich des Risikos bewusst seien. Denkste! Es ist frappierend: Einerseits erregen sich die Studenten über repressive Maßnahmen des Staatsschutzes, andererseits unterschätzen sie seine kontrollierende Macht.

Christian Füller, ein Student, der in der WE 3 konstruktiv an der Reform der Lehre mitarbeitet, legt mir Unterlagen über Ingrid Strobel und den Paragraph 129 (Bildung einer terroristischen Vereinigung) ins Fach. Ich studiere insbesondere den Sprachstil von Ingrid Strobel. Sie erkennt wichtige Probleme, aber ihre Weltsicht ist extremistisch und nirgends ist ein Anflug von dialogischem, differenziertem Denken erkennbar. Mir drängt sich der Eindruck auf: Ingrid Strobel ist auf demselben Kurs wie Ulrike Meinhof. Wer so denkt und schreibt, tendiert dazu, seine Auffassung mit Gewalt durchzusetzen.

Montag, 13. Februar 1989

Vermittelt die Evangelische Studentengemeinde?

Die Studentenpfarrer hatten ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat keine Vermittlerrolle übernehmen wollen. Sie hatten darum für heute Vormittag dieses Thema auf die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderats der ESG der FU gesetzt. Mir ist diese gemeindedemokratische Vorgehensweise trotz der zeitlichen

Verzögerung genehm, weil ich so auf eine studentische Beteiligung an der Vermittlung hoffen darf.

Der Gemeinderat hat für die Erörterung seiner potentiellen Vermittlerrolle ausreichend Zeit eingeräumt. Ich schildere die Lage und die Studenten reagieren aufmerksam und besonnen. Sie erkennen sofort den Ernst der Lage und akzeptieren auch ihre Verantwortung. Sie brauchen jedoch einen Auftrag zur Vermittlung. Einige Professoren könnten an die ISIs schreiben und ihnen die Vermittlung durch die ESG empfehlen. Das setzt allerdings voraus, dass objektiv eine bedrohliche Lage existiert und diese auch von den ISIs so empfunden wird.

Am Nachmittag entwerfe ich einen entsprechenden Professorenbrief. Es fehlt mir ein Experte zur Frage der Isolationshaft. Zu meiner Überraschung erreiche ich Wolf-Dieter Narr telefonisch. Er ist seit Mitte Dezember aus den USA zurück. Er empfiehlt mir eine knappere Fassung des Briefes, den ich als Entwurf bei Kiersch und den Studentenpfarrern abgebe.

Ich dokumentiere im Folgenden zunächst meinen Lagebericht, den ich als besonders schwierige Aufgabe empfand, weil ich Studenten und nicht Kollegen zu überzeugen hatte, und dann noch die erste und die zweite Fassung meines Schreibens an die ISI-Gruppe.

Die ISI-Gruppe

Informationen und Einschätzungen im Gemeinderat der Evangelischen Studentengemeinde der Freien Universität am 13.2. 1989

Der Ausgangspunkt für einen eventuellen Vermittlungsversuch der Evangelischen Studentengemeinde in dem Konflikt zwischen dem Fachbereich Politische Wissenschaft und der Ingrid Strobel-Gruppe ist der Umstand, dass die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts nach 2 1/2 Wochen von den Studenten nicht einvernehmlich, sondern infolge eines Mehrheitsentscheides aufgehoben wurde. Etwa 60 Studenten stimmten für die Aufhebung der Abriegelung und den Beginn von Verhandlungen in der Viertelparitätischen Kommission. Etwa 30 wandten sich dagegen, lehnten die Verhandlungen ab und zogen sich in den Souterrain des Nebengebäudes in der Ihnestr. 22 zurück. Sie betrieben dort das ISI-Streikcafé und boten eigene Arbeitsgruppen an.

Die ursprüngliche Erwartung, dass die Studenten wieder zu einer einheitlichen Linie zurückfinden würden, erfüllte sich nicht. Die ISI-Gruppe sah die Universität unter vollständiger Kontrolle durch das Kapital, versprach sich von Refor-

men keine Besserung und wollte autonom an der eigenen konkreten Utopie arbeiten. Gespräche mit Hochschullehrern lehnten sie völlig ab und verwehrten ihnen auch den Zugang zum Streikcafé, falls sie Gesprächskontakte suchten.

Die Auseinanderentwicklung der studentischen Streikgruppen wurde auch daran sichtbar, dass sich die ISI-Gruppe an Absprachen in der Viertelparitätischen Kommission nicht hielt. Dort war abgesprochen worden, dass einerseits keine weitere Beschriftung der Wände vorgenommen werden, andererseits aber auch das Vorhandene nicht entfernt wird. Die Fortsetzung dieser Beschriftungen hat mich Anfang Januar zu einem längeren Brief an die Studenten des Otto-Suhr-Instituts provoziert. Zum damaligen Zeitpunkt war mir noch nicht klar, dass das von mir kritisierte Verhalten in erster Linie den ISI-Studenten zuzurechnen war. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass eine Zeitlang die OSI-Studenten sich zu Fürsprechern der ISI-Gruppe in der öffentlichen Auseinandersetzung machten.

Dekan Kiersch und Prodekan Vöth suchten in Verhandlungen mit der ISI-Gruppe einen Modus vivendi zu finden. Dies wurde immer wieder dadurch erschwert, dass die ISI-Gruppe dem Hausmeister den Zugang verwehrte, den Büroraum eines Assistenten aufbrach und sich aneignete und den Angestellten von Archiv und Dokumentation den Zugang zu einem Lagerraum verwehrte. Diese Verhandlungen waren schwierig und in ihrer gelegentlich die Professoren demütigenden Form auch schwer zu ertragen. Meines Erachtens wurde die Hemmung dieser Hochschullehrer, gegen ihre Studenten Polizei einzusetzen, in unverschämter Weise ausgenutzt.

Eine weitere Stufe der Entfremdung zwischen den ISIs und OSIs wie die studentischen Gruppierungen mittlerweile genannt wurden, war die Reaktion der ISIs auf das Vorhaben der OSIs Fachbereichstage durchzuführen. Am ersten Tag wollten die Studenten unter sich beraten, am zweiten Tag mit den sonstigen Mitarbeitern und am dritten Tag mit den Professoren. Die ISIs lehnten jegliche Gespräche mit den Professoren ab und kündigten an, dass sie an der abendlichen Fête nicht teilnehmen würden, falls auch Professoren erscheinen sollten.

Die ISI-Gruppe versuchte ihre fortschreitende Isolation, die auch dadurch zum Ausdruck kam, dass nur wenige Studenten ihr Streikcafé besuchten, dadurch zu kompensieren, dass sie ihr autonomes Leben auf der Straße ostentativ durch das Drapieren von Möbeln, durch neue Sprüche und durch weitere Transparente zum Ausdruck brachten. Sie hatten noch einen gewissen Rückhalt in der Streikzeitung „Besetzt“, die unkritisch ISI-Erklärungen abdruckte.

Zum offenen Krach zwischen ISIs und OSIs kam es, als eine Gruppe von verummten ISI-Studenten in eine Sitzung des Fachbereichsrats eindrang und unterschiedslos alle Anwesenden mit etwa 3 Kilo Tomaten bombardierten. Alle

Mitglieder des Fachbereichsrats distanzieren sich von dieser Aktion und traten für eine Fortsetzung der konstruktiven Verhandlungen ein. In der Nacht desselben Tages brachen die ISI-Studenten, wie sie selbst in einer Erklärung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen schrieben, drei Büroräume von Hochschullehrern im ersten Stock auf, um ein Transparent am Fenster befestigen zu können. Die Räume selbst wurden nicht beschädigt, aber die betroffenen Hochschullehrer wandten sich in Schreiben an den Präsidenten mit der Bitte um Bewachung der Räume. Den im Hause schlafenden Studenten der ISI-Gruppe waren die Gänge im Hochparterre und im ersten Stock frei zugänglich. Dies war nach den Einbrüchen nicht mehr zu verantworten.

Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass nach den Tomatenwürfen im Fachbereichsrat der bislang geduldig verhandelnde Prodekan sich zu weiteren Gesprächen nicht mehr in der Lage sieht. Der aufrecht stehende Werner Väth war das Hauptziel der Tomatenwürfe gewesen. Zum Situationsbericht gehört jedoch auch, dass zwei Tage nach den Tomatenwürfen eine studentische Vollversammlung, an der etwa 200 Studenten teilnahmen, sich intensiv mit dem Verhalten der ISIs auseinandersetzte und es deutlich kritisierte, wie auch der „Tagesspiegel“ berichtete.

Nach dem Verlust der Einbindung in die streikenden OSIs, suchten die ISIs eine neue Identität durch die Solidarisierung mit den Forderungen der im Hungerstreik befindlichen RAF-Gefangenen. Hier scheint über die Fachbereiche hinweg eine Zusammenarbeit Gleichgesinnter zu Stande gekommen zu sein. An der Silberlaube hängen ähnliche Transparente wie am Otto-Suhr-Institut.

Die unkritische Identifizierung mit den Forderungen der RAF-Gefangenen in einer Erklärung, die in der Zeitung „Besetzt“ veröffentlicht wurde, hat dem Konflikt eine neue, besonders gefährliche Dimension gegeben. Die bisherigen Aktivitäten konnte man unter äußerster Strapazierung der pädagogischen Toleranz noch als studentisches Allotria qualifizieren; jedenfalls war es eine hochschulpolitische Angelegenheit. Wenn jedoch die ISIs in unmittelbarer Nähe amerikanischer Einrichtungen RAF-Parolen an der Hauswand befestigen, dann ist der Staatsschutz geradezu gezwungen, diese Vorgänge zumindest zu beobachten. Im Kollegenkreis sind auch weitergehende Schritte des Staatsschutzes in Betracht gezogen worden. Jedenfalls sind wir sehr besorgt. Wenn es jetzt zu einem polizeilichen Eingreifen kommen würde, wäre die Strafverfolgung kaum mehr eine Angelegenheit universitärer Strafanträge, die man stellen kann oder auch nicht. Man muss damit rechnen, dass Polizeibeamte Strafantrag stellen würden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Wie die Verfahren und die Urteile beim Strafgericht dann ausfallen würden, kann man sich leicht vorstellen, wenn man bedenkt, dass selbst gegen Pfarrer Quandt und die frühere AL-Abgeordnete Rita Kantemir im Hochsicherheitsraum verhandelt wurde, obwohl ihnen nichts anderes zur Last zu legen war, als dass sie einen Bus angehalten hatten, um eine Ab-

schiebung von Flüchtlingen in den Libanon zu verhindern. Dies brachte ihnen in der zweiten Instanz 90 Tagessätze ein. Wenn es gegen die ISI-Studenten zu Strafverfahren kommen sollte, wäre meines Erachtens mit drakonischen Strafen zu rechnen, die für die beteiligten Studenten einen lebensgeschichtlichen Einbruch darstellen würden.

Ich glaube nicht, dass die ISIs das Risiko, das sie zur Zeit eingehen, wirklich einzuschätzen vermögen. Mit kindlicher Theatralik marschieren sie hinter ihrer schwarz-rot Fahne von der Silberlaube zu ihrem Streikcafe, aber sie kennen diese erbarmungslose Justizmaschinerie, in die sie zu geraten drohen, nicht. Ich bitte die Studentengemeinde um Vermittlung in diesem Konflikt, weil ich diese lebensgeschichtlichen Einbrüche zu verhindern hoffe. Ich habe keine optimistische Einschätzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung und ich weiß nicht, ob wir wirkliche Strukturreformen erreichen können. Ich halte es immerhin für möglich, wenn wir es mit Ausdauer und Mut versuchen. Ich kann es jedoch nicht ertragen, dass junge Menschen in einen Konflikt mit der Staatsgewalt hineinhüpfen, in dem sie aller Wahrscheinlichkeit nach zerrieben und zerbrochen werden.

Ich hoffe also, dass es der Evangelischen Studentengemeinde gelingen wird, die ISI-Gruppe über ihre persönliche Gefährdung aufzuklären. Ich hoffe ferner, dass es gelingt, mit der Legalisierung eines studentischen Cafes und der erforderlichen Nebenräume dem Konflikt einen konstruktiven Abschluss zu geben.

1. Entwurf

*An die
StudentInnen der ISI-Gruppe
im Souterrain der Ihnestr. 22*

13.2.1989

Liebe StudentInnen,

obwohl Sie uns durch Ihr vermummtes Auftreten und die Tomatenwürfe deutlich zu verstehen gegeben haben, dass Sie auf Gespräche mit uns keinen Wert legen, möchten wir Ihnen dennoch mitteilen, dass uns Ihr Geschick als StudentInnen dieses Fachbereichs nicht gleichgültig ist. Wir sind tief besorgt. Sie laufen Gefahr - ohne konstruktiven Effekt - sich selbst zu kriminalisieren. Über die Rechtslage und die von Ihnen inzwischen erfüllten Straftatbestände sind Sie sich wahrscheinlich selbst im klaren. Wir wollen hier die Litanei nicht aufzählen,

weil Drohungen nicht zu unserem Selbstverständnis als akademische Lehrer passen und weil es gerade noch vermeidbar zu sein scheint, Ihre Straftaten auch zur Anzeige zu bringen. Sie scheinen sich jedoch nicht ausreichend darüber im klaren zu sein, dass Sie in unmittelbarer Nähe amerikanischer Einrichtungen durch ihre unkritische Solidarisierung mit den RAF-Gefangenen zwar - nach unserer Auffassung - keinen Straftatbestand erfüllt, aber politisch den Bereich der studentischen Allotria verlassen haben. Die RAF-Gefangenen wurden schließlich nicht wegen Tomatenwürfen, sondern wegen Mord verurteilt. Wenn Sie sich undifferenziert mit den Forderungen von RAF-Gefangenen identifizieren, ohne auch zu deren Taten und Zielsetzungen Stellung zu nehmen, müssen Sie damit rechnen, dass dies als Billigung der Methoden der RAF interpretiert wird. Das ist zwar nicht logisch, aber eine Erfahrung, an der wir als Hochschullehrer nicht vorbeisehen können.

Außerdem ist nachweisbar, dass Solidarisierungen für hungerstreikende RAF-Gefangene von diesen selbst oder vom Staatschutz als Rekrutierungsversuche gewertet werden. Sie haben sich in eine außerordentlich gefährliche Lage gebracht. Nach unserer Einschätzung bedarf es der schleunigen Klärung, wenn der Verfahrensablauf nicht den Bereich des hochschulpolitischen Handelns verlassen soll. Wir haben uns um einen Vermittler bemüht und die Evangelische Studentengemeinde der Freien Universität ist - eventuell unter Einbeziehung von mit solchen Situationen vertrauten Personen – bereit, in dieser Rolle als Vermittler mit Ihnen über die mögliche Legalisierung eines Studentencafes und damit verbundene Regelungen zu sprechen.

Wir bitten Sie dringend - ohne langes Zögern - von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. ...*

2. Entwurf
(nach einem Telefongespräch mit Wolf-Dieter Narr)

13.2.1989

Liebe StudentInnen,

mit Ihrer Erklärung und Ihren Transparenten zugunsten der im Hungerstreik befindlichen RAF-Gefangenen haben Sie sich - nach unserer Einschätzung - in eine gefährliche Lage gebracht. Es ist kaum vorstellbar, dass solcherlei Aktivitäten in unmittelbarer Nähe amerikanischer Einrichtungen unbeobachtet bleiben und hingenommen werden. Nach Einschätzung der RAF herrscht zwischen ihr

und den amerikanischen Streitkräften Krieg. Sie dürfen angesichts dieses Umstandes nicht damit rechnen, dass mit der RAF befasste Dienststellen Ihren revolutionären Selbstdarstellungen mit pädagogischem Humor begegnen werden. Nach unserer Einschätzung bedarf es einer schleunigen Legalisierung der Verhältnisse, wenn der Verfahrensablauf nicht den Bereich des hochschulpolitischen Handelns verlassen soll. Wir haben uns um einen Vermittler bemüht. Die Evangelische Studentengemeinde der FU ist bereit, mit Ihnen allein oder in unserem Beisein sowohl über Ihre Erklärung zugunsten der RAF-Gefangenen wie auch über die mögliche Legalisierung eines Studentencafes in der Ihnestr.22 zu sprechen. Zur Erörterung der Forderungen der Hungerstreikenden steht Wolf-Dieter Narr vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ zur Verfügung. Mit unserer Beteiligung könnte ein Gespräch amin den Räumen der ESG in der Gelfertstr.45 stattfinden.

Sie können sich zur Absprache von Terminen und Modalitäten an Pfarrerin Helga Krüger-Day und Pfarrer Dr. Peter Paul Junge wenden (Tel.: 831 30 18/8312303).

Wir bitten dringend, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

*Mit freundlichem Gruß
gez. ...*

Dienstag, 14. Februar 1989

Biblische Besinnung zur Streiksituation in der Kirchenleitung

Da mich der Universitätsstreik seit Wochen umtreibt, hatte ich in der letzten Sitzung der Kirchenleitung darum gebeten, heute außer der Reihe die biblische Einleitung zu dieser Thematik übernehmen zu dürfen. Sonst ist es üblich, dass der Predigttext des nächsten Sonntags behandelt wird. Dr. Eilers, der Leiter eines Kinderkrankenhauses in Lichtenrade, hatte sich schon langfristig – unter Zuhilfenahme von Kommentaren - auf seine Andacht vorbereitet. Das wusste ich nicht, weil er in der letzten Sitzung gefehlt hatte. Ich hatte bei meiner Bitte um die Ausnahme angenommen, dass die planmäßige Andacht inhaltlich noch nicht vorbereitet sei. Eilers zeigte dann aber doch Verständnis für den Vorgang und Bischof Kruse legitimierte die Ausnahme. Wahrscheinlich ist es mir auch gelungen, den anderen Mitgliedern der Kirchenleitung das Problem wirklich nahe zu bringen. Auch der Präses der Synode von Ost-Berlin und Brandenburg Becker, der uns heute besuchte, dankte mir beim Abschied für die informative Andacht.

Die Katakombis und die Bergpredigt

Biblische Besinnung zu Mat. 5,3 und Luk. 6,20 zu Beginn der Sitzung der Kirchenleitung am 14.2. 1989

Außer der Reihe hatte ich darum gebeten, die Kirchenleitungssitzung mit einer biblischen Besinnung eröffnen zu dürfen, weil ich in den vergangenen zwei Monaten immer wieder ratlos vor der Frage gestanden habe und auch immer noch stehe: Wie soll es denn an den Berliner Universitäten und speziell an meinem Arbeitsplatz, dem Otto-Suhr-Institut, weitergehen? Hat der nun schon zwei Monate währende Streik uns der Lösung der Probleme näher gebracht? Taugen unsere Vorschläge etwas, die wir als Professoren zur partizipativen Gestaltung der Kurse und zur Drittelparität bei der Lehrplangestaltung gemacht haben?

Zweifel und Ratlosigkeit sind weit verbreitet. Wir wissen auch nicht, was die Studenten denken, weil am Otto-Suhr-Institut 90 bis 95 % der Studenten nach dem Streikbeginn einfach weggeblieben sind. Wir verhandeln in der Viertelparitätischen Kommission, die jetzt ähnlich wie ein Ausschuss der Kirchenleitung Vorlagen für den Fachbereichsrat erarbeitet, mit „aktivstreikenden“ Studenten, deren Legitimation durch die studentische Basis wir nur vermuten dürfen. Und neben dieser verhandlungsbereiten Gruppe von Aktivstreikenden haben wir es noch mit einer extremen Gruppe von 20 - 30 Personen zu tun, die sich im Untergeschoss des zweiten Hauptgebäudes des Otto-Suhr-Instituts eingebunkert hat. Diese Gruppe nennt sich selbst die ISIs, nach der von ihnen vorgeschlagenen Umbenennung des Otto-Suhr-Instituts in Ingrid-Strobel-Institut. Andere bezeichnen sie auch spöttisch-hilflos als die Katakombis, weil sie hinter verrammelten Türen und vergitterten Fenstern, aber auch mit Piepmatz im Käfig und Blumentopf auf der Fensterbank von einer konkreten Utopie, eben ihrer Revolution träumen.

Der Außenstehende, der an der Ihnestr. 22 vorübergeht, mag lächeln über den ausgestopften Vermummten, der neben dem Pallas Athene Kopf über der Haustür auf einer Laterne sitzt und ins ISI-Cafe einlädt, durch ein Hotzenplotz-Wandgemälde eher eine Mischung aus Räuberhöhle und Büro denn ein Cafe. Die im Institut Tätigen machen sich jedoch Sorgen, nicht nur weil man ihnen im Fachbereichsrat Tomaten an den Kopf wirft oder auch nachts die Büroräume aufbricht, um bequem ein Transparent zum Fenster hinaushängen zu können, sondern weil sie spüren, dass die ISI-Gruppe durch ihre Solidarisierung mit den RAF-Gefangenen den Bereich dessen verlässt, was man gerade noch als studen-

tisches Allotria verharmlosen könnte, und sich in den Bereich der Beobachtungen und Maßnahmen des Staatsschutzes begibt.

Da macht man sich Sorgen, verdrängt damit zwar seinen Ärger über ordinäre Sprüche und mehr als nur unhöfliches Betragen, aber man bleibt ziemlich ratlos, wenn man nicht wie viele Kollegen wegtaucht oder in den bürgerlichen Medien in anmaßender Pose doch nur die eigene Ahnungslosigkeit dokumentiert. Die praktische Ratlosigkeit aller hat dazu geführt, dass an meinem Fachbereich ein erheblicher Teil der Kollegen abgetaucht ist oder einfach den Forschungsbetrieb fortführt, als ob nichts geschehen wäre. Der andere Teil sucht ruhelos nach konstruktiven Lösungen. Diese Gruppe der Ruhelosen kommt aus ganz unterschiedlichen hochschulpolitischen Gruppen. Es reden jetzt miteinander auf den Fluren und in der Kantine Kolleginnen und Kollegen, die sich bisher nur flüchtig begrüßt haben.

Ich gab Ihnen diese Informationen zur Atmosphäre in einem Fachbereich der Freien Universität, um verständlich zu machen, dass ich in einer solchen Situation anfang, auch an das Evangelium neue Fragen zu stellen und Texte neu auszulegen.

Zwei Tage vor der letzten Sitzung der Kirchenleitung hatte ich am Tagebuch notiert: "Wache um 4 Uhr auf und mache mir Gedanken über die Katakomben und die Bergpredigt. 'Selig sind die Leistungsschwachen, denn ihnen ist eine Laufbahn bereitet' (Mat. 5,3)." Ich bat die Kirchenleitung dann am 24. Januar über die erste Seligpreisung in der Bergpredigt laut nachdenken zu dürfen, und Sie sind freundlicherweise auf diesen irregulären Wunsch eingegangen, haben also die übliche Praxis, den Predigttext des nächsten Sonntags im Voraus zu bedenken, einmal aufgegeben.

Was hätte denn Jesus zu den streikenden Studenten gesagt? Sich selbst darf man solche Fragen doch wohl stellen. Ich meinte, die Bergpredigt heranziehen zu müssen. Das lag vielleicht auch daran, dass ich zwei Jahre zuvor in den nun von den ISIs besetzten Räumen eine Vorlesung über "Die Bergpredigt und die Politik" gehalten, aber die Studenten eher den Privilegierten als den Armen zugeordnet hatte. Und dies hatte den Studenten bei meiner globalen Perspektive, also im Blick auf die Dritte Welt und im Blick auf die Arbeitslosen ohne Ausbildung, sogar eingeleuchtet.

Ich habe in den letzten Wochen begriffen, dass ich mit dieser globalen Sichtweise jedenfalls die ganze Wahrheit nicht getroffen hatte. Der Streik im allgemeinen, besonders dann die Vehemenz der Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts und die Hemmungslosigkeit und Aggressivität beim Beschriften der Wände haben mir erschreckend klar gemacht, dass ich die sozialen und mentalen Probleme unserer Studenten verdrängt hatte. Wir haben diese Probleme zwar geahnt, ha-

ben sogar Indizien registriert und untereinander angesprochen, aber nichts unternommen. Ich hatte im Sommersemester bereits den Wunsch geäußert, Probleme der Wirksamkeit unserer Lehre und insbesondere die hohe Fehlquote in den Kursen infolge des Jobbens vieler Studenten zu besprechen.

Ohne dass ich nun selbst intensiv daran gearbeitet oder gegen die Nonchalance meiner Kollegen aufbegehrt hätte, wurde das Thema immer wieder und schließlich vom Sommersemester auf das Wintersemester vertagt. Erst kurz bevor der Streik losbrach, kamen wir dann im Dozentenkreis zu der Einsicht, dass es so nicht weitergehen könne. Als sensibelster Beobachter im Vorfeld des Streiks hat sich übrigens der Studentenpfarrer der Freien Universität Berlin Peter Paul Junge erwiesen.

Natürlich hat jede Universität auch ihre Sonnenseite und diese hat die Freie Universität zum 40jährigen Jubiläum dem Establishment präsentiert. „Doch die im Dunkeln sieht man nicht“. Wer spricht schon bei einer solchen Jubiläumsfeier gerade darüber, dass ein großer Teil der Studenten - und am Otto-Suhr-Institut sprechen wir von einem Drittel - gar kein Examen macht? Und von denjenigen, die nach immer länger werdender Studienzeit schließlich doch zu einem akademischen Abschluss kommen, wird erfahrungsgemäß etwa die Hälfte ihren erlernten Beruf nicht ausüben können. Aber auch jene Drop outs und die arbeitslosen Akademiker sind noch nicht die ganz Armen. Sie wursteln sich vielleicht so durch, nehmen aber weniger befähigten Nicht-Akademikern die Arbeitsplätze weg, die deren Ausbildungsstand entsprechen würden. Schließlich bleiben in diesem Verdrängungswettbewerb unten die ganz Armen, also die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und ohne Berufsausbildung übrig.

Dieser Prozess der Verelendung ist in der Regel nicht das Problem unserer eigenen Kinder, denn als Privilegierte bauen wir vor, und dann landen unsere eigenen Kinder meistens auch auf der präsentablen Sonnenseite des universitären Lebens.

Aber das hat es auch zu Jesu Zeiten schon gegeben. „Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“ Wer waren denn die Zuhörer der Bergpredigt bzw. der diversen Ansprachen Jesu? Georg Strecker schreibt in seinem exegetischen Kommentar zur Bergpredigt: „Die Jünger treten zu ihm und bilden gleichsam einen inneren Zirkel gegenüber dem der äußeren Volksmenge.“ (Die Bergpredigt. Ein exegetischer Kommentar, Göttingen 1985, S.26). So stellt sich das ein Göttinger Theologieprofessor vor, der vermutlich nur ordentliche Lehrveranstaltungen kennt! - Und er kann sich dabei durchaus auf die Texte von Matthäus und Lukas berufen. Doch ich bin nicht sicher, dass es bei Jesu Ansprachen so liturgisch strukturiert zugegangen ist. Andere Stellen lassen vermuten, dass chaotisch gedrängelt wurde, und dass die Zuhörer ein ziemlich bunter, vielleicht sogar aggressiver Haufen waren. Immerhin ist anzunehmen, dass die

Armen in der großen Überzahl waren, und die Zöllner und Schriftgelehrten die Ausnahmen blieben. Und zu diesen Elenden seiner Zeit sagte er nun: „Selig sind die Armen, denn ihrer ist das Königreich der Himmel.“

Wichtig für unsere Auslegung ist, was Jesus unter den Armen verstanden hat. Ich referiere zunächst, was ich bei Bernhard Krautter (Die Bergpredigt im Religionsunterricht, München 1973) gefunden habe: „Der griechische Begriff ptochós (hebräisch ani oder anaw = arm) hat zur Zeit Jesu eine lange Tradition und Entwicklung durchlaufen. In der babylonischen Gefangenschaft bleiben die kleinen Leute dem alten Jahwe-Glauben treu; es sind die Armen und von Mächtigen Bedrückten zugleich die Frommen und Gottesfürchtigen; so gehört zum ‚Arm‘-Sein zugleich Ergebung in Gottes Willen und die Erwartung, Gott werde ihr Schicksal wenden und ihnen Recht verschaffen... Es steckt also im ‚Arm‘-Sein bei Jesus wohl ein Doppeltes: Eine echte Notlage, zugleich aber ein Sich-Ausstrecken nach Gott, der allein dieses Elend durch sein Eingreifen beenden kann. Dann hätte Lukas mehr den sozialen Aspekt betont und Matthäus mehr den religiösen. Für Jesus selbst würde allerdings die konkrete Notsituation im Vordergrund gestanden haben, das zeigt insbesondere sein Umgang mit Kranken und Elenden, ohne das dieses Alles-von-Gott-Erwarten fehlen würde. Arm im Geiste ist also einer, der arm ist bis in sein Innerstes und um diese seine Armut auch und gerade vor Gott weiß.“

Vielleicht finden Sie es verrückt, aber ich hatte in den letzten Wochen das sichere Gefühl, dass diese Aussage Jesu „Selig sind die Armen“ gerade für die Studenten gilt, welche in dem Massenbetrieb unterzugehen drohen und die sich von vornherein keine Berufschancen ausrechnen. Mein katholischer Kollege Franz Ansprenger, der sich in der Gruppierung „Justitia et Pax“ engagiert, schrieb fast parallel zu meinem Brief an die OSI-Studenten am 3. Januar an den Dekan des Fachbereichs:

„Fundamental und bundesweit ist für mich seit Jahren klar, dass der Staat die Universitäten weder als Stätten der Lehre noch der Forschung ernst nimmt, sondern sie als eine Art Durchlauf-Abkühler für eine Studentengeneration nach der anderen betrachtet, deren Ansprüche an die Gesellschaft (Stichwort A 13) nicht mehr erfüllbar sind. Ihr Protest soll aber auf die Prellböcke abgeleitet werden, die da Professoren heißen. Der Betrieb des Durchlauf-Abkühlers soll möglichst wenig kosten. Die Auslese von Führungskräften und die Investition für die Zukunft finden anderswo statt.

Anlass der aktuellen Aktionen ist, in dieser Sicht betrachtet (und nur in dieser Sicht wird für mich die Hochschulpolitik der letzten Jahre fassbar), dass der Staat die Druckfestigkeit der Leitungsrohre in seinem billigen Durchlauf-Abkühler überschätzt hat. So kam es unter 'Überlast' zur Verschulung dessen, was wir gemeinhin Lehre nennen, zur Auflösung des persönlichen Kontaktes zwischen

Dozenten und Studenten (ich verstehe beide Worte von ihrem lateinischen Ursprung her als zwischengeschlechtlich), zur Raumnot und studentischen Wohnungsnot und Bafög-Misere und so weiter.

Mit allen, die gegen diese Zustände protestieren wollen, bin ich prinzipiell solidarisch. Denn ich glaube schlicht und einfach, dass jede Studentengeneration viel zu wertvoll und dass das Leben zu kurz ist, um vier oder sechs Jahre mit 'Abkühlung' zu verplempern.“

Eigentlich wäre also eine Bergpredigt an die Studenten fällig. Aber wie sollen wir es sagen? Können wir übersetzen „Selig sind die kaputten Wessis, denn ihrer ist die konkrete Utopie?“ Oder sollen wir sagen: „Heil den Kaputten, denn Gott wird sie auf ihrer Laufbahn begleiten?“

Wir müssen etwas sagen und dann im Sinne von Matthäus und Lukas den Sprüchen Taten folgen lassen. In der „Guten Nachricht“ wird übersetzt: „Freuet euch, ihr Armen! Ihr werdet Gottes Volk sein, wenn er sein Werk vollendet.“ Aus der Zusage Jesu von der Nähe, ja der beginnenden Präsenz des „Königreichs der Himmel“ dürfen wir auch in schwieriger Situation die Kraft schöpfen, wenigstens eine Besserung der Lage zu versuchen, die zunächst unbeholfen erscheinenden universitären Reformen voranzutreiben. Es kommt auf die Perspektive an. Wir müssen aus den verrücktesten Sprüchen einiger Katakombis über ihre Revolution und ihre Utopien heraushören, dass sie angesprochen werden wollen auf dieses Reich Gottes, das nahe zu ihnen gekommen ist. Das wäre Solidarität mit den Studenten, mit den angeblich „kaputten Wessis“.

Mittwoch, 15. Februar 1989

Streit um Didaktik und Partizipation

Zur Direktoriumssitzung der WE 3 sind 7 StudentInnen gekommen. Sie haben mit Fritz Vilmar an einer Vorlage zur partizipativen Kursgestaltung gearbeitet. Fritz leitet die Sitzung und tut dies in der Vorstellung, dass das umfangreiche Papier, das frühere Beschlüsse und neue studentische Formulierungen verbindet, rasch verabschiedet werden könnte. Von den Professoren sind nur die linken anwesend und so gerate ich in die unangenehme Rolle des Bremsers, der auf der eingehenden Beratung, des Ausräumens innerer Widersprüche (zum Beispiel zwischen Vollversammlung und Delegiertenversammlung) und stilistischen Bereinigungen besteht. Zum Streit zwischen Fritz Vilmar und mir kommt es, weil ich mich dagegen wehre, dass die Professoren in der ersten Seminarsitzung von den Studenten vor die Tür geschickt werden sollen, um den Studenten eine nicht-autoritativ beeinflusste Beratung des Seminarplans zu ermöglichen. Eine Beratungsphase ohne Intervention des Dozenten halte ich für plausibel, aber die weitergehende Vorstellung der Studenten, dass die Leitung des Kurses an die

Studenten übergeben werden könne, und der Dozent sich bei ihnen dann zu Wort zu melden habe, lehne ich ab. Fritz Vilmar bezeichnet dies als übertriebene Ängstlichkeit, mit der wir uns lächerlich machten. Da greifen aber die Kolleginnen Lang-Pfaff und Kulawik in die Diskussion ein und bestärken mich. Wir dürften nicht immer nur an die Einfälle der Studenten denken. Kurse müssten vorbereitet werden, und man könne nicht auf alle interessanten Themenvorschläge eingehen. Frau Lang-Pfaff macht klar, so einfach sei die Lehre eben nicht. Sie wisse sogar von einem Kollegen, dass er sich Mut antrinke, um die Stresssituation, mit lauter Unbekannten zu Programmvereinbarungen zu kommen, durchzustehen.

Wir verabschieden schließlich die erste Hälfte der Vorlage, aber Fritz Vilmar zeigt wenig Neigung, in der nächsten Woche den zweiten Teil weiterzubearbeiten. Schade. Doch ich kann seinen Ärger auch verstehen, nachdem ich – nachträglich – die von den Studenten in die Sitzung mitgebrachte Stellungnahme der Streikzentrale zu unseren Beschlüssen vom 25.1. in der WE 3 gelesen habe. Im Gegensatz zu dem sachlichen Ton bei den Verhandlungen mit den Studenten im Direktorium der WE 3 ist dieses Papier der Streikzentrale von einer verblüffenden Arroganz. Es erinnert mich an die Antwort auf meinen offenen Brief und ich vermute denselben Verfasser. Er tut so, als ob er alles besser wüsste. Dabei sind nicht einmal die Umrisse eines alternativen Curriculums sichtbar. Über dem Streit um didaktische Mätzchen verliert man das Selbstverständliche aus den Augen: Der Student besucht einen Kurs, um mit und von einem ausgewiesenen Hochschullehrer etwas zu lernen. Nun gut, der Hochschullehrer soll froh sein, wenn von den Studenten auch kritische Anregungen und Vorschläge kommen. Aber Studenten können nun mal nicht autonom eine Universität betreiben und sich selbst die Kompetenz fürs Berufsleben bescheinigen.

Ich habe eigentlich keine Lust, diese großsprecherische Stellungnahme der Studenten zu unseren Vorschlägen zu dokumentieren. Aber vielleicht ist es insofern wichtig, als sie zeigt, in welchem hohem Maße nicht nur die ISIs, sondern auch die OSIs den Sinn für die Realitäten eines geregelten Studiums verloren haben. Das Problem ist, dass es eine gegenüber den Studenten verantwortliche Streikleitung nicht gibt. Die Streikleitung einer Gewerkschaft könnte sich einen solchen Ton und eine solche Verhandlungsführung nicht leisten. Ist es nicht verkehrt, dass wir uns überhaupt auf Verhandlungen mit Studenten einlassen, die einen solchen Ton am Leib haben? Die anderen Studenten sind zu Hause am Schreibtisch geblieben und warten darauf, dass es im nächsten Semester irgendwie (mit den Professoren und dem Mittelbau) weiter geht. Den autonomen Kursen trauen sie nicht viel zu, weil sie ahnen, dass mit einer einschneidenden Änderung der Prüfungsordnung nicht zu rechnen ist. Sie können es sich nicht leisten, sich in Kursen zu engagieren, für die sie keine prüfungsrelevanten Scheine erhalten werden. Das Experiment der „Kritischen Universität“ von 1967/68 war doch nur so lange interessant, als die entsprechenden kritischen Angebote nicht an der Freien

Universität selbst gemacht werden konnten. Ich sehe keinen echten Bedarf für „autonome Seminare“, weil es meines Wissens keine studentischen Interessen gibt, auf die Dozenten nicht bereit wären, in den einen oder anderen Form einzugehen.

Stellungnahme der Fraktion zur Förderung der Dialektik zwischen Reform und Revolution zu den Beschlussanträgen (an VPK und FBR) des Direktori- ums der WE 3 vom 25.1.89

1. Die letzten Aktionen der WE 3 Innenpolitik und Komparatistik bestätigen einmal mehr die These, dass dieser Fachbereich auf den Hund gekommen ist. Es gelingt ihm, jedem wissenschaftstheoretischen und politischen Konflikt bürokratisch zu verwalten - das neueste Geschöpf der institutionellen Phantasie dieses Instituts scheint die Kommission zu sein. Kommissionen präsentieren sich gegenwärtig als das Allheilmittel gegen rebellische StudentInnen. Mit welchen Kompetenzen die neueste Kreatur dieses Genres, die Kommission „Soziale Probleme der StudentInnen²³ und Studenten an der Massenuniversität“, ausgestattet sein soll, scheint noch niemand klar zu sein - aber Hauptsache, es gibt eine Kommission zu diesem Thema. Es erscheint uns geradezu grotesk, dass die Initiative zur Diskussion dieses Themas an StudentInnen vorbei von DozentInnen ergriffen wird, von DozentInnen, die sich jahrelang kaum für die soziale Lage der StudentInnen interessiert haben. Wir wittern hinter solchen Initiativen die Idee, der DozentInnenschaft als ganzes die Auseinandersetzung mit der sozialen Lage der StudentInnen zu ersparen, und diese Aufgabe an einzelne DozentInnen zu delegieren. Diesen eröffnet sich damit wieder eine neuer „Schreibergarten“ sozialwissenschaftlicher Forschung. Der studentische Streik wird somit zumindest die Grundlage für neue wissenschaftliche Meriten unserer DozentInnen sein. - Na also!

2. Wir sind geradezu peinlich davon berührt, mit welcher Unverfrorenheit die WE 3 sich ausdrücklich das Recht vorbehält, bei der Besetzung der Stellen aus dem Überlastprogramm mitzuentcheiden, obwohl diese Mittel allein durch den

²³ StudentInnen mit „I“ ist das geschlechtsneutrale Femininum im Plural, in dem per se auch die männlichen Studenten enthalten sind - die ProfessorInnen scheinen also noch gewisse Probleme mit der „modernen“ Rechtschreibung zu haben. Ein weiteres Beispiel für die Probleme der DozentInnen mit feministischen Forderungen zeigt sich in der Neuinterpretation der „Quotierung“-sfrage. Leider bleibt uns unklar, ob sich die Quotierung (50:50) der Redebeiträge im Seminar auf das Verhältnis DozentIn/StudentIn oder auf den Anteil der Redebeiträge von Männern und Frauen bezieht.

[Diese belehrende Anmerkung hätte der Autor sich sparen können. Es handelt sich erkennbar um einen Tippfehler – aufgeplustert formuliert eine Fehlleistung. Es sollte selbstverständlich heißen „Studentinnen und Studenten“, denn im Übrigen wurde in dem betreffenden Papier zur sozialen Situation der Studierenden die Rechtschreibung nach taz-Manier gehandhabt. Ich weiß schon, wie man sich „modern“ räuspert und spuckt. Doch an solchem Kleinkram erkenne ich die Handschrift Martin Wildermuths. So kräht ein feministischer Gockel auf dem Misthaufen – Th. E.]

Streik der StudentInnen verfügbar wurden. Da u.a. das Angebot ein Tutorienprogramm ähnlich dem der TU-Projektwerkstätten Teil des Verhandlungsangebots war, das zur Aufhebung der Blockade führte, verwahren wir uns gegen schnöde Versuche der DozentInnen der WE 3, sich an neuen Stellen zu bereichern. Dasselbe gilt für die neuzubesetzenden Stellen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Mit diesen Stellen wollen wir a) neue Lehrformen am OSI verankern und b) inhaltliche Schwerpunkte in Forschung und Lehre setzen.

3. In der WE 3 machen man und frau sich bereits Gedanken über eine curriculare und konzeptionelle Reform des Grundstudiums. Eine Neugliederung der zentralen Problemfelder oder Ansätze zu einer inhaltlichen Verknüpfung der in den unterschiedlichen Kursen zu bearbeitenden Themen fehlen völlig, obwohl gerade in der Zusammenhanglosigkeit der einzelnen Lehrveranstaltungen das Grundübel des Studiengangs Politische Wissenschaft am OSI zu sehen ist. In diesem Zusammenhang ist die Aussage, dass es nur darum geht, zu klären, welche Veränderungen möglich sind, ohne in den Strudel einer generellen, mehrjährigen Studienreform zu geraten (Rytlewski), bezeichnend für die beschränkte Reichweite der professoralen Phantasie.

Damit ist deutlich, dass sich die Überlegungen der DozentInnen auf Ausbesserungen der insgesamt fragwürdigen Studienorganisation beschränken.

a) Partizipative Seminarplanung und -durchführung:

In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass StudentInnen in Zukunft substantiell an der Seminarplanung beteiligt werden sollen. Faktisch wird StudentInnen jedoch nur ein Vorschlagsrecht zugebilligt, denn die endgültige Entscheidung soll konsensual getroffen werden. Den Begriff des Konsens, der als studentische Entscheidungsform im Streik etabliert wurde, versuchen DozentInnen im Sinne eines faktischen Vetos für sich zu vereinnahmen. Bei den nun zur Debatte stehenden Entscheidungsmodell werden DozentInnen nur Themenvorschläge, die (ihnen) rechtzeitig von VertreterInnen der OSI-StudentInnen vorgelegt werden, soweit wie möglich bei der Lehrplanung in der WE (berücksichtigen). Etwas verbindlicher hätten DozentInnen sich schon äußern können - es sollte ihnen eigentlich klar sein, dass wir mit unserem Streik „Mit- bzw. Selbstbestimmung“ und nicht herablassendes Zuhören von Autokratinnen durchsetzen wollen. Unserer Meinung nach würden bahnbrechende Ideen darauf hinauslaufen, dass StudentInnen bereits bei der Gestaltung des Lehrprogramms als ganzes mitentscheiden.

b) Autonome Seminare sollen ein Ansatzpunkt für studentisches Forschen und Lernen am Fachbereich werden. In diesem Sinn werden wir völlig missverstanden - oder werden unsere Ziele etwas mutwillig systemkonform umgebogen, wenn man und frau uns anbieten, mit TeilnehmerInnen autonomer Seminare eine Rahmenkonsens (das Protokoll des studentischen Plenums verzeichnet bei dieser

Wortwahl lebhaft Heiterkeit) bei der Bestimmung des Themas zu erzielen, und sie bei der Erstellung von Seminararbeiten zu beraten und am Ende Leistungsbescheinigungen auszustellen. Autonome Seminare sind entweder völlig autonom bei der Bestimmung des Themas, der Methoden und der Art (eventuell scheinrelevanter) Arbeitsergebnisse, oder sie sind überhaupt nicht autonom. Halbautonome Seminare, wie sie die WE 3 vorschlägt, entsprechen keineswegs unseren Vorstellungen.

c) Die Stellen für studentische Hilfskräfte, die dem Fachbereich aus dem Überlastprogramm zugewiesen werden, sollen nicht dazu genutzt werden, eine neue Art von Lehrveranstaltungen am OSI zu verankern. Stattdessen sollen TutorInnen die Betreuung von AGs bzw. begleitende Vertiefung des Vorlesungsstoffs leisten.

Statt sich tatsächlich über neue Lehrkonzepte, z.B. integrierte Studienprogramme den Kopf zu zerbrechen, wollen die Angehörigen der WE 3 einfach mehr Lehrstellen schaffen, deren wesentliche Aufgabe in der gesprächstherapeutischen Betreuung der frustrierten OSI-StudentInnen bestehen wird. Diese Herangehensweise ändert noch nicht einmal etwas an der Überfüllung der Lehrveranstaltungen, denn es werden durch solche Tutorien noch nicht einmal zusätzliche Veranstaltungen angeboten.

Eine der wenigen neuen Ideen besteht in dem Vorschlag, ab sofort eine Vorlesung „Einführung in die Politische Wissenschaft“ anzubieten, die grundsätzlich in die Fragestellungen und theoretischen Ansätze des Faches einführen soll. Davon abgesehen, dass es geradezu lächerlich wirken muss, dass es eine solche Einführung im bisherigen „Schaschlik-Studium“ nicht gab, fragten wir uns, welche der verschiedenen Ansätze - es gibt wahrscheinlich mindest so viele politikwissenschaftliche Ansätze wie DozentInnen am OSI - in einer solchen Veranstaltung vorzustellen wären. Um dieses Konzept (?) besser einschätzen zu können, bitten wir insbesondere die DozentInnen der WE 3 darum, unseren Fragebogen zum politologischen Selbstverständnis nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen.

In die falsche Richtung zielt auch der Vorschlag, im Grundstudium ein Repertoire an Erklärungsmustern und Analysemethoden zu vermitteln. Hier wird abstrakte Methodenkenntnis lediglich zu Lernstoff degradiert, anstatt den komplexen Zusammenhang unterschiedlicher Erkenntnisverfahren zu thematisieren.

Dieses vermeintliche Konzept zur Neugestaltung des Grundstudiums fällt dabei weit hinter die Zielsetzung der OSI-Studienreform von 1976 zurück, die bloße Kenntnisvermittlung („solides Handwerk“ im Sinne der Fähigkeit Referate, Thesenpapiere und Hausarbeiten strukturieren zu können) durch Erkenntnissuche, durch wissenschaftstheoretische und methodologische Auseinandersetzung

gen ergänzen wollte, und deren wesentliches Anliegen darin bestand, die Vielfalt der politikwissenschaftlichen Fragestellungen in einem (zusammenhängenden) Studiengang zu integrieren (vgl. AKS-Modell).²⁴ Da auch die gegenwärtige Studienorganisation diesen grundsätzlich positiv einzuschätzenden Anspruch nicht erfüllt, fehlen unserer Auffassung nach neue Initiativen zur Realisierung dieses Anspruchs.

Der einzige Ansatz in diese Richtung ist darin zu sehen, dass erwogen wird, den Ansatz des Projektstudiums, wie er bereits erfolgreich im Hauptstudium praktiziert wird, auf das Grundstudium zu übertragen. Wir halten diesen Ansatz für grundsätzlich positiv, bevorzugen jedoch das von uns entwickelte Tutorienprogramm, das mehrsemestrige Lern- und Forschungsprojekte in studentischer Selbstverwaltung in Anlehnung an die Projektwerkstätten der TU vorsieht. Darüber hinausgehend fordern wir die DozentInnen auf, sich bei der Gestaltung ihrer Lehrveranstaltungen abzusprechen, so dass konzeptionell kompatibel Lehrveranstaltungen in den verschiedenen Problemfeldern angeboten werden. Dieser Diskurs könnte auch für das wechselseitige Hinterfragen der Lehrmethoden der DozentInnen fruchtbar gemacht werden und als Barriere gegen allzu spezifisch formulierte Kursthemen wirken.

Freitag, 17. Februar 1989

Gespräch mit einigen ISIs über die revolutionäre Existenz

Der Fachbereichsrat hat beschlossen, die ISIs für den 20. Februar zu einer offiziellen Verhandlung einzuladen und die ISIs haben ihr Kommen zugesagt. Die ESG-Vermittlung bleibt also vorläufig als allerletzter Ausweg im Hintergrund. Vielleicht hat meine Initiative aber wenigstens etwa zur Beschleunigung beigetragen. Ich spreche mit Dekan Kiersch über die Entwicklung und gebe ihm auch die Aufzeichnung meiner Lagebeschreibung in der Evangelischen Studentengemeinde.

Eigentlich wollt ich noch einige Fotos von den Transparenten und der Puppe des Vermummten über den Eingang der Ihnestr.22 machen. Da jedoch die ISI-Gruppe gerade wieder Bier geliefert bekommt, wenn auch nur halb soviel wie Ende Dezember 1988, unterlasse ich es, um sie nicht zu provozieren. Die ISIs schaffen das Bier jedoch nicht in die von ihnen besetzten Räume, sondern vor die Türen der Bibliothek in der Ihnestr. 21, möglicherweise, um dieses Sachwertes bei einer eventuellen Räumung nicht verlustig zu gehen. Drei der ISIs stehen in der Eingangshalle neben den Bierkästen und passen auf sie auf. Ich spreche sie auf ihre Solidaritätserklärung mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen an. Als

²⁴ Vgl. Megerle/Narr: Modell Studienreform. Curriculum Politische Wissenschaft an der FU Berlin Opladen 1976

ich den Hungerstreik auch politisch als einen Rekrutierungsversuch der RAF interpretiere, bezeichnen sie dies als eine typische Staatschutzargumentation. Meine Gegenfrage: „Wie interpretiert denn die RAF eure Solidarität? Geht es hier nur um Menschenrechte von Gefangenen (wie bei Amnesty International oder dem Komitee für Grundrechte und Demokratie) oder auch um die Unterstützung der Ziele und Methoden der RAF?“

Bei der Antwort kam nun das eigentliche Motiv der ISIs zutage. Es geht ihnen um ihre eigene revolutionäre Existenz. Sie wollen nicht angepasst und korrumpiert werden. Das ist ehrenwert, aber es fehlt ihnen die Souveränität eines Wolfgang Sternstein, der auch nach der Verurteilung in Schwäbisch-Gmünd erkennt, dass zwischen ihm als Verurteilten und dem Richter kein so großer Unterschied besteht. Sie leben beide in dieser Gesellschaft und auch der Zivilen Ungehorsam Leistende muss sich, um zu überleben, in vieler Hinsicht an die Rahmenbedingungen anpassen. Man kann nur punktuell Widerstand leisten oder etwas Alternatives erproben. Zu revolutionärer Überheblichkeit besteht jedenfalls kein Anlass. Letzteres sage ich aber nicht.

Wir sprechen dann eine halbe Stunde über revolutionäre Strategie. Meine Hinweise auf den unbewaffneten Charakter einiger echter Strukturwandlungen und auch auf den gewaltlosen Sturz von Diktaturen beeindrucken sie. Ich hätte sie gerne noch nach den Texten zur Strategie gefragt, an denen sie sich orientieren, aber da hatten sie wohl das Gefühl, mit mir schon zu lange gesprochen zu haben.

Montag, 20. Februar 1989

Verhandlungen mit der ISI-Gruppe

Ich stehe gerade mit Frau Dankbar, der studentischen Vertreterin im Fachbereichsrat in der Eingangshalle der Ihnestr.21, als das ISI in großer Besetzung, mindestens 12 Personen, anmarschiert kommt. An den Verhandlungen des Fachbereichsrats mit den ISI nimmt von der WE 3 Fritz Vilmar als Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors teil. Er berichtet mir später, dass er sich mit klaren Forderungen eingeschaltet habe. Er habe den ISIs nicht so weit entgegenkommen wollen wie der Dekan und der Leiter der Verwaltung. Er empfand die Verhandlungen als Misserfolg, weil keine verbindlichen Absprachen zustande kamen.

Dienstag, 21. Februar 1989

Verbindliche Absprache mit Autonomen?

Dekan, Prodekan und Verwaltungsleiter sind auf dem Präsidialamt, um über die besetzten Stockwerke der Ihnestr. 22 zu sprechen. Das gestrige Gespräch mit den ISIs sei ausgegangen wie das Hornberger Schießen, meint Frau Haenisch, Mitarbeiterin des Verwaltungsleiters. Es sei eben zu keinen verbindlichen Absprachen gekommen. Ich fürchte, dass den ISIs eine Struktur fehlt, die verbindliche Absprachen ermöglicht. Würden die einen etwas vereinbaren, könnten die anderen unter Berufung auf ihre Autonomie immer noch etwas anderes, möglicherweise sogar das Gegenteil tun.

Ich schreibe einen Brief an die Kollegen in der WE 3, in dem ich auf den enttäuschenden Verlauf der letzten Sitzung des Direktoriums und auch auf die uns dort vorgelegte „Stellungnahme der „Stellungnahme der Fraktion zur Förderung der Dialektik zwischen Reform und Revolution“ eingehe. 21.2. 1989

20.2. 1989

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Sitzung der WE 3 am 15.2. 1989 zeigte es sich, dass wir noch nicht so weit waren, einmütig „Empfehlungen zur Verbesserung der Studien- und Lehrsituation“ zu verabschieden. Das sollten wir einfach feststellen. Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Im Rückblick auf das vergangene Semester habe ich den Eindruck, dass das Direktorium der WE 3 zwar mit zunehmender Intensität beraten, aber insgesamt sich doch zu langsam auf die Krise im Fachbereich eingestellt hat. So hätten wir zum Beispiel nach der Abriegelung des Instituts sofort einen Weg finden müssen, uns zu treffen. Wir hätten uns als Angehörige des öffentlichen Dienstes mit der illegalen Abriegelung unseres Instituts nicht tagelang reaktionslos abfinden dürfen, und wir hätten später häufiger und länger zu Beratungen zusammentreten müssen. Nun stehen wir am Ende des Semesters vor einem Stückwerk von Beschlüssen und Anregungen, denen zum Teil die Beschließenden selbst, ganz zu schweigen von den allzu vielen Nicht-Anwesenden, skeptisch gegenüberstehen. Das ist auch gar kein Wunder. Wir beraten in sehr erregter Atmosphäre und was uns in der einen Woche angemessen erscheint, kann uns Tage oder auch nur Stunden später in anderem Licht bereits wieder dubios erscheinen.

Mir ist aufgefallen, dass gegenüber dem von mir selbst befürworteten Verfahren, in den Kursen Delegierte zu benennen und die Viertelparitätischen Kommission mit den Wissenschaftlichen Einrichtungen zu verklammern, noch erhebliche Bedenken bestehen. In einer solchen Situation ist es mit einem Beschluss oder einer Unterschriftenaktion nicht getan.

Auch zur partizipativen Gestaltung der Kurse gibt es nach wie vor unterschiedliche Auffassungen, und eine Annäherung bzw. Respektierung der Standpunkte wäre wahrscheinlich nur nach ausgiebiger Beratung möglich. Es gibt anscheinend Kollegen, die sich als Lehrende stärker zurückhalten wollen und andere, die sich als lehrende Autorität zur aktiven Gestaltung und auch Kontrolle ihrer Kurse verpflichtet sehen.

Die Zusammenhänge zwischen den bisherigen Formen der Kursgestaltung und dem Streik sind meines Erachtens nicht ausreichend erörtert worden. Dies liegt auch daran, dass an den Beratungen über die künftige Kursgestaltung nur die wenigen aktiv streikenden Studenten teilgenommen haben und darum auch niemand wissen kann, wo und wie nach Auffassung der Mehrheit der StudentInnen die TutorInnen eingesetzt werden sollen. Die studentische Stellungnahme zu dem Beschluss der WE 3 vom 25.1.1989 entbehrt einer hinreichenden Legitimation. Die WE 3 hat ihren Beschluss begründet und ein Verfahren vorgeschlagen. Die in der studentischen Stellungnahme vorgenommenen Bewertungen („Unverfrorenheit“, „schnöde“ etc.) sind in dieser Tonlage nicht geeignet, die von Fritz Vilmar empfohlene „Risikobereitschaft“ der Dozenten bei der partizipativen Gestaltung der Kurse zu erhöhen.

Auch über diese studentische Reaktion auf die Beschlüsse der WE 3 vom 25.1. sollten wir beraten. Ich halte es jedenfalls nicht für richtig, dass wir unseren Beschluss zum Tutorenprogramm stillschweigend fallenlassen.

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr Theodor Ebert*

Mittwoch, 22. Februar 1989

Direktorium ohne Direktoren

Ich fahre früh ins OSI, um mich mit Fritz Vilmar noch vor Beginn der Sitzung des Direktoriums der WE 3 zu verständigen. Ich möchte gerne einen weiteren Streit um die partizipative Gestaltung der Kurse vermeiden. Er ist jedoch nicht da und lässt durch seine Sekretärin mitteilen, dass er zu der Sitzung, zu der er selbst eingeladen hat, nicht kommen wird. Und tatsächlich bleibe ich der einzige der 12 „Direktoren“, der um 10 Uhr erscheint. Einige haben sich entschuldigt. Der Rest fehlt einfach, obwohl diese Selbstverwaltung zu den Dienstpflichten gehört. Ich habe früher, als nur die Gewählten stimmberechtigt waren, manches Mal gefehlt, weil ich kein besonderes Interesse daran hatte, mich in die Personalpolitik einzuschalten. Aber in der jetzigen Krisensituation geht es doch um das Ganze und nicht um die Interessenvertretung einzelner Lehrstühle. Wir reden außerhalb der Tagesordnung noch zwei Stunden über die Situation in unserem Institut und speziell über den Strafprozess gegen Ingrid Strobel, die laut studen-

tischem Antrag an den Fachbereichsrat im nächsten Semester einen Lehrauftrag bekommen soll. Dies wäre eine dubiose Geste, solange sie sich nicht von den Sprengstoffattentaten distanziert hat und wir uns kein Bild ihrer fachlichen Qualifikation machen konnten.

Das falsch verstandene Focus-Konzept

Ich gehe zur Sitzung des Fachbereichsrats, weil über den Text zur Würdigung der Ehrenpromotion Flechtheims entschieden werden muss. Die Sitzung beginnt noch außerhalb der Tagesordnung mit dem Auftritt der ISIs, die heute nochmals ein freundliches, aber doch ultimatives Schreiben erhalten hatten. Sie müssten sich mit dem Dekan auf ein für den „Hausherrn“, den Universitätspräsidenten, akzeptable Legalisierungsregelung im Untergeschoß der Ihnestr.22 einigen oder sie müssten nach dem 28.2. mit der Räumung rechnen. Das ist die Ausgangslage. Sechs ISIs, darunter eine Frau, pflanzten sich nun - vor Beginn der Sitzung - an der Stirnseite des Tagungsraumes, wo sonst der Dekan, der Prodekan und der Verwaltungsleiter sitzen, auf. Sie fragten nach den Gründen, für die Verkürzung des ursprünglich vorgesehenen Handlungszeitraums. Kiersch verwies auf die Schreiben, die an den Präsidenten nach den Einbrüchen in den Büros gerichtet worden seien. Das Präsidialamt verlange eine rasche Entscheidung. Bodo Zeuner wollte nun von den ISIs wissen, was aus ihrer Sicht gegen das Angebot des Dekans spreche. „Alles!“

Zum Unterstreichen dieser „Antwort“ zündete derjenige, der am Freitag mit mir über die revolutionäre Existenz diskutiert hatte, mit dem Feuerzeug den Brief des Dekans an und ließ ihn in die Mitte des Tischkarrees fallen, wo er verglimmte. Dies wurde von mehreren Seiten als „blöde Reaktion“ kritisiert. Allen ISIs war dieses Verhalten auch nicht recht. Besonders der Studentin war es sichtlich peinlich.

Ohne dass das Gespräch irgendetwas Greifbares ergeben hätte, zog es sich als Geplänkel eine Viertelstunde hin. Die ISIs wollten als Voraussetzung für weitere Gespräche erreichen, dass der Fachbereichsrat sich von vornherein gegen eine polizeiliche Räumung ausspreche. Hier wurde ihnen nun sehr deutlich gesagt, dass dies nach ihren zahlreichen Straftaten nicht mehr möglich sei. Sie hätten sich mehrfach an Absprachen nicht gehalten und auch die bei der letzten Verhandlung gegebene Zusage, den Keller (unter dem Tiefparterre) zugänglich zu machen, nicht eingehalten. Und dann zogen sie schließlich ab mit der etwas unsicher klingenden Behauptung, sie würden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Immerhin hatte Kiersch ihnen vorher noch gesagt, dass er am Montag, den 27. Februar um 14 Uhr zu Verhandlungen über sein Angebot bereit sei.

Die ISIs haben die Vorstellung, es könne mitten in der deutschen Gesellschaft ein befreites Territorium geben, so eine Art Focus, wie ihn Régis Debray in sei-

ner Revolutionstheorie konzipiert. In einem solchen Focus wollen sie dann als Revolutionäre unabhängig von Straf- und Zivilrecht die Kontrolle ausüben. Das sind Revolutionsvorstellungen, die im Umfeld des bewaffneten Kampfes entstanden sind, den aber die ISI gar nicht ernsthaft ins Auge fassen können. Die Ideen der ISIs sind unausgegoren und ziemlich verrückt. Dieser Traum stand in witziger Form auch hinter der Republik Freies Wendland. Hier geht es nun quasi um die Keller-Republik Freies ISI-Land. Meines Erachtens gehört die Focus-Theorie in das Umfeld des bewaffneten Kampfes. Mit gewaltlosen Methoden lassen sich diese Foci nicht lange halten.

Donnerstag, 23. Februar 1989

Asyl in der Kirche

Im Rahmen einer mehrtägigen Fachtagung „Asyl in der Kirche“ kommen heute die Kirchenleitung und die Berliner Superintenden ten im „Pastoralkolleg“ auf Schwanenwerder mit den Flüchtlingshelfern an der kirchlichen Basis zusammen. Es ist eine bunte Mischung aus Pfarrern, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern, Deutschen und Ausländern. Am meisten beeindruckt mich der Bericht über die soziale Lage der Flüchtlinge. Das Taschengeld ist so minimal, dass sie ständig in der Versuchung sind, kleine Straftaten zu begehen. Es fängt an mit Schwarzfahren in Bus und U-Bahn an und endet mit Transport von Drogen und dem Dealen mit kleinen Drogenmengen.

Wird die Abschiebung angekündigt, beginnt die verzweifelte Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für „Illegale“, das heißt solche, die sich nicht mehr bei der Ausländerbehörde melden dürfen, weil sie sonst in Abschiebehaf t kommen. Die nervliche Belastung für die Versteckten ist fast unerträglich. Ich denke an das Tagebuch der Anne Frank. 22 Gemeinden nehmen inzwischen Illegale auf. Soll die Kirchenleitung sich offiziell dazu äußern? Ich rate zur Einflussnahme auf die Koalitionsgespräche bei der bevorstehenden Regierungsbildung. Andere Mitglieder der Kirchenleitung finden das im Moment weniger passend, obwohl wir dasselbe Anliegen haben. Insgesamt war dies ein sehr konstruktiver Erfahrungsaustausch. Man hört aufeinander.

Freitag, 24. Februar 1989

In Tegel nichts Neues

Um 19.30 Uhr ein Anruf von Andrea, einer Helferin der „Fluchtb urg“: Um 22 Uhr werde ein Kurde nach Istanbul abgeschoben. Gegen ihn liege in der Türkei ein Haftbefehl vor. Dies habe die Ausländerbeauftragte, Barbara John, vom Auswärtigen Amt erfahren. Sie habe Innensenator Kewenig jedoch nicht zum Stoppen der Abschiebung bewegen können. Dieser sei einfach nach Hause ge-

gangen. Von den kirchlichen Stellen sei im Moment niemand erreichbar. Ob ich zum Flughafen Tegel kommen könne, um kirchliche Präsenz zu unterstreichen.

Ich sage zu und telefoniere mit Joachim Hoffmann, dem Superintendenten in Tempelhof. Wir glauben nicht, dass wir nach dem Abtransport aus der Abschiebehaft noch etwas erreichen können. Aus Solidarität will ich doch zum Flughafen fahren. Meine Söhne Christian und Wolfgang begleiten mich. Ich habe mich in gut bürgerliche Schale geworfen. Die einzige Chance ist, dass die Fluggesellschaft wegen Suizidgefahr oder aus gesundheitlichen Gründen den Transport ablehnt. Ich rechne nur mit wenigen Protestierenden. Doch immerhin: innerhalb von 1 1/2 Stunden wurden 30 mobilisiert. Ich bin diesmal der einzige von der Evangelischen Kirche, aber mindestens vier Professoren sind da und prominente Mitglieder der Alternativen Liste, darunter die Fraktionsvorsitzende Heide Bischof-Pflanz und Rechtsanwalt Wolfgang Wieland. Auch einen Mitarbeiter von Amnesty International sehe ich. Die meisten sind allerdings Frauen. Heide Bischof-Pflanz hat eine ZDF-Redakteurin mit kleinem Kamerateam mitgebracht. Das Scheinwerferlicht, das Mikrophon, die laufenden Kameras machen das Anliegen dringend. Sprechchöre gegen die Abschiebung. Und dann kaum zu glauben: Der Kurde und sein Polizeibegleiter werden wieder ausgecheckt! Ich lasse mir dies vom türkischen Reiseveranstalter des Charterflugs bestätigen, auf Ehre und Gewissen versichern, wieder im Lichte der Scheinwerfer. Ich danke ihm erleichtert.

Später erfahre ich, dass der Flugkapitän den apathischen, mit Beruhigungsspritzen voll gepumpten Kurden nicht befördern wollte. Wir stehen in Gruppen herum. Die Schwester des Abschüblings und eine AL-Abgeordnete schauen im Flugzeug nach. Ergebnis: Der Kurde ist nicht drin, aber zwei andere Abschüblinge, über die wir nichts wissen, von denen wir nur hoffen können, dass sie nicht genauso gefährdet sind.

Die Mutter des Kurden sitzt wie eine traurige, dicke Pietà neben den Durchlass auf einem Gepäckwagen. Sie schweigt. Ihre Tochter kommt zurück. Ihr Bruder sitzt noch im Polizeiwagen auf dem Rollfeld - nicht ansprechbar. Ein Arzt unter den Demonstranten zeigt seinen Ausweis, verlangt Zugang. Die Polizei weist ihn ab. Zurufe „Unterlassene Hilfeleistung!“ Der Arzt verlangt die Kenn-Nummer des Polizisten. Zwischenruf „Faschistenschweine“. Ein Polizist fühlt sich beleidigt, verlangt den Ausweis des Zurufers. Erfolglos. Er fordert Verstärkung an.

Im Gänsetrab erscheinen zehn Polizisten. Rangelei. Christian macht ein Dutzend Fotos. Sprechchöre „Hört doch auf!“ Weitere Rufe „Faschistenschweine“. Ich habe dummerweise das Tonbandgerät vergessen. Eigentlich war das Provozieren der Polizei unsinnig, auch die Unterstellung, sie seien Wähler der Republikaner. Tatsächlich schauten die Polizisten sehr bedrückt darein, als die Schwester des

Kurden weinend, kreischend von ihren Eindrücken auf dem Flugfeld berichtete. Die Nerven aller Beteiligten waren überreizt. In solchen gespannten Situationen kommt es leicht zu sinnlosen Zuspitzungen. Zwei Demonstranten im Szenelook werden festgenommen und zum Polizeifahrzeug geschleift, um die Personalien aufzunehmen. Das kann für sie ein übles Nachspiel haben. Rechtsanwalt Wieland sucht eine Strafanzeige abzubiegen.

Das Fatale ist, dass fast unvermeidlich die alltäglichen Kreuzberger Spannungen zwischen Alternativen und Polizei auch in dieser andersartigen Konfliktsituation zum Ausbruch kommen. Die jungen Leute haben auch das entsprechende Aussehen: Die leicht verwahrloste Kleidung, die Frauen mit engen, bunt bedruckten Hosen und einige Männer tragen Fantasiefrisuren. Das passt so gar nicht zum Flughafenlook der Urlaubsreisenden. Als wir drei um 23.45 Uhr wieder nach Hause fahren, steht noch ein kleines Grüppchen vor dem Polizeiwagen. Und sitzt die Mutter noch auf dem Gepäckkarren? Das überlege ich auf der Heimfahrt. Und dieses Abschieben wird weitergehen - vielleicht bis zum Mai. Und nach der Bildung einer rot-grünen Regierung wird dann alles oder vieles anders? Hoffentlich!

Der Pressedienst der Freien Universität hat heute einen auf meiner Vorlage basierenden Hinweis auf die Ehrenpromotion Flechtheims veröffentlicht.

FU: Ehrenpromotion am Otto-Suhr-Institut

Am 5. März 1989 wird der em. ord. Universitätsprofessor für Politische Wissenschaft, Prof. Dr. iur. Dr. phil. Ossip K. Flechtheim, 80 Jahre alt. Aus diesem Anlass verleiht ihm der Fachbereich Politische Wissenschaft (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin in einer akademischen Feier

*am Freitag, den 3. März 1989, 10 Uhr s.t.
im Großen Senatssaal des Henry Ford-Baus
Garystr. 35, 1000 Berlin 33*

in Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen Titel, Rechte und Würde eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ehrenhalber (Dr. rer. pol. h.c.).

Im Rahmen des Festaktes wird Prof. Dr. Robert Jungk Flechtheims Werk mit einem Vortrag „Über die Gegenwart hinausdenken: die Pionierrolle Ossip K. Flechtheims“ würdigen. Am Abend desselben Tages wird Prof. Dr. Fritz Vilmar, der Nachfolger auf Flechtheims Lehrstuhl, neben Robert Jungk in der Urania

(Kleiststr.13) um 19.30 Uhr sprechen über Flechtheims Beitrag zur „Rettung unserer Zukunft“.

Flechtheim studierte Rechts- und Sozialwissenschaften in Freiburg, Paris, Heidelberg, Berlin und Köln, wo er 1934 noch mit einer Arbeit über Hegels Strafrechtstheorie promovieren konnte, obwohl er 1933 bereits von den Nationalsozialisten aus politischen und „rassischen“ Gründen als Rechtsreferendar entlassen worden war.

Flechtheim war im Alter von 18 Jahren Mitglied der KPD geworden, trat jedoch nach einigen Jahren wegen stalinistischer Tendenzen der Partei wieder aus, ohne damit seine Sympathie für einen humanistischen Sozialismus und insbesondere sein Interesse am Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aufzugeben. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung schloss er sich der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ an, wurde verhaftet, konnte jedoch 1935 in die Schweiz und von dort in die USA emigrieren, wo er an kleineren Universitäten bis 1951 Politische Wissenschaft unterrichtete. Neben dieser Lehrtätigkeit verfasste er 1943 den ersten Entwurf seines späteren Hauptwerkes über die Futurologie „History and Futurology“.

1946/47 kehrte er als Abteilungsleiter im Amt des Hauptanklägers für Kriegsverbrechen nach Deutschland zurück. Er promovierte zum zweiten Mal und veröffentlichte 1948 die heute als klassisch geltende erste Gesamtdarstellung der „KPD in der Weimarer Republik“, die ins Japanische, Italienische und Französische übersetzt wurde.

1952 erhielt Flechtheim eine Professur an der wiedergegründeten „Deutschen Hochschule für Politik“. Nach deren Eingliederung als „Otto-Suhr-Institut“ in die FU Berlin im Jahre 1959 lehrte er dort bis 1974 als ordentlicher Professor für die „Geschichte und Theorien der Parteien und Interessengruppen“. Er dokumentierte und kommentierte die bundesrepublikanische Parteiendemokratie in einer monumentalen 9-bändigen Quellensammlung. Seine zeitgeschichtlichen politischen Analysen waren dadurch profiliert, dass sie sich von der gängigen Gegenüberstellung von Freier Welt und totalitärem Kommunismus absetzten. Er kritisierte die stalinistische Deformation der sozialistischen Gesellschaften und analysierte scharfsinnig die Defizite an demokratischer Partizipation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Aus der SPD trat er freiwillig aus, als prominente Freunde wie Wolfgang Abendroth wegen ihrer Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ausgeschlossen wurden.

Internationales Ansehen erlangte Flechtheim durch sein Konzept einer humanistisch-demokratischen Futurologie, die er in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Futurum“ (1968-1971) und seinem politisch-philosophischen Hauptwerk „Futurologie“ veröffentlichte. Darüber hinaus stellte er sich mit seinem

Buch „Der Kampf um die Zukunft“ (1970) und zahlreichen Aufsätzen und aktuellen Interviews einer konservativ-technokratischen Futurologie entgegen.

Flechtheim und seine Frau Lili Faktor-Flechtheim genießen in vielen Menschenrechtsorganisationen und friedenspolitischen Bildungseinrichtungen (Amnesty International), der Liga für Menschenrechte, der International Fellowship of Reconciliation und der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion) hohes Ansehen aufgrund ihrer jahrzehntelangen humanitären und pazifistischen Mitarbeit. Die Humanistische Union hat Flechtheim 1986 durch die Verleihung des Fritz-Bauer-Preises geehrt als inoffiziellen Ombudsmann demokratischer Ansprüche gegenüber staatlicher Anmaßung.

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Theodor Ebert, Tel.: 030-365 4259

Vom Ansehen des OSI unter Bundestagsabgeordneten

Mein Kollege Hartmut Jäckel schickt mir die Kopie eines Briefes zu, von dem er mir kürzlich berichtet hatte. In ihm befasst sich der Kollege Herzog, der vornehmlich Politiker-Karrieren erforscht, mit dem Eindruck, den das Otto-Suhr-Institut in der Öffentlichkeit – hier vornehmlich bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages macht.

Prof. Dr. Dietrich Herzog

Herrn

Prof. Dr. Werner Väth

Im Mittelbusch 49

1000 Berlin 38

1.2.89

Lieber Herr Väth,

haben Sie besten Dank für Ihren Brief vom 29. Januar. Ich schätze es sehr, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, so ausführlich meinen Leserbrief zu kritisieren. Deshalb kann und will ich auch Ihre „Anti-Kritik“ nicht so einfach zu den Akten legen.

Ob Sie allerdings meine Intention richtig verstanden haben, weiß ich nicht. Das Ansehen unseres Fachbereichs draußen, und zwar eben gerade bei den potentiellen „Arbeitgebern“ unserer Absolventen zu verbessern, war der eigentliche Zweck. Denn wir beide wissen, dass wir in der Tat sehr gute Absolventen haben. Ich habe bewusst von „vielen“ Diamanten gesprochen. Aber wir wissen auch, dass sie es schwer haben, weil ihre wirkliche Qualifikation durch das weithin negative Bild des Fachbereichs in der Öffentlichkeit gleichsam überdeckt wird. Ich habe gerade wieder, im Zusammenhang mit meinem Forschungsprojekt, mit solchen möglichen Arbeitgebern, in diesem Fall mit Bundestagsabgeordneten, viele Kontakte gehabt. Und ich war wieder einmal überrascht, wie negativ, zumindest skeptisch, das „OSI“ beurteilt wird. Wir müssen das, aus Verantwortung gegenüber unseren Studienabgängern, Ernst nehmen.

Das erfordert von uns eine realistische Einschätzung der Lage. Damit meine ich nicht die gegenwärtigen Konflikte. Dass die Studien- und Lebensbedingungen unserer Studenten wesentlich verbessert werden müssen, steht außer Frage. Desgleichen die Notwendigkeit, neue Regelungen für verbesserte studentische Mitwirkung zu schaffen (einschließlich der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter). Das ist schwierig genug, zumal hier allgemeine Hochschulprobleme anstehen. Die eigentliche, grundlegende Problematik unseres Fachbereichs indes sehe ich - ebenso wie zum Beispiel der Kollege Jäckel - in der Struktur des Studienganges.

Nehmen wir die thematische Ausuferung. Ich weiß, dass es viele in der Kollegenschaft gibt, die das akzeptieren, ja befürworten - schließlich sei alles irgendwie Politik oder politisch. Aber das ist nicht meine Auffassung. Sie selbst kennen wie ich die Klagen der Studenten, zum Beispiel in ihren OSB-Studienberichten²⁵: Hypertrophie und Unübersichtlichkeit des Lehrangebots, unklare Thematiken, über die dann - wie es so in den Berichten heißt - nur „gelabert“ werde, häufig Frustration oder Rückzug in eine Art „Privatstudium“, usw.

Nehmen wir unser Prüfungssystem. Weshalb haben wir nicht wenigstens eine wirkliche Zwischenprüfung, von weiteren Prüfungen, auch Klausuren u.ä. ganz abgesehen? In den politikwissenschaftlichen Lehrinstitutionen, die ich in England, Frankreich, den Niederlanden, Italien oder den USA aus unmittelbarer Anschauung kenne, ist ein ausgefächertes Prüfungssystem eine Selbstverständlichkeit. Dort sind obligatorische, formalisierte Leistungsnachweise keine Schikane. Sie sind vielmehr für die Dozenten ein wichtiger Zwang zur Systematisierung ihrer Stoffvermittlung, und sie sind für die Studierenden ein nicht zu unterschätzendes Mittel, um eine gewisse Sicherheit über ihren intellektuellen Leistungsstand zu bekommen.

²⁵ Gemeint sind die Studienberichte, welche die Studenten in schriftlicher Form den Unterlagen der Obligatorischen Studienberatung (OSB) beifügen.

Freilich, auch über diese Frage gibt es bekanntlich in unserem Fachbereich sehr unterschiedliche Auffassungen. Dass unsere Diplomarbeiten vielfach ein sehr gutes Niveau haben, weiß ich natürlich wie Sie. Aber wie ist das mit dem Gesamt der Prüfungsleistungen? Sind die von den Prüflingen gewählten (und von den Dozenten akzeptierten) Einzelthemen nicht allzu häufig zu eng beieinander? Und geben wir (mich leider eingeschlossen) nicht allzu häufig zu „freundliche“ Bewertungen, - obwohl wir eigentlich wissen müssten, dass das den Berufschancen unserer Absolventen eben nicht nützt?

Schließlich ein letzter Punkt: Die Aggressivität und - man muss es so nennen - der Vandalismus ausgerechnet in einem Fachbereich für Politische Wissenschaft. Damit wir uns nicht missverstehen; ich bin nicht gegen Konflikte, Proteste, auch „unkonventionelle“ Formen der Meinungsäußerung. Sie sind für eine freiheitliche Ordnung nicht endemisch, sondern konstitutiv. Aber andauernde Blockaden oder Besetzungen, systematische Störungen oder Verhinderungen des wissenschaftlichen Lehr-, Prüfungs- oder Verwaltungsbetriebes, und die unglaubliche Beschädigung unserer Häuser; - dies alles lässt sich nach meiner Auffassung und nach meinen Lebenserfahrungen mit einer „politischen Kultur“ nicht mehr vereinbaren.

Ich weiß, dass viele aus der Kollegenschaft, und gerade auch Sie selbst, mit außerordentlicher Mühe an einer vernünftigen, gewaltfreien Beilegung der Auseinandersetzung gearbeitet haben. Meine Bedenken sind anderer Art: Machen wir vielleicht etwas falsch im Inhalt und in der Art unserer Lehrveranstaltungen? Erziehen wir (entschuldigen Sie das altmodische Wort) als akademische Lehrer den civis? Ich bin sicher, dass Inhalt und Art des Studiums der Politischen Wissenschaft etwas Wesentliches mit der Art des politischen Verhaltens unserer Studenten zu tun haben.

Aber lassen Sie mich hier abbrechen, sonst wird dieser Brief noch länger. Nachgedacht über die Probleme habe ich jedenfalls nicht erst seit gestern. Ich befürchte allerdings, dass wir sie nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit nicht lösen werden, ja dass wir sie im Fachbereich nicht einmal in gleicher Weise sehen. Damit müssen wir leben und das Beste daraus zu machen suchen. Was eben auch der Sinn meines Leserbriefs war.

Im übrigen sollten Sie noch wissen, dass ich (mangels unmittelbarer Kontakte in diesem Forschungssemester) mehrere Anrufe von Studenten erhalten habe, die meinen Äußerungen ausdrücklich zustimmten.

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dietrich Herzog*

Montag, 27. Februar 1989

ISI sperrt das Hochparterre. Letzte Verhandlungen

Zum Semesterende drängt das Präsidialamt auf Wiederherstellung der Rechtsordnung in den ganz oder teilweise besetzten Instituten. Für 14 Uhr ist im „Astrix-Hörsaal“ ein vorläufig letztes Gespräch mit den ISIs angesetzt. Statt den Versuchen des Dekans, eine Räumung abzuwenden, entgegenzukommen, haben die ISIs eskaliert. Sie haben die Hälfte des Hochparterres, in dem zwei Seminarräume und mehrere Büros liegen, okkupiert und eine Sperre aus Schränken und Tischen errichtet, die nur noch einen schmalen Durchlass offen lässt. Die ISIs begründen dies damit, dass unten im ISI-Cafe eine Frauenwoche stattfindet und die „Typen“ oben schlafen müssen. Als ob zur Lösung dieses Problems keine Vereinbarung ohne Barrikade möglich gewesen wäre! Und noch eins: Als wir im September 1983 die Tore der Raketenbase Mutlangen blockierten, kam niemand auf die Idee, dass Männer und Frauen nicht im selben Zelt schlafen könnten. Hier wird eskaliert in der Hoffnung auf einen kämpferischen Abgang - ohne Rücksicht auf die strafrechtlichen Folgen!

Dekan Kiersch hält es angesichts dieser neuerlichen Eskalation für sinnlos, mit den ISIs zu verhandeln. So kommt um 14 Uhr nur Prodekan Väth. Ich setze mich neben ihn. So vertreten wir nun also die staatliche Seite - in der schwachen Hoffnung, die ISIs zur Einsicht in ihre Lage und zum Umschalten in Richtung Legalisierung zu bewegen. Von den ISIs sind die Gemäßigten gekommen. Zwei kenne ich aus dem Kurs über den Zivilen Ungehorsam. Sie hatten sich im Kurs eher ablehnend als kooperativ gezeigt, aber immerhin kann man mit ihnen vernünftig reden und sie übernehmen es von sich aus, das Gesprächsergebnis zu fixieren. Grundlage der Verhandlung ist der Brief von Dekan Kiersch. Väth und mir geht es darum, die rechtliche Situation in vier Punkten so zu definieren. Wir wollen dem Präsidialamt mitteilen können: Das Gebäude in der Ihnestr.22 ist nicht „besetzt“, sondern wird mit Zustimmung des Fachbereichsrats in geregelter Form „genutzt“. Schließlich haben Studenten einen gewissen Anspruch darauf, Universitätsgebäude zu nutzen. Ich versuche den ISIs klarzumachen, dass verbindliche Regeln für die Nutzung der Räume ihre Interessen in der gegenwärtigen Situation besser schützen als dekorative Barrikaden.

Väth hält auch eine Regelung der Raumfrage in der Ihnestr. 22 für erforderlich. Hier kommen wir nicht voran. Meines Erachtens hätte sich dieses Problem auch vertagen lassen, wenn zumindest das revolutionäre „Dekor“ abgebaut worden wäre. Doch gerade an diesen Symbolen revolutionärer Macht hängen die ISIs. Das hatten wir befürchtet. Vier Stunden dauerten diese Verhandlungen. Aber würden unsere Gesprächspartner im ISI-Plenum irgendeine Änderung des Status

quo durchsetzen können? Das Grundproblem ist, dass die ISIs strukturell nicht in der Lage sind verbindliche Absprachen zu treffen. Wir schreiben das Ergebnis unserer Verhandlungen auf und die Studenten versprechen, dieses Papier zu veröffentlichen. Doch dies ist eben kein Abkommen, an das die ISIs sich wirklich gebunden wüssten. Wir müssen damit rechnen, dass irgendein Plenum oder sonst ein autonomes Grüppchen sich aus der Situation heraus daran nicht gebunden sieht und unseren Aufschrieb vielleicht auch gar nicht erst zur Kenntnis nimmt. Wir können nur hoffen, dass die Vernunft sich trotz allem durchsetzt und sich dann auf der Basis solcher Aufzeichnungen ein *modus vivendi* herausbildet.

Unsere Verhandlungspartner nehmen folgende Aufzeichnung mit in ihr Plenum:

Einigung wurde bisher über folgende Punkte erzielt:

- 1. Der Hausmeister hat nach Bedarf und nach bewährter Praxis jederzeit ungehindert Zutritt zu allen Räumen der Ihnestr.22 (incl. Souterrain und Keller).*
- 2. Solange kein neuer Archivraum gefunden wird, haben die dort beschäftigten Mitarbeiter/innen nach bewährter Praxis ungehinderten Zugang zum Archivraum.*
- 3. Um während der Nachtstunden das Gebäude in der Ihnestr.22 ordnungsgemäß verschließen zu können, werden an den Eingangstüren neue Schließzylinder angebracht. Hinsichtlich der verfügbaren Schlüssel gilt eine zum Gebäude in der Ihnestr.22 analoge Regelung.*
- 4. Die von den StudentInnen für die vorlesungsfreie Zeit (bis 15.4. 1989) geplanten Blockveranstaltungen können in den Seminarräumen der Ihnestr.22 stattfinden. Soweit der übliche Dienstbetrieb dadurch nicht beeinträchtigt wird, können zur Durchführung dieser Veranstaltungen weitere Seminarräume in der Ihnestr.21 genutzt werden.*

Nach diesen förmlichen Verhandlungen redeten wir noch in Grüppchen weiter. Ich stand noch zwei Stunden an der Sperre im Hochparterre und redete mit einem ISI-Schwaben, der meine Überlegungen zur gewaltfreien Konfliktaustragung aus der Friedensbewegung kannte. Er lebt in Konflikt mit seinem Vater und muss für sich selber sorgen. Diese familiäre Konfliktsituation scheint auch sein Verständnis des universitären Konflikts mitzuprägen. Neben ihm kocht ein anderer Student Nudeln und Tomatensoße in der Teeküche der Sekretärinnen. Immerhin war dies ein argumentatives Gespräch.

Um 20.30 Uhr kommt die Nachricht, dass morgen um 6 Uhr geräumt werden solle. Unter uns im Tiefparterre wird gehämmert. Anscheinend verrammeln sie die letzten Fenster und Zugänge. Bier wird in Einwegflaschen herbeigeschafft.

Ich sehe nicht, wie hier noch eine strategische Entscheidung „Von der Besetzung zur Nutzung“ zu Stande kommen könnte. Es fehlt an Willensbildungsstrukturen und auch an fähigen Meinungsführern.

Über die Stimmung in der ISI-Gruppe und auch über ihre Träume und Illusionen gibt ein Artikel Auskunft, der am 28.1.1989 in der „Tageszeitung“ erscheint. Ich empfinde den Beitrag als schönfärberisch. Auch der Setzer [sezza] traute anscheinend der Idylle nicht. Die Journalistin mit dem Kürzel „cb“ hat zu dick aufgetragen. Als „wohnlich“ konnte man diese Höhle allenfalls noch im matten Schimmer von Teelichtern empfinden. Doch der Artikel ist bezeichnend für die geheimen Antriebe einiger Besetzer und Besetzerinnen. Einige träumten anscheinend davon, sich im Untergeschoss eines wissenschaftlichen Instituts „wohnlich“ einzurichten und dort ein alternatives Wohnprojekt zu installieren. Es ist schon kurios. Man ist versucht, Obelix zu zitieren: Die spinnen, die ISIs.

„Die Zerstörung des ISI lassen wir nicht zu“.

Im „Ingrid-Strobel-Institut“ der FU sind die Streikenden Studis nach wie vor aktiv / „Offen“ für alle Gesellschaftsgruppen

„Aktiv den Streik mitgestalten!“ War diese auf unzähligen Flugblättern formulierte Aufforderung in den letzten Monaten auf relativ große Resonanz gestoßen, so macht sich mittlerweile das Gegenteil in den universitären Gängen breit: gähnende Leere allerorten. Nur einige wenige besetzte Institute beleben noch die dahlemische Friedhofsruhe.

Darunter das ISI (Ingrid-Strobel-Institut). Als Alternative zum herkömmlichen politischen Fachbereich OSI (Otto-Suhr-Institut), bieten dort die streikenden StudentInnen auch während der Semesterferien permanent Programm an. Aktuell läuft seit Montag die Frauenwoche. In den Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden werden Themen wie Paragraph 218, Magersucht oder Zwangsheterosexualität erarbeitet. Rassismus sowie Frauen und Widerstand sind weitere Punkte, die während der Frauenwoche auf dem Programm stehen. Alle Teilnehmerinnen sollen während dieser Zeit im Ingrid-Strobel-Institut auch schlafen, essen und wohnen können. Das gilt nicht nur für StudentInnen: „Wir wollen die Mitarbeit aller Gesellschaftsgruppen erreichen“, erklärt eine Studentin des ISI. Die Uni solle für jeden zugänglich sein.

Genau diese Forderung liegt dem Projekt „ISI“ auch insgesamt zugrunde. Die wissenschaftliche Aura, die so manchem Otto Normalverbraucher den Weg an die Universität versperrt, wollen die ISI-StudentInnen enttarnen. „Jeder soll bei uns zu aktuellen Themen Stellung beziehen können. Lebens- und Arbeitsraum müssen dabei nicht länger getrennt werden“, meint ein ISI-Student, während er

genüsslich in sein Marmeladenbrot beißt. Das hat er sich im ISI-Cafe geschmiert. Dort, im Keller des Institutsgebäudes in der Ihnestr.22, können auch Nicht-StudentInnen jederzeit ihren Kaffee schlürfen und miteinander diskutieren. „Gerade weil bei uns die Anonymität so groß ist, wollen wir am ISI versuchen, Vereinzelungen zu verhindern“, so eine der ISIs. Ihr Motto: Politik ist nicht nur das, was im Rathaus läuft, sondern auch Zwischenmenschliches. Auch das Private ist politisch.

Dementsprechend wohnlich haben sich die StudentInnen im Keller des Institutsgebäudes eingerichtet. Plakate hängen überall, Kerzen stehen auf dem Tisch, im Hintergrund spielt Musik [von den testbildtestern? sezza], Zum Verweilen lädt die Atmosphäre allemal ein. Einzig der Gedanke an eine Räumungsaktion durch das Präsidialamt vielleicht noch in dieser Woche senkt die Stimmung. Jedoch: „Dass hier unser Projekt gewaltsam zerstört wird, werden wir auf keinen Fall zulassen. Schließlich soll's uns auch im kommenden Semester noch geben“, erklärt eine ISI-Studentin, während sie das Anti-Räumungsflugblatt herumreicht.

Dienstag, 28. Februar 1989

Aufschub

Um 0.30 Uhr hatte mich Wildermuth, gewissermaßen als Sprecher der OSIs, noch angerufen: Im Morgengrauen werde die Räumung erwartet. Was sollte ich dazu noch sagen? Es war doch klar, dass auf die Dauer die Besetzung eines staatlichen Gebäudes und das Aufbrechen der Büros nicht akzeptiert werden konnte. Später erfuhr ich, dass in der Nacht 50 bis 100 Studenten in der Ihnestr. 22 zusammengekommen waren, darunter auch mehrere Vertreter der OSI-Studenten und als einziger Kollege Bodo Zeuner. Allerdings saßen diese auf der Treppe in dem nicht verbarrikadierten Teil des Instituts. Zu solcher Bierdunst-Solidarität war ich nicht motiviert.

Ich wurde um 5 Uhr wach und fuhr mit Fotoapparat und Tonbandgerät zum OSI. Ich war auch bereit, vor der Polizei Flüchtende im Dienstzimmer aufzunehmen, aber die Legitimation eines Polizeieinsatzes konnte ich nicht länger bestreiten. Die Leitung des Instituts hatte zwei Monate lang verhandelt, ohne zu verlässlichen Absprachen kommen zu können. In den letzten Tagen hatten sich die Straftaten, insbesondere die Einbrüche in Büros und massive Sachbeschädigungen durch Verbarrikadierungen, gehäuft. Die Sekretärinnen weigerten sich, in den Dienstzimmern, die hinter den Barrikaden lagen, zu arbeiten, weil sie sich behindert und bedroht sahen.

Als ich am OSI ankam, war die Lage unverändert. Die OSIs waren nach Hause gegangen und die ISIs schliefen, einige in den aufgebrochen Büroräumen des Geschäftsführenden Direktors der WE 2. Ich ging mit dem Kollegen Bolle durch

diese Räume. Dort lagen einige Schlafende, die auch durch Rütteln nicht wach zu bekommen, geschweige denn zum Verlassen der Büros zu bewegen waren. Sie waren in die Räume eingedrungen, weil diese einen Teppichboden hatten und sie diesen weichen Boden den harten Fliesen auf dem Flur vorzogen.

Das Präsidialamt hatte das OSI tatsächlich von der Polizei räumen lassen wollen. Innen-Staatssekretär Müllenbrock, den ich von den Asylangelegenheiten her als Hardliner kenne, hatte auch zugestimmt, aber der Polizeipräsident hatte die Räumung abgelehnt und der zurückkehrende Innensenator Kewenig hatte ihm Recht gegeben. So war es dann der Presse Zeitung am 1.3. zu entnehmen. Am Morgen des 28.2. wussten wir nur, dass die Polizei nicht gekommen war. Ich vermutete polizeitaktische Gründe. Es war schließlich anzunehmen, dass die Zahl der sympathisierenden Besetzer im Zuge der Semesterferien rasch abnehmen würde.

In der Viertelparitätischen Kommission wurde nochmals um Formulierungen gerungen, die eine Räumung überflüssig machen könnten. Von den ISIs war jedoch nur eine Studentin anwesend, die sich zwar an unseren Bemühungen beteiligte, aber auf die Müdigkeit der Besetzer und deren geringe Fähigkeit, rasch etwas zu beschließen, hinwies. Ich empfand die Verhandlungen und die Formulierungsversuche als gespenstisch und verglich sie mit den Friedensbemühungen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, nachdem die Mobilisierung bereits ange laufen war. Natürlich mussten wir uns weiter bemühen, aber ich konnte der Studentin nur den dringenden Rat geben, deutliche Zeichen dafür zu setzen, dass sie von der Besetzung zur Nutzung übergehen wollten. Dies bedeutete im Klartext, dass sie die Barrikaden abbauen und die Räume demonstrativ allgemein zugänglich machen mussten; dann könne weiter verhandelt werden. Sie nahm dies als Botschaft auch ausdrücklich zur Kenntnis. Es wäre jedoch ein Wunder, wenn sie damit noch einen Stimmungs- und Verhandlungsumschwung erreichen könnte.

Mittwoch, 1. März 1989

Private Wachgesellschaft statt Polizei

Ich muss jetzt unbedingt den ganzen Tag an der Laudatio für die Ehrenpromotion Flechtheims arbeiten. Nachmittags fahre ich dann doch durch die ganze Stadt bis nach Steglitz zur Universitätsdruckerei, um an Ort und Stelle die „Würdigung“ in der Urkunde zur Ehrenpromotion Korrektur zu lesen. Anderthalb Stunden Autofahrt, um der Bundesrepublik noch „Deutschland“ hinzuzufügen! Ruth atmet auf, weil ich mit der Laudatio wenigstens vorankomme und emotional nicht mehr so blockiert bin wie in den letzten Tagen.

Aus Zeitungsberichten geht hervor, dass die Polizei gegen ihren Einsatz auf dem Campus ist. Das Präsidialamt versucht jetzt mit einer privaten Wachgesellschaft die nur schwach besetzten Gebäude in den Griff zu bekommen.

Vor der Ehrenpromotion Flechtheims wird also am OSI wohl zu keiner Räumung kommen. An der Verbarrikadierung des ISI-Souterrains hat sich nichts geändert. Also kein Signal für eine Kursänderung. Das Handwerk der Barrikade bedurfte keiner Entscheidung, obwohl es politisch folgenreich war!

Aus „Tagesspiegel“ vom 1.3.1989:

Polizeipräsident lehnte Räumung der besetzten FU-Institute ab

Aus Besorgnis, die Sicherheitslage der Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer Räumung der noch besetzten Institute an der Freien Universität (FU) zu gefährden, lehnte der Polizeipräsident am Montag einen entsprechenden Polizeieinsatz ab. Die Weisung dazu hatte ihm in Abwesenheit von Innensenator Kewenig dessen Staatssekretär Müllenbrock erteilt. Wie die Innenverwaltung auf Anfrage gestern mitteilte, sei zuvor vom FU-Präsidium ein Räumungsbegehren für die noch besetzten Institute ausgesprochen worden.

Eine Erörterung der Lage, mit dem am Montagabend zurückgekehrten Innensenator habe zu einer Neueinschätzung der Lage geführt, teilte der Sprecher der Innenverwaltung Birkenbeul mit. Kewenig habe sich den Bedenken des Polizeipräsidenten angeschlossen und die von Müllenbrock ergangene Weisung aufgehoben, erklärte ein Polizeisprecher.

Im Augenblick werde nicht geräumt, sagte Birkenbeul. Damit sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass zu einem späteren Zeitpunkt die besetzten Institute geräumt werden. Gerüchten zufolge wird am kommenden Wochenende mit einem Polizeieinsatz an der FU gerechnet.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat gestern die Entscheidung des Polizeipräsidenten begrüßt. Der Landesvorsitzende der GdP, Burkhard von Walsleben, sagte: „Die Polizei ist nicht bereit, für politisches Versagen den Kopf hinzuhalten. Die Probleme an der FU müssen politisch gelöst werden.“

Donnerstag, 2. März 1989

Ein Gespräch über Autonomie

Ich fahre zum OSI, um die Laudatio auf Flechtheim tippen zu lassen. Ich mache meinen üblichen Rundgang durch das Haus Ihnestraße 22, um mich vom Stand der Besetzung zu überzeugen. Das Hochparterre ist wieder geräumt. In den Seminarräumen E 1 und E 2, in denen das ISI seine Frauenkonferenz durchgeführt hat, haben die Putzfrauen in der Mitte zwei große Papier- und Flaschenhaufen zusammengekehrt und aufgeschichtet. Ein Mitarbeiter des Kollegen Bolle berichtet mir, dass am Montag (27.2.) Studenten in ihre Räume eingedrungen seien und sie aufgefordert hätten, diese zu verlassen. Diese Büroräume würden von den männlichen ISIs benötigt, weil unten die Frauenwoche stattfände. Sie hätten protestiert und die Räume beim Verlassen hinter sich abgeschlossen.

Auf der Treppe des Hauses Ihnestraße 21 spricht mich ein hochaufgeschossener, aber noch kindlich wirkender Student der ISI-Gruppe an: Wenn das Präsidialamt mit einem privaten Wachdienst komme, würden sie nicht gehen. Es könne auch niemand eindringen. In den Köpfen der ISIs scheint die Vorstellung herumzuspuken, ihr Streikcafé und die weiteren eroberten Räume seien eine Art befreites Gebiet – vergleichbar dem kleinen gallischen Dorf der Comic-Helden –, das sich verbarrikadieren und verteidigen lasse. Ich versuche mit ihm die Probleme der „Autonomie“ eines Subsystems in einem Gesamtsystem zu erörtern. Es ist ein netter Junge und es ist soweit auch ein vernünftiges, fast halbstündiges Gespräch. Er gibt seine Verlegenheit angesichts der rechtlichen Probleme zu. Er sei doch im ersten Semester. Und er ahnt auch, dass er sich durch ein Strafverfahren einiges verbauen könnte. Ja vielleicht kommen die ISIs doch noch zur Vernunft oder hauen wenigstens ab, bevor die Polizei kommt!

Freitag, 3. März 1989

Ehrenpromotion Ossip K. Flechtheims

Im Senatssitzungssaal der Freien Universität, dessen Rednerpult heute mit Blumen festlich geschmückt ist, treffen sich etwa 150 Kollegen und Freunde Flechtheims, darunter auch einige Studenten aus der OSI-Gruppe. Flechtheims Tochter Marion begrüßt mich: Dieses merkwürdige Unternehmen habe ihm Auftrieb gegeben. Ganz aufmerksam verfolgt der Jubilar die im Stil, nicht in der Tendenz sehr unterschiedlichen vier Würdigungen, beginnend mit der des Vizepräsidenten der Freien Universität. Dekan Kiersch nimmt viel Biographisch-Salutierendes vorweg, so dass ich mit leiseren Tönen richtig liege und mir auch ein bisschen Ironie leisten kann. Ruth ist zufrieden, dass meine Laudatio Zustimmung findet. Sie hatte sich große Sorgen gemacht, weil sie natürlich merkte, dass ich in den letzten Wochen zwar in den Werken Flechtheims gelesen hatte, aber mit meinen Gedanken im besetzten Institut gewesen war.

Der futurologische Imperativ Laudatio auf Ossip K. Flechtheim

Meine Damen und Herren, verehrte Frau Flechtheim, lieber Herr Flechtheim!

Die feierliche Ehrenpromotion eines Kritikers der Megakrise unserer Weltgesellschaft ist eine dubiose Affäre. Besteht nicht die Gefahr, dass man durch das Loben des Kritikers seine Warnungen verharmlost, auf sie das Glas erhebt? Ich habe mich in den letzten Tagen - auch angesichts der zwar relativ kleinen, aber doch hautnahen Krise in unserem Institut - mehrfach gefragt, ob wir unserem Kollegen Flechtheim nicht auf seine alten Tage mit dieser Ehrenpromotion, so wohlgemeint sie auch sein mag, doch einen üblen Streich spielen, den er eigentlich nicht verdient hat. Im Fazit seines Buches „Von Marx bis Kolakowski“ schreibt er uns Festrednern mahnend und doch verständnisvoll ins Stammbuch: „Im Schatten der Atombombe, im Angesicht des Hungertodes von Millionen, im Zeichen des 'Todesschusses' kann man nur leben, wenn man diese Wirklichkeit immer wieder übersieht. Aber verdrängen kann man nur um den Preis der Einbuße an seelischer und wohl auch wohl auch körperlicher Gesundheit, der Minderung an Integrität, der Verkümmern der Persönlichkeit. Was sind wir doch für Menschen, wenn wir uns hinter großen Worten verbergen... In der Hektik der Arbeit verdrängen. Ja, selbst wenn wir uns mit der wissenschaftlichen Bewältigung, der theoretischen Erkenntnis der Übel zu trösten suchen, bleibt ein schaler Geschmack im Mund zurück.“ (S.254)

Lieber Herr Flechtheim, Sie haben die Wirklichkeit nicht übersehen und die einzige Legitimation für eine solche Feier kann auch für uns nur sein, genau hinzuschauen, Ihre Problemsicht und Ihre Alternativen beim Namen zu nennen. Wenn Heinz-Joachim Heydorn in seiner großen Würdigung anlässlich Ihres 70. Geburtstages gesagt hat, mehr als alles andere seien Sie ein Moralist, dann stimmt das eben nur, weil Sie mit derselben Intensität auch Realist waren und sind und sich gegen die Wirklichkeit verklärende Ideologien und Zeremonien zur Wehr setzen.

Man hat Ossip K. Flechtheim auch einen „sozialkritischen Positivisten“ genannt. Das klang aus dem Munde marxistisch orientierter Nachwuchspolitologen zunächst etwas abschätzig, aber nach eingehender Beschäftigung mit dem Werk dieses profunden Kenners der marxistischen Literatur wandelt sich das Urteil in großen Respekt. Diese Politologen der APO-Zeit konnten nicht umhin, anzuerkennen, dass Flechtheim gute Gründe dafür hatte, die Politologie sehr bescheiden als eine spezialisierte Sozialwissenschaft vom politischen Macht-handeln zu begreifen, die vorwiegend auf die Analyse der konkreten, empirisch fassbaren politischen Wirklichkeit gerichtet ist. Flechtheim konnte sich diese Bescheidenheit im Politologen-Handwerk leisten, weil er für die anspruchsvolleren Entwürfe und Mutmaßungen das Konzept der Futurologie entwickelt hatte, von

dem er dann doch mit besorgter Unbescheidenheit sagt, dass es ihr „um das Überleben des Menschen als eines homo humanus“ gehe.

Aber nicht nur, weil Robert Jungk den Futurologen Flechtheim anschließend noch würdigen wird, sollten wir noch etwas beim Politologen Flechtheim verweilen. Seine Futurologie hat ihr Fundament in der Sensibilität für die Wirklichkeit. Er ist ein ungemein neugieriger, faktenhungriger Mensch, der es genau wissen und möglichst dokumentiert haben will. Und ich habe ihn bei der Lektüre seines Werkes nur bei einer bezeichnenden Schwindelei oder doch einer sich tarnenden Anpassung an einen modischen Trend ertappt. Sie behaupten, lieber Herr Flechtheim, dass man angesichts der vielen aktuellen humanitären Herausforderungen auch gelegentlich „abschalten“ müsse. Und nun kommt's: „Hierzu mögen...autogenes Training, Meditation oder Yoga das Ihrige beisteuern.“ Ob mir hier eine Dimension der Flechtheimschen Existenz verborgen geblieben ist, gewissermaßen Ossip der Yogi, - oder habe ich doch recht mit dem Verdacht, dass Sie für den Hausgebrauch unter Meditation und Yoga nach wie vor die Lektüre der „Frankfurter Rundschau“ verstehen?

Es mag banal sein, aber als seinem Assistenten ist mir als erstes aufgefallen, dass er einen Riecher hat für dauerhaft interessante Zeitungsartikel, dass er diese ausschneidet und dass er dann auch keine Hemmungen hat, bestimmte Berichte von Journalisten in seine wissenschaftlichen Dokumentationen, zum Beispiel über die Parteienfinanzierung oder die innerparteilichen Willensbildung aufzunehmen. Er hat großen Respekt vor den kritischen Recherchen von Journalisten. Und machen wir Politologen uns doch nichts vor: Das meiste, was wir wissen, wissen wir aus der Zeitung - und es ist ein gutes Zeichen für den Wirklichkeitssinn eines Politikwissenschaftlers, wenn er wie Ossip Flechtheim viele Journalisten zu seinen Freunden zählen kann. So bin ich in seinem Hause Manfred Rexin, Marianne Regensburger, Dirk Sager und Carola Stern begegnet; aber diese Namen zeigen bereits, wie fließend der Übergang ist zwischen fundiertem Journalismus und politischer Wissenschaft.

Das mögen manche despektierlich finden, dass ich Ossip Flechtheim zu allererst als interessierten Zeitungsleser und Freund von Journalisten würdige, aber diese Eigenschaft ist mir eben aufgefallen, weil ich aus der Ferne in ihm den großen Interpreten von Klassikern des Sozialismus, insbesondere von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gesehen hatte. Was ihn aber gerade unterschied von anderen gelehrten Herausgebern solcher Schriften war, dass er kein Luxemburg-Spezialist mit den besonderen Verdiensten antiquarischer Darstellung sein wollte. Flechtheim lebt mit den Fragestellungen und Beobachtungen dieser Autoren des Sozialismus und er liest eben auch Zeitung mit ihren Fragestellungen - diese ständig prüfend, reflektierend und fortentwickelnd.

Zum Beispiel: Was macht Rosa Luxemburg aus der Sicht Flechtheims zu einer so aufregenden, nach wie vor hochaktuellen sozialistischen Autorin? Sie war unter den sozialistischen Revolutionären die erste, die sich in dem gängigen Fortschrittsoptimismus der Marxisten durch die Ereignisse des Ersten Weltkriegs erschüttern ließ - und ihre Zukunftsvision war: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei. Es war meines Erachtens das entscheidende Bildungserlebnis des jungen Flechtheim, dass er einerseits für den Sozialismus zu kämpfen, aber andererseits auch die Erfolgserwartungen von Marxisten zu kritisieren lernte. Er hat in seinen Lehrjahren zwischen dem 18. und 28. Lebensjahr begriffen, dass die Zukunft offen ist - im positiven wie im negativen Sinne. Er war 1926 18jährig in die KPD eingetreten, möglicherweise noch in der Annahme, dass die marxistische Theorie in großen Zügen eine sichere Vorhersage der künftigen Entwicklungen erlaube. Ein Teil seiner Bildungserlebnisse in dieser Zeit hat ihren objektivierenden Niederschlag in seiner Geschichte der KPD in der Weimarer Republik gefunden. Ich wünsche mir, dass Sie, lieber Herr Flechtheim, auch die subjektive Seite dieser Erfahrung noch festhalten werden, denn wenn man dieses Buch liest, merkt man an keiner Stelle, dass hier ein ehemaliges Mitglied spricht, so diszipliniert können Sie schreiben, vielleicht war es aber auch nur der Zwang der Promotionsordnung oder der herrschende Antikommunismus, der 1954 der subjektiven Sicht dieser Geschichtsschreibung keinen Raum ließ.

Nur indirekt können wir aus Flechtheims Werk schließen, was in diesen Lehrjahren in ihm vorging. 35 Jahre später hat er seinen ersten futurologischen Aufsatz aus dieser Zeit veröffentlicht. Ich meine das Manuskript „Der Weg zum Sozialismus, oder Ethik der Politik“ aus dem Jahre 1937. Mit der Gruppe „Neu Beginnen“ macht Flechtheim die bittere Feststellung, dass die Entwicklung des Kapitalismus nicht naturnotwendig zur proletarischen Revolution führt, dass es die prästabilisierte Harmonie der Entwicklung zum Reich der Freiheit nicht gibt, sondern dass der Untergang in der Barbarei das Wahrscheinliche ist, wenn man die Entwicklung ihrem Selbstlauf überlässt. Aber nun setzt sich Flechtheim auch von Miles, dem Autor der Programmschrift von „Neu Beginnen“ ab. Flechtheim glaubt nicht an die sozialistische Partei, die als vollkommene Organisation eine vollkommene Gesellschaft nach ihrem Ebenbild schaffen kann. Und hier finden wir einen der ganz seltenen, subjektiven, autobiographischen Sätze: „Was für (den Menschiwiki) Markow und Rosa Luxemburg Weltkrieg und Russische Revolution, war für Miles der deutsche Zusammenbruch seit 1918 bedeutet hat, das bedeuten für uns“ - und damit meint Flechtheim sich selbst – „die Ereignisse in Russland, China und vor allem Spanien.“ (S.234)

Der 28jährige Flechtheim steht eigentlich ziemlich nackt da, er sieht sich auch so, während rings um ihn die Kaiser und ihre Leibgarden sich wohl bekleidet wähnen, jedenfalls bewaffnet sind. Aber 1937 denkt Flechtheim bereits die Gestalt des Sozialismus voraus, die dieser annehmen könnte: nachdem es der Bourgeoisie und den Stalinisten gemeinsam gelungen sein wird, den Faschismus

militärisch zu besiegen. Und dies im Jahre 1937 - mit 28 Jahren! Wie viele der biblischen Propheten ist er ein junger Mann, ausgestoßen von den Menschen seiner Heimat und doch um sie besorgt. Der junge Flechtheim zeigt, dass Weisheit nicht unbedingt eine Frucht des hohen Alters sein muss. 1937 schreibt er also: „Während der Marxismus die Geschichte... nach Art einer griechischen Tragödie mit nur einem Protagonisten (dem Proletariat) und dem von ihm abhängigen Chor (den feindlichen Klassen: Bourgeoisie, Großgrundbesitz usw.) konstruierte, sind wir heute versucht, sie auch für die Prozesse der sozialen Revolution wieder mehr in der Gestalt etwa Shakespearescher Dramen zu sehen mit einer Unmenge von verteilten Rollen, die alle mehr oder weniger gleich notwendig sind, wo der Jago neben dem Othello nicht fehlen darf, wo Desdemonas Schicksal wie das aller übrigen, von der Totalität des Geschehens und der personae dramatis abhängig ist und wo das Ergebnis wieder eine ‚Resultante‘ ist, die, wie bei einer Stegreifkomödie, ganz unvorhersehbar und unberechenbar ist.“ (S.236)

Der junge Flechtheim weiß also um die Schwierigkeiten, über die Zukunft - diese „Resultante“ einer Fülle von Faktoren - etwas Sinnvolles zu sagen. Resignation und Zynismus wären das Wahrscheinliche in solcher Situation. Aber es gibt bei Flechtheim einen futurologischen Imperativ: Er muss sich mit der Zukunft befassen, weil ohne humanistische Intervention die Resultante des Selbstlaufs das Verhängnis ist. Flechtheim hat nie einen Aufsatz über den Faschismus geschrieben. Sein konstruktiver Beitrag zum Antifaschismus war 1943 die Futurologie und deswegen ist er auch bis ins hohe Alter lernfähig geblieben. Er hat auf ganz neu auftauchende Gefahren wie zum Beispiel die hemmungslose industrielle Expansion hingewiesen. Er scheute sich nicht, den künftigen Sozialismus nicht gerade werbewirksam als einen „frugalen Sozialismus“ zu kennzeichnen. Flechtheim hat im Laufe der Jahre auch seine Fähigkeit, Gefahren zu gewichten, entwickelt und dies in einem mich immer wieder verblüffenden Maße. Er hat 1968 nicht nur die Nerven gehabt, ein NPD-Seminar zu veranstalten, sondern hierzu sogar den hiesigen NPD-Vorsitzenden einzuladen. Er hat die entsprechende Sitzung so manierlich über die Runden gebracht, dass wir daraus wirklich etwas gelernt haben über den Erfolg versprechenden Umgang mit solchen Parteien, obwohl die meisten von uns am Anfang gemeint hatten, die Hauptsache sei, dass man vor der braunen Gefahr warne und das Verbot der NPD fordere.

Humanistische Intervention in den verhängnisvollen Selbstlauf bedeutet für Flechtheim, die konstruktiven Alternativen aufzuzeigen und durch kluge institutionelle Regelungen zu stärken. Das muss frühzeitig beginnen. Er hat seiner Aufsatzsammlung über die Entwicklung des Sozialismus den merkwürdigen Titel „Von Marx bis Kolakowski“ gegeben, merkwürdig, weil Kolakowski sich heute wahrscheinlich gar nicht mehr als Sozialisten bezeichnen würde. Was aber Flechtheim am Kolakowski der 60er Jahre schätzte, war dessen Verständnis der

Bedeutung utopischer Entwürfe. Im Folgenden zitiert er Kolakowski zustimmend. Die revolutionäre Bewegung kann die Utopie nicht entbehren, da die Erfahrung lehrt, „dass Ziele, die sich jetzt nicht verwirklichen lassen, niemals verwirklicht werden können, wenn sie nicht zu jenem Zeitpunkt verkündigt werden, an denen sie sich nicht verwirklichen lassen.“

Und um Flechtheim als Futurologen zu würdigen, müsste man sehen, welche seiner unzeitgemäßen Utopien inzwischen an der Zeit sind. Dies wird wahrscheinlich Robert Jungk tun, aber ich erinnere mich noch gut daran, wie sehr Flechtheim in der Zeit des Kalten Krieges belächelt wurde, wenn er immer wieder von einem dritten Weg sprach und auf die ersten Schwalben hinwies, die eines Tages den Sommer eines demokratischen Sozialismus machen könnten. Und man muss heute schon ein „hardthöhes“ Brett vor dem Kopf haben, um nicht zu sehen, dass sich im Warschauer Pakt erstaunliche Dinge tun, und dass sich Ungarn und Polen bereits auf Flechtheims Drittem Weg befinden. Ich kann mir vorstellen, dass die Übersetzung seiner Schriften zum Sozialismus und zur Futurologie in die dortigen Sprachen, seinem Werk erst das gebührende Gewicht verleihen wird.

Lieber Herr Flechtheim, ich hoffe, dass Sie auch dies noch erleben werden, aber ich bin froh, dass Ihnen als einem AL-Mitglied der ersten Stunde, eine rechnerische Mehrheit der Berliner am 29. Januar um 18.45 Uhr bereits ihr Geburtstagsgeschenk gemacht hat, indem Sie den Propagandisten der dümmlichen Parole „Jede Menge Zukunft“ eine Abfuhr erteilte - und in Berlin bald auch in der Regierung wieder gefragt werden darf: „Ist die Zukunft noch zu retten?“ Sie verfolgen dieses rot-grüne Experiment mit Spannung, sind doch auch in beiden Parteien Ehemalige aus Ihren Seminaren jetzt am Zuge.

Ich könnte meiner Laudatio so einen hoffnungsvollen Ausklang geben, aber ich muss mit Warnungen aus Ihrem Munde schließen. Die erste Mahnung: „Wir haben nicht mehr allzu viel Zeit.“ Die Megakrise ist ein kumulativer Prozess. Scheinbar geordnete Verhältnisse können schnell zusammenbrechen - und allen Kolleginnen und Kollegen des Otto-Suhr-Instituts sitzt die jüngste Erfahrung in den Gliedern: Binnen Wochen schlug die trügerische Jubiläumsstimmung um in die bisher größte Krise des Instituts; scheinbar bewährte Institutionen erwiesen sich als handlungsunfähig; statt demokratischen Engagements bestimmte das Abtauchen die Szene.

Es gibt auch einige hoffnungsvolle Ansätze, aber ich bin nicht sicher, dass die demokratischen Institutionen dieser Gesellschaft krisenfest, d.h. in der Krise kreativ sein werden. Im Nachwort Ihres Buches über die KPD schreiben Sie: „Die Gefahr des Sieges der Gegenrevolution war und ist wohl stets größer als die Chance der Revolution.“ Ihr Bemühen galt der Erhöhung der Chancen von notwendigen, radikalen Strukturwandlungen und Sie haben in diesem Zusam-

menhang immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Veränderungen mit gewaltfreien Machtmitteln herbeizuführen, und erforderlichenfalls auch mit solchen Methoden zu verteidigen.

Den Strukturreformern in West-Berlin stehen schwere Zeiten bevor, nicht so sehr wegen der Republikaner, sondern wegen derer, die in Bonn, Washington, London und Paris in einer reaktionären Milchmädchenrechnung die Extremisten im Abgeordnetenhaus zu 20 Prozent zusammenzählen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Politologie sein, solch gefährlichen Rechenspielen entgegenzuwirken, aber auch ultralinke Positionen zu kritisieren. Wir müssen bald einen Weg finden, die Politologie als Futurologie zu einer wirksamen Kraft der Berliner Entwicklung zu machen - und was vielleicht manche wundern wird, Ossip Flechtheim wird im nächsten Semester nicht ehrenhalben, sondern zukunfts halber an einem Projektkurs dieses Instituts zum Thema „Zukunftsentwürfe im Rückblick“ teilnehmen.

Ich schließe mit einem Wort von Leo Szilard, das ich oft aus dem Munde Flechtheims gehört habe und das auch das Motto seines Lebens sein könnte: „Ich rechne mir zwar auf dem Papier 85 Prozent Wahrscheinlichkeit für den gewaltsamen Untergang aus. Aber ich lebe und kämpfe für die verbleibenden 15 Prozent.“ Und so verehren und lieben wir Sie, Herr Flechtheim: 85 Prozent Cassandra und 15 Prozent Jeremia, der der Stadt Bestes sucht.

Samstag, 4. März 1989

Ein unrühmlicher Abgang

Ich fahre zum OSI, um einige Briefe zu kopieren. Vom Kopierer weg holt mich Martin Jänicke zu Kiersch und Lodder ins Hochparterre. Dort ist in die Büros eines sicherheitspolitischen Projekts der WE 4, das von der Kollegin Haftendorn geleitet wird, eingebrochen worden. Die Axt des Hausmeisters lehnt an der Tür. Der Bildschirm des Computers ist zerschlagen und auch auf die Tastatur wurde mit der Axt eingehackt. Der Drucker war auf den Boden gestürzt und ein Schrank mit Hängemappen aufgebrochen.

Ich bin stocksauer auf diese Maschinenstürmer. Jetzt reicht's mir. Zu denen gehe ich runter und huste ihnen eins! Lodder meint, dass das Präsidialamt vor Montag kaum etwas unternehmen würde. Ich gehe ums Haus und versuche, durch die verklebten und vernagelten Fenster zu spähen. Es brennt Licht, aber so weit die wenigen Ritzen ein Urteil zulassen, habe ich den Eindruck, dass die Katakombis verschwunden sind. Aus dem Cafe tönt laut Radiomusik. Dies könnte ein Trick sein.

Ich teile Kiersch meine Vermutung, dass die Besetzer abgezogen sind, mit und gelange dann mit dem Hausmeister über den Aufzug in das Kellergeschoß. Tat-

sächlich: Sie sind weg und haben alle privaten Utensilien mitgenommen. Vor den ohnehin vergitterten Fenstern noch Bretterverschlüsse. Schräg dagegen gestemmt, im Fußboden verankert Balken. Schwerstarbeit. Doch, was soll's? In dieser vernagelten Katakombe konnte man nicht leben und schon gar keine Seminare abhalten. Mit diesem Verrammeln haben die Besetzer sich selbst zum Abzug gezwungen.

Wir sind erleichtert, dass wir das ISI-Problem vom Hals haben. Ohne Polizei und ohne den befürchteten Rattenschwanz von Strafverfahren. Doch mir bleibt die traumatische Erfahrung, dass in einem Institut, das sich seit Jahrzehnten um rationale Konfliktbearbeitung bemüht, ein interner Konflikt solche Formen annehmen konnte. Doch das wird alles bald beschönigt werden. Wer wird dann noch fragen, ob man die mageren Ergebnisse dieses Streiks nicht auch mit gewaltfreien Methoden hätte erzielen können, - ohne ein ganzes Semester in den Sand zu setzen und großen Sachschaden anzurichten?

Dieser Streik hat gerade nicht die Voraussetzungen für die kooperative Bearbeitung der Megakrise unserer Gesellschaft geschaffen. Ich weiß noch nicht, wie ich im nächsten Semester mit Studenten umgehen soll, die ein solches Verhalten an den Tag legen. Ich kann mir natürlich einreden, dass nur ganz wenige an diesen ISI-Aktionen beteiligt waren, vielleicht nicht einmal die Mehrheit derjenigen, die sich anfangs zu den ISIs rechneten. Es bleibt aber das Problem, dass diese eigentlich überwältigende, aber tatsächlich träge Mehrheit von vernünftigen Politologiestudentinnen und -studenten von ganz wenigen Extremisten überwältigt wurden und sich als unfähig erwiesen, diesen Ablauf zu steuern.

Bewährt hat sich am Schluss allenfalls der Langmut der Institutsleitung, die unter Hintanstellen von Amtsautorität und materiellen Werten immer weiter verhandelte, bis die ISIs sich in eine Position manövriert hatten, in der sie nur noch unseren weitgehenden, konstruktiven Angeboten zustimmen oder sich verkrümmeln konnten. Die kleine Reform-Fraktion, die auch keine aktive Mehrheit der Studenten hinter sich weiß, wird jetzt einen Teil der Streikgewinne einstreichen, aber mir scheint, dass diese unter dem Strich weit geringer ausgefallen sind, als sie bei einer Kooperation mit krisenbewussten Hochschullehrern und dem Einbeziehen eines größeren Teils der Politologiestudenten hätten ausfallen können. Von diesem Streik hätte bei einem Eingehen auf die rätedemokratischen Vorstellungen, die während des Streiks wieder aufgekeimt waren, und bei einer gemeinsam erarbeiteten inhaltlichen Programmatik ein starker Impuls auf das politische Leben der Bundesrepublik ausgehen können. So aber steht die reformbestrebte Linke ermattet vor einem Scherbenhaufen.

Anhang:

Vorbemerkung zum exemplarischen Charakter der folgenden Fallstudien

Streik und Besetzungen des Wintersemesters 1988/89 hatten mit keinem Abkommen oder einer allgemein akzeptierten Einschätzung des Geschehens geendet. So kam es in den folgenden Semestern zu einer Reihe von Aktionen nach den bereits aus dem Streiksemester 88/89 bekannten Verhaltensmustern. Ich will diese Entwicklung hier nicht im Einzelnen verfolgen. Es soll genügen, zwei Ereignisse herauszugreifen und an Hand dieser die grundsätzlichen Fragen, welche durch die jeweiligen Praktiken aufgeworfen wurden, zu erörtern. Dies soll im Folgenden im Blick auf die Krawalle am 1. Mai 1990 in Kreuzberg und im Blick auf eine erneute Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts im November 1990 geschehen.

Motiviert wurde ich zu den grundsätzlichen Reflexionen durch mein Eintreten für eine gewaltfreie Sicherheitspolitik (Soziale Verteidigung), welche gewaltsamen Bedrohungen nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch ohne die Androhung von militärischer oder polizeilicher Gewalt zu begegnen sucht. Von 1989 bis 1991 war ich Vorsitzender des pazifistischen Dachverbandes Bund für Soziale Verteidigung. Zur Erörterung der Kreuzberger Krawalle am 1. Mai sah ich mich gezwungen, weil für diese pseudorevolutionären Aktivitäten auch am Otto-Suhr-Institut mit entsprechenden Aufrufen geworben worden war. An der Abwehr einer erneuten Besetzung des Otto-Suhr-Instituts versuchte ich dann zu demonstrieren, wie eine gewaltfreie Mehrheit mit der aufgenötigten Besetzung einer öffentlichen Einrichtung, hier des Otto-Suhr-Instituts, umgehen kann.

1. Fallstudie

Vom Umgang mit aggressiven Gewalttätern

Stellungnahme zu den gewaltsamen Ausschreitungen während und nach der sogenannten revolutionären Maidemonstration in Kreuzberg am 1. Mai 1989 im Rahmen der Vorlesung „Widerstandsrecht und Ziviler Ungehorsam“ am 3. Mai 1989

Vorbemerkung

Nach den erschreckenden Meldungen vom Steinhagel, Hunderten von verletzten Polizisten und Plünderungen im Verlauf des 1. Mai in Kreuzberg nehme ich an, dass gerade in dieser Vorlesung Diskussionsbedarf besteht. Obwohl ich annehme, dass es für einige schwer erträglich sein wird, meine Thesen in Ruhe anzuhören, möchte ich Sie doch ersuchen, mir zunächst 45 Minuten lang zuzuhören und sich Notizen zu machen, auf dass wir dann in der zweiten Hälfte der Doppelstunde um so intensiver streiten können.

Was sich am 1. Mai in Kreuzberg abspielte, ist nur noch - so absurd das klingen mag - durch glückliche Umstände und das beherzte Dazwischentreten von Bürgern - auch türkischen Jugendlichen - ohne Tote abgegangen. Was von den Randalierern in Kauf genommen wurde, war der Tod von mehreren Menschen. Wer Kleinpflastersteine und Benzinbomben wirft und Stahlkugeln mit einer Hochleistungszwille schießt, muss mit dem Tod der Getroffenen rechnen, nimmt unter Umständen auch in Kauf, dass auf solche Angriffe mit Schusswaffen geantwortet wird und dass es auch bei dieser Reaktion Tote gibt. Mag sein, dass einige Beteiligte glauben, dass dies nun einmal zu einer Revolution gehöre oder doch dazu beitragen könne, eine revolutionäre Situation zu schaffen. Wo das Verfügen über Menschenleben Teil des politischen Kalküls ist oder der Verlust von Menschenleben doch zur ausgelösten Eigendynamik des Ablaufs gehört, werden in die Erörterung auch Emotionen eingehen müssen, soll sie nicht unmenschlich sein. So schwierig diese Aufgabe auch ist, sie ist doch unabdingbar. Wir müssen uns dieser Diskussion stellen, gerade auch nach den Ereignissen des letzten Streiksemesters im Otto-Suhr-Institut. Es gibt nicht nur die allgemeine Pflicht einer Demokratiewissenschaft in politischen Krisensituationen sich zu äußern; es gibt auch - in einem noch aufzuklärenden Umfang - eine direkte Mit-

verantwortung des Otto-Suhr-Instituts für den Ablauf der Ereignisse in Kreuzberg. Ich sehe Zusammenhänge zwischen der Duldsamkeit unseres Instituts gegenüber der gewaltsamen Bedrohung von Personen, entsprechenden Parolen an den Wänden und gegenüber Einbrüchen und Sachbeschädigungen innerhalb unseres Hauses und der Randalen in Kreuzberg. Es ist jedenfalls nicht so, dass hier das OSI ist und dort Kreuzberg und dass beides nichts miteinander zu tun hat. Es geht mir nicht im strafrechtlichen Sinne um die Identifizierung von Tätern, sondern um das Aufklären von intellektueller Verantwortung und um das Ziehen praktischer Konsequenzen. Nun also der vorbereitete Text.

Simple Erklärungsmuster

Der Regierende Bürgermeister Walter Momper hat in seiner gestrigen Presseerklärung zu den "Ausschreitungen in Kreuzberg" gesagt, dass "insbesondere die Ursachen der zunehmenden Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen und Möglichkeiten der Gegenwirkung erkundet werden müssen". Und er hat dann in einer Vorwegnahme des Ergebnisses dieser Erkundung behauptet, dass die Ausschreitungen am 1. Mai "kein politischer Protest und keine soziale Unruhe" gewesen seien, sondern dass es sich hier um einen "Ausbruch blindwütigen Hasses gegenüber dem Staat" gehandelt habe.

Ich kann Momper zwar nachfühlen, dass er dies gesagt hat, aber als Politologen tun wir sicher gut daran, wenn wir uns erst einmal an den Erkundungsauftrag halten. Momper sah die Ursache für die Gewalttätigkeiten nicht in sozialen Unruhen. Wenn man ihn wohlwollend interpretiert, dann wollte er damit sagen, dass die zweifellos vorhandenen - und auch von der Regierung benannten - sozialen Probleme in Kreuzberg nicht zwangsläufig zu diesen gewaltsamen Ausschreitungen führen mussten. Es gibt also keine einfache Korrelation zwischen einem bestimmten Problemdruck und der Gewalttätigkeit der von diesen Problemen Betroffenen. Momper meinte jedenfalls feststellen zu können, dass es keine Solidarisierung mit den Gewalttätern gegeben hat.

Wenn es diesen zwingenden Zusammenhang zwischen Problemdruck und Gewalttat nicht gibt, dann ist eben die Frage, welche Faktoren zusätzlich zum sozialen Problemdruck vorhanden sein müssen, damit es zu Gewalttätigkeiten in größerem Umfang kommt.

Ich werde jetzt eine Reihe von Erklärungsmustern aufzählen, von denen vielleicht jedes ein Gran Wahrheit enthält, aber von denen ich doch voraussagen kann, dass uns Politologen diese Erklärungsmuster unbefriedigt lassen werden. Sie werden uns wahrscheinlich allesamt oberflächlich erscheinen. Also nun diese simple Liste mit gleichfalls simplifizierten Belegen:

1. Die Massenmedien honorieren nur Gewalt mit Aufmerksamkeit. Beleg: Über die parallele Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit über

50.000 Teilnehmern am Reichstag wurde in den Medien nur kurz berichtet, über die Krawalle jedoch ausführlich.

2. Die Gewalttäter orientieren sich an missverstandenen Vorbildern und haben ein verkehrtes Geschichtsbild. Beleg: Die Steinewerfer trugen Intifada-Tücher und orientierten sich an einer Fehlinterpretation des 1. Mai 1929 in Kreuzberg.

3. Den Steinewerfern fehlen Erfahrungen mit den politischen und strafrechtlichen Folgen von Gewaltanwendung. Beleg: Die Streetfighter treten in Jung-Siegfried-Manier auf und unterschätzen die Gefahr der schweren Verletzungen von Betroffenen und die Schwere der strafrechtlichen Folgen.

4. Bei einer Polizeitaktik der "Deeskalation" bleiben wirksame Sanktionen aus und dies wirkt einladend auf Straftäter. Beleg: Es gelang nur die Festnahme von 16 Straftätern, darunter Randfiguren wie Betrunkene und türkische Kinder; die Zahl der Verletzten und der Umfang der Zerstörungen war umfangreicher als bei früherer präventiver polizeilicher Härte.

5. In der heutigen Gesellschaft fehlt es an Möglichkeiten, Aggressionen abzureagieren und in Gruppen zu kämpfen. Beleg: Latschdemos gelten als langweilig, weil der Aggressionstrieb nicht ausgelebt werden kann. Beleg: Demonstrationsformen, die an die Teilnehmer hohe körperliche Anforderungen stellen, z.B. stundenlanges Marschieren im Regen oder Vorrücken im Laufschrift, ermüden die Teilnehmer so sehr, dass ihre körperliche Erschöpfung den friedlichen Abschluss der Demonstration garantiert.

6. Frauen haben einen zu geringen Einfluss auf die Willensbildung. Beleg: Das Steinewerfen ist fast reine Männersache; der Streetfighter ist die autonome Version des Macho und es entspricht den tatsächlichen Machtverhältnissen, wenn die AL-Sprecherinnen - mit kleinem i - sich von den männerbestimmten Autonomen distanzieren.

Eine solche Liste ließe sich verlängern. Ich wollte Sie mit dieser Liste der Simplifikationen in erster Linie provozieren und ärgern, sie jedenfalls nicht nur zum Lachen oder Kopfnicken animieren, sondern Ihnen die Überlegung nahe legen, dass schnelle Erklärungen jedenfalls nicht helfen. Ich möchte jetzt meine Haupterklärung vortragen und diese ausführlicher begründen. Die schnell genannten anderen simplen, aber doch nicht ganz unsinnigen Erklärungsmuster sollten vorweg andeuten, dass es eben weitere Gesichtspunkte gibt.

Mitverantwortung der Linken

Meine Hauptthese ist: Zu diesem Ausbruch von Gewalt konnte es nur kommen, weil die Linke sich als unfähig erwiesen hat, im Vorfeld dieser sogenannten revolutionären Maidemonstration sich mit den politischen Vorstellungen der Ak-

teure auseinanderzusetzen und deren Vorstellungen von gewaltsamer Gesellschaftsveränderung zu kritisieren. Kurz gesagt: Die Linke war zu duldsam gegenüber der Stimmungsmache für Gewalttaten.

Meine Hauptquelle für diese Behauptung ist die 16seitige Mai-Zeitung "Heraus zum revolutionären 1. Mai", gefördert vom Netzwerk, d.h. praktisch bezahlt von gut verdienenden Linken, die bestimmt keine Pflastersteine und keine Mollies geworfen haben. Diese Mai-Zeitung, also die offizielle Demonstrationszeitung, enthielt Karikaturen von Vermummten, umgestürzten Autos und den Formen der Gewaltanwendung, die jetzt von der Linken beklagt werden - einschließlich der ein Molotowcocktail werfenden Frau. Fotos zeigten Barrikaden aus Pflastersteinen in Kreuzberg im Jahre 1929 und mit schwarz-weißen Tüchern verummte Palästinenserinnen. In der ganzen Zeitung fand sich kein Hinweis darauf, dass Gewalttätigkeiten abzulehnen seien. Im Klartext: Die Gewaltanwendung war von einigen Gruppen programmiert und niemand, der dagegen Bedenken hatte, konnte sich im Vorfeld der Demonstrationen durchsetzen. Es gab sicher Bedenken in den Kreisen der Organisatoren, aber keine linke Organisation, die Bescheid wusste oder doch den Ablauf ahnen konnte, wagte es, mit ihren Warnungen oder gar mit Vorwegdistanzierungen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die "Vertreibung der Bullen" war das offizielle Ziel

Die gemeinsame Aussage der Mai-Zeitung lautet unter der Überschrift "Es gibt keine Alternative zur Revolution":

"Wie Im Vorjahr findet auch dieses Jahr eine revolutionäre 1 .Mal-Demonstration durch Kreuzberg und Neukölln statt. Wir beziehen uns dabei auf den 1. Mai 1987, als große Teile der Kreuzberger Bevölkerung sich gegen die Angriffe der Bullen zur Wehr setzten und sie aus dem Kiez vertrieben.

Für uns hat dieser Tag einen besonderen Wert, da die Unzufriedenheit und die Wut der Menschen über die menschenverachtenden Verhältnisse nicht mehr verschwiegen werden konnten. An diesem Tag beteiligten sich ausländische und deutsche Menschen, Junge und Alte, Frauen und Männer gemeinsam an den Plünderungen und der Vertreibung der Bullen. Der 1. Mai wurde wieder zu einem Kampftag der Menschen, die tagtäglich unterdrückt und ausgepresst werden.

Ein Jahr später, am 1. Mai 1988, fand in Westberlin zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder eine unabhängige revolutionäre 1.Mai-Demo statt, an der sich mehr als 8000 Menschen beteiligten. Unter den Parolen 'Gegen Patriarchat und Kapital - kämpfen wir international 'und 'Der Widerstand im Stadtteil und in der Fabrik - ist unsere Antwort auf Ihre Politikl' zeigten wir, dass der Aufstand von 1987 kein isoliertes Ereignis war. Die 8000 zeigten damit, dass sie keinen Bock mehr auf die DGB-Führung und das Gesülze von Sozialpartnerschaft ha-

ben und lieber ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen. Diese Interessen kamen auf der 1.Mai-Demo vom letzten Jahr zusammen, womit diese eine Demonstration aller Kämpfe wurde. Das wollen wir auch mit der Demo dieses Jahr erreichen!

Auch mit dem jetzigen SPD/AL-Senat wird sich unsere Situation nicht grundlegend ändern. Nur wenn wir uns selber organisieren, können wir uns wirksam gegen Rassismus, Ausbeutung und Sexismus zur Wehr setzen. Es geht nicht darum, nur die Auswucherungen des Systems zu bekämpfen, sondern an den Wurzeln anzupacken - sonst ist es ein sinnloser Kampf. Nur ohne dieses System von Ausbeutung und Herrschaft können wir uns eine Zukunft erobern.

Mit dieser Mai-Zeitung, die du gerade in den Händen hältst, mobilisieren die unterschiedlichen Gruppen zum 1. Mai und stellen ihre Gedanken und Positionen dar. Sie ist der Versuch, über ideologische Grenzen hinweg ein gemeinsames Forum zu schaffen, denn nur so können wir eine breite Mobilisierung zum 1. Mai erreichen - nur so können wir dieses System wirksam bekämpfen."

Diese zentrale, gemeinsame Aussage der Mai-Zeitung haben nota bene nicht Vermummte, sondern die Organisatoren der Demonstration, die allerdings in dieser Zeitung auch auffallend anonym bleiben, formuliert. Wer im Blick auf den 1. Mai 1987 das sogenannte Vertreiben der Bullen aus dem Kiez positiv bewertet und als revolutionär bezeichnet, suggeriert doch, diese Leistung des Jahres 1987 noch überbieten zu wollen. Und wenn die Polizei dann nicht von sich aus angreift, dann muss man sie eben solange provozieren, bis der Kampf, den man braucht, sich entwickelt, um, wie gesagt wird, "das System zu bekämpfen". Es ist offenkundig, dass in dem Demonstrationsaufruf "Plünderungen und die Vertreibung der Bullen" positiv bewertet, d.h. zur Nachahmung empfohlen werden, - vielleicht nicht in einer strafrechtlich relevanten, aber in der Szene doch gar nicht misszuverstehenden Weise. Ein Spandauer Schüler, der diese Mai-Zeitung vor seiner Schule kostenlos erhielt, konnte ihr entnehmen, dass es hier nicht um eine friedliche Demonstration und ein Kiezfest, sondern um einen "Kampftag", ganz konkret um "die Vertreibung der Bullen" ging. Unter Bezugnahme auf den 1. Mai 1987 sollte dieser Vorgang dann allerdings als Defensivmaßnahme interpretiert werden.

Ich kenne den Verbreitungsgrad dieser Mai-Zeitung nicht. Ich habe sie selbst erst nach der Randalie von meinen Söhnen erhalten, aber man darf sicher von einer Massenauflage ausgehen. Es gab weitere ähnliche Aufrufe. Die "Radikale Zeitung" propagierte unter dem Deckmantel der Satire gleichfalls die Straßenschlacht in Kreuzberg. Besonders perfide, aber in der Intention eindeutig, war ein rüstungswissenschaftlich aufgemachter Artikel über den "Combat-Kleinpflasterstein", der 'vom Hersteller als Distanzwaffe gegen weiche Ziele' empfohlen werde. Diese Zeitung wurde am Otto-Suhr-Institut stapelweise ausgelegt.

Man stelle sich einmal vor, eine solche angebliche Satire erschiene in einem rechtsextremistischen Blatt und als weiche Ziele würden nicht Polizisten, sondern Türken ausgemacht und dieses Blatt würde im Otto-Suhr-Institut verteilt. Dann würden wir uns wahrscheinlich aufregen und eine solche Satire überhaupt nicht lustig finden. Die Begleitmusik zu dem Republikaner-Wahl-Spot "Spiel mir das Lied vom Tod" hat ja im Blick auf die gezeigten türkischen Kinder zu Recht große Empörung ausgelöst. Warum sind wir dann so duldsam gegenüber einem Blättchen mit antifaschistischer Pose und menschenverachtendem Inhalt?

Dies war aber nur eine Nebenbemerkung. Ich komme zurück zur offiziellen Demonstrations-Zeitung. Auch in ihr war die Randalie durch den animierenden Charakter der Karikaturen und die Wortwahl bereits vorweggenommen. Man kann die Organisatoren der Demonstration und die Leser dieser Zeitung jetzt auch nicht von der Verantwortung für den Gesamtverlauf des 1. Mai in Kreuzberg entlasten, indem man sich von "autonomen Alkis" distanziert, um eine Bezeichnung der "Tageszeitung" aufzugreifen. Ich befasse mich mit dieser offiziellen Demonstrationszeitung, weil sie sicher auch denjenigen bekannt war, die ihre Werbung für diese Demonstration verumumt an die Wände des Otto-Suhr-Instituts gesprüht haben. Es gibt keine ernsthaften Zweifel daran, dass die verumumten Sprüher zur ISI-Gruppe gehörten, die für heute früh 9 Uhr zum Frühstück in das Studentencafe eingeladen hat. Es wird wohl kaum jemand hingegangen sein, aber auch wenn man sich gegen Gleichsetzung von Rechts und Linksextremismus wehrt und nicht einfach von "Biedermann und den Brandstiftern" reden möchte, so ist diese Szenerie doch grotesk und unsere Duldsamkeit fragwürdig.

Opportunistische Duldsamkeit

Es hat hier am Otto-Suhr-Institut im vergangenen Streiksemester zahlreiche Gesetzesübertretungen gegeben, bei denen die für den Zivilen Ungehorsam charakteristischen Regeln der Selbstbegrenzung missachtet wurden. In großem Umfang kam es zu Sachbeschädigungen, mehrmals zu Einbrüchen in Büros und sogar zu Gewalt gegen Personen. Von studentischer Seite hat es keine in schriftlicher Form greifbare Kritik an diesen Straftaten gegeben - mit Ausnahme des gemeinsamen Protestes des Fachbereichsrats gegen das Werfen fauler Tomaten und Feuerwerkskörper auf die Mitglieder des Fachbereichsrates. Als die ISI-Gruppe nach monatelanger Abriegelung des Untergeschosses der Ihnestr. 22 abgezogen war, wurde von studentischer Seite nur beklagt, dass der Fachbereichsrat es abgelehnt hatte, Ingrid Strobel einen Lehrauftrag zum Antifaschismus zu geben. Von studentischer Seite erfolgte jedoch keine Stellungnahme zu den Einbrüchen in Büroräumen, zum Aufbrechen von Schränken, zum Diebstahl von Akten und zum Zerschlagen eines Computers mit der Axt. Natürlich sagen einem die meisten Studenten im Gespräch, dass sie solche Aktionen ablehnen, aber niemand wagt es, dies auch schriftlich zu fixieren und mit dem eigenen Namen dafür einzutreten.

Auch ich bin froh, dass es am Otto-Suhr-Institut im vergangenen Semester zu keinem Polizeieinsatz und zu keiner Strafverfolgung kam. Unser aller Problem ist aber jetzt, dass das Bewusstsein für die Grenze zwischen einem legalen und einem illegalen Vorgehen sich verflüchtigt hat und illegale Aktivitäten weder verlässlich begrenzt noch demokratietheoretisch legitimiert werden, wie dies bei Aktionen Zivilen Ungehorsams erforderlich ist.

Ich will diese Entwicklung nicht einfach der ISI-Gruppe anlasten, zumindest nicht ihr allein. Der politologische Sündenfall war meines Erachtens nicht die Besetzung, also der Go-in, sondern die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts. Zu dieser Abriegelung gehörte wesensnotwendig die Androhung von Gewalt gegenüber Zuwiderhandelnden. Die gewaltsam Ausgesperrten haben es nicht zu Zusammenstößen kommen lassen, weil sie eine Anklage der Besetzer wegen Nötigung und Körperverletzung vermeiden wollten. Die Ausgesperrten haben es vermieden, die Abriegelung auf deren gewaltsamen Charakter zu testen. Dies war meines Erachtens aus pädagogischen und politischen Gründen richtig, hatte aber den Nachteil, dass die Studenten nicht gezwungen wurden, ihr Verhalten konflikttheoretisch und juristisch zu reflektieren. Auf meinen Offenen Brief haben sie zwar mit den Asterix-Zitaten witzig geantwortet, aber die politologische Erörterung der wochenlangen Abriegelung einer staatlichen Behörde ausgeklammert. In einem solchen Klima opportunistischer Duldsamkeit und des Verwischens der rechtlichen Grundlagen der Politik können Illusionen über die Machbarkeit von gewaltsamen Revolutionen gedeihen.

Antihumanismus

Um im Sommersemester einen konstruktiven und harmonischen Start zu ermöglichen, wurde im Fachbereich auf das kritische Aufarbeiten der jüngsten Vergangenheit verzichtet und auch die ISI-Gruppe trat frisch-fröhlich wieder auf. Dies kann man in Interesse eines gewaltfreien Diskurses begrüßen, aber dann muss man auch darauf dringen, dass die Diskursregeln eingehalten werden. Dass sich am gewalttätigen Charakter des Vorgehens der ISI-Gruppe oder zumindest von Teilen dieser Gruppe nicht viel geändert hat, zeigte sich an ihrer Reaktion auf die Ablehnung einer unbedingten Solidarität mit den hungerstreikenden RAF-Gefangenen. Dass die Hochschullehrer des Otto-Suhr-Instituts zwar bereit waren, für humanitäre Haftbedingungen, aber nicht für die "freie Kommunikation" der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen einzutreten, ahndete die ISI-Gruppe nach wenigen Tagen mit einem weiteren verummten Auftritt. Am helllichten Tag drangen sie in die Ihnestraße 22 ein, besprühten Wände mit Parolen deutlich drohenden Untertons gegen bestimmte Hochschullehrer. "Funke, Schwan, Väth - für euch ist es zu spät." Das war noch vage, aber "Barschel, Schleyer, Strauß - Ebert such Dir was aus" war schon deutlicher. Da ich mit diesen drei Männern politisch überhaupt nichts gemein habe, konnte sich die Empfehlung nur auf die unerfreulichen Todesarten beziehen. Man kann über solche

Schmierereien die Achseln zucken, wie ich es zunächst tat. Meine Familie ist aber eher zusammengezuckt, weil sie bei einer früheren Gelegenheit schon einmal unter rechtsextremistischen Morddrohungen und unter Polizeischutz gelebt hatte.

Über solche Sprüche regt sich in diesem Hause niemand auf. Wenn ich sie nicht selbst übermale, bleiben sie einfach stehen. Ein paar Kollegen haben mich auf dem Flur en passant darauf angesprochen. Der Fachbereichsrat hat das überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Schriebe ich wegen dieses Spruches einen Brief an den Dekan, würde ich zumindest von den Studenten nur belächelt.

Es gibt ja auch ernstere Fälle. Im Zeichen eines unglaublichen Antifaschismus wird der Kollege Ernst Nolte bedroht. Mir ist jede Relativierung der Verbrechen des Faschismus durch den Vergleich mit anderen Gräueln widerlich, aber wenn Herr Nolte mit eisigem Verstand solche Vergleiche anstellen kann, muss ich dies als wissenschaftlichen Verfahren zulassen. Am verbrecherischen Charakter der Taten der Faschisten hat Herr Nolte nie einen Zweifel gelassen und dies unterscheidet ihn kategorisch von allen Rechtsextremisten. Auf den PKW dieses Kollegen wurde ein Anschlag verübt. Ich sehe keine Verbindung zwischen dem Anschlag und Studenten des Otto-Suhr-Instituts, aber ich erwähne dieses Attentat, weil im letzten Semester tagelang am Eingang des Otto-Suhr-Instituts ein in Wild-West-Manier aufgemachtes Nolte-Fahndungsplakat "Wanted" hing, bis ich es abgerissen habe. Hunderte von Universitätsangehörigen haben tagelang diese persönliche Bedrohung eines Mitglieds unserer Universität ignoriert.

Ich halte es für legitim, dass man den Rücktritt von Universitätspräsident Heckelmann fordert, aber die an die Wand gesprühte Empfehlung, er möge sich den Selbstmord von Herrn Barschel zum Vorbild nehmen, halte ich für zutiefst inhuman. Man kann nicht für RAF-Gefangene humanitäre Haftbedingungen fordern und dem Universitätspräsidenten den Selbstmord empfehlen. Die Humanität ist vom Begriff her unteilbar.

Flaches Profil

Warum gibt es denn keinen deutlichen Widerspruch, auch keine öffentliche Kritik von links an solch studentischem Verhalten? Ich will mal versuchen, dies authentisch zu analysieren.

Erstens, die potentiellen linken Kritiker kennen die Mängel unseres gesellschaftlichen Gesellschaftssystems recht gut. Sie wissen also, dass an der aggressiv vorgetragenen Kritik der Ultralinken, so überzogen sie auch sein mag, doch etwas Wahres dran ist. Der plakative Anspruch der ultralinken, auch gewalttätigen Gruppen bezieht sich auf Themen, die ihren potentiellen linken Kritikern gleichfalls wichtig sind: Antifaschismus, Ausländerfeindlichkeit, Sexismus, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Imperialismus.

Dazu kommt das schlechte Gewissen etablierter Linker, die zwar um die Probleme wissen, aber doch fühlen, dass sie nicht genügend zur Änderung der Verhältnisse tun. Es ist ja auch leichter, sich während des Studiums links zu gebärden, als diese Haltung beizubehalten, wenn man sich um den Arbeitsplatz und die Familie sorgen muss.

Zweitens, die Linken fürchten, dass sie durch ihre Kritik an den Ultralinken auch den Rechten Argumente liefern. Gerade die APO-Generation erinnert sich an die Karriere der Andeutungen von Jürgen Habermas zu den Möglichkeiten eines linken Faschismus. Die Linke möchte mit ihrer Kritik an der Ultralinken deren harter Bestrafung durch konservative Kreise nicht den Weg bereiten. Sie fürchtet, dass es zu Strafverfahren kommt, dass diese an den unausgegorenen Vorstellungen der Angeklagten wenig ändern und dass die Strafen dann weit härter ausfallen, als es ihnen hinnehmbar erscheint.

Drittens, ein weniger ehrenhafter Grund für das Abtauchen oder Süßholzraspeln ist, dass linke Intellektuelle Angst haben vor den Ultralinken. Sie haben Angst davor, "entlarvt" zu werden. Kein Mensch formuliert so lupenrein links, dass man ihm nicht etwas anhängen und ihm durch verkürzte Zitate schlimme Absichten unterstellen könnte. Die "Marxistische Gruppe" hat hier jahrelang Pionierarbeit in der Kunst der Diffamierung geleistet. Wer sich exponiert, muss mit solchen Sanktionen rechnen. Wer in Flugblättern oder studentischen Zeitungen zitiert wird, ist ziemlich hilflos, weil er auf Universitätsebene keine Möglichkeit zur Gegendarstellung hat. Ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Die ISI-Gruppe hat mich in der Streikzeitung der Berliner Universitäten bewusst falsch zitiert, um mir eine faschistische Mentalität unterstellen zu können. Die Redaktion gab mir keine Chance zur Gegendarstellung, obwohl ich sie eindringlich darauf hinwies, dass hier auch die Moral dieses Streiks auf dem Spiele stünde.

Die Hochschullehrer wissen also ganz genau, dass man sie fertig machen kann und entsprechend vorsichtig, um nicht zu sagen feige sind sie.

Machen Sie sich bitte keine Illusion: Wenn im Otto-Suhr-Institut Tomatenwürfe und Wandsprüche gegen Kollegen und Kolleginnen ohne Sanktionen und - was weit wichtiger ist - ohne studentische Kritik bleiben, dann bekommen die Angehörigen dieses Instituts Angst vor Rollkommandos. Als kürzlich die Vermummten ISIs auftauchten, haben sich einige Sekretärinnen in ihren Zimmern eingeschlossen. Sie fürchteten, bei Widerspruch selbst angesprüht zu werden. Mich wundert es nicht, wenn in einer solchen Atmosphäre auch Professoren, die nach Ihrer Berufsbezeichnung Bekennermut an den Tag zu legen hätten, es vorziehen, "niedriges Profil" zu zeigen.

Ich habe mich mit der "Diskursatmosphäre" dieses Instituts so ausführlich befasst, weil man hier vor Ort beobachten kann, welche Mechanismen dazu führen, dass trotz vorhersehbarer Gewalttätigkeiten die deutliche Kritik an ultralinken Gewalttaten unterbleibt. Es gibt vergleichbare Probleme, wenn man in einem mehrheitlich konservativen Milieu Rechtsextremisten direkt kritisiert. Was meinen Sie, wie viel Mut dazu gehört, heute als Polizist die Parolen der Republikaner und die Hetze gegen den rot-grünen Senat im Kollegenkreis zu kritisieren!

Begrenzte Möglichkeiten des Polizeieinsatzes in der Demokratie

Um meine These zu erhärten, dass die Linke die Hauptverantwortung für die Vermeidung von Gewalttätigkeiten hat, möchte ich mich jetzt auch noch mit den Möglichkeiten polizeilicher Bekämpfung solcher Gewalttätigkeiten befassen. Die Absicht der Berliner Regierung, an ihrer Strategie der "Deeskalation", man könnte auch sagen, der einseitigen Spannungsreduzierung, festzuhalten, ist bei vielen Berlinern auf Unverständnis gestoßen. Für den Konfliktforscher ist diese Ausdauer auf dem einmal eingeschlagenen Weg durchaus plausibel, weist sie doch Parallelen zu bekannten Strategien der stufenweisen, kalkulierten Abrüstung auf. Die Strategie der "Deeskalation" ist nicht risikofrei, aber das umgekehrte Verfahren ist es auch nicht und zudem auf mittlere und längere Sicht perspektivlos. Polizeiliche Härte führt unweigerlich zur Solidarisierung mit ultralinken Gewalttätern, und sollte jetzt von polizeilicher Seite gegen Straftäter mit besonderer Schärfe durchgegriffen werden, so werden der Lerneffekt auf der Linken und das Verständnis für die schwierige Lage der Polizei bald wieder verloren sein. Für die Polizei ist es jedoch mittelfristig von erheblichem Vorteil, wenn sich die Linke von ultralinken Gewalttätern distanziert und diese dann nicht mehr das Wasser haben, in dem sie gemäß ihrer Guerillatheorie als Fische herumschwimmen können.

Eine solche Strategie durchzuhalten, ist für den Senat außerordentlich schwer, solange eine Mehrheit der Polizisten und der Bevölkerung Sieg und Niederlage bei Auseinandersetzungen einzig und allein an der territorialen Behauptung der jeweiligen Gruppe misst. Wenn man das Hauptaugenmerk jedoch nicht auf die äußerlichen Ereignisse, sondern auf die Bewusstseinsbildung legt, dann haben die ultralinken Gruppen in Kreuzberg am 1. Mai 1989 eine schwere Niederlage erlebt. Wenn offensichtlich Angehörige der linken Szene im Fernsehen sagen, dass ihnen die von Steinen getroffenen Polizeibeamten leid tun und dass sie in Zukunft nicht mehr von "Bullen" reden wollen, dann ist dies ein gar nicht zu unterschätzendes Zeichen für einen beträchtlichen Bewusstseinswandel. Die Polizei musste am 1. Mai sehr viel einstecken, aber wenn sie nun auch bei nächster Gelegenheit nicht zurückschlägt, dann kann ihre scheinbare Schwäche in Zukunft dazu beitragen, dass Gewaltvermeidungsstrategien der Bevölkerung greifen und der Polizei die bisher üblichen Auseinandersetzungen ersparen. Die

Deeskalationsstrategie kann allerdings nur wirken, wenn sie auch durchgehalten wird.

Nun melden sich überall die kleinen Napoleons des Straßenkampfs, die von sich behaupten, ein Erfolgsrezept gegen die Gewaltausbrüche gehabt zu haben. Meines Erachtens hätten alle diese Maßnahmen des harten Durchgreifens die Schlacht nicht verhindern können, höchstens um den Preis der völligen Desavouierung oder Spaltung der Alternativen Liste. Dazu einige Argumente:

1. Gewalttaten waren zwar absehbar, aber ein Verbot der Demonstration wäre in der Kreuzberger Szene überhaupt nicht zu vermitteln gewesen. Wenn dem Verbot vor Gericht stattgegeben worden wäre, hätten die autonomen Gruppen und dann mit einem breiten Sympathisantenkreis es sicher dennoch versucht, etwas Demonstrationsähnliches zustande zu bringen - orientiert an dem Vorbild der Barrikaden des 1. Mai 1929. Wahrscheinlich wäre es dann sofort zur Straßenschlacht gekommen und die Parole von der 'Vertreibung der Bullen aus dem Kiez' hätte für manche Linke wieder einigermaßen plausibel geklungen.
2. Wären zu Beginn des Demonstrationzuges Vermummte festgenommen wurden, wäre auch dies - bei der bekannten und weit verbreiteten Ablehnung des Vermummungsverbots durch die Linke - auf solidarische Ablehnung gestoßen. Die Polizei hätte als Angreifer gegolten und es wäre wahrscheinlich zu einer nachhaltigen Solidarisierung der Linken mit den Vermummten gekommen.
3. Auch die massive Begleitung schwarzer Blocks durch gleichstarke Polizeieinheiten wäre nicht nur von diesen selbst, sondern auch von Nichtvermummten als Provokation empfunden worden. Immerhin wäre dies eine Maßnahme gewesen, die man auch innerhalb der Linken hätte argumentativ vertreten können unter Verweis auf untrügliche Anzeichen beabsichtigter Gewalttätigkeiten. Ohne die schockierende Erfahrung der Verletzung vieler Polizeibeamten wäre es jedoch wahrscheinlich nicht geglaubt worden.
4. Ein hartes Durchgreifen der Polizei war nach Ausbruch der Straßenschlacht nicht sinnvoll. Die Polizei musste zunächst aus der Defensive heraus operieren, weil Kleinpflastersteine, Zwillen und Molotowcocktails als Distanzwaffen wirksamer sind als Schlagstock und Wasserwerfer und Tränengas. Jede Steigerung von offensiven Kampfmaßnahmen der Polizei hätte wieder das festsitzende Feindbild auf der Linken bestätigt. Tatsächlich trifft Tränengas häufig Unbeteiligte und CS-Reizgas kann lebensgefährlich werden. Man muss sogar davon ausgehen, dass einige Strategen einer solchen Kiezrevolution à la Intifada davon ausgingen, dass die Polizei zum Schusswaffengebrauch provoziert werden könnte. Hätte es unter den Krawallmachern oder den Schaulustigen Tote gegeben, wäre eine Distanzierung der Linken von autonomen Gewalttätern kaum mehr möglich gewesen.

Zu dieser Einschätzung komme ich, weil es eben im Vorfeld des "revolutionären 1. Mai" innerhalb der gesamten Linken eine allzu große Duldsamkeit gegenüber den Radaubrüdern und Ihrem scheinheiligen Antifaschismus gegeben hat.

Allein mit polizeilichen Maßnahmen wäre am 1. Mai der Ausbruch der Gewalttaten und auch ihr erschreckender Verlauf kaum mehr zu verhindern gewesen. Die Gewalttätigkeiten waren ein Produkt zurückliegender Fehlentwicklungen. Eine dieser Fehlentwicklungen, die ich ausführlich behandelt habe, war die allzu große Duldsamkeit der Linken gegenüber ultralinken Gewalttätigkeit; die andere Fehlentwicklung war jedoch, dass die Polizei durch extreme Härte in der Vergangenheit auch zu ihrem schlechten Image beigetragen hat.

Es wäre im Blick auf die verletzten Polizeibeamten zuträglich gewesen, wenn die Wende in dieser verhängnisvollen Entwicklung durch eine Kritik der Linken an der ultralinken Gewalt im Vorfeld der Maidemonstration, also spätestens nach Bildung der rot-grünen Koalition zustande gekommen wäre. So erfolgt die Wende jetzt auf Kosten der Verletzten, die der Linken einen raschen Desillusionierungsprozess ermöglichen. Die Linke, ja ein Großteil der Bevölkerung lernt auf Kosten der Gesundheit der Polizeibeamten. Das ist bitter, aber vielleicht gehört gerade dies zum Selbstverständnis des Polizeibeamten in der Demokratie: Es kommt nicht darauf an, dass er Sieger ist auf dem Schlachtfeld, sondern dass er die Solidarität der Bürger gewinnt und dadurch die nächste Schlacht vermeidet.

Der bevorstehende Besuch von Präsident Bush muss manierlich über die Berliner Bühne gehen und unsere Missbilligung der amerikanischen Nicaragua- und Raketenpolitik können wir dem amerikanischen Präsidenten ohnehin nicht mit Pflastersteinen, sondern nur mit gewaltfreien Signalen beibringen.

Schlussfolgerung für künftige Protestdemonstrationen

1. Es wird in Berlin auch unter einem rotgrünen Senat weiterhin zahlreiche Anlässe für Protestdemonstrationen und auch für Zivilen Ungehorsam geben. Bei diesen Aktionen wird jedoch darauf zu achten sein, dass Ziele und Methoden klar und deutlich formuliert werden und dass die verantwortlichen Organisationen und Personen mit ihren Namen für diese Proteste einstehen. Die Friedens- und Ökologiebewegung, die übrigens bezeichnenderweise in der Kreuzberger Mai-Zeitung nicht vertreten war, hat die Praxis entwickelt, ihre Aufrufe im Rahmen eines breiten Bündnisses zu formulieren und dann auch zu unterzeichnen. Beiden Bewegungen kann man nun gewiss nicht nachsagen, dass sie keine Erfolge erzielt hätten, auch wenn ihnen noch ein "langer Marsch" bevorsteht.

2. Vor künftigen Demonstrationen muss von den Veranstaltern unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass sie auf einem gewaltfreien Vorgehen bestehen und dass sie Vermummungen ablehnen. Ich habe in den letzten 30 Jah-

ren bestimmt an über hundert legalen Demonstrationen und auch an einigen Aktionen Zivilen Ungehorsams teilgenommen. Im Rahmen einer gewaltfreien Strategie kann ich keinen vernünftigen Grund für eine Vermummung erkennen. Wer sich verummmt, ist im besten Falle ein junger Kaspar, der Revolutionsbrause im Kopf hat oder im notorisch schlimmen Falle ein potentieller Gewalttäter, der sich der Strafverfolgung zu entziehen sucht. Von ihnen wird man sich in Zukunft im Voraus distanzieren müssen. Dies wird leider nicht gänzlich verhindern können, dass sie in dieser Aufmachung zu gewaltfrei intendierten Demonstrationen und auch zu Aktionen Zivilen Ungehorsams kommen, aber man wird dann Mittel und Wege suchen müssen, Distanz zu wahren. Die hierfür existierenden Taktiken müssen weiterentwickelt werden auf der Basis zeichenhaft friedlicher Körperhaltungen wie das Erheben ausgebreiteter Hände oder das untergehaltene Sitzen.

In der Friedensbewegung wurden umfangreiche Erfahrungen mit Training in gewaltfreier Aktion gesammelt. Allerdings waren diese Übungen bisher in der Regel auf das Verhalten bei Festnahmen oder gewaltsamen Einsätzen der Polizei bezogen. Einige Grundhaltungen sind jedoch übertragbar auf Konflikte mit ultralinken Gewalttätern. Im Berliner Versöhnungsbund wird erörtert, ob die Erfahrungen der Peace Brigades International, die beim Abwenden rechtsextremen Terrors gesammelt wurden, auch im Rahmen einer Peace Brigade Local verwendet und weiter entwickelt werden können.

Wer sich von der Vermummung distanziert, muss erfahrungsgemäß damit rechnen, dass gegen ihn der Vorwurf erhoben wird, er liefere Teile der Linken der Strafverfolgung aus. Man sollte sich davon nicht abschrecken lassen. Wenn die Vermummten merken, dass sie dafür keine Duldung finden, werden sie diesen Mummenschanz vermutlich bald unterlassen. Wie alle Menschen sind auch sie auf soziale Anerkennung angewiesen. In dieser Hinsicht sind sie keineswegs autonome Selbstversorger. Die andere Seite der Medaille ist, dass man sie auch mitmachen lässt, wenn sie sich zuverlässig an die gewaltfreien Spielregeln halten. Die Versuche, zu solchen Absprachen zu kommen, sind gewiss zermürend, aber es ist eben auch immer wieder gelungen, wenn - wie z.B. in der Friedensbewegung - die Bedingungen des gewaltfreien Vorgehens von Anfang an klipp und klar waren.

Wo ist die Grenze?

Nun mag sich mancher von Ihnen wundern, dass ich eine solch deutliche Grenze bei der gewaltfreien Vorgehensweise ziehe. Gibt es nicht andere Grenzen, die zumindest auch in Betracht gezogen werden müssten?

Wenn ich von Zivilem Ungehorsam spreche, dann bringe ich mit diesem Begriff schon zum Ausdruck, dass die Grenze der Legalität von erheblicher definitorischer Bedeutung ist. Der Zivile Ungehorsam ist eben zum einen dadurch defi-

niert, dass die Grenze der Legalität um eines politischen Zieles willen überschritten wird, andererseits aber die Grenze der nonviolence, also der Nichtverletzung von Personen, und der öffentlichen Verantwortung für die eigene Tat strikt beachtet wird. Eine andere Möglichkeit wäre, dass man die Grenze zwischen verschiedenen Formen der Gewaltanwendung zieht, also z.B. die Sachbeschädigung für zulässig, aber die Gewaltanwendung gegen Personen für unzulässig hält. Dies ist zur Zeit der außerparlamentarischen Opposition heftig diskutiert worden. Man hat einigen ehrenwerten Leuten, die für die strikte Beachtung der Nichtverletzung von Personen eintraten, unterstellt, dass sie dadurch schon die Sachbeschädigung billigend in Kauf nehmen. Diese Grenzziehung zwischen Personenverletzung und Sachbeschädigung, zumindest anonymer Sachbeschädigung, ist kaum praktikabel. Bei größeren Sachbeschädigungen stehen fast immer Personen als Sachwertbeschützer hemmend im Wege. Dies führt dazu, dass entweder die Sachbeschädigung als Methode entfällt oder die Übergänge zur Personenverletzung außerordentlich fließend werden. Es lässt sich auch empirisch nachweisen, dass Gruppen, die zunächst nur Sabotageakte durchführten, allmählich ihre Hemmungen gegenüber Anschlägen auf Personen verloren haben. Diese Grenzziehung scheint nicht zu funktionieren.

In der Literatur über großstädtische Krawalle wird auch zwischen expressiver und instrumentaler Gewaltanwendung unterschieden. Der schwarze Amerikaner Charles Hamilton meinte, einen deutlichen Unterschied zwischen spontan entstehenden Slumunruhen und bewaffneter Stadtguerilla ausmachen zu können. Eine erste Analyse des 1. Mai 1988 in Kreuzberg zeigt, dass wir es hier mit fließenden Übergängen zu tun haben. Der Steine werfende Schüler ist wohl der Kategorie expressive Gewaltanwendung zuzuordnen, während der vorsätzlich Vermummte und mit Stahlkugeln und Zwillie Ausgerüstete wohl der Kategorie instrumenteller Gewaltanwendung zuzuordnen wäre.

Man wird in Zukunft auch mit diesen Begriffen und Unterscheidungen weiter arbeiten können, aber für eine wirkliche Grenzziehung scheint sich mir nur der Begriff der gewaltfreien Aktionen wirklich zu eignen. Der tiefer liegende Grund für den besonderen Charakter dieser Grenzlinie ist darin zu finden und nicht nur zu sehen, dass es sich hier nicht nur um eine phänomenologisch feststellbare Grenze handelt, sondern um eine Grenze, die ihre Begründung in einem bestimmten Konfliktverständnis hat.

Wer Gewalt anwendet, hat ein Konfliktmodell, in dem sich Freunde und Feinde, Gute und Böse gegenüberstehen. Der Konflikt wird begriffen als ein Null-Summen-Spiel. Der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen und umgekehrt. Dieses Konfliktmodell, das seine Antriebsenergie aus Hassgefühlen oder blinder Unterwerfung unter einen Führer oder eine Gruppendisziplin findet, ist attraktiv, weil es furchtbar simpel ist. Es folgt einer Regel, von der ich gehört habe, dass sie auch auf der Managerschule eine gewisse Rolle spielt: KISS- keep it simple

and stupid. Vielleicht kann man mit einer solchen Einstellung einen Aufsichtsrat oder eine Belegschaft überzeugen bzw. manipulieren, aber regiert werden möchte ich jedenfalls nicht von "terribles simplificateurs".

Der gewaltfreien Aktion liegt ein anderes, etwas komplizierteres, aber ich denke auch realitätsnäheres Konfliktmodell zugrunde. Man begreift den Konflikt idealtypisch als ein Nicht-Null-Summen-Spiel, sucht zwar seine eigenen Interessen zu realisieren, berücksichtigt dabei aber auch die Interessen des anderen und schließt nicht aus, dass die eigene Position Schwachstellen hat, die sich im Laufe des Diskurses feststellen und beheben lassen. Das Ziel bei diesem Konfliktverständnis ist es, den politischen Gegner jedenfalls für den Verlust von Privilegien durch den Gewinn von Lebensqualität auf anderen Gebieten zu entschädigen. Man könnte auch von einem Kompensationsmodell sprechen. Dies wäre insofern realistisch, als es davon ausgeht, dass es politische Gegner gibt, denen man etwas nehmen muss. Der springende Punkt ist jedoch, dass man dem politischen Gegner keinen absoluten, sondern nur einen relativen Verlust zumutet und ihm in Aussicht stellt, dass der Verlust auf anderen Gebieten sich kompensieren lässt. Es versteht sich von selbst, dass der Verlust des Lebens vom politischen Gegner als absoluter Verlust empfunden werden muss und insofern völlig unakzeptabel ist. Aus diesem Grunde ist die Gewaltfreiheit bzw. die Non-Violence gegenüber Personen die Wasserscheide der politischen Konfliktaustragung. Diese Grenzlinie der Gewaltfreiheit müssen Demokraten in Berlin ziehen, und zwar nach beiden Seiten gegenüber ultralinks und gegenüber ultrarechts.

2. Fallstudie: Die erneute Besetzung des Otto-Suhr-Instituts im Wintersemester 1990/91

Referat auf der Tagung „Europa ohne Armeen“ des Bundes für Soziale Verteidigung in Köln-Deutz am 15.12.1990²⁶

Steuerungsprobleme komplexer Massengesellschaften

In dem Aufsatz "Auch für die Soziale Verteidigung schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit" hat Dieter Senghaas unter der Überschrift "Der gute Mensch und die Gesellschaft als Selbstläufer" die soziologische Blindheit des Konzepts der Sozialen Verteidigung zu charakterisieren und zu kritisieren gesucht.

Ich habe mich in meiner Replik, die in diesen Tagen in der "Gewaltfreie Aktion" Heft 85/86 und in "Leviathan" 4. Quartal 1990 erscheinen wird,²⁷ mit diesem Abschnitt nicht näher befasst, weil ich mein Politikverständnis, das sehr stark von der Institutionalisierung der Impulse sozialer Bewegungen bestimmt ist, darin nicht wiederfand. Wahrscheinlich sehen auch die anarchistisch Gesinnten im Bund für Soziale Verteidigung, auf die Dieter Senghaas wohl zielte, in seinen Ausführungen eher eine Karikatur denn eine Charakteristik ihrer Gedankengänge. Doch der Witz an Karikaturen ist nun mal, dass sie durch Überzeichnung auf Probleme aufmerksam machen.

Senghaas sieht im Konzept der Sozialen Verteidigung die "Steuerungsprobleme komplexer Massengesellschaften" nicht ausreichend berücksichtigt. Um beurteilen zu können, ob sein Urteil stimmt, muss man zunächst einmal klarstellen, wodurch sich die Steuerung komplexer Massengesellschaften in der Situation der Sozialen Verteidigung von der vertrauten Normalsituation unterscheidet.

Die Steuerung erfolgt in der Bundesrepublik im Normalfall durch das Handeln von legislativen, exekutiven und Recht sprechenden Organen. Deren Handeln unterliegt einer vielfältigen öffentlichen und wechselseitigen Kontrolle. Alle Organe müssen sich von Zeit zu Zeit durch Wahlen neu legitimieren. Der Verteidigungsfall tritt ein, wenn diese Steuerungsorgane an ihrem verfassungsgemäßen Funktionieren gehindert werden durch An-

²⁶ Im Rahmen dieser Tagung lautete das Thema meines Referates „Auf der Suche nach den innenpolitischen Voraussetzungen einer vollständigen Abrüstung in Europa: Die Bereitschaft zur Sozialen Verteidigung des Rechtsstaates“.

²⁷ Dokumentation der gesamten Kontroverse in: Theodor Ebert, Dieter Senghaas, Reiner Steinweg: Soziale Verteidigung. Kritik und Gegenkritik. In: Militärpolitik Dokumentation, Frankfurt/M., Heft 80/81, 1990, 140 S.

drohung und Ausübung von bewaffneter Gewalt. Das Spezifische der gewaltfreien Verteidigung ist nun, dass auf die bewaffnete Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht mit bewaffneter Gewalt geantwortet wird, sondern mit gewaltfreiem Widerstand.

Innovative Weiterarbeit

Gewaltfreier Widerstand bedeutet aber in dieser Situation, dass der Versuch unternommen wird, die rechtsstaatliche Ordnung und die in ihr entwickelten politischen Vorhaben, welche der Steuerung der komplexen Massengesellschaft dienen, aufrechtzuerhalten und sogar in Anpassung an die neue Situation weiterzuentwickeln. Ich habe diese Aufgabe bezeichnet als "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration". Gedacht ist hierbei insbesondere an die Weiterarbeit der demokratisch legitimierten Institutionen.

Ich habe dem Begriff Weiterarbeit das Adjektiv "dynamisch" hinzugefügt, um darauf aufmerksam zu machen, dass die außerordentliche Herausforderung durch eine gewaltsame Bedrohung auch besonderer Anstrengungen bei der Reaktion bedarf, und dass der normale Trott des Amtsschimmels nicht genügt. Ich hätte sogar sagen können "innovative Weiterarbeit", weil man annehmen muss, dass der gewaltsame Eingriff häufig in einer Krisensituation erfolgt, in welcher die bekannten Steuerungsverfahren sich als ungenügend erwiesen haben.

Nun kann man große Zweifel daran haben, dass die Institutionen unserer liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratie zu einer solchen dynamischen bzw. innovativen Weiterarbeit fähig wären. Dass die Vertreter der Sozialen Verteidigung selbst diese Zweifel haben, lässt sich daran ablesen, dass sie nicht der Improvisation und Spontaneität das Wort reden, sondern institutionelle Vorkehrungen auf den Verteidigungsfall und Training vorsehen und darin sogar eine wichtige Bedingung für den Erfolg des Verfahrens sehen. Sie vertrauen gerade nicht auf die spontane Widerstandsbereitschaft und Widerstandsfähigkeit "guter Menschen" und auf den Selbstlauf der bedrohten Gesellschaften.

Dieter Senghaas hat in seiner Replik auf meine Replik, die mir im Manuskript vorliegt, dies mittlerweile auch eingesehen und er stellt nun die im Rahmen des Konzepts völlig berechtigte und noch unzulänglich beantwortete Frage: Wie soll denn die institutionelle und die pädagogische Vorbereitung auf die Soziale Verteidigung aussehen? Was soll denn das von einer Mehrheit im Bund für Soziale Verteidigung befürwortete Ministerium für Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung tun? Was wäre denn eine Grundausbildung zur gewaltfreien Widerstandsfähigkeit?

Verfassungspatriotismus

Ich bin für diese schwer zu beantwortenden Fragen von Dieter Senghaas sehr dankbar, weil im Bund für Soziale Verteidigung von anarchistischer Seite immer wieder bestritten wurde, dass diese Fragen so gestellt werden dürften, weil sie die bestehenden Institutionen im Kern akzeptierten. Um die Forderung nach einem Ministerium für Soziale Verteidigung wird so intensiv gestritten, weil dieser Forderung - bei aller Kritik an der gegenwärtigen Regierung - doch die Bejahung des Rechtsstaats und seiner Regulierungen, das Streben nach Regierungsverantwortung und ein gewisser "Verfassungspatriotismus"¹¹ (Jürgen Habermas) zu Grunde liegt. Einzelne sind aus dem Bund für Soziale Verteidigung auch wieder ausgetreten, weil sie ihn merkwürdigerweise zunächst als eine Organisation der Totalverweigerung begriffen hatten. Sie hatten bei ihrem Eintritt aus der Kritik des Bundes für Soziale Verteidigung am Militarismus die unzulässige Schlussfolgerung gezogen, dass der Bund in einer Fundamentalopposition zu allen staatlichen Institutionen stünde.

Wir kennen dasselbe Problem vom Ringen um eine theoretische Begründung des zivilen Ungehorsams. Für einige anarchistisch Gestimmte ist der Ungehorsam eine Lebenshaltung, die tendenziell allen Institutionen - jenseits der eigenen autonomen Person oder Kleingruppe - mit Ablehnung begegnet. Für die anderen ist der zivile Ungehorsam die sorgfältig zu begründende Ausnahme von der Regel der freiwilligen Beachtung der Gesetze. Man könnte mit Gandhi sagen: Wer zivilen Ungehorsam leisten will, muss zunächst einmal zu begreifen suchen, was ein Rechtsstaat ist, und damit ihm dies gelingt, möge er den Dialog zwischen Sokrates und Kriton über die Bedeutung der Gesetze für die menschliche Gesellschaft lesen.

Die Grundlage der Sozialen Verteidigung ist die Hochachtung für die Idee des Rechtsstaats. Dabei ist allerdings immer unser Problem, dass es die Gesetze nicht als reine Ideen, als Nomoi gibt, sondern, dass sie uns immer in der Herrschaftsform des Rechtsstaats begegnen. Wer auf die Einhaltung der Gesetze als Nomoi drängt, nimmt damit immer auch einen gewissen Anteil ungerechter Herrschaft mit in Kauf. Deshalb ist eben auch die anarchistische Kritik - gerade auch als Ideologiekritik - das Salz in der demokratischen Suppe.

Erfahrungen ernst nehmen

Gibt es denn in unserer Gesellschaft den sokratischen-gandhistischen Nachwuchs in ausreichender Zahl? Dies ist die eigentlich spannende Frage. Doch diese Frage lässt sich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Es bedarf der pädagogischen Anstrengung und der institutionellen Phantasie und entsprechender Maßnahmen. Der Ausgang des Experiments ist offen. Es gibt ermutigende und es gibt deprimierende Erfahrungen. Senghaas schreibt in seiner Kritik: "Friedensaktivisten, die sich durch das Konzept sozialer Verteidigung angesprochen fühlen, sollten deshalb ihre eigenen Erfahrungen (in der Friedensbewegung - Th.E.) ernst nehmen."

Zweifel an der Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung

Meine Erfahrungen in den Institutionen der Friedensbewegung und der Evangelischen Kirche und auch den Organisationen der Friedensforschung empfinde ich nicht als deprimierend. Doch was mir ernsthaft zu schaffen macht, sind zum einen durch die Medien vermittelte Eindrücke von der Bildung bewaffneter Jugendbanden in Berlin und zum anderen persönliche Erfahrungen an meinem eigenen Arbeitsplatz, dem Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin. Es gibt dort eine kleine, aber politisch relevante Zahl von Studenten, die ihre Ziele auch unter Gewaltandrohung gegenüber ihren Kommilitonen und den Dozenten durchzusetzen suchen. Mit aufgesprühten Parolen drohen sie Politikern und Dozenten Gewalt an und studentische Stellungnahmen, die sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen, werden abgerissen. Intoleranz und Gewalttätigkeit sind also nicht nur Teil des schulischen, sondern auch des akademischen Lebens.

Die Zahl der an Gewalttätigkeiten oder auch nur an der Gewaltandrohung unmittelbar Beteiligten ist sehr gering und liegt mit Sicherheit unter der bei Wahlentscheidungen für die Parlamente relevanten Fünf-Prozent-Marge. Was mich erschüttert und auch an der Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft zweifeln lässt, ist nicht die Gewaltbereitschaft oder Gewalttätigkeit einiger Jugendlicher oder Studenten, denn damit rechne ich auf lange Zeit, sondern es ist die von mir beobachtete Unfähigkeit der Gesellschaft mit solchen Herausforderungen in gewaltfreier Weise umzugehen.

Ich möchte dies exemplifizieren an der Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts vom 26. bis 28. November 1990. Ich schalte zu diesem Zweck in mein Referat zwei Dokumentationen ein. Zum einen handelt es sich um eine Vorlesung, die ich am 26. November, unmittelbar nach Beginn der Abriegelung, ausgearbeitet und dann noch am selben Tag vorgetragen habe. Zum anderen handelt es sich um eine Resolution, die ich am 28. November, dem dritten Tage der Abriegelung des Instituts, in meiner Einführungsvorlesung in die Innenpolitik vorgelegt und ausführlich begründet habe. Damit die Studenten über diese Vorlage diskutieren und für sich entscheiden konnten, verließ ich rechtzeitig den Hörsaal. In der Folge verständigten sie sich auf den vorgelegten Text. Sie strichen jedoch den letzten Absatz, weil einige meinten, dass man auf den makabren Scherz mit dem Aufkleber "Tötungsbereiter Student" nicht eingehen solle.

Dokument I:

Stellungnahme zur Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts durch Sympathisanten der vertriebenen Hausbesetzer aus der Mainzer Straße

(im Rahmen meiner Vorlesung "Widerstandsfähigkeit als demokratische Tugend" am 26.11.1990, 14-16 Uhr)

Einem Anschlag an der Außenwand des Otto-Suhr-Instituts in der Ihnestr. 22 habe ich am Donnerstagnachmittag, 22. November, entnommen, dass am Vormittag dieses Tages eine Versammlung von 200 Studenten einstimmig beschlos-

sen hat, am Montag, den 26.11. um 7 Uhr das Institut zu besetzen. Begründet wurde diese nicht näher definierte Maßnahme mit der Solidarität zu den (von der Polizei) vertriebenen Hausbesetzern der Mainzer Straße und als Protest gegen die allgemeinen Studienbedingungen an der Freien Universität.

Ich hatte am Donnerstagnachmittag einen Projektkurs "Protest und Widerstand in der Demokratie", in dem wir die Fortsetzung unseres Aktionsforschungsprojekts "Einweg ist kein Weg" berieten. Das Projekt betreibt einen Boykott vom Einweggetränkeverpackungen der Firma Aldi. Keiner der Teilnehmer des Projektkurses hatte die Vollversammlung besucht, auch hatte niemand von anderen Studenten etwas über diese Versammlung und die Absicht, das Institut zu besetzen, erfahren. Sie reagierten auf die Aussicht einer neuerlichen Institutsbesetzung zumindest skeptisch, zumeist ablehnend. Am Samstag (24.11.) war dem „Tagesspiegel“ zu entnehmen, dass Egon Lodder, der Verwaltungsleiter des Otto-Suhr-Instituts, die Angestellten angewiesen habe, am Montag (26.11) wie üblich zum Dienst zu erscheinen.

Aufgrund der vorhergehenden Abriegelung des Soziologischen Instituts in der Babelsberger Straße war damit zu rechnen, dass am Montag auch am OSI versucht werden würde, zumindest die Eingangstüren des Hauptgebäudes durch Besetzer zu kontrollieren, also darüber zu entscheiden, wer das Gebäude betreten darf und wer nicht.

Tatsächlich haben gegen 7 Uhr etwa 30 Studentinnen und Studenten die Eingangstür mit Tischen verstellt, so dass nur ein schmaler Durchgang blieb. Da ich im Zimmer des Verwaltungsleiters Licht gesehen, ihn jedoch telefonisch nicht erreicht hatte, wollte ich ihn aufsuchen, um mit ihm über die sich anbahnende Besetzung zu sprechen. Ich bin durch die Tür gegangen und habe mich um die Hinweise auf die Besetzung nicht gekümmert, bin ohne Verzug über den Tisch gestiegen, was die Besetzer überraschte, und bin auch ohne schmerzhaftes Berührung rasch in das Zimmer des Verwaltungsleiters gelangt. Dort waren jedoch nur Reinemachfrauen. Ich wartete dort und diskutierte mit zwei Studentinnen und zwei Studenten über die Besetzung, bis der Hausmeister kam und das Zimmer abschloss. Ich diskutierte im Foyer noch weiter mit zwei Studenten. Inzwischen war es 8 Uhr geworden. Ich sah Dekan Büttner und den Verwaltungsleiter Lodder vor der Eingangstür stehen und ging zu ihnen hinaus, um mich zu erkundigen, was ihrer Auffassung nach zu geschehen habe.

Ich gewann den Eindruck, dass sie - aufgrund des Mangels anderweitiger Vorstellungen des Präsidialamts - bereit waren, sich bis auf weiteres der gewaltsamen Aussperrung zu fügen. Ich erkundigte mich, ob sie nicht den Versuch machen wollten, das Institut zu betreten. Lodder meinte, dass man diesen Versuch den Angestellten nicht zumuten könne, weil mit gewaltsamer Abwehr und eventuell auch sich steigernder Sachbeschädigung zu rechnen sei. Dekan Büttner

machte sich Sorgen wegen der heute beginnenden Diplomprüfungen, die ausfallen müssten, wenn dieser Zugang versperrt bliebe.

Bei der letzten Besetzung des OSI im Wintersemester 1988/89 hatten die Besetzer es zugelassen, dass die Prüfungsunterlagen aus dem Prüfungsbüro geholt wurden. Dies bedeutete, dass die Besetzer darüber entschieden, ob eine staatliche Prüfung stattfinden konnte oder nicht. Soweit die Situationsbeschreibung - aus meiner Sicht. Ich bilde mir ein, dass dies - auch bei Ihrem Wissen um Hintergründe -zunächst einmal reicht, um diesen Vorgang politisch und rechtlich erörtern zu können.

Die Besetzer haben als Motiv und Ziel auf ihrem Flugblatt angegeben: "Aus Betroffenheit über den Einsatz von militärischer Gewalt gegen die Besetzerinnen der Mainzer Straße haben wir beschlossen, den normalen Wissenschaftsbetrieb am OSI lahm zu legen."

Über die Instandbesetzung leer stehender Häuser hatte ich in dieser Vorlesung in der vergangenen Woche gesprochen. Ich habe dabei versucht, den Idealtypus einer Erfolg versprechenden Instandbesetzung zu entwickeln. Ich hatte vor allem erörtert, wie mit gewaltlosen Methoden die politische Hemmschwelle für eine Räumung erhöht werden kann - und wie im Falle einer dennoch erfolgenden Räumung eine Ausgangsbasis für die Fortsetzung der Suche nach Wohnraum geschaffen werden kann.

Dass die Besetzungen der Mainzer Straße dem von mir entwickelten Idealtypus einer Instandbesetzung nicht entsprachen, schloss nicht aus, dass das Problem dennoch anders als durch polizeiliche Räumung hätte gelöst werden können. Zur Zeit stehen jedoch die Personen, die mit gewaltlosen Konzepten schlichtend, regelnd und konstruktiv anregend hätten eingreifen können, weder auf staatlicher, noch auf gesellschaftlicher Seite zur Verfügung. Angenommen, es hätte 50 kirchliche Sozialarbeiter gegeben, die in den besetzten Häusern gearbeitet und gelebt hätten, dann hätte der Polizeieinsatz vielleicht vermieden werden können. 50 Sozialarbeiter kosten bei einem dreimonatigen Einsatz rd. DM 200.000. Dies wäre im Erfolgsfall immer noch sehr viel billiger als der einwöchige Einsatz von 1000 Polizisten aus Nordrhein-Westfalen. Das Problem des Staats ist bei Konflikten mit Bürgern, dass er gewohnt ist, das Instrumentarium einzusetzen, über das er routinemäßig verfügt. Und dieses Instrumentarium besteht bei der Durchsetzung von "Gesetz und Ordnung" bislang fast nur aus der Polizei - mit gleitenden Übergängen zum Militär, z.B. in der Gestalt des Bundesgrenzschutzes.

Meines Erachtens müsste der Staat noch andere Instrumentarien der Konfliktaustragung entwickeln und fördern, um den gewaltsamen Einsatz der Polizei zu vermeiden und dennoch den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten, und er könnte die

Polizei so ausbilden, dass Gewaltanwendung gegen die Rechtsordnung missachtende Bürger weitgehend vermieden werden kann. Dazu müssten wir Politologen eigentlich konstruktive Vorschläge machen. Man kann die Polizei nicht abschaffen, aber man kann ihre Ausbildung verbessern und man kann zusätzlich Personal heranbilden für die nichtgewaltsame Bearbeitung von gewaltträchtigen gesellschaftlichen Konflikten. Dafür gibt es einige Ansätze, aber diese sind unterentwickelt. Im Vordergrund steht die Aufrüstung der Polizei. Was wir Friedensforscher in den zwischenstaatlichen Konflikten kritisiert haben, nämlich Feindbilder und Rüstungsspiralen, das beobachten wir nun innenpolitisch. Jede Seite rechtfertigt ihre Gewaltvorbereitung mit Absichten und Handlungen der Gegenseite. Jede Seite versucht die Beobachter der Konflikte zur Parteinahme zu veranlassen. Die Besetzung des OSI ist auch ein Versuch, eine unkritische Parteinahme für die Besetzer der Mainzer Straße und auch für deren Methoden der Verhinderung einer polizeilichen Räumung zu erzwingen.

Die Besetzung hat das Ziel, eine bestimmte Interpretation der Vorgänge in der Mainzer Straße den Wissenschaftlern dieses Instituts aufzuzwingen durch das gewaltsame Lahmlegen des Wissenschaftsbetriebs. Wenn wir uns diesem Ansinnen beugen, ist dies das Ende der Freiheit von Lehre und Forschung. Angehörige dieses Instituts, Studenten und Hochschullehrer, müssen die Freiheit haben, auch eine völlig andere Auffassung dieses Konflikts als die Besetzer zu vertreten. Und ich sage dies als ein Hochschullehrer, der sich mit dem Thema Instandbesetzung über Jahre hinweg befasst hat und in dessen Seminaren mehrere Arbeiten, auch von Hausbesetzern, zu dieser Thematik geschrieben worden sind.

Bei aller Sympathie für die Instandbesetzung und bei allen Vorbehalten gegenüber polizeilichen Räumungen gibt es für mich doch Grenzen der Abwehr von Räumungen. Die Verletzung von Personen und der Anspruch, außerhalb des besetzten Hauses territoriale Kontrolle auszuüben, - sprich Barrikadenbau durch Aufreißen einer öffentlichen Straße - müssen ausgeschlossen sein. Dies sind nicht erlaubte Mittel.

Die Barrikade in der Mainzer Straße war das Zeichen dafür, dass das Monopol des Staats auf physische Gewaltsamkeit in Frage gestellt wird. Dies kann kein Staat über längere Zeit dulden. Die Barrikade war in der Geschichte immer das Zeichen für revolutionären Anspruch. Das Ziel der Barrikadenkämpfer war dann immer, die andere Seite niederzukämpfen, um dann ihrerseits das Gewaltmonopol auszuüben. Das heißt, die Barrikadenkämpfer von heute sind die potentiellen Barrikadenbekämpfer von morgen. Mit Barrikaden kann man das Gewaltmonopol des Staates nicht beseitigen, sondern nur den Monopolisten ablösen. Ein Pluralismus der physischen Gewaltsamkeit auf demselben Territorium kann meines Erachtens kein vernünftiges politisches Ziel sein.

Das vernünftige, wirklich emanzipatorische Ziel ist, das Gewaltmonopol im Sinne von Hegels Dialektik "aufzuheben", das heißt, die Bürger und auch den Staat zu befähigen, Konflikte ohne Androhung physischer Gewalt zu bearbeiten. Darum geht es bei der politischen Theorie des Zivilismus und seiner Methoden der gewaltfreien Aktion.

Die besetzten Häuser in der Mainzer Straße mit Barrikaden und lebensgefährlichen Wurfgeschossen zu verteidigen, war falsch - und die jetzige Empörung über das Vorgehen der Polizei ist kein Ersatz für die Einsicht, dass die gewaltsame Verteidigung von besetzten Häusern gegen die Polizei in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden kann.

Vielleicht wird Ihnen das Problem deutlicher, wenn ich jetzt einmal nicht die Mainzer Straße zum Beispiel nehme, sondern von Rechtsextremisten besetzte Häuser. Solche Häuser gibt es ja in Ost-Berlin. Nehmen Sie einmal an, diese Skinheads würden anfangen Barrikaden zu bauen und würden Ausländer nicht mehr auf das von ihnen kontrollierte Territorium lassen. Wenn der Innensenator dann aber keine anderen Mittel verfügt, also keine gewaltlosen Konfliktbearbeiter da sind, dann bliebe ihm doch gar nichts anderes übrig, als mit Polizeigewalt dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen.

Dies gilt umgekehrt auch für den Fall, dass Skinheads besetzte Häuser überfallen. Da haben die Hausbesetzer einen Anspruch auf polizeilichen Schutz. Ich weiß, dass dieser Schutz nicht immer in ausreichendem Maße gewährt wird, aber die bewaffnete Selbsthilfe ist bestimmt nicht die Lösung des Problems.

Es ist ein hohes zivilisatorisches Ziel, auszuschließen, dass der Bürger bei der Wahrnehmung seiner Rechte gewaltsam bedroht wird - von wem auch immer, seien die gewaltsam Bedrohenden andere Bürger oder auch Staatsorgane. Deswegen darf ich es auch nicht so locker nehmen, wenn jetzt Studenten durch eine Abriegelung des OSI-Eingangs den Beschäftigten dieses Instituts unter Androhung physischer Gewalt verwehren, ihren Arbeitsplatz aufzusuchen.

Die Abriegelung des OSI ist ein Versuch, das staatliche Gewaltmonopol nicht "aufzuheben", sondern zu beseitigen. Und dabei ist zu bedenken, dass es sich um eine direkte Herausforderung der Staatsgewalt handelt, weil das OSI eine staatlichen Einrichtung ist, in der Angehörige des öffentlichen Dienstes, darunter eine große Zahl von Beamten, tätig sind.

Eigentlich müsste eine staatliche Einrichtung, die sich selbst ernst nimmt, eine solche Abriegelung zu verhindern oder aufzuheben suchen. Das ist bislang aus pädagogischen Gründen nicht geschehen. Die Universitätsangehörigen wissen genau, dass die Strafen für die Besetzer wahrscheinlich sehr hart wären, möglicherweise sogar über 90 Tagessätzen liegen würden, die Abriegelnden also als

vorbestraft gelten würden. Das wollen wir Hochschullehrer nicht, weil wir in Studenten nicht unsere Feinde sehen. Ein älterer Kollege hat heute früh zu mir gesagt: "Wir werden von unartigen Kindern erpresst". Und dann hoffen die meisten Professoren eben, dass in zwei bis drei Tagen die Besetzung schon wieder vorüber sein wird, bzw. sich vielleicht auch der Druck der nichtbesetzenden Studenten auf die Besetzer verstärken wird.

Ich kann mich mit dieser nachgiebigen und konfliktscheuen Haltung nicht abfinden. Was nutzen denn unsere ganzen Grundkurse über "Politik und Recht", wenn wir in der Konfrontation mit einer zweifellos illegalen Abriegelung des Instituts uns in das Studierzimmer nach Hause verziehen! Was nutzen Vorlesungen und Seminare über zivilen Ungehorsam, wenn man auf die Missachtung der Spielregeln des zivilen Ungehorsams als Hochschullehrer nicht reagiert?²⁸ Ich will reagieren, aber dazu muss ich die Problematik erst noch weiter entfalten.

Die Besetzer verstehen ihre Aktion als Widerstand. Sie schreiben: "Wir wehren uns dagegen, dass politischer Widerstand und unkonventionelle Lebensformen kriminalisiert werden, weil die staatliche Gewalt und Wohnungsnot auch uns betreffen." Auf einem Transparent fordern die OSI-Besetzer die Rückgabe der besetzten Häuser in der Mainzer Straße. Wie immer ist die Frage zunächst: Ist die Forderung legitim, und sind die Mittel angemessen?

Die Forderung nach Beseitigung der Wohnungsnot ist legitim. Aber stimmt es denn, dass politischer Widerstand und unkonventionelle Lebensformen kriminalisiert werden? Um welchen Widerstand handelt es sich denn? Was wird strafrechtlich verfolgt? Die bloße Hausbesetzung oder die gewaltsamen Formen der Auseinandersetzung mit der Polizei bei der Räumung von Häusern? Heißt die Forderung: Wer Molotowcocktails und Gehwegplatten auf Polizisten wirft, darf nicht strafrechtlich verfolgt werden? Diese Forderung könnte ich nicht billigen. Ich bin der Auffassung, dass solche Gewalttaten strafrechtlich verfolgt werden müssen, was aber noch nicht heißt, dass ich auch für eine harte Bestrafung eintrete. Es muss jedoch klargemacht werden, dass kein Bürger das Recht hat, einen Polizisten zu töten, der ein besetztes Haus räumt.

Was also die Legitimität der Besetzungen des Otto-Suhr-Instituts anbelangt, kann ich nur sagen, dass sie mir nur teilweise einleuchtet, ich sie aber auch teilweise radikal bestreite.

Legitim ist der Protest gegen die Wohnungsnot in Berlin, und legitim ist auch die Solidarität mit gewaltlosen Hausbesetzern; abzulehnen ist jedoch die Unterstützung der gewalttätigen Abwehrversuche der Räumung. Ich kann mir eine tragfähige Solidarisierung mit Wohnungssuchenden in Berlin nicht vorstellen,

²⁸ Vgl. Martin Stöhr (Hrsg.): Ziviler Ungehorsam und rechtstaatliche Demokratie. Mit Beiträgen von Jürgen Meyer, Hermann Eckert, Sonja Flitner, Ulrich Finckh, Egbert Nickel und Theodor Ebert, Frankfurt/M.: Arnoldshainer Texte, Bd. 43, 1986, 134 S.

ohne dass man sich gleichzeitig von den Gewalttätigkeiten bei der Verteidigung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße distanziert. Dies ist bei den Besetzern des Otto-Suhr-Instituts offensichtlich nicht der Fall. Mehrere haben ihre Jacken mit Aufklebern "Tötungsbereiter Student" bzw. "Tötungsbereite Studentin" versehen. Dies soll wohl eine ironische Wiederaufnahme einer Formulierung des Regierenden Bürgermeisters sein. Doch beim Todschatz hört bei mir der Spaß auf. Solche Aufkleber muss man als Billigung des Tötens von Polizisten interpretieren. Ich bin mir darüber im Klaren, dass auch auf Seiten der Polizei eine solche Tötungsbereitschaft verbal und bei einigen Vorgehensweisen auch praktisch vorhanden ist. Dies entschuldigt jedoch nicht, dass Akademiker sich mit der Mentalität von Totschlägern, die es darauf anlegen, einen „Bullen“ zu killen, identifizieren. Ich kann über solche Aufkleber nicht mehr lachen; es fängt mir an zu grauen: Die Verwandlung von freundlichen Studenten in Nashörner - in der Gangart Ionescos - schreitet fort.

Ich habe vor dreißig Jahren meine Forschungen zum gewaltfreien Widerstand begonnen in der Erwartung, dass es gelingen könnte, einen Weg des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu finden, in dem weder Staaten, noch Gruppen, noch einzelne sich wechselseitig Gewalt androhen, sondern einzelne, Gruppen und auch Staaten es lernen, sich mit gewaltfreien Mitteln zu behaupten. Ich meine, dass es auch gelungen ist, konzeptionell solche Möglichkeiten des Zusammenlebens und der Konfliktaustragung zu erarbeiten. Umso härter trifft es mich, wenn hier im eigenen Hause die Weichen gestellt werden in Richtung auf gewaltsame Zusammenstöße.

Dies bringt mich zur Frage der Angemessenheit der Mittel des studentischen Protests. Die OSI-Besetzer wollen kritische Öffentlichkeit schaffen. Ich bezweifle, dass die Mehrheit der OSI-Studenten und der Berliner ihnen ihre Betroffenheit wirklich glaubt, denn vor der Räumung hat man von der sogenannten Betroffenheit nicht viel gemerkt. Es sind auch kaum Versuche gemacht worden, die Studenten des Otto-Suhr-Instituts über die Lage in der Mainzer Straße zu informieren. Der Abbruch der Lehrveranstaltung wird den meisten jetzt aufgezungen, ohne dass sie einsehen, dass dies den Wohnungssuchenden in Berlin etwas nutzt.

Ich meine, dass die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts sofort aufgegeben werden muss, und dass die OSI-Besetzer den Test machen müssen, ob ein Teach-in zur Hausbesetzungsproblematik, auf dem auch unterschiedliche Standpunkte vertreten werden können, bei den Studenten wirklich ankommt. Die Besetzer bestätigen sich sonst nur untereinander - und die Aversion auch gegen legitime Anliegen wächst.

Ich möchte diese aktuellen, fallbezogenen Überlegungen auch noch ins Grundsätzliche vertiefen. Wir stehen vor einer neuen Konfliktproblematik, die in der Literatur zur gewaltfreien Aktion bisher überhaupt nicht bearbeitet wurde.

Bei den Konfliktkonstellationen ging es bisher um folgende Konflikttypen:

1. Unterdrückte widerstehen einer Diktatur.
2. Demokraten wehren sich gegen einen Staatsstreich oder eine auswärtige Besatzungsmacht.
3. Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen widerstehen staatlichen oder großindustriellen Projekten.

Es gibt jedoch auch noch eine weitere Konstellation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass extreme, gewalttätige Gruppen ihre Ziele und Aktionsformen gegenüber Bürgern durchsetzen wollen, welche ähnliche oder andere Ziele haben, sich aber im Unterschied zu ihnen auf jeden Fall gewaltfrei verhalten wollen.

Wir kennen aus sozialen Bewegungen die internen Konflikte zwischen gewaltfreien und gewalttätigen Gruppen. Darüber gibt es auch bereits einige Erfahrungsberichte. Es gibt aber daneben auch Konflikte zwischen politisch motivierten Gewalttätern und Demokraten in Staatsorganen, die eigentlich keine Gewalt gegen Mitbürger anwenden wollen.

Und dies ist nun unser Problem am Otto-Suhr-Institut. Die Institutsleitung will keine Polizei holen, um rechtsstaatliche Verhältnisse wiederherzustellen, weil dies zur Gewaltanwendung und zu Strafverfahren gegenüber den Rechtsbrechern führen würde. Was soll man jedoch tun, wenn man nicht einfach wegsehen, sondern sich mit seinen politischen Auffassungen behaupten und für rechtsstaatliche Verhältnisse sorgen möchte? Die Lösung sehe ich darin, dass diejenigen, welche eine Gesetzesübertretung - in unserem Falle die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts - missbilligen, sich zusammenschließen und nun ihrerseits mit gewaltfreien, direkten Aktionen rechtsstaatlichen Prinzipien Geltung zu verschaffen suchen. Dies bedeutet zunächst einmal, dass sie sich durch Gewaltandrohung nicht abhalten lassen, das zu tun, was sie für richtig halten.

Ich bin der Auffassung, dass die Hochschullehrer und die anderen Dienstkräfte sich der Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts nicht hätten beugen dürfen, sondern ihrerseits den Go-in hätten versuchen müssen, auch auf die Gefahr hin, dass sie körperlich angegriffen worden wären. Ich glaube nicht, dass die Besetzer wirklich zugelangt hätten, wenn eine größere Gruppe von Hochschullehrern und Angestellten entschlossen in das Institut eingedrungen wäre.

Ich fand es auch taktisch ungeschickt, das Institut vor 7 Uhr für die Putzfrauen und damit auch für die Besetzer zu öffnen, aber dann selbst erst – wie üblich – um 8 Uhr zum Dienst zu erscheinen. Ich hatte dem Dekan telefonisch empfohlen, das Institut bis 10 Uhr für Studenten geschlossen zu halten, um dann auf einer von ihm - außerhalb des Institutsgebäudes - einberufenen Vollversammlung die Lage zu erörtern.

Auch jetzt haben wir noch als Alternative zum Go-in die Möglichkeit, eine Vollversammlung aller Institutsangehörigen einzuberufen, um die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts zu erörtern. Ich halte es für wahrscheinlich, dass sich eine Mehrheit gegen die Abriegelung aussprechen und möglicherweise einen Fachbereichstag zur Erörterung der anstehenden Thematik fordern wird. Die Legitimation der Abriegelung durch einen Vollversammlungsbeschluss aufzuheben ist natürlich weniger riskant als ein Go-in, der eben auch gewaltsam abgewehrt werden kann. Ist nämlich der gewaltsame Charakter der Abriegelung erst einmal offensichtlich, dann ist es schwieriger, die Angelegenheit unter den pädagogischen Teppich zu kehren. Es besteht dann die Gefahr, dass sich die Stimmen mehren, welche einen Einsatz der Polizei fordern - obwohl der gewaltlose Go-in diesen Einsatz der Polizei gerade erübrigen sollte.

Eine Vollversammlung aller Institutsangehörigen ist jedoch in ihren Konsequenzen auch nicht sicher einzuschätzen. Sie könnte auch einen sehr turbulenten Verlauf nehmen und dies könnte zu einer Verhärtung der Fronten führen. Vorstellbar ist auch, dass nach einer freien Aussprache eine Mehrheit sich für die Besetzungen des Instituts, eventuelle sogar für die Abriegelung aussprechen könnte. Ein solcher Mehrheitsbeschluss würde diese Maßnahmen noch nicht legalisieren, aber bei einer echten Massenbasis hätten die Studenten es dann auch nicht mehr nötig, physische Gewalt anzudrohen, weil ihre bloße Präsenz eindrucksvoll genug wäre. Vorläufig traue ich jedoch der Legitimation der Abriegelung durch die sogenannte Vollversammlung am 21. November überhaupt nicht. Ich glaube einfach nicht, dass um 10 Uhr 200 Studenten zu dieser Versammlung gekommen sind und einstimmig die Abriegelung beschlossen haben. An der Besetzung waren heute früh jedenfalls nicht mehr als 30 Personen beteiligt.

Am Otto-Suhr-Institut gibt es über 4.000 Studierende und eine Versammlung von 200 Gleichgesinnten entspricht dann nur 5 Prozent der von einer Schließung Betroffenen. Es hat gute Gründe, dass die Arbeiterbewegung vor Streiks zum Mittel der Urabstimmung greift. Es müssen auch am Otto-Suhr-Institut Verfahren entwickelt werden, die in Zukunft verhindern, dass Versammlungen weniger Gleichgesinnter, die sich als Vollversammlungen ausgeben, in putschistischer Manier die Abriegelung des Instituts aufgrund einer bestimmten, aber doch auswechselbaren Betroffenheit beschließen. Meines Erachtens wäre eine Fortsetzung solchen Vorgehens auch für die sachlichen Anliegen konterproduktiv,

weil dann die emotionale Aversion gegen die aufgenötigte Verhaltensweise auch zu einer Distanzierung von den legitimen Anliegen führt.

Dokument 2:

Entwurf für eine Resolution zur Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts (28.11.1990)

1. Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der "Überblicksvorlesung zum Problemfeld innerstaatlicher Politik und Funktionsbedingungen politischer Systeme" fordern wir die sofortige Aufhebung der gewaltsamen Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts.

2. Wir erwarten von den Gremien des Fachbereichs, dass sie Veranstaltungen vorbereiten, welche sich mit dem Thema "Universität und politischer Protest" befassen. Dabei soll auch erörtert werden, wie das politische Engagement von Studierenden in Zukunft besser zum Ausdruck gebracht werden kann.

3. Wir sind der Auffassung, dass die Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts am Montag, den 26.11., die Mehrheit der am Fachbereich Studierenden überrumpelt hat. Aus der plakatierten Einladung zu der studentischen Versammlung am Donnerstag, den 22.11. war nicht erkennbar, dass dort über eine solch weitgehende, die Grenze der Legalität und der Gewaltlosigkeit überschreitende Maßnahme wie die Abriegelung des Instituts entschieden werden sollte. Wir bedauern insbesondere, dass bei der Abriegelung die Interessen der im Examen Stehenden missachtet wurden.

4. Wir sehen in der Instandbesetzung leerstehender Häuser ein legitimes Mittel, die Wohnungsnot in Berlin zu dramatisieren und punktuell durch Selbsthilfe zu lindern. Wir erwarten von den staatlichen Organen, dass sie die Interessen der Wohnungssuchenden energisch vertreten und geduldig Verhandlungslösungen suchen. Wir erwarten aber auch von den Hausbesetzern, dass sie auf gutwillige Legalisierungsangebote eingehen und bei eventuellen Räumungsandrohungen nur zu gewaltfreien Mitteln greifen.

Versuche der gewaltsamen Verteidigung besetzter Häuser müssen scheitern und verstärken erfahrungsgemäß rechtsgerichtete Tendenzen in der Bevölkerung. Dass einige Besetzerinnen und Besetzer des Otto-Suhr-Instituts aus Verbundenheit mit militanten Kampfgruppen aus der Mainzer Straße sich mit vorbereiteten Stickern als "tötungsbereiter Student" und "tötungsbereite Studentin" bezeichnet

haben, halten wir für einen miesen Scherz, für den man sich an einem Institut, das sich humanitären Traditionen verbunden weiß, nur noch schämen kann.

Kommentar zur Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts aus der Sicht der Sozialen Verteidigung

Damit wir uns hier – auf einer Konferenz des Bundes für Soziale Verteidigung – nicht missverstehen, möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich in den Versuchen, die gewaltsame Abriegelung des Otto-Suhr-Instituts mit gewaltfreien Mitteln rückgängig zu machen, keinen Akt der Sozialen Verteidigung sehe. Davon hätte man nur sprechen können, wenn es die Möglichkeit zu einer gewaltsamen Beseitigung der Abriegelung durch rechtsstaatliche Organe wie die Polizei und die Justiz nicht mehr gegeben hätte oder aber, wenn es zum Selbstverständnis der bundesrepublikanischen Gesellschaft gehört hätte, dass man in solchen Konfliktfällen grundsätzlich gewaltfrei vorgeht. Da ich Letzteres zur Regel machen möchte, nehme ich solche Konflikte auch unverhältnismäßig ernst, zeigen sie doch auf, auf welche Probleme man stößt, wenn man in einem gewaltfreien Sinn das Gewaltmonopol des Staates "aufzuheben" sucht.

Die Abriegelung des Instituts wurde am Abend des dritten Tages von der kleinen Zahl der Besetzer, die sich nicht verstärkt hatte, kommentarlos aufgegeben. Die Nichtzusammenarbeit der anderen Studenten und vielleicht auch das Signal der Resolution in der Vorlesung zur Innenpolitik zwang sie zum Nachgeben. Der Umgang mit solchen Konfliktfällen wurde jedoch nicht in weiterführender Weise geklärt. Die Besetzer haben die ausgehängte Resolution aus meiner Vorlesung zur Innenpolitik nicht erörtert und kommentiert, sondern nur abgerissen. Der Dekan hat den Konfliktfall in seiner späteren Semesterbilanz überhaupt nicht mehr erwähnt und auch bei einer studentischen Vollversammlung, die eine Woche nach Beendigung der Abriegelung stattfand, wurden die rechtsstaatlichen Aspekte der Abriegelung nicht erörtert, sondern nur die Legitimation der Abriegelung durch eine sogenannte Vollversammlung kritisiert. Es wurde vor allem gefordert, dass aus den Einladungen zu den Versammlungen klar hervorgehen müsse, welche Konflikte und Aktivitäten zur Debatte stünden.

Bei dieser Art der Fragestellung hatte ich durchaus Verständnis für die Argumente derjenigen, welche auf die eventuelle Notwendigkeit rascher Entschlüsse verwiesen. Für mich war der springende Punkt und das eigentliche Defizit bei der studenteninternen Auseinandersetzung, dass sie kein Gespür zu haben schienen für die Verletzung rechtsstaatlicher Normen. Wenn der Grundgedanke der Sozialen Verteidigung ist, dass die Bürger im Falle bewaffneter Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung diese dadurch aufrechterhalten, dass sie die Gesetze freiwillig und nicht wegen der Sanktionsdrohungen befolgen,

dann ist natürlich die Grundvoraussetzung für die Soziale Verteidigung, dass die Bürger um den Rechtsstaat als Gut wissen und dass sie auf die Verletzung rechtsstaatlicher Normen sensibel reagieren.

Damit ich nicht missverstanden werde, möchte ich nochmals betonen, dass man durchaus zivilen Ungehorsam leisten und diese Sensibilität für rechtsstaatliche Normen aufweisen kann. Zum zivilen Ungehorsam gehört per definitionem das Wissen um den Fakt der demonstrativen Übertretung eines Gesetzes oder einer Anordnung. Wenn die Studenten das Otto-Suhr-Institut besetzt hätten, ohne den Zugang für die Mitarbeiter abzuriegeln, wäre das zwar im vorliegenden Falle fragwürdig, aber nach der Methode noch eine Aktion zivilen Ungehorsams gewesen - immer unter der Voraussetzung, dass sie für die Aktion auch die politische Verantwortung übernommen und sich nicht in die Anonymität geflüchtet hätten. Sie hätten sogar ihre Aufforderung, das Institut möglichst nicht zu betreten, mit einem Menschenteppich unterstreichen können. Das wäre immer noch gewaltfreier ziviler Ungehorsam gewesen. Die Grenze zur gewaltsamen Bedrohung des Rechtsstaats wurde erst durch die Abriegelung des Instituts und durch die Gewaltandrohung gegenüber den Institutsangehörigen und durch die Sprengung einzelner Lehrveranstaltungen überschritten.

Die Frage an die Befürworter der Sozialen Verteidigung ist: Können wir es leisten, allen Bürgern die Bedeutung des Rechtsstaats und des Unterschieds zwischen zivilem Ungehorsam in besonderen Fällen und der illegalen gewalttätigen Bedrohung von Mitbürgern klar zu machen? Die andere nicht minder schwierige Aufgabe ist es, den Bürgern den Unterschied zwischen einem Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat klarzumachen, denn sie müssen natürlich auch lernen, dass die Verfügung über das Gewaltmonopol noch nicht bedeutet, dass mit Gewalt durchgesetzte Ordnungen auch rechtens sind. Man könnte sagen, dass die Studenten, welche das Otto-Suhr-Institut abriegelten, vorübergehend für diesen Bereich die Ausübung des Gewaltmonopols beanspruchten. Das Skandalöse ist aus meiner Sicht, dass die Institutsverwaltung sich diesem Anspruch einfach beugte und dem Konflikt auswich, indem sie alle in dem abgeriegelten Gebäude Beschäftigten nach Hause schickte und die Prüfungen ausfallen ließ. Angesichts der kurzen Dauer der Abriegelung kann man dieses Verhalten noch nach dem Opportunitätsprinzip rechtfertigen, aber diese Biegsamkeit von Beamten erzeugt bei mir nachgerade mehr als nur Unbehagen.

Abbildungen

(Fotos von Christian und Theodor Ebert)

Bronzebüste Otto Suhrs
im Foyer des Instituts,
Ihnestr. 21

Fassade des Instituts mit der Aufschrift
INGRID STROBEL INST.

Eingang zum Hauptgebäude des Otto-Suhr-Instituts
in der Ihnestr. 21 mit den Hinweisen der Besetzer
für die Examenskandidaten

Treppenhaus in der Ihnestr. 21

Sprayschriften im Treppenhaus der Ihnestr. 21

Eingang zum Nebengebäude des Instituts in der Ihnestr. 22. Unten rechts: Streik-
café. Unterhalb der Sprayschrift „Aufruhr...“ befindet sich die Bronzetafel mit
dem Hinweis auf die Nutzung dieses Gebäudes in der NS-Zeit.

Der Eingang zur Ihnestr. 22 mit dem Lieferfahrzeug der Kulmbach-Brauerei

Fassade der Ihnestr. 22 (links des Eingangs)

Treppenhaus in der Ihnestr. 21

Sprayschrift im rechten Hochparterre der Ihnestr. 22

Theodor Ebert in seinem Arbeitszimmer 215 im 2. Stock der Ihnestr. 22